



Die Eiche. Ihr langsames
Wachstum führt zu der
besonderen Dichte und
Stabilität ihres Holzes.

Gewachsene Stabilität. Der Geschäftsbericht 2016.

Kenngrößen des LBBW-Konzerns.

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. EUR	1.1. – 31.12.2016	1.1. – 31.12.2015 ¹⁾
Zinsergebnis	1 624	1 654
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 51	- 55
Provisionsergebnis	527	515
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	190	209
Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis	195	94
Sonstiges betriebliches Ergebnis	101	134
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 586	2 551
Verwaltungsaufwendungen	- 1 814	- 1 782
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 93	- 121
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 71	- 73
Wertminderung Goodwill	- 379	0
Restrukturierungsergebnis	- 87	- 44
Konzernergebnis vor Steuern	142	531
Ertragsteuern	- 131	- 109
Konzernergebnis	11	422
Kennzahlen in %	1.1. – 31.12.2016	1.1. – 31.12.2015¹⁾
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	1,1	4,1
Cost Income Ratio (CIR)	74,3	70,9
Bilanzzahlen in Mrd. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Bilanzsumme	243,6	234,0
Eigenkapital	13,1	13,6
Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (mit Übergangsvorschriften)	31.12.2016	31.12.2015
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	77,4	74,5
Harte Kernkapitalquote (CET 1) (in %)	15,5	16,4
Gesamtkapitalquote (in %)	21,7	21,9
Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (nach vollständiger Umsetzung)	31.12.2016	31.12.2015
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	77,4	74,5
Harte Kernkapitalquote (CET 1) (in %)	15,2	15,6
Gesamtkapitalquote (in %)	21,5	21,4
Mitarbeiter	31.12.2016	31.12.2015
Konzern	10 839	11 120

Rating (Stand 2. März 2017)

Rating	Moody's Investors Service	Rating	Fitch Ratings
Langfrist-Rating (ungarantierte Verbindlichkeiten) Long-term Bank Deposits Senior Unsecured and Long-term Issuer Ratings	Aa3, stabil A1, stabil	Langfrist-Rating (ungarantierte Verbindlichkeiten)	A-, stabil
Kurzfrist-Rating	P-1	Kurzfrist-Rating	F1
Finanzkraft	baa3	Finanzkraft	bbb+
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	Öffentliche Pfandbriefe	-
Hypothekendarlehen	Aaa	Hypothekendarlehen	-

¹⁾ Nach Berücksichtigung von Anpassungen gemäß IAS 8.
Differenzen sind rundungsbedingt.

2016

Vorwort und Berichte 2

Kenngößen des LBBW-Konzerns.....	2
Vorwort des Vorstands.....	3
Bericht des Aufsichtsrats.....	7
Corporate Governance bei der LBBW.....	16
Vergütungsbericht.....	25
Compliance.....	28

Zusammengefasster Lagebericht 31

Grundlagen des Konzerns.....	33
Wirtschaftsbericht für den Konzern.....	46
Risiko- und Chancenbericht.....	60
IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.....	109
Prognosebericht.....	113
Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).....	119

Konzernabschluss 128

Gewinn- und Verlustrechnung.....	131
Gesamtergebnisrechnung.....	132
Bilanz.....	134
Eigenkapitalveränderungsrechnung.....	136
Kapitalflussrechnung.....	138
Anhang (Notes).....	141
Grundlagen der Aufstellung.....	141
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	141
Segmentberichterstattung.....	166
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	173
Angaben zur Bilanz.....	181
Angaben zu Finanzinstrumenten.....	199
Sonstige Angaben.....	226
Zusatzangaben nach § 315a HGB.....	242

Weitere Informationen 255

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.....	256
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	257
Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.....	258
Beirat der LBBW/BW-Bank.....	259
Kundenbeirat der LBBW Rheinland-Pfalz Bank.....	262
Kundenbeirat der LBBW Sachsen Bank.....	263
Glossar.....	264

Vorwort und Berichte.

Vorwort des Vorstands.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das kundenorientierte Geschäftsmodell der LBBW hat sich auch im herausfordernden Marktumfeld des Jahres 2016 bewährt. Bereinigt um Sondereffekte erzielten wir wie geplant ein Konzernergebnis nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Die stabile Entwicklung im operativen Geschäft zeigt das hohe Maß an Vertrauen, das unsere Kunden uns in diesen unsicheren Zeiten entgegenbringen. Die LBBW gehört heute zu den kapitalstärksten Banken in Deutschland und verfügt über ein angemessenes Risikoprofil. An dieser Ausrichtung halten wir weiter fest.

Sicher ist: Das Markt- und Wettbewerbsumfeld wird für Banken weiter anspruchsvoll bleiben. Die LBBW hat deshalb im vierten Quartal 2016 den Goodwill aus einer früheren Unternehmensübernahme in Höhe von 379 Mio. EUR unter der Rechnungslegung nach IFRS abgeschrieben. Diese Wertberichtigung hatte keine Auswirkungen auf unsere sehr guten Kapitalquoten. Wir sind jetzt noch robuster aufgestellt, um eine schwierige Konjunktorentwicklung oder negative Marktbewegungen abzufedern. Mit anderen Worten: Wir müssen keinen Goodwill in unserer Bilanz mehr anpassen, wenn sich die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtern sollten. Trotz der hohen Abschreibung haben wir mit 142 Mio. EUR ein deutlich positives Konzernergebnis vor Steuern erwirtschaftet. Einen Eindruck von der operativen Stärke gibt auch das HGB-Ergebnis vor Steuern mit 269 Mio. EUR, das von der Goodwillabschreibung nicht betroffen ist.

Die solide Entwicklung in den vergangenen Jahren fußt auf einem ausgewogenen Geschäftsfeldportfolio mit einer gesunden Balance zwischen Vertrieb und Refinanzierung. Unser hervorragender Kundenstamm steht für gute Ertragsmöglichkeiten in der Zukunft. Mit einer maßvollen Risikopolitik und der hervorragenden Kapitalausstattung werden wir als Bank für Fremdkapitalgeber weiter ein attraktiver Partner sein.

Wir können und werden uns aber auf dem, was wir erreicht haben, nicht ausruhen. Die LBBW muss sich wie ihre Kunden auch in 2017 auf zahlreiche politische und ökonomische Unsicherheiten einstellen. Hinzu kommen ein hoher Investitionsdruck mit Blick auf unsere IT-Plattformen, das anhaltend niedrige Zinsniveau, der intensive Wettbewerb und steigende regulatorische Kosten. Gleichzeitig verändert sich das Verhalten der Kunden im Zuge der Digitalisierung – und ihre Ansprüche und Erwartungen an uns als Bank wachsen.

An allen diesen Themen arbeiten wir bereits mit Hochdruck. Gefordert sind dabei Weitsicht und Ideen. Weitsicht, um die Herausforderungen aus der Digitalisierung für uns und unsere Kunden einzuschätzen. Ideen, um die damit verbundenen großen Chancen zu erkennen und in wirtschaftlichen Erfolg umzumünzen. Dazu haben wir eine Reihe von Veränderungsprojekten gestartet. In den kommenden Jahren werden wir konsequent an unserer Kundenorientierung, unserem Produktangebot, unserer Marktausschöpfung und unserer Effizienz arbeiten. Wir werden unser Betriebsmodell und unsere Geschäftsstrategie optimieren und alle internen Veränderungsprojekte beschleunigen. Unser Ziel ist es, leistungsfähiger zu werden und in allen Geschäftssegmenten mit unseren Kunden zu wachsen.

Eine nachhaltige Entwicklung ist uns dabei wichtiger als der kurzfristige Erfolg. Wir wollen faire und langfristige Beziehungen zu unseren Geschäftspartnern, die uns seit Jahrzehnten vertrauen. Gleiches gilt für unsere Investoren, für unsere Eigentümer und für unsere vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen in der Bank, die hart daran arbeiten, die LBBW gemeinsam mit uns in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Ihnen allen danken wir an dieser Stelle ganz herzlich für das Vertrauen in die LBBW. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre unseres Geschäftsberichts und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



RAINER NESKE
Vorsitzender



MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender



KARL MANFRED LOCHNER



DR. CHRISTIAN RICKEN



ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-GLEICHEN



VOLKER WIRTH

Bericht des Aufsichtsrats.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir blicken einmal mehr auf ein Bankenjahr mit Negativzinsen, intensivem Wettbewerb und herausfordernder Regulatorik zurück. Angesichts dieses anspruchsvollen Umfelds freue ich mich, dass die LBBW mit fundierter Kapitalausstattung und solider Risikoposition auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihren Kunden als verlässlicher Partner zur Seite stehen konnte. Die Bank und mit ihr die gesamte Branche werden gefordert sein, sich dem fortschreitenden Wandel des Bankgeschäfts im Zuge der Digitalisierung zu stellen. Dabei bin ich sehr zuversichtlich, dass die LBBW mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie ihrer Kundenbasis beste Voraussetzungen hat, um künftig erfolgreich zu sein und die intern weiter notwendigen Veränderungen zu meistern.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat auch im Geschäftsjahr 2016 regelmäßig, zeitnah und umfassend über wesentliche Entwicklungen der Bank und des Konzerns im Jahr 2016 informiert. Wir haben die wirtschaftliche Situation des LBBW-Konzerns und der einzelnen Geschäftsfelder intensiv besprochen und die Unternehmensführung und -planung des Vorstands kritisch hinterfragt. Der Vorstand hat uns über das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse von erheblicher Bedeutung informiert und sich von uns beraten lassen. Der Aufsichtsrat war in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die LBBW eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach umfassender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Um einen regelmäßigen Informationsfluss zu gewährleisten, stand ich als Aufsichtsratsvorsitzender auch zwischen den Sitzungen in engem Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden.

Sitzungen des Aufsichtsrats.

Im Berichtsjahr fand sich der Aufsichtsrat zu insgesamt sechs Sitzungen zusammen, an denen auch Vertreter der Rechtsaufsicht und der Bankenaufsicht teilnahmen.

In allen ordentlichen Aufsichtsratssitzungen hat der Vorstand zur aktuellen Lage und dabei insbesondere zur Entwicklung von Erträgen, Aufwendungen, Risiken und Kapitalquoten berichtet. Nachfragen aus dem Aufsichtsrat wurden unverzüglich und zur Zufriedenheit des Aufsichtsrats beantwortet. Außerdem haben wir uns anlassbezogen mit Vorstandsangelegenheiten und personellen Veränderungen in weiteren LBBW-Gremien wie den Beiräten befasst. Themen mit Bezug zu Regulatorik und Bankenaufsicht waren regelmäßig Gegenstand unserer Sitzungen. So haben wir uns mit dem EBA-Stresstest 2016, der künftigen Entwicklung der Kapitalanforderungen, dem laufenden Supervisory Review and Evaluation Process (SREP), dem Abschlussprüfungsreformgesetz sowie der Marktmissbrauchsverordnung befasst. Laufende Prüfungen der Aufsicht von besonderer Relevanz standen ebenso auf der Tagesordnung.

In der ersten ordentlichen Sitzung des Jahres am 22. Februar 2016 befassten wir uns schwerpunktmäßig mit den vorläufigen Ergebnissen des Geschäftsjahres 2015. Unter anderem berichtete der Vorstand zum laufenden Austausch mit der Bankenaufsicht sowie zur Übernahme des Kartenportfolios der MercedesCard von der Mercedes-Benz Bank.

Den Schwerpunkt unserer Sitzung am 7. April 2016 bildete der Jahresabschluss 2015. Vorstand und Abschlussprüfer berichteten umfassend zum abgelaufenen Geschäftsjahr. Auf Basis der Empfehlung des Prüfungsausschusses stellten wir den Jahresabschluss 2015 fest und billigten den Konzernabschluss. Außerdem haben wir dem Vorschlag des Prüfungsausschusses zugestimmt und der Hauptversammlung vorgeschlagen, KPMG erneut als Abschlussprüfer und Prüfer nach § 36 WpHG für das Geschäftsjahr 2016 zu bestellen. Daneben befassten wir uns mit dem Sachstand zur europäischen Einlagensicherung und den Ergebnissen der bankweiten Mitarbeiterbefragung. Im Rahmen des Jahresabschlusses haben wir auch die variable Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 beschlossen.

Am 27. Juni 2016 haben wir uns – neben einem ausführlichen Bericht des Vorstands zur aktuellen Geschäftslage – u. a. mit dem Stand der Transformation der IT befasst. Darüber hinaus besprachen wir aktuelle Anfragen der Aufsicht, die Auswirkungen von IFRS 9 sowie mögliche Implikationen des »Brexit«.

In der Sitzung am 10. Oktober 2016 befassten wir uns mit der Geschäftsstrategie der LBBW. Schwerpunkte bildeten die laufenden Veränderungsprojekte im Privatkundengeschäft, im regionalen Unternehmenskundengeschäft, im Kapitalmarktgeschäft sowie im internationalen Geschäft. Neben Immobilienverkäufen genehmigten wir die Aufnahme von Nachrangkapital und diskutierten die Ergebnisse der jährlichen Evaluierung von Vorstand und Aufsichtsrat. Nicht zuletzt befassten wir uns mit dem damals im Raum stehenden Verbot bonitätsabhängiger Anleihen.

In der letzten Sitzung des Jahres am 19. Dezember 2016 haben wir den Wirtschaftsplan des nächsten Geschäftsjahres genehmigt und von der Mittelfristplanung Kenntnis genommen. Weitere Themen waren der aktuelle Stand der IT-Transformation, die Aktualisierung des Sanierungsplans und das Budget für die variable Vergütung von Vorstand und Mitarbeitern im Geschäftsjahr 2017.

Außerhalb der Sitzungen haben wir einen Beschluss im schriftlichen Verfahren gefasst, der die Wahl von Frau Edith Sitzmann MdL, Finanzministerin des Landes Baden-Württemberg, zur stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden zum Gegenstand hatte.

Ausschüsse des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte insgesamt vier Ausschüsse gebildet: Risiko-, Prüfungs-, Vergütungskontroll- und Präsidialausschuss, wobei letzterer die dem Nominierungsausschuss gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernimmt. Die aktuelle Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf Seite 14 dieses Geschäftsberichts abgedruckt.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum sieben Mal. Den Schwerpunkt der Beratungen bildete die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsratsplenums, insbesondere Personalien und Rechtsthemen. Daneben befasste sich der Präsidialausschuss mit der Evaluierung des Vorstands und des Aufsichtsrats 2016 gemäß KWG, der Marktmissbrauchsverordnung, der Überprüfung der Grundsätze für die Besetzung der oberen Leitungsebene und dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie einer Strategie zu deren Erreichung.

Der Vergütungskontrollausschuss nahm in insgesamt fünf Sitzungen seine gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wahr. Insbesondere überprüfte er die Vergütungssysteme der LBBW gemäß den Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung. Der Vergütungsbeauftragte nahm regelmäßig an den Ausschusssitzungen teil und legte einen umfangreichen Jahresbericht über seine Tätigkeit ab. Der Leiter des Personalbereichs informierte ausführlich über die Vergütungsstruktur der Bank. In seiner originären Zuständigkeit beriet der Vergütungskontrollausschuss zudem über Fragen der Vorstandsvergütung und bereitete Aufsichtsratsentscheidungen vor.

Der Prüfungsausschuss trat 2016 zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Er erörterte den Jahresabschluss, den Konzernabschluss der LBBW sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Er holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein und bereitete den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur erneuten Bestellung von KPMG vor. Zudem vereinbarte er Prüfungsschwerpunkte und Honorar des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss ließ sich regelmäßig über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung unterrichten. Ebenso erörterte der Prüfungsausschuss mit Vorstand und Abschlussprüfer den Halbjahresfinanzbericht. Ergänzend befasste er sich mit Aufträgen an den Abschlussprüfer im Rahmen von Nichtprüfungsleistungen. Zudem hat sich der Ausschuss von der Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risiko-, Revisions- und Compliancesysteme überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Unter anderem nahm der Prüfungsausschuss den Jahresbericht des Geldwäschebeauftragten sowie den Jahresbericht über die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems zur Kenntnis. In jeder Sitzung wurde über die Arbeit der Konzernrevision durch deren Leitung berichtet. Außerdem berichteten Vertreter der Bereiche Compliance und Risikocontrolling über aktuelle Themenstellungen im Ausschuss. Daneben wurde der Prüfungsausschuss über den Stand von Sonderprüfungen und Beanstandungen von Aufsichtsbehörden informiert. Über die Abarbeitung von Feststellungen sowohl auf Einzelebene als auch auf struktureller Ebene wurde dem Ausschuss gegenüber berichtet. Nicht zuletzt beschäftigte sich der Prüfungsausschuss mit dem Abschlussprüfungsreformgesetz.

Der Risikoausschuss befasste sich in insgesamt neun Sitzungen intensiv mit der Risikolage und dem Risikomanagement der Bank sowie den nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte, sofern erforderlich, seine Zustimmung. Im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung des Vorstands befasste sich der Ausschuss ausführlich mit der Risikotragfähigkeit und den wesentlichen Risikoarten der Bank. Der Risikoausschuss erörterte zudem die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Konzernrisikostrategie sowie die Kreditrisiko-, Marktpreisrisiko-, Liquiditätsrisiko-, Immobilienrisiko-, Developmentrisiko-, Beteiligungsrisiko- und Operationelle-Risiken-Strategie mit dem Vorstand. Regelmäßig hat sich der Risikoausschuss auch mit aktuellen geopolitischen Risiken in Bezug auf Großbritannien («Brexit»), Russland, China, Türkei sowie den Restbeständen eines auslaufenden Portfolios befasst.

Die Ausschussvorsitzenden haben regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsratsplenums über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2016 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil (durchschnittliche Präsenz 90%).

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der LBBW angemessen unterstützt. Neben individuellen Fortbildungsmaßnahmen hat sich der Aufsichtsrat an zwei Terminen zu »Rechnungslegung bei Banken nach IFRS/HGB« sowie »Unternehmensanalyse und Rating« schulen lassen.

Jahres- und Konzernabschluss.

Der Abschlussprüfer KPMG hat den Jahresabschluss und Konzernabschluss 2016 unter Einbeziehung des Lageberichts geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die Abschlussunterlagen und die wesentlichen Prüfungsbe-

richte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhielten darüber hinaus alle einschlägigen Prüfungsberichte. Der Abschlussprüfer nahm an den Gremiensitzungen zum Jahresabschluss teil, erläuterte die wesentlichen Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Der Prüfungsausschuss erörterte in seiner Bilanzsitzung am 24. März 2017 ausführlich die Abschlussunterlagen mit Vorstand und Abschlussprüfer.

Der Aufsichtsrat schloss sich in seiner Sitzung am 31. März 2017 nach Würdigung der Berichte und eingehender Diskussion der Empfehlung des Prüfungsausschusses an, dass keine Einwendungen gegen den Jahres- und Konzernabschluss zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 festgestellt und den Konzernabschluss 2016 gebilligt.

Interessenkonflikte.

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 KWG erforderlichen Kreditgenehmigungen sowie den Genehmigungen gemäß dessen Geschäftsordnung. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenkonflikt ausgesetzt waren.

Rechtsangelegenheiten.

Wir haben uns im Aufsichtsrat und in den jeweiligen Ausschüssen fortlaufend detailliert über bedeutende Rechtsangelegenheiten berichten lassen. Bei Bedarf haben wir von uns beauftragte externe Spezialisten hinzugezogen.

Personalia (Veränderungen in Aufsichtsrat und Vorstand).

Auf Vorschlag eines Trägers wurde Frau Edith Sitzmann MdL, Finanzministerin des Landes Baden-Württemberg, neu in den Aufsichtsrat der LBBW gewählt. Sie folgte auf Herrn Dr. Nils Schmid, der sein Mandat im Aufsichtsrat der LBBW mit Ablauf der Hauptversammlung am 30. Mai 2016 niederlegte.

In einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 16. Februar 2016 haben wir Herrn Rainer Neske ab 1. Juli 2016 zum Mitglied und ab 1. November 2016 zum Vorsitzenden des Vorstands bestellt. Herr Neske folgte damit auf Herrn Hans-Jörg Vetter, der den Aufsichtsrat zuvor darüber informiert hatte, bereits in 2016 in den Ruhestand eintreten zu wollen.

Außerdem bestellten wir Herrn Dr. Christian Ricken mit Wirkung ab 1. Januar 2017 zum Vorstandsmitglied und Nachfolger von Herrn Ingo Mandt, der für Financial Markets, International Business und Asset Management verantwortlich zeichnete. Herr Mandt schied zum 31. Dezember 2016 auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus, um sich für einige Zeit ins Privatleben zurückzuziehen.

Im Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats danke ich dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen im Geschäftsjahr 2016. Mein besonderer Dank gilt Herrn Vetter, unter dessen mehr als siebenjähriger Tätigkeit an der Spitze des Konzerns die Neuausrichtung der LBBW zu einer hoch angesehenen Kundenbank gelungen ist. Ebenso danke ich Herrn Mandt für die erfolgreiche Arbeit in den letzten Jahren. Ihren Nachfolgern wünsche ich ebenso wie dem gesamten Vorstand für die Zukunft eine glückliche Hand.

Für den Aufsichtsrat



CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender

Aufsichtsrat der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Stv. Vorsitzende.

EDITH SITZMANN MDL
seit 4. August 2016
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

DR. NILS SCHMID MDL
bis 30. Mai 2016
Minister a. D.

Mitglieder.

CARSTEN CLAUS
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

UTA-MICAELA DÜRIG
Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung GmbH

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Mitglied des Aufsichtsrats der
Württembergischen Gemeinde-
Versicherung a. G.

CHRISTIAN HIRSCH
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

SABINE LEHMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatsminister
Chef der Staatskanzlei
Staatsministerium Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt

Präsidialausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Stv. Vorsitzende.

EDITH SITZMANN MDL
seit 26. September 2016
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

DR. NILS SCHMID MDL
bis 30. Mai 2016
Minister a. D.

Mitglieder.

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

MARTIN PETERS
CFO / Geschäftsführender Gesellschafter
der Eberspächer Gruppe GmbH + Co. KG

CHRISTIAN ROGG
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

CLAUS SCHMIEDEL
Mitglied im Kreistag des Landkreises
Ludwigsburg

B. JUTTA SCHNEIDER
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP
Deutschland SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Geschäftsführende Gesellschafterin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

DR. BRIGITTE THAMM
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Vergütungskontrollausschuss
der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Stv. Vorsitzende.

EDITH SITZMANN MDL
seit 26. September 2016
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

DR. NILS SCHMID MDL
bis 30. Mai 2016
Minister a. D.

Mitglieder.

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPE
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Prüfungsausschuss
der LBBW.

Vorsitzender.

CARSTEN CLAUS
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

Stv. Vorsitzender.

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatsminister
Chef der Staatskanzlei
Staatsministerium Baden-Württemberg

Mitglieder.

UTA-MICAELA DÜRIG
Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung GmbH

HELMUT HIMMELSBACH
Mitglied des Aufsichtsrats der
Württembergischen Gemeinde-
Versicherung a. G.

SABINE LEHMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

B. JUTTA SCHNEIDER
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP
Deutschland SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Geschäftsführende Gesellschafterin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

Gast.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Risikoausschuss
der LBBW.

Vorsitzender.

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden Württemberg

Stv. Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Mitglieder.

CARSTEN CLAUS
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt

CLAUS SCHMIEDEL
Mitglied im Kreistag des Landkreises
Ludwigsburg

B. JUTTA SCHNEIDER
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP
Deutschland SE & Co. KG

Corporate Governance bei der LBBW.

Die LBBW berücksichtigt grundlegende Aspekte des Deutschen Corporate Governance Kodex. Dieser stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält – auch in Form von Empfehlungen – international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Aufgrund seiner Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Kodex für die Landesbank Baden-Württemberg als nicht-börsennotiertes Kreditinstitut in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht in allen Punkten anwendbar. Deshalb lassen sich einige Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nur analog auf die Landesbank Baden-Württemberg übertragen. Inhaltlich orientiert sich die Corporate Governance der LBBW jedoch sehr eng am Geist des Deutschen Corporate Governance Kodex. Für eine Vielzahl von Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex bestehen daher spezielle Regelungen im Gesetz über die LBBW, in der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen der Organe und der weiteren Gremien. Außerdem ergeben sich aus dem Bankenaufsichtsrecht Besonderheiten für die Corporate Governance, welche im Kodex nicht berücksichtigt sind, jedoch in der LBBW Anwendung finden.

Bei der LBBW werden Führungs- und Kontrollregeln gelebt, wie sie für Kapitalgesellschaften gelten. So sind beispielsweise die Aufgaben von Hauptversammlung und Aufsichtsrat der LBBW – trotz der abweichenden Rechtsform – wie bei einer Aktiengesellschaft geregelt. Die Vorstandsmitglieder der LBBW treffen ihre Entscheidungen ohne Weisungen von außen. Zudem wird auf die Einbindung unabhängigen Sachverständigen in den Kontrollgremien geachtet. Mit Beginn der neuen Amtsperiode des Aufsichtsrats im Mai 2015 wurde die Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder von sieben auf insgesamt acht – einschließlich des Aufsichtsratsvorsitzenden – erhöht.

Nachfolgend wird die in der LBBW gelebte Corporate Governance vorgestellt. Die Struktur des Berichts orientiert sich dabei an den Vorgaben des freiwilligen – und für die LBBW aufgrund ihrer Rechtsform nicht verpflichtenden – Deutschen Corporate Governance Kodex in seiner Fassung vom 5. Mai 2015.

Aktionäre und Hauptversammlung.

Aktionäre.

Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts hat die LBBW keine Aktien verbrieft. Die Anteilseigner (Eigentümer) der LBBW werden daher als Träger und nicht als Aktionäre bezeichnet.

Träger der Landesbank Baden-Württemberg sind:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 40,534118%,
- das Land Baden-Württemberg (Land)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 24,988379%,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 18,931764% und
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 15,545739%.

Die Träger der LBBW nehmen im Rahmen der gesetzlichen und satzungsmäßig vorgesehenen Möglichkeiten ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung wahr und üben dabei ihr Stimmrecht aus. Die Stimmrechte der Träger richten sich dabei nach der Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital; jeder Euro gewährt eine Stimme.

Hauptversammlung.

In der Hauptversammlung üben die Träger ihre Rechte in den Angelegenheiten der LBBW aus, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder die Satzung der LBBW nichts anderes bestimmen. Die Träger werden in der Hauptversammlung durch eine oder mehrere Personen vertreten.

Die Befugnisse der Hauptversammlung umfassen die typischen Aufgaben einer Hauptversammlung nach dem Aktienrecht, bspw. die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns oder die Entlastung von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern. Darüber hinaus entscheidet die Hauptversammlung über den Inhalt der Satzung und deren Änderungen und über wesentliche Strukturmaßnahmen wie Unternehmensverträge, über die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Ausgabe von Genussrechten und die Gewährung von stillen Beteiligungen. Über die Änderung der Grundsätze der Geschäftspolitik beschließt der Aufsichtsrat.

Die Funktionen der Beaufsichtigung und Überwachung des Vorstands, also auch die Bestellung und Abberufung von Vorständen, sind im Aufsichtsrat gebündelt. In Einklang mit der Satzung der LBBW legt der Vorstand dem Aufsichtsrat den geprüften Jahresabschluss zur Feststellung vor.

Das Stammkapital der LBBW kann durch Beschluss der Hauptversammlung erhöht oder herabgesetzt werden. Die LBBW kann von ihren Trägern und Dritten Genussrechtskapital, Stille Einlagen sowie nachrangiges Haftkapital und andere Arten von Kapital nach Maßgabe des Gesetzes über das Kreditwesen aufnehmen.

Jedem Träger, der am Stammkapital beteiligt ist, gebührt bei Erhöhungen ein seinem Anteil entsprechender Anteil am neuen Stammkapital. Soweit ein Träger von seinem Bezugsrecht keinen Gebrauch macht, wächst dieses den anderen Trägern gegen einen entsprechenden Ausgleich in dem Verhältnis zu, in welchem ihre Anteile am Stammkapital zueinander stehen, sofern sie untereinander nichts anderes vereinbaren.

Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate des Jahres statt, weitere Hauptversammlungen werden einberufen, wenn das Wohl der LBBW es erfordert und dann, wenn es der Aufsichtsrat oder ein Träger unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt. Die Geschäftsordnung der Hauptversammlung bestimmt hierzu das Nähere, insbesondere Form und Frist von Einberufungsverlangen und Einberufung.

Im Vergleich zu einer Aktiengesellschaft stellt die LBBW ihren Eigentümern die für die Hauptversammlung erforderlichen Dokumente – wie zum Beispiel die Einberufungsunterlagen zur Hauptversammlung – aufgrund des überschaubaren Trägerkreises nicht auf ihrer Internetseite, sondern jeweils unmittelbar per E-Mail bzw. postalisch zur Verfügung.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens hierzu mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legt die Satzung oder der Aufsichtsrat – dieser ggf. auch im Einzelfall – Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats fest. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern.

Die Information des Aufsichtsrats ist Aufgabe des Vorstands. Der Aufsichtsrat hat jedoch seinerseits sicherzustellen, dass er angemessen informiert wird. Zu diesem Zweck legt der Aufsichtsrat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands näher fest. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionsystems und der Compliance. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat werden dabei in der Regel in Textform erstattet. Entscheidungsnotwendige Unterlagen werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats in der Regel rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet.

Der Vorsitzende des Vorstands unterrichtet den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter – auch zwischen den einzelnen Sitzungsterminen – über wichtige Vorkommnisse.

Nach dem Verständnis der LBBW und ihrer Eigentümer setzt gute Unternehmensführung eine offene Diskussion zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie innerhalb des Vorstands und Aufsichtsrats voraus. Die umfassende Wahrung der Vertraulichkeit ist dafür von entscheidender Bedeutung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie des Vorstands sind daher zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese

Pflicht bleibt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit in den Organen der Landesbank bestehen. Alle Organmitglieder stellen insoweit sicher, dass die von ihnen zur Unterstützung einbezogenen Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Verletzen sie die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsratsmitglieds schuldhaft, so haften sie der LBBW gegenüber auf Schadensersatz. Bei unternehmerischen Entscheidungen liegt keine Pflichtverletzung vor, wenn das Mitglied von Vorstand oder Aufsichtsrat vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft gehandelt zu haben (Business Judgement Rule).

Im Hinblick auf die abgeschlossene D&O-Versicherung für den Vorstand wurde ein Selbstbehalt von 10% des Schadens bis zur Höhe des 1,5-Fachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds vereinbart. Ein entsprechender Selbstbehalt wurde auch bei Abschluss der D&O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats vereinbart.

Über die Gewährung von Krediten des Unternehmens an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie an deren Angehörige wird in Einklang mit § 15 KWG im Risikoausschuss entschieden. Da der Risikoausschuss ein Ausschuss des Aufsichtsrats ist, ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die vorgenannten Kreditentscheidungen eingebunden ist.

Im Rahmen dieses Berichts informiert die LBBW seit dem Geschäftsjahr 2010 im Geschäftsbericht über ihre Corporate Governance.

Vorstand.

Aufgaben und Zuständigkeiten.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Landesbank in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Eigentümer, ihrer Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder) mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung. Er ist nach den Rechtsgrundlagen der LBBW für alle Angelegenheiten der Landesbank zuständig, für die nicht nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder aufgrund der Satzung der LBBW eine andere Zuständigkeit bestimmt ist. Die Vorstandsmitglieder wenden bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters an. Der Vorstand entwickelt dabei die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Der Vorstand sorgt weiterhin für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen der LBBW hin. Ferner sorgt der Vorstand für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern.

Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter sämtlicher Beschäftigten der Landesbank, einschließlich ihrer Niederlassungen, Filialen, Börsenbüros, Repräsentanzen und rechtlich unselbstständigen Anstalten des öffentlichen Rechts. Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen strebt der Vorstand Vielfalt (Diversity) und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

Zusammensetzung des Vorstands.

Der Vorstand der LBBW besteht aus mehreren Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands, der Vorstandsvorsitzende sowie sein oder seine Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat bestellt bzw. bestimmt. Bei der Besetzung von Vorstandspositionen achtet der Aufsichtsrat auf Vielfalt (Diversity).

Zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Flexibilität hat die LBBW von einer Fixierung der Kompetenzverteilung der Mitglieder des Vorstands in der Geschäftsordnung abgesehen. Die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Der Aufsichtsrat beschließt über die Geschäftsordnung des Vorstands und die Zustimmung zu der vom Vorstand vorgeschlagenen Geschäftsverteilung.

Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Vorstands finden sich im Vergütungsbericht.

Interessenkonflikte.

Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Sie dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen, unterliegen während ihrer Tätigkeit für die LBBW einem umfassenden Wettbewerbsverbot und dürfen Geschäftschancen, die der LBBW zustehen, nicht für sich nutzen. Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter dürfen zudem im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten ungerechtfertigte Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren.

Jedes Vorstandsmitglied legt etwaige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen und informiert hierüber die anderen Vorstandsmitglieder. Alle Geschäfte zwischen der LBBW einerseits und den Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits entsprechen branchenüblichen Standards. Wesentliche Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Vorstandsmitglieder übernehmen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des LBBW-Konzerns, nur mit Zustimmung des Präsidialausschusses. Der Präsidialausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, seinem Stellvertreter und drei Mitgliedern des Aufsichtsrats. Hierdurch ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die Entscheidung über Nebentätigkeiten des Vorstands eingebunden ist.

Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Vorstands über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Vorstandsmitglieder insoweit entsprechend.

Aufsichtsrat.

Aufgaben und Zuständigkeiten.

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung der LBBW regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ihm obliegt die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands, ferner die Festlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands. Der Aufsichtsrat kann stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen; die stellvertretenden Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Der Aufsichtsrat hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter werden auf Vorschlag der Hauptversammlung vom Aufsichtsrat aus der Mitte des Aufsichtsrats gewählt, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes bestimmt.

Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats beruft den Aufsichtsrat bei Bedarf, mindestens jedoch vier Mal im Jahr ein und leitet dessen Sitzungen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt das Nähere, insbesondere Form und Frist der Einberufung. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr.

Der Aufsichtsratsvorsitzende nimmt an den Sitzungen des Prüfungsausschusses als ständiger Gast teil.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement der LBBW. Er wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden des Vorstands informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet sodann den Aufsichtsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

Bildung von Ausschüssen.

Der Aufsichtsrat hat abhängig von den spezifischen Gegebenheiten der LBBW und der Anzahl seiner Mitglieder vier fachlich qualifizierte Ausschüsse in Gestalt des Präsidial-, des Vergütungskontroll-, des Prüfungs- und des Risikoausschusses gebildet. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.

Dem Präsidialausschuss obliegen die gesetzlichen Aufgaben des Nominierungsausschusses, wobei ausschließlich Vertreter der Anteilseigner dem Aufsichtsrat für dessen Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern geeignete Kandidaten benennen, soweit sich aus dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes ergibt.

Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems und der Revision, Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance. Zudem überwacht er die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses. Der Prüfungsausschuss schlägt

dem Aufsichtsrat eine begründete Empfehlung für die Wahl des Abschlussprüfers vor, die, wenn ein anderer als der bisherige Abschlussprüfer vorgeschlagen wird, mindestens zwei Kandidaten umfasst. Der Prüfungsausschuss überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und befasst sich darüber hinaus mit den von ihm zusätzlichen erbrachten Leistungen, mit der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Er ist kein ehemaliges Vorstandsmitglied der LBBW.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Hauptversammlung gewählt, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Beschäftigten zu wählen sind und das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes bestimmt. Acht der von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats, einschließlich des Vorsitzenden, sind unabhängig. Jeder Träger hat das Recht, Wahlvorschläge zu unterbreiten.

Der Aufsichtsrat ist so zusammengesetzt, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Dabei werden sie von der LBBW angemessen, bspw. in Gestalt der Benennung von konkreten Seminaren bzw. durch das Angebot entsprechender Fachvorträge, unterstützt. Im Jahr 2016 wurden zwei Fachseminare speziell für den Aufsichtsrat organisiert.

Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen, gehört dem Aufsichtsrat eine durch die Regelwerke der LBBW vorgegebene Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Ein Aufsichtsratsmitglied wird dabei als unabhängig angesehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft, dem Vorstand oder den Trägern steht, die einen Interessenkonflikt begründet. Dem Aufsichtsrat gehören keine ehemaligen Mitglieder des Vorstands an. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet zudem darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht.

Falls ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr nur an der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse, denen er angehört, oder weniger teilgenommen hat, wird dies im Bericht des Aufsichtsrats vermerkt. Als Teilnahme gilt auch eine solche über Telefon- oder Videokonferenzen, das sollte aber nicht die Regel sein.

Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Aufsichtsrats finden sich im Vergütungsbericht.

Interessenkonflikte.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Etwaige Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, werden dem Aufsichtsrat gegenüber offengelegt. Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Mitglieder des Aufsichtsrats insoweit entsprechend.

Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats. Ferner bedürfen Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit und bewertet mindestens einmal jährlich seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung sowie die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl seiner einzelnen Mitglieder als auch des Organs in seiner Gesamtheit.

Transparenz.

Die LBBW behandelt ihre Eigentümer bei Informationen unter gleichen Voraussetzungen gleich.

Die LBBW steht in gutem Kontakt mit ihren Trägern. Die Veröffentlichung eines Finanzkalenders würde nach Ansicht der LBBW keinen Mehrwert bieten und unterbleibt daher.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Rechnungslegung.

Eigentümer und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss informiert. Während des Geschäftsjahres werden sie zusätzlich durch den Halbjahresfinanzbericht unterrichtet. Der Konzernabschluss und der verkürzte Konzernabschluss des Halbjahresfinanzberichts werden unter Beachtung der einschlägigen internationalen Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom Aufsichtsrat geprüft. Halbjahresfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrats mit dem Vorstand erörtert. Zusätzlich ist die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung befugt, die Übereinstimmung des Konzernabschlusses mit den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften zu überprüfen (Enforcement). Als nicht-börsennotiertes Unternehmen veröffentlicht die LBBW ihren Konzernabschluss und den Halbjahresfinanzbericht in den im WpHG geforderten Zeitrahmen. Der Jahresfinanzbericht wird spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres (§ 37v WpHG) und der Halbjahresfinanzbericht spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums (§ 37w WpHG) veröffentlicht.

Die LBBW erläutert in ihrem Konzernabschluss Beziehungen zu Vertretern der Eigentümer, die im Sinne der anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften als nahestehende Personen zu qualifizieren sind.

Abschlussprüfung.

Vor Unterbreitung des Wahlvorschlags an die Hauptversammlung über die Bestellung des Abschlussprüfers holt der Aufsichtsrat bzw. der Prüfungsausschuss eine Erklärung des vorgesehenen Prüfers ein, ob und ggf. welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und der LBBW und ihren Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung erstreckt sich auch darauf, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für die LBBW, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Aufsichtsrat bzw. dessen Prüfungsausschuss beauftragt den Abschlussprüfer und trifft mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats bzw. des Prüfungsausschusses wird vom Abschlussprüfer über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden.

Der Aufsichtsrat hat zudem vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Prüfungsausschusses und Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

Vergütungsbericht.

Vorstand.

Grundzüge des Vergütungssystems.

Zuständigkeit.

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidungen über das Vergütungssystem sowie die Festsetzung der Bezüge der Vorstandsmitglieder und überprüft regelmäßig deren Angemessenheit. Der Vergütungskontrollausschuss nimmt dabei eine wichtige beratende Funktion wahr und bereitet die Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

Grundsätze des Vergütungssystems.

Die Vergütungsparameter, welche die erfolgsabhängige variable Vergütung bestimmen, sind auf die nachhaltige Erreichung der aus der Strategie der Bank abgeleiteten Ziele ausgerichtet und unterstützen das Erreichen der strategischen Unternehmensziele. Die erfolgsabhängige variable Vergütung der Vorstandsmitglieder orientierte sich im Jahr 2016 zu 50% am nachhaltigen Gesamterfolg des Konzerns (bewertet anhand des wirtschaftlichen Erfolgs¹⁾ über drei Jahre hinweg) und zu 50% an den individuellen Erfolgsbeiträgen der einzelnen Vorstandsmitglieder im Berichtsjahr. Der individuelle Erfolgsbeitrag ist an Zielvereinbarungen gekoppelt, die sich an der Geschäftsstrategie und dem Wirtschaftsplan orientieren. Die endgültige Bemessung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung erfolgt auf Basis der Gesamtzielerreichung durch Beschluss des Aufsichtsrats im Folgejahr.

Neben der Nachhaltigkeit bei der Erfolgsmessung stellt die Nachhaltigkeit der Auszahlung der variablen Vergütung einen zentralen Bestandteil der Vorstandsvergütung dar. Signifikante Teile der variablen Vergütung sind vom nachhaltigen Unternehmenserfolg abhängig. Aus diesem Grund werden 60% der für das Berichtsjahr 2016 gewährten variablen Vergütung über einen Zeitraum von vier Jahren aufgeschoben und zeitanteilig ausbezahlt (sogenannte Deferrals), wobei negative Erfolgsbeiträge das Deferral verringern bzw. verfallen lassen können (Malus). 50% des aufgeschobenen Anteils der für das Berichtsjahr 2016 gewährten variablen Vergütung unterliegen einer Sperrfrist von einem Jahr und sind an der nachhaltigen Wertentwicklung ausgerichtet (d. h. mit einem sogenannten Wertsteigerungsrecht ausgestattet). Die nachhaltige Wertentwicklung der LBBW wird in Form der Veränderung der bereinigten Risikodeckungsmasse²⁾ gemessen. Hierzu wird im jeweiligen Auszahlungsjahr die bereinigte Risikodeckungsmasse mit der des Ausgangsjahres (Gewährung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung) verglichen. 20% der ermittelten variablen Vergütung werden unmittelbar ausbezahlt. Der gleiche Anteil unterliegt einer einjährigen Sperrfrist und in dieser Zeit ebenfalls der nachhaltigen Wertentwicklung des Instituts.

1) Der wirtschaftliche Erfolg kombiniert eine Profitabilitätsgröße (Konzern-Jahresüberschuss nach Steuern gemäß IFRS) mit dem tatsächlichen Risiko. Die Risiken werden dabei in Form der Kapitalkosten berücksichtigt, indem die Mindestverzinsung des Ökonomischen Kapitals (Okap) mit eingerechnet wird.

2) Grundlage ist die in der Risikosteuerung der Bank verankerte Risikodeckungsmasse, welche um bestimmte Positionen bereinigt wird.

Nach Ablauf des Deferral-Zeitraums erfolgt vor Auszahlung eine Malus-Prüfung anhand von im Vorstandsvergütungsmodell festgelegten Kriterien auf Konzernebene und individueller Ebene. Zudem wird vor Auszahlung die Einhaltung von Nebenbedingungen sichergestellt (positiver Gesamterfolg Konzern, keine Gefährdung einer angemessenen Eigenmittelausstattung, ausreichende Liquidität der Bank und Erfüllung der kombinierten Kapitalpuffer-Anforderungen).

Die Altersversorgung ist grundsätzlich als beitragsorientierte Leistungszusage konzipiert. Einige Vorstandsmitglieder haben eine endgehaltsbezogene Regelung. Die Höhe bemisst sich dabei nach der Dauer der Vorstandstätigkeit.

Vergütung 2016.

Im Jahr 2016 setzte sich die Vergütung der Mitglieder des Vorstands aus einer erfolgsunabhängigen Fixvergütung sowie einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung zusammen. Die Fixvergütung umfasst neben dem vertraglich vereinbarten Festgehalt auch die Leistungen zur betrieblichen Altersversorgung sowie alle sonstigen Leistungen (im Wesentlichen Dienstwagennutzung).

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2016 für ihre Vorstandstätigkeit ein vertraglich vereinbartes Festgehalt von 5,7 Mio. EUR. Die sonstigen Leistungen betragen 0,1 Mio. EUR. Darüber hinaus wurde den Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr eine erfolgsabhängige variable Vergütung von insgesamt 2,0 Mio. EUR ausbezahlt (Zufluss), wobei in diesem Betrag auch Anteile von aufgeschobener variabler Vergütung aus Vorjahren enthalten sind.

Die Pensionsverpflichtungen nach IFRS für zum Stichtag aktive Vorstandsmitglieder der LBBW beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf insgesamt 17,4 Mio. EUR.

Aufsichtsrat.

Grundzüge für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die Hauptversammlung hat am 22. Juli 2011 die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wie folgt beschlossen:

- Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das jeweilige Geschäftsjahr eine Festvergütung von 25 000 EUR. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der Festvergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.
- Aufsichtsratsmitglieder, die einem Ausschuss angehören, erhalten hierfür jeweils pro Ausschuss eine weitere Festvergütung i. H. v. 10 000 EUR. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der weiteren festen Vergütung.
- Für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder einem seiner Ausschüsse erhält jedes Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld i. H. v. 200 EUR.
- Darüber hinaus werden den Aufsichtsratsmitgliedern die Auslagen erstattet, die ihnen in Verbindung mit ihrer Aufgabenwahrnehmung als Aufsichtsratsmitglied entstehen (Reisekosten, individuelle bankbezogene Fortbildung etc.).

- Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder einen Ersatz der zu entrichtenden Umsatzsteuer, die durch sie wegen ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses zu entrichten ist.

Die bei der LBBW angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung.

Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berechnet.

Vergütung 2016.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt 0,93 Mio. EUR an Vergütung und 0,05 Mio. EUR an Sitzungsgeldern gezahlt.

Sonstige Angaben.

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (»D&O«). Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder beträgt der Selbstbehalt jeweils 10% des Schadens, max. das 1,5-Fache der festen jährlichen Vergütung.

Landesbank Baden-Württemberg

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand

Compliance.

Verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln beruht auf der Einhaltung von Regeln und Gesetzen. Ein effektives Compliance-Management schafft nachhaltig Risikotransparenz und verhindert kriminelle Aktivitäten wie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Betrug, Korruption, Insiderhandel sowie Marktmanipulation. Gleichzeitig wird die Einhaltung der Vorgaben für Datenschutz, Finanzsanktionen und Embargo überwacht.

Die LBBW hat darüber hinaus einen Überwachungsprozess für das bankweite Interne Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Dieser Prozess, als Bestandteil der risikoorientierten IKS-Überwachung, besteht im Wesentlichen aus den Elementen

- Risikobeurteilung und Dokumentation der Schlüsselkontrollen,
- unterjährige Selbsteinschätzung der Fachbereiche zum Verbesserungspotenzial des bankweiten IKS,
- Nachweis der Fachbereiche über die Wirksamkeit der Schlüsselkontrollen,
- Erklärung zum Status des bankweiten IKS als Basis der IKS-Berichterstattung an den Prüfungsausschuss und den Vorstand

und des IKS-Managements im Geschäftsbereich Compliance zur Pflege der formalen Vorgaben sowie zur konzernweiten Steuerung und Qualitätssicherung des Prozessablaufs.

Kapitalmarkt-Compliance.

Ein Tätigkeitsschwerpunkt der Kapitalmarkt-Compliance im Jahr 2016 lag in der Begleitung und Beratung der Fachbereiche bei der Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen, wie z. B. der europäischen Finanzmarkttrichtlinie MiFID II und der Finanzmarktverordnung MiFIR. Hier stehen der Anlegerschutz –beispielsweise der Umgang mit Zuwendungen und Aufzeichnungspflichten – sowie marktbezogene Themen wie Handelstransparenz im Fokus.

Die europäische Marktmissbrauchsverordnung trat ebenso wie das Erste Finanzmarktnovellierungsgesetz in Kraft. Die Kapitalmarkt-Compliance begleitete die Umsetzung der betreffenden Regelungen in der Bank. Das webbasierte Schulungsprogramm »Grundlagen Kapitalmarkt-Compliance« wurde aktualisiert und ergänzt. Zu Marktmanipulation, Insiderhandel, Marktsondierung und Sanktionen fanden Schulungen statt.

Im Rahmen der Überwachung des Wertpapiergeschäfts hat die LBBW die Vor-Ort-Überwachungen ausgebaut und die Risikoanalyse weiterentwickelt. Die Kapitalmarkt-Compliance verbesserte die Überwachungssoftware und führte aufgrund europäischer Vorgaben einen neuen Prozess zur Meldung compliance-relevanter Informationen ein.

Geldwäscheprävention.

Zur Sicherstellung von steuerehrlichem Verhalten hat die Bank den Umgang für so genannte Steuer-oasen eine Reihe potenziell betroffener Länder als Hochrisikoländer eingestuft und ihr Risikomodell für Kunden mit Sitz in diesen Ländern modifiziert. Folglich sind für Kunden mit Sitz in diesen Ländern erhöhte Sorgfaltspflichten anzuwenden.

Im Jahr 2016 löste die Zahlungskonten-Identitätsprüfungsverordnung eine durch die BaFin 2015 eingeräumte Übergangslösung zur Identifizierung von Flüchtlingen ab. Unter bestimmten Bedingungen werden Erleichterungen bei der Kundenidentifizierung eingeräumt. Die LBBW beteiligte sich an der Umsetzung der geänderten Anforderungen sowie der Einrichtung angemessener Kontrollen und überprüfte die Wirksamkeit der Kontrollen im Rahmen ihres Kontrollplans.

Finanzsanktionen/Embargo.

Die LBBW hat den Standardisierungsgrad bei der Bearbeitung von Finanzsanktions- bzw. Embargoprüfungen durch die Weiterentwicklung der schriftlich fixierten Ordnung im LBBW-Konzern und Systemanpassungen weiter erhöht. Der Kundenbestand wird tagesaktuell mit nationalen und internationalen Sanktionslisten abgeglichen. Ebenso überprüft die Bank alle Auslandstransaktionen. Der Bereich Compliance unterstützt die Fachbereiche bei der Umsetzung und Überwachung von nationalen und internationalen Sanktionsvorgaben und berät diese zu Fragen des Außenwirtschaftsrechts.

Betrugsprävention/sonstige strafbare Handlungen.

Die LBBW hat im Bereich Betrugsprävention ihre Kontrollhandlungen weiter ausgebaut und unter anderem risikoorientiert Vor-Ort-Kontrollen in den Filialen und in einzelnen Bereichen der Bank durchgeführt. Darüber hinaus wurden Mitarbeiter und Kunden zu neu auftretenden Betrugsmustern informiert und die Zusammenarbeit mit der Polizei in Baden-Württemberg weiter gestärkt. Ein weiterer Schwerpunkt war die Unterstützung laufender und zukünftiger Projekte der Bank, insbesondere zu neuen Zahlungsverkehrslösungen und zur Kernbanksystemmigration.

Compliance nach MaRisk.

Gemäß der 4. Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verfügt die LBBW über eine Compliance-Funktion nach MaRisk, deren Ziel das Hinwirken auf die Sicherstellung der Einhaltung wesentlicher rechtlicher Regelungen und Vorgaben, die Förderung der institutsweiten Compliance-Kultur und somit die Verringerung der Compliance-Risiken ist. Die Compliance-Funktion nach MaRisk hat insbesondere

- die für das Institut wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben identifiziert,
- auf die Implementierung angemessener und wirksamer Verfahren zu deren Einhaltung hingewirkt,
- die Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Verfahren überwacht und abschließend berichtet;
- außerdem ist die Compliance-Funktion nach MaRisk in wesentliche prozessuale Abläufe direkt eingebunden.

Datenschutz.

Themen mit Datenschutzbezug haben, bedingt durch erhebliche regulatorische Veränderungen und einer stärkeren Sensibilisierung aller Beteiligten, an Bedeutung zugenommen. Die zunehmende Komplexität führt zu einer intensiveren Beratung der Fachbereiche. Die Anzahl der Kundenanfragen (Beschwerden und Auskunftersuchen) ist im letzten Jahr, bedingt durch eine höhere Sensibilität der Kunden und Mitarbeiter im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Untersuchung von Datenpannen, aufgrund der evtl. damit verbundenen Risiken und der ggf. notwendigen externen Meldepflichten.

Von besonderer Bedeutung war die Einführung der EU-Datenschutzverordnung zum 25. Mai 2018, mit der ein einheitliches Datenschutzniveau in Europa sichergestellt werden soll.

Mit dem US-EU-Privacy-Chield wurde die Nachfolgeregelung zur Safe-Harbor-Thematik beim Datenaustausch mit den USA beschlossen, so dass die Übertragung personenbezogener Daten auf einer neuen rechtlichen Grundlage erfolgt.

Weiterhin erfolgten Prüfungen, um die Einhaltung der Vorgaben zu verifizieren, sowie Schulungsmaßnahmen zur Sensibilisierung der Mitarbeiter.

Zusammen- gefasster Lagebericht.

Der Lagebericht der LBBW (Bank und der Konzernlagebericht sind nach § 315 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst und werden gemeinsam mit dem Konzernabschluss im LBBW Geschäftsbericht 2016 veröffentlicht.

Grundlagen des Konzerns.

Der vorliegende Finanzbericht der Landesbank Baden-Württemberg besteht aus dem zusammengefassten Lagebericht und dem Konzernabschluss (IFRS). Der Lagebericht der LBBW (Bank) und der Konzernlagebericht sind gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 zusammengefasst. Damit ist neben dem Konzern auch die Einzelgesellschaft LBBW (Bank) mit Erläuterungen auf Basis des Handelsgesetzbuches enthalten. Der Jahresabschluss LBBW (Bank) nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der zusammengefasste Lagebericht werden zeitgleich im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Struktur und Geschäftstätigkeit des LBBW-Konzerns.

Der Konzern Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) besteht zum überwiegenden Teil aus der Einzelgesellschaft Landesbank Baden-Württemberg. Im Folgenden wird diese als LBBW (Bank) aufgeführt.

Die LBBW (Bank) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie verfügt über vier Hauptsitze in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Anteilseigner sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,534%, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,932% und das Land Baden-Württemberg mit 40,534% der Anteile am Stammkapital. Das Land Baden-Württemberg hält seine Anteile direkt und indirekt über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH.

Als Universalbank verbindet die LBBW (Bank) das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der regionalen Nähe ihrer Kundenbanken: So tritt die LBBW (Bank) in ihren Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie weiteren Wirtschaftsräumen jeweils mit eigenen Regionalmarken auf:

- Die Baden-Württembergische Bank (BW-Bank) mit Hauptsitz in Stuttgart betreibt Privat- und Unternehmenskundengeschäft in Baden-Württemberg und in Bayern. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart übernimmt die BW-Bank darüber hinaus die Funktion einer Sparkasse. Das Wealth Management führt seinen Marktauftritt grundsätzlich unter der Marke BW-Bank.
- Der besondere Fokus der LBBW Rheinland-Pfalz Bank mit Hauptsitz in Mainz liegt auf der Betreuung mittelständischer Unternehmenskunden in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg.
- In der LBBW Sachsen Bank mit Hauptsitz in Leipzig bündelt die LBBW ihr mittelständisches Unternehmenskunden- und das gehobene Privatkundengeschäft in Sachsen und den angrenzenden Regionen.

Die LBBW (Bank) bietet das komplette Produkt- und Dienstleistungsangebot einer modernen Geschäftsbank. Dabei sind das Geschäft mit Large Corporates-Kunden, Kapitalmarktgeschäft, Immobilienfinanzierungen sowie die Sparkassenzentralbankfunktion für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen bei der LBBW (Bank) selbst angesiedelt.

Wesentliche Stabs- und Servicefunktionen werden ebenfalls in der LBBW (Bank) gebündelt.

Zudem begleitet die LBBW (Bank) die Unternehmenskunden der LBBW und der Sparkassen bei ihren Auslandsaktivitäten. Ein weltweites Netz an Niederlassungen und Repräsentanzen unterstützt die Kunden mit Länderexpertise, Markt-Know-how und Finanzlösungen. An ausgesuchten Standorten unterhält die LBBW ergänzend German Centres, die deutschen Unternehmenskunden vor Ort Büros und Netzwerke zur Verfügung stellen und sie bei ihrem Markteintritt beraten.



Konzernunternehmen für Spezialprodukte (Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung) ergänzen das Leistungsportfolio der LBBW (Bank) innerhalb des Konzerns.

Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns.

Auf Basis ihrer konservativen Risikopolitik fokussiert sich die LBBW insbesondere auf das Kundengeschäft in ihren Kernmärkten.

Das Geschäftsmodell der LBBW beruht auf fünf Säulen. Jede Säule entspricht einer wesentlichen Kundengruppe. Ihre Kernmärkte sind Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Dabei ist die LBBW vor allem Partner für die dortigen Unternehmens- und Privatkunden sowie die Sparkassen. Flankiert wird dies durch Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden.

Unternehmenskunden.

Im Unternehmenskundengeschäft liegt der Fokus auf Unternehmen des klassischen Mittelstands, des großen Mittelstands mit Kapitalmarktbezug bis hin zu Konzernen mit stärkerer Kapitalmarkt-orientierung in den regionalen Kernmärkten sowie weiteren attraktiven Wirtschaftsräumen – wie z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern und dem Großraum Hamburg.

In Baden-Württemberg und Bayern werden die Unternehmenskunden von der BW-Bank betreut. In Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen sowie Hamburg nimmt diese Funktion die LBBW Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die LBBW Sachsen Bank wahr. Daneben betreut die LBBW Großkunden (Large Corporates) in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Der LBBW-Konzern lebt den Universalbankansatz mit einer breiten Produkt- und Dienstleistungspalette – vom Auslandsgeschäft über alle Formen der Finanzierung, dem Zahlungsverkehr bis hin zu Absicherungsgeschäften und dem Asset Management. In ihren Kernmärkten ist die LBBW außerdem Partner der Kommunen.

Verschiedene Tochterunternehmen wie die SüdLeasing, die MKB Mittelrheinische Bank/MMV Leasing, die SüdFactoring und die Süd Beteiligungen ergänzen das Angebot.

Privatkunden.

Die BW-Bank ist die Sparkasse der Landeshauptstadt Stuttgart. Dabei stellt sie ihre gesamte Leistungspalette zur Verfügung und gewährleistet somit die kreditwirtschaftliche Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Außerhalb Stuttgarts ist das Geschäftsmodell der LBBW im Privatkundenbereich vor allem auf das gehobene Kundensegment in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie weiteren Wirtschaftsregionen ausgerichtet. Kunden mit hohem Anlagevermögen und komplexer Vermögensstruktur werden im Wealth Management betreut. Das umfassende Produkt- und Dienstleistungsangebot reicht vom Giro- und Kartengeschäft über klassische Finanzierungen bis hin zu komplexen Wertpapier- und Vorsorgelösungen.

Um den vielfältigen Herausforderungen im Privatkundengeschäft Rechnung zu tragen – allem voran dem Trend der zunehmenden Digitalisierung – wird am weiteren Umbau zu einer modernen Multikanalbank gearbeitet. Zum einen wird ein umfassendes digitales Service- und Beratungsangebot bereitgestellt, zum anderen fokussiert sich das Filialnetz stärker auf komplexe Beratung.

Sparkassen.

Im Geschäftsfeld Sparkassen konzentriert sich die LBBW vornehmlich auf ihre Funktion als Zentralbank für die Sparkassen in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen sowie Rheinland-Pfalz. Dabei bildet die LBBW mit den Sparkassen einen Leistungsverbund und versorgt diese mit einer breiten Palette an Produkten und Dienstleistungen.

Die Zusammenarbeit bezieht sich insbesondere auf drei Geschäftsfelder:

- Die Eigengeschäfte der Sparkassen; zum Leistungsspektrum gehören alle Produktkategorien zur Absicherung und Anlage der Sparkasse selbst.
- Im Marktpartnergeschäft werden neben Metakrediten auch Produkte der LBBW – sowohl im Unternehmens- als auch im Privatkundengeschäft – zum Weitervertrieb an die Endkunden der Sparkassen zur Verfügung gestellt.
- Das Dienstleistungsgeschäft beinhaltet das Angebot in den Bereichen Research, Wertpapierabwicklung und -verwaltung, Auslandszahlungsverkehr, Dokumentengeschäft, etc.

Im regionalen Verbund wird eng und über alle Produktfelder zusammengearbeitet; außerhalb der Kernmärkte werden Produkte und Dienstleistungen selektiv auch anderen Sparkassen angeboten.

Immobilienfinanzierung.

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung umfasst bei der LBBW das gewerbliche Immobiliengeschäft. Zielkunden sind professionelle Investoren, Spezialfonds, Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie offene und geschlossene Immobilienfonds. Bei den Finanzierungsobjekten steht die Vermietung der Immobilie im Vordergrund. Die Nutzungsarten umfassen dabei insbesondere die Bereiche Wohnen, Büro, Einzelhandel sowie Logistik – vornehmlich in den Zielmärkten Deutschland (bundesweit), USA und Großbritannien.

Zusätzlich fungiert die LBBW im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung als Dienstleister im Syndizierungsgeschäft – mit hoher Kompetenz in der Strukturierung und Arrangierung großvolumiger Transaktionen.

Das Tochterunternehmen LBBW Immobilien Management GmbH bietet ergänzende Dienstleistungen an.

Kapitalmarktgeschäft.

In dieser Säule werden kundenorientiertes Kapitalmarktgeschäft, Asset Management sowie das Auslandsgeschäft gebündelt und eng verzahnt. Das Produktangebot ist konsequent an den – im engen Kundenkontakt – ermittelten Kundenbedarfen ausgerichtet und setzt sich aus Kapitalmarktanlage, (Kapitalmarkt)-Finanzierungen, Risikomanagement-Produkten und Financial Services (inklusive Verwahrstellenfunktion) sowie Research zusammen.

Vier Kundengruppen stehen speziell im Fokus: Sparkassen, Banken, Unternehmens- sowie institutionelle Kunden. Über individuelle Marktbearbeitungsstrategien kann dabei der Heterogenität der jeweiligen Kundenbedarfe Rechnung getragen werden. Exportorientierte Kunden werden speziell durch maßgeschneiderte Angebote für das Auslandsgeschäft sowie das internationale Netzwerk der LBBW unterstützt.

In der Konzerntochter LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ist das Asset Management-Geschäft der LBBW gebündelt. Das Angebot der Kapitalverwaltungsgesellschaft umfasst vor allem Beratung, Management und Verwahrung von Wertpapier-Sondervermögen für institutionelle Investoren, Privatanleger, Unternehmenskunden, Sparkassen sowie Banken.

Credit Investment.

Zusätzlich weist die Segmentrechnung der LBBW auch das Segment Credit Investment aus. Hier ist u. a. das noch verbleibende Kreditersatzportfolio des Konzerns gebündelt, das mittlerweile weitestgehend abgebaut wurde.

Zukunftsinvestitionen im Rahmen des Geschäftsmodells.

Der LBBW-Konzern adressiert aktuelle Herausforderungen durch umfassende Veränderungsinitiativen; frühzeitig bereits wurden zahlreiche interne Initiativen und Projekte auf den Weg gebracht. Soweit erforderlich, wurden hierfür zum Jahresende 2016 Restrukturierungsrückstellungen gebildet.

Allem voran gehört dazu eine grundlegende Modernisierung der IT-Landschaft des Hauses, die die Grundlage für weitere Effizienzsteigerungen bildet. Ein ganz wesentlicher Teil der umfassenden IT-Transformation ist die Einführung eines neuen Kernbankensystems im Jahr 2017 (OSPlus), das die Voraussetzung für eine stärkere Standardisierung und Optimierung der Geschäftsprozesse schaffen wird.

Zudem werden – in Abhängigkeit von der zugrunde liegenden Komplexität des Geschäfts – sukzessive auch die Kapazitäten in der Kreditbearbeitung (Marktfolge) konzentriert. Die Verschlinkung und Verbesserung der Prozesse und Strukturen führt zu verbesserter Kosteneffizienz und höherer Schlagkraft.

Eine weitere wesentliche Initiative des vergangenen Geschäftsjahres war die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts und Private Bankings. Der Umbau schreitet planmäßig voran: die LBBW hat ihr digitales Angebot erweitert und den angekündigten Umbau des Filialnetzes gestartet. Im Wealth Management wurde die Expansionsstrategie erfolgreich weitergeführt.

Auch seine Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft hat der LBBW-Konzern neu ausgerichtet. Das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft wurde zum einen entlang der Wertschöpfungskette optimiert; zum anderen liegt der besondere Fokus auf einer intensiveren Ausschöpfung der guten Geschäftspotenziale. Die LBBW Asset Management wird in diesem Zusammenhang noch enger mit den Vertriebseinheiten des Haupthauses verzahnt.

Im regionalen Unternehmenskundengeschäft wurden Maßnahmen zur effizienteren Kundenbetreuung angestoßen und damit die permanente Optimierung dieses Geschäfts weitergeführt.

Daneben setzt der LBBW-Konzern weiterhin auf eine selektive Wachstumsstrategie in allen Säulen.

Segmentzuordnung und Steuerung.

Die fünf Säulen des Geschäftsmodells lassen sich auf die Darstellung der Segmentlogik der externen Berichterstattung der LBBW überleiten: Die beiden Säulen **Unternehmenskunden** und **Immobilienfinanzierung** sind dem Segment **Corporates** zugeordnet; die Säulen **Privatkunden** sowie **Sparkassen** finden sich im Segment **Retail/Sparkassen** wieder. Das Segment **Financial Markets**, welches Anfang 2017 in **Kapitalmarktgeschäft** umbenannt wurde, entspricht – abgesehen von ebenfalls zugeordneten Treasury-Aktivitäten – im Wesentlichen der Säule **Kapitalmarktgeschäft**. Informationen zu den Segmenten sind in den Notes in der Segmentberichterstattung nach IFRS enthalten.

Innerhalb des vorgestellten Geschäftsmodells erfolgt die Gesamtbanksteuerung des Vorstands der LBBW über ein Kennzahlenset entlang der strategischen Segmente unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Konzerns. Die für die Steuerung erforderliche Informationsversorgung wird durch ein umfangreiches, zielgerichtetes monatliches Reporting gewährleistet. Von besonderer Relevanz für die Steuerung des Konzerns sind dabei folgende finanzielle Leistungsindikatoren:

- Die harte Kernkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Gesamtkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die risikogewichteten Aktiva (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Leverage Ratio (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Das Konzernergebnis vor Steuern (IFRS)
- Nachrichtlich: für die LBBW (Bank) das Jahresergebnis vor Steuern (HGB)
- Die Cost Income Ratio (Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zur Summe aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten sowie sonstigem betrieblichen Ergebnis)
- Die Konzernbilanzsumme (IFRS)
- Die Auslastung der Risikodeckungsmasse (bankinterne Ermittlung gemäß MaRisk)
- Der Return on Equity (Annualisiertes Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital, welches um direkt im Eigenkapital erfasste Ergebniseffekte bereinigt wird)
- Die Liquidity Coverage Ratio (gemäß CRR/ITS)

Gesellschaftliche und soziale Verantwortung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Engagierte, motivierte und leistungsfähige Beschäftigte sind zentraler Erfolgsfaktor jedes Unternehmens. Dies gilt insbesondere für die Finanzdienstleistungsbranche, die großem Veränderungsdruck unterliegt. Neben exzellenten fachlichen Fähigkeiten, hoher Kundenorientierung und Integrität werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LBBW inzwischen dauerhaft Veränderungsbereitschaft und Offenheit für neue Marktentwicklungen abverlangt.

Die LBBW ist, wie die gesamte Branche, angesichts der fortschreitenden Digitalisierung, verschärften regulatorischen Vorgaben sowie einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase gezwungen, ihre Angebote und die dahinter liegenden Prozesse in immer schnelleren Zyklen zu erneuern. Entsprechend werden konsequente Kundenorientierung, hohe Anpassungsfähigkeit und die Bereitschaft zu agilen Arbeiten dauerhaft von hoher Bedeutung für den Erfolg des LBBW-Konzerns bleiben.

Die LBBW hat einen hohen Anspruch an sich und damit an ihre Beschäftigten. Gleichzeitig bietet sie hoch attraktive Arbeitsplätze mit Entwicklungspotenzial für ambitionierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Freude am Erfolg haben. Als attraktiver Arbeitgeber bietet die Bank seit jeher vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten, umfangreiche Angebote für eine sehr gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und investiert in die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Beschäftigtenzahlen.

	LBBW (Bank)		LBBW	
	2016	2015	2016	2015
Beschäftigte	9 030	9 291	10 839	11 120
Anteil Frauen	52,4%	52,4%	52,5%	52,5%
Anteil Männer	47,6%	47,6%	47,5%	47,5%
Beschäftigte in Teilzeit	28,6%	26,8%	26,9%	25,2%
Beschäftigte in Vollzeit	71,4%	73,2%	73,1%	74,8%
Auszubildende (inklusive Dual-Studierende)	369	449	394	471
Ausbildungsquote	4,1%	4,8%	3,6%	4,2%

Die Beschäftigtenzahl der LBBW sank insbesondere aufgrund von Anpassungen ihrer strategischen Ausrichtung zum 31. Dezember 2016 auf 10 839 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 11 120). Die Fluktuationsrate nach der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)-Formel stieg 2016 in der LBBW (Bank) zum Vorjahr von 3,4% auf 4,6%. Bereinigt um restrukturierungsbedingte Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen (1,5%) lag die Quote der LBBW (Bank) unverändert bei 3,1%.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der LBBW (Bank) hat sich im Berichtsjahr mit 44,2 Jahren zum Vorjahr (43,4 Jahre) leicht erhöht. Auch die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit stieg mit 18,3 Jahren (Vorjahr: 17,5 Jahre) in der Bank etwas an. Frauen waren in der LBBW auch 2016 mit einem unveränderten Anteil von 52,5% gegenüber Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit stieg dabei in der LBBW leicht von 25,2% auf 26,9%.

Schwerpunkte der personalwirtschaftlichen Begleitung der strategischen Ausrichtung der LBBW bildeten im Jahr 2016 Maßnahmen, die dazu dienten, Neustrukturierungen innerhalb einzelner

Geschäftsfelder zu begleiten sowie die zielgerichtete Qualifizierung der Beschäftigten für ein zunehmend wettbewerbsintensives Umfeld zu gewährleisten. Neben Arbeitsabläufen verändern sich zunehmend häufiger auch die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Entsprechend gewinnen interne Wechsel verbunden mit der Bereitschaft, sich innerhalb der LBBW weiterzuentwickeln und auch neu zu orientieren, weiter an Bedeutung. Eine wichtige Rolle spielte dabei der LBBW Stellenmarkt, der eine sehr hohe Akzeptanz genießt. So konnten 684 Stellenangebote im Konzern der LBBW fast vollständig durch interne Bewerber, Wiedereinstiege nach der Familienphase und Übernahmen von Auszubildenden sowie Trainees besetzt werden.

Die LBBW bekennt sich, auch im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung als öffentlich-rechtliche Bank, trotz des schwierigen Marktumfelds ausdrücklich zur Nachwuchsförderung. Zwar erwartet die Bank mittelfristig geringere Bedarfe im Segment Privatkunden/Private Banking, dennoch starteten 109 Auszubildende sowie Studierende im August 2016 bei der LBBW (Bank) in ihre berufliche Laufbahn (Vorjahr: 199). Der LBBW-Konzern verfolgt mit seinen Ausbildungsangeboten das Ziel, die Entwicklung junger Menschen zu unterstützen und so qualifizierte und ambitionierte Nachwuchskräfte für die Bank zu gewinnen. Die Anzahl an Bewerbungen für eine Ausbildungsstelle oder einen Studienplatz an einer Dualen Hochschule stieg 2016 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 20% auf 4 163 (Vorjahr: 3 405). Damit bleibt die LBBW für Berufseinsteiger weiterhin ein sehr interessanter Arbeitgeber. Zum Jahresende 2016 waren im LBBW-Konzern 394 Auszubildende sowie Studierende an Dualen Hochschulen (Vorjahr: 471) beschäftigt.

Personalentwicklung.

Zur zielgerichteten Qualifizierung ihrer Beschäftigten bietet die LBBW (Bank) ein umfangreiches internes Bildungsprogramm. Dieses umfasst circa 200 Seminar- und Fortbildungsangebote, die neben dem Schwerpunkt der fachlichen Qualifikation bewusst auch Angebote in den Themenbereichen methodische und soziale Kompetenz enthalten. Ergänzt werden diese Angebote durch Trainings zur Optimierung von Fremdsprachenkenntnissen sowie themenspezifische Seminare externer Anbieter. Für Mitarbeiter, die ihre betriebswirtschaftlichen Kenntnisse erweitern möchten, besteht die Möglichkeit, berufsbegleitende Studiengänge zu besuchen. Parallel gibt es für Führungskräfte spezifische Angebote zum Thema Mitarbeiterführung und zum achtsamen Umgang mit eigenen und fremden Ressourcen.

Um die Veränderungsprozesse innerhalb der LBBW erfolgreich zu gestalten, wurden im Jahr 2016 zahlreiche Workshops zu Change-Management-Prozessen durchgeführt. Darüber hinaus haben viele Führungskräfte das Coaching-Angebot der LBBW-Managementberatung wahrgenommen, sich individuell bei Führungs- und Persönlichkeitsthemen beraten und begleiten zu lassen.

Potenziale von Frauen nutzen.

Als ein Unternehmen, bei dem der Anteil weiblicher Führungskräfte noch sehr deutlich unter dem Frauenanteil in der Belegschaft liegt, ist es ein wichtiges Ziel nachhaltiger Personalarbeit, die vorhandenen Potenziale ambitionierter Frauen zu erkennen und besser zu nutzen. Ende 2016 lag der Anteil an weiblichen Beschäftigten in der LBBW unverändert bei 52,5%, der Anteil weiblicher Führungskräfte in der 1. bis 4. Führungsebene bei 16,9% (Vorjahr: 16,6%). Ein vom Vorstand verabschiedetes ganzheitliches Konzept soll daher gezielt die Übernahme von Führungsverantwortung durch Frauen auf allen Hierarchieebenen fördern.

Ziel ist, das Interesse von Frauen an herausgehobenen Positionen zu erhöhen und das Bestreben, sich im Wettbewerb um Führungspositionen durchzusetzen, zu stärken. So bietet die LBBW neben Coachings bspw. seit 2013 das Seminar »Mut zum Erfolg« zielgerichtet für weibliche Beschäftigte an. Mittlerweile haben 124 Frauen das Seminar besucht. Zudem wird ein Mentoringprogramm speziell für Frauen nach dem erfolgreichen Abschluss eines entsprechenden Pilotprojekts fortgeführt. Darüber hinaus unterstützt die Bank das Frauennetzwerk als ein sichtbares Zeichen, dass die Förderung von Frauen innerhalb der LBBW einen hohen Stellenwert besitzt. Das seit über acht Jahren bestehende Netzwerk bringt sich wie auch weitere informelle Kreise und Projektgruppen aktiv bei relevanten Themen ein.

Vereinbarkeit von Beruf & Privatleben.

Die Bereitstellung attraktiver Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist für die LBBW ein wesentlicher Baustein einer erfolgreichen Personalpolitik und zur Stärkung der Arbeitgebermarke. So nehmen in den vergangenen Jahren bspw. immer mehr Beschäftigte, insbesondere auch Väter, Elternzeit in Anspruch oder benötigen Zeit für die Pflege von Angehörigen. Die in der LBBW geschaffenen personalpolitischen Rahmenbedingungen leisten einen wichtigen Beitrag, diesen sich ständig wandelnden Anforderungen an die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gerecht zu werden. Über einen flexiblen Arbeitszeitrahmen hinaus bietet die LBBW unterschiedliche Arbeitszeitmodelle an, z. B. die Option in Teilzeit zu wechseln oder über Zeitwertkonten längere Auszeiten zu verwirklichen. Die Wirksamkeit der angebotenen Maßnahmen wurde auch im Auditierungsprozess durch die berufundfamilie GmbH, eine Initiative der gemeinnützigen Hertie Stiftung, erneut bestätigt. Seit 2010 trägt die LBBW das Siegel und wird regelmäßig im Abstand von drei Jahren geprüft.

Ein weiteres bedeutsames Angebot ist die Unterstützung bei der Kinderbetreuung. So können die Beschäftigten der Bank an allen Hauptsitzen auf Unterstützung bei der Kinderbetreuung durch ihren Arbeitgeber zählen. Je nach individueller Bedarfslage gibt es passgenaue Lösungen, wie z. B. Kindertagesstätten, Notfallbetreuungen sowie spezielle Angebote in den Schulferien. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bietet die LBBW darüber hinaus das Beratungs- und Vermittlungsprogramm des externen Dienstleisters pme Familienservice an.

Zusätzlich zur Pflegebeurlaubung nach dem Pflegezeitgesetz bietet die LBBW (Bank) ihren Beschäftigten die Möglichkeit, sich weitere sechs Monate zur Betreuung eines zu pflegenden Angehörigen beurlauben zu lassen.

Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Investitionen in das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) sind für die LBBW (Bank) ein strategischer Erfolgsfaktor im Rahmen ihres personalpolitischen Instrumentariums. Zielsetzung dabei ist, alle wesentlichen gesundheitswirksamen Faktoren im Unternehmen wie das physische Arbeitsumfeld oder die Arbeitsabläufe zu bewerten und möglichst zu optimieren. In die Gestaltung des Arbeitsumfelds werden Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit schon im Vorfeld einbezogen, um es so gesundheitsverträglich wie möglich zu gestalten. Dies betrifft bspw. die Festlegung von Gebäude- und IT-Standards, genauso aber auch Einzelmaßnahmen, wie bei Bau- oder Umbaumaßnahmen. Einen wichtigen Einfluss auf die Mitarbeitergesundheit haben darüber hinaus »weiche Faktoren« wie der Handlungsspielraum bei der Arbeit, die von den Beschäftigten empfundene Wertschätzung, empfundene Gerechtigkeit oder erlebte soziale Unterstützung. Dabei kommt den Führungskräften eine entscheidende Rolle zu. Deshalb werden sie in der LBBW (Bank) systematisch und verpflichtend im »gesundheitsgerechten Führen« geschult.

Auch die Beschäftigten selbst erfahren vielfältige Unterstützung. Die Förderung eines gesundheitsgerechten Lebensstils wird u. a. durch arbeitsplatznahe Bewegungs- und Entspannungsangebote, präventive Beratungen zur Gesundheit sowie durch Kooperationen mit Fitnessstudios unterstützt. Die teilweise biozertifizierten Betriebskantinen ermöglichen durch ein reichhaltiges Angebot eine gesunde Ernährung. Der Betriebsärztliche Dienst bietet umfangreiche arbeits- und sozialmedizinische Betreuung für alle Mitarbeiter an mitarbeiterstarken Standorten an. Beschäftigte an dezentralen Standorten können qualifizierte externe Anbieter nutzen. Die Psychologen und Pädagogen des Sozialreferats der LBBW (Bank) bieten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Führungskräften bei beruflichen und persönlichen Problemlagen sowie bei psychischen Auffälligkeiten, Erkrankungen und Suchtthemen Beratung und Unterstützung. Im Fall von akuten Krisen wird psychologische Ersthilfe geleistet. Wichtiger Bestandteil des Angebots ist auch die Vermittlung geeigneter Fachstellen, Kliniken und Therapeuten.

Über die Einzelfallberatung hinaus gewinnen Aktivitäten im Bereich der Prävention zunehmend an Bedeutung. Im Rahmen von Workshops zu den Themen Resilienz, Umgang mit schwierigen Kundensituationen sowie zur psychischen Gesundheit konnten zahlreiche Beschäftigte erreicht werden.

Vergütungsbericht.

Die LBBW (Bank) erstellt gemäß § 16 der Institutsvergütungsverordnung in Verbindung mit Artikel 450 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) jährlich einen Vergütungsbericht und veröffentlicht diesen Mitte des Jahres auf der Homepage www.LBBW.de.

LBBW Verbesserungsprozess.

Die regulatorischen Anforderungen sowie das Marktumfeld mit seinem intensiven Wettbewerb erfordern eine stetige Optimierung der Arbeitsabläufe und Produkte. Der LBBW Verbesserungsprozess motiviert die Mitarbeiter, sich mit Kreativität und Engagement kontinuierlich an der Fortentwicklung der Bank zu beteiligen. Ziel des LBBW Verbesserungsprozesses ist auch, das Risikobewusstsein und das unternehmerische Denken und Handeln der Mitarbeiter zu fördern, und damit gleichzeitig die Innovationsfähigkeit der Bank weiterzuentwickeln.

Insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung benötigen Ideen in allen Segmenten und auf allen Ebenen der Bank, die aktiv in den Entwicklungsprozess eingebracht werden. Alle Mitarbeiter sind daher aufgerufen, mit ihrem Wissen und mit ihren Verbesserungsvorschlägen dazu beizutragen, dass unseren Kunden laufend weiterentwickelte Produkte und Dienstleistungen angeboten werden können. Die Effizienz leistungsstarker Arbeitsabläufe, die sich ständig den Marktanforderungen anpassen, wird gefördert und bildet eine Grundlage für dauerhaft hohe Qualität.

Durch die umgesetzten Verbesserungsvorschläge konnten auch im letzten Jahr wieder zahlreiche Arbeitsabläufe effizient gestaltet, Kostenersparnisse, Mehrerlöse und Risikoreduzierungen erzielt werden. 2016 wurden 4 170 Verbesserungsvorschläge von den Mitarbeitern eingebracht. Der Nutzen aus Vorschlägen konnte um 48% von 14 Mio. EUR 2015 auf 20,7 Mio. EUR 2016 gesteigert werden.

Der LBBW Verbesserungsprozess begleitet aktiv die Vernetzung der Mitarbeiter aus allen Fachgebieten untereinander. So werden die Mitarbeiter durch gezielte Ideenaktionen bei der Gestaltung von digitalisierten Arbeitsprozessen oder bei der Entwicklung von Innovationen einbezogen. Dies unterstützt die segmentübergreifende Sicht bei der Realisierung von neuen Themen.

Auch 2017 wird dazu aufgerufen, gute Ideen zu entwickeln und in die Bank einzubringen, um so zu nachhaltigen, leistungsstarken und qualitativ hochwertigen Arbeitsabläufen, Dienstleistungen und Produkten beizutragen.

Nachhaltigkeit.

Ihr nachhaltiges Engagement hat die LBBW sowohl strategisch als auch im operativen Geschäft fest verankert. Die Nachhaltigkeitspolitik und Nachhaltigkeitsziele sowie die zugehörigen Prinzipien und Richtlinien für deren Umsetzung geben einen verbindlichen Rahmen für ein verantwortungsbewusstes Handeln jedes Einzelnen vor und schaffen damit die Basis für eine nachhaltige Unternehmensführung.

Nachhaltigkeitsstrategie und -management.

Im Jahr 2016 hat die LBBW ihr Rahmenwerk grundlegend überarbeitet. Die letzte Anpassung erfolgte 2010. Zwischenzeitlich haben sich die Themenfelder der Nachhaltigkeit weiterentwickelt und es wurden neue Nachhaltigkeitsthemen im Kerngeschäft der Bank verankert. Mit der Aktualisierung unseres Rahmenwerkes passen wir dieses der aktuellen Entwicklung an.

Die **Nachhaltigkeitspolitik** gibt in Form von Leitsätzen den Rahmen für alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in der LBBW vor und ist die Grundlage, um ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in das gesamte unternehmerische Handeln zu integrieren. Sie wurde um den Aspekt »Kunden« erweitert und umfasst damit die Leitsätze der LBBW für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Strategie und Management, Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Geschäftsbetrieb, Gesellschaftliches Engagement und Kommunikation.

Zur Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitspolitik hat sich die LBBW **übergeordnete Ziele** gesetzt. Sie werden im jährlichen Nachhaltigkeitsprogramm in Einzelzielen und konkreten Maßnahmen operationalisiert. Für die Bereiche Gesellschaftliches Engagement und Kommunikation wurden neue Ziele formuliert, mit denen bspw. der konstruktive Austausch mit Stakeholdern oder die Vielfalt und Chancengleichheit im Unternehmen stärkere Berücksichtigung finden.

Der konkrete Orientierungsrahmen für die Umsetzung der übergeordneten Nachhaltigkeitsziele sind die **»Leitplanken Nachhaltigkeit«** für das Anlage- und Kreditgeschäft, für die Personalarbeit und den Umgang mit Ressourcen. Die **»Leitplanken Nachhaltigkeit«** wurden inhaltlich erweitert und in **»Prinzipien und Richtlinien für die Umsetzung der LBBW-Nachhaltigkeitspolitik und -ziele«** umbenannt. Hinzugefügt wurden konkrete Ausschlusskriterien für einzelne Geschäftsvorhaben sowie übergreifende Prinzipien wie Compliance, Menschenrechtsgrundsätze und Biodiversitätsprinzipien. Die seit 2011 beschlossene Klimastrategie wurde dort ebenfalls als übergreifendes Prinzip integriert. Sie beschreibt die Position der LBBW zu wesentlichen klimarelevanten Fragestellungen.

Die Nachhaltigkeitspolitik und Nachhaltigkeitsziele sowie die zugehörigen Prinzipien und Richtlinien für deren Umsetzung gelten für die LBBW (Bank) inkl. BW-Bank, LBBW Rheinland-Pfalz Bank und LBBW Sachsen Bank sowie für die in das Nachhaltigkeits-Management-System der LBBW (Bank) integrierten 100 %igen Tochtergesellschaften GastroEvent GmbH, LBBW Immobilien Management GmbH, BW Immobilien GmbH sowie LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, jeweils mit Sitz in Stuttgart.

Über das nachhaltige Engagement der LBBW wird unter www.LBBW.de/nachhaltigkeit umfassend berichtet. Es ist geplant, den nächsten ausführlichen Nachhaltigkeitsbericht bis Juni 2017 zu veröffentlichen; dieser Bericht enthält die Zahlen zum 31. Dezember 2016.

Nachhaltigkeitsratings.

- Die Münchener **oekom research AG** hat die LBBW auf einer Skala von A+ bis D- mit der Gesamtnote C+ bewertet. Mit diesem Ergebnis gehört die LBBW in der Branche »Financials/Public & Regional Banks« Stand Oktober 2016 zu den TOP 3 von 84 untersuchten Banken auf internationaler Ebene. Die LBBW erfüllt die von oekom research definierten Mindeststandards an das Nachhaltigkeitsmanagement und wird als »Prime« eingestuft. Damit qualifizieren sich die auf dem Markt gehandelten LBBW-Wertpapiere aus ökologischer und sozialer Sicht für ein Investment.
- Im Nachhaltigkeitsrating von **Sustainalytics** erhielt die LBBW 77 von 100 Punkten und belegt damit in der Branche Banken auf internationaler Ebene Platz 12 von 396 bewerteten Finanzinstituten.
- Im **imug** Nachhaltigkeitsrating von Bankanleihen 2016 wurde die LBBW als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen (BBB) und Hypothekendarlehen (BB) positiv bewertet. Als Emittent von unbesicherten Anleihen (CCC) erhielt die LBBW die Gesamtbewertung neutral. Die Bezeichnung »unbesicherte Anleihen« bezieht alle Arten unbesicherter festverzinslicher Wertpapiere sowie Termin- und Spareinlagen mit ein.
- Die LBBW erhielt im Nachhaltigkeitsrating 2016 von **MSCI ESG Research** die Gesamtbewertung AA.

Daten und Fakten.

Personalpolitik (Kennzahlen für die LBBW (Bank)).

	2016		2015		2014	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Verteilung Führungskräfte (1. bis 4. Ebene) in % ¹⁾	83,1	16,9	83,4	16,6	83,5	16,5
	2016		2015		2014	
	absolut	prozentual	absolut	prozentual	absolut	prozentual
Anzahl Beschäftigte mit Schwerbehinderung/Gleichstellung ²⁾	437	4,8	435	4,7	434	4,7
Durchschnittsalter	2016		2015		2014	
	44,2		43,4		42,8	
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit in Jahren	2016		2015		2014	
	18,3		17,5		16,9	

Anlagegeschäft.

Mio. EUR	2016	2015	2014
Volumen nachhaltiger Geldanlagen bei der LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	1024,7 ³⁾	682,9 ⁴⁾	597,5 ⁴⁾

Kreditgeschäft.

Mrd. EUR	2016	2015	2014
Volumen Projektfinanzierungen Erneuerbare Energien/Kreditanspruchen	2,34	2,47	2,54 ⁵⁾

- Die Angaben weichen für 2014 um 0,1 %-Punkte von denen im LBBW-Nachhaltigkeitsbericht 2015 ab. Im Lagebericht wurden die Vorstandsmitglieder bei der Berechnung nicht mit berücksichtigt, im Nachhaltigkeitsbericht war dies jedoch der Fall. Die Zahlen ab 2015 werden für beide Berichte einheitlich (mit Vorstandsmitgliedern) erhoben.
- Die Anzahl der Beschäftigten mit Schwerbehinderung/Gleichstellung kann aufgrund rückwirkender Anerkennung des Schwerbehindertenstatus je nach Erhebungszeitpunkt variieren. Daher können Abweichungen zwischen den Angaben im Lagebericht und LBBW-Nachhaltigkeitsbericht entstehen.
- Im Jahr 2016 wurde erstmals der LBBW Global Warming zu den nachhaltigen Assets unter Management hinzugerechnet. Hintergrund ist das geschärfte Anlageprofil des Fonds, der nun ein Klimarating und extern geprüfte Ausschlusskriterien – basierend auf Verstößen gegen den UN Global Compact – berücksichtigt. Zudem wurde 2016 ein bestehendes Nachhaltigkeitsmandat in eine nachhaltige Vermögensverwaltung überführt und das entsprechende Volumen ebenfalls mit hinzugerechnet.
- Angegeben ist die Summe aus dem LBBW Nachhaltigkeit Aktien, LBBW Nachhaltigkeit Renten sowie den Spezialfonds Nachhaltigkeit.
- Die Zahl weicht von der Angabe im Lagebericht 2014 aufgrund der Korrektur eines Rundungsfehlers ab.

Wirtschaftsbericht für den Konzern.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Weltwirtschaft.

Im abgelaufenen Jahr verlief die globale Wachstumsdynamik etwas weniger ausgeprägt als zuvor. Das BIP legte nach Schätzungen des IWF weltweit um 3,1% zu gegenüber 3,2% im Jahr 2015. Im Euroraum fiel die Wachstumsrate des BIP von 2,0% auf 1,7%. Die Wirtschaftsleistung Chinas legte um 6,7% zu und lag damit nahe der 6,9% von 2015. In den USA wuchs das BIP aber lediglich um 1,6%, was ein Rücksetzer gegenüber 2015 war, als das BIP um 2,6% stieg.

Der Ölpreis setzte Anfang 2016 seinen im Vorjahr begonnen Sinkflug zunächst fort. Ende Januar wurde das Fass der Nordseesorte Brent für unter 30 USD je Fass gehandelt. Im weiteren Jahresverlauf zogen die Ölnotierungen wieder an und pendelten sich bei Werten um die 50 USD je Fass ein. Im Euroraum blieb die Inflationsrate angesichts der damit einhergehenden rückläufigen Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe gedämpft. Die Inflationsrate für das Gesamtjahr 2016 betrug lediglich 0,2%, das Verlaufstief wurde im Februar und im April mit jeweils - 0,2% erreicht.

Deutschland.

Deutschland stand 2016 im Zeichen der fortgesetzten Erholung. Nach vorläufigen Angaben hat das BIP in Deutschland um 1,9% zugelegt. Unter Berücksichtigung der Zahl der Arbeitstage ergab sich kalenderbereinigt ein Plus von 1,8%. Das vergleicht sich mit dem 2015 erzielten kalenderbereinigten BIP-Wachstum von 1,5%. Getragen wurde das Wachstum von der Binnennachfrage, der private Konsum sowie die Staatsausgaben legten deutlich zu. Der Außenhandel hat das Gesamtergebnis etwas belastet. Die Inflationsrate war im abgelaufenen Jahr außerordentlich niedrig. Vor allem aufgrund der zu Jahresbeginn stark rückläufigen Ölpreise, stieg der Index der Verbraucherpreise in Deutschland im Gesamtjahr 2016 um lediglich 0,5% gegenüber dem Vorjahr.

Notenbankpolitik.

Im Umfeld der sehr niedrigen Inflationsraten verstärkte die Europäische Zentralbank ihre expansive Geldpolitik nochmals, um den aus ihrer Sicht bestehenden Deflationsgefahren für den Euroraum entgegenzutreten. Sie senkte im März ihren Hauptrefinanzierungszins von 0,05% auf 0% und ihren Satz für die Einlagefazilität von - 0,30% auf - 0,40%. Zudem weitete sie die Summe ihrer monatlichen Käufe im Rahmen des Asset Purchase Program (APP) von 60 Mrd. EUR auf 80 Mrd. EUR aus. Um dieses Volumen realisieren zu können, lockerte sie zudem ihre Rahmenbedingungen für den Kauf von Anleihen. Daneben kündigte sie eine neue Serie von vier langfristigen Refinanzierungsgeschäften an, die sogenannten »Targeted Long-Term Refinancing Operations« (TLTRO), mit denen sie den Geschäftsbanken im Euroraum Liquidität für vier Jahre zur Verfügung stellt. Die erste Tranche dieser »TLTROs« wurde im Juni 2016, die letzte wird im März 2017 zugeteilt. Das für das einzelne Kreditinstitut verfügbare Volumen und der Refinanzierungszins hängen dabei von der Kreditvergabe des

Instituts ab. Im günstigsten Fall konnte die jeweilige Geschäftsbank die Tranche zum Satz für die Einlagefazilität, d. h. zu $-0,40\%$, zugeteilt bekommen. Im Dezember hat die EZB das APP nochmals modifiziert. Sie hat die ursprüngliche Dauer des Programms von März 2017 auf Dezember 2017 verlängert. Das monatliche Kaufvolumen wird sie ab April 2017 bis Dezember 2017 auf 60 Mrd. EUR senken. Die aus dem bisherigen Programm fälligen Anleihen werden wieder am Markt angelegt. Damit das dafür notwendige Gesamtvolumen am Markt verfügbar ist, hat die EZB Anleihen mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr sowie mit einer Marktrendite unterhalb des Einlagesatzes von $-0,40\%$ in das Kaufprogramm eingeschlossen.

Während die Geldpolitik im Euroraum damit nochmals expansiver wurde, hat die US-Notenbank in den USA ihren Kurs einer vorsichtigen Straffung der Geldpolitik fortgesetzt. Im Dezember 2016 hat sie die Spanne für ihren Leitzins um weitere 25 Basispunkte auf nun $0,50\%$ bis $0,75\%$ angehoben. Nach Dezember 2015 war dies die zweite Zinserhöhung in Folge.

Rentenmarkt.

Neben der Geldpolitik sorgten unerwartete Wahlergebnisse in Großbritannien und den USA für Kursbewegungen. Entgegen den Prognosen entschied sich eine Mehrheit der britischen Wähler am 23. Juni für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, worauf die Märkte zunächst mit starken Kursverlusten für Aktien und einem Rückgang der Rendite für die als sicherer Hafen geltenden Bundesanleihen reagierten. In der ersten Juliwoche sank die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen bis auf $-0,20\%$. Die zweite Überraschung war der Sieg von Donald Trump in den Präsidentschaftswahlen in den USA. Trump hatte im Wahlkampf ein wirtschaftspolitisches Programm verkündet, das auf die Errichtung von Handelshemmnissen, Steuersenkungen und kreditfinanzierte Staatsausgaben abzielt. Die Renditen für 10-jährige US-Treasuries stiegen von $1,86\%$ am Vorabend der Wahl bis auf $2,45\%$ zum Jahresende. Die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen konnte sich diesem Trend infolge der EZB-Maßnahmen entziehen und schloss das Jahr bei $0,19\%$ ab, gegenüber $0,63\%$ zu Ende 2015.

Devisenmarkt.

Am Devisenmarkt startete der Euro mit einem Wechselkurs von fast 1,09 USD je Euro ins Jahr, wertete bis Anfang Mai auf knapp unter 1,16 US-Dollar je Euro auf und neigte im restlichen Jahresverlauf aufgrund der Faktoren Lockerung der Geldpolitik im Euroraum, Straffung in den USA und Brexit-Votum zur Schwäche. Der Tiefstkurs wurde kurz vor Weihnachten unter 1,04 notiert, der Jahresabschluss sah den Wechselkurs bei 1,05.

Aktienmarkt.

Das Jahr 2016 begann mit erheblichen Kursabschlägen. Die grassierende Sorge vor einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums drückte die Aktienmärkte. Das Verlaufstief für den DAX auf Schlusskursbasis wurde am 11. Februar bei 8 753 Punkten erreicht. Der Dow Jones schloss an diesem Tag mit 15 660 Punkten ebenfalls auf einem Jahrestief. Im weiteren Jahresverlauf setzte eine Erholung ein, die in eine Jahresendrallye mündete. Vom 8. November, dem Tag der Präsidentschaftswahl in den USA, bis zum Jahreschluss stieg der Dow Jones Industrials von 18 332 auf 19 762, der deutsche Leitindex DAX konnte von 10 482 auf 11 481 Punkte zulegen. Begonnen hatte das Jahr für den Dow Jones mit 17 425 und für den DAX mit 10 743.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Die deutsche Kreditwirtschaft profitierte 2016 von den stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Eine überwiegend gute Asset-Qualität und ein damit einhergehend geringer Kreditrisikovorsorgebedarf sowie die robuste Entwicklung am Immobilienmarkt stützten die Entwicklung der Branche im vergangenen Jahr. Gleichzeitig litten die Institute unter einem anhaltend hohen Wettbewerbs- und Margendruck. Vor allem bei Instituten mit stark zinsabhängigen Geschäftsmodellen treten die Auswirkungen des Niedrig- und Negativzinsumfelds immer deutlicher zu Tage. Die Kreditwirtschaft muss sich weiterhin einem hohen Anpassungsdruck an neue regulatorische Rahmenbedingungen und technologische Veränderungen stellen. In diesem Umfeld blieb die Kosten- und Ertragslage der Branche angespannt.

Die Geschäftsentwicklung im LBBW-Konzern. Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Geschäftsverlauf 2016.

Auch im Geschäftsjahr 2016 bestimmten teilweise belastende Faktoren den Geschäftsverlauf der Kreditwirtschaft. Durch weiter äußerst niedrige und zum Teil sogar negative Zinsen steigt der Druck auf die Ertragslage der Kreditinstitute weiter an. Begleitet wird dieses für die Kreditwirtschaft ungünstige Umfeld von hoher Regulierungs- und Wettbewerbsintensität. Zudem bestehen nach wie vor Unsicherheiten bezüglich der Ausgestaltung des Brexit, sodass die Folgen auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas und die Kreditinstitute noch nicht verlässlich einschätzbar sind. Nach dem Brexit-Votum kam es zu einer deutlichen Abwertung des Pfund Sterling, die jedoch für die LBBW aufgrund einer weitgehend geschlossenen Währungsposition nahezu ohne Auswirkungen blieb. Profitieren konnte die LBBW im Berichtsjahr von ihrer festen Verwurzelung in starken Kernregionen. Hierfür stehen insbesondere neben langjährigen Kundenbeziehungen eine hohe Kundenanzahl sowie eine exzellente Produktexpertise. Die Entwicklung der zentralen Leistungsindikatoren ist hingegen differenziert zu beurteilen. Die aufsichtsrechtlich erforderlichen Kapital- und Liquiditätsquoten wurden erneut deutlich übertroffen, während die Profitabilitätskennziffern bedingt durch einen Sondereffekt rückläufig waren. Die drei operativen Segmente Corporates, Financial Markets und Retail/Sparkassen konnten in Summe einen deutlich positiven Ergebnisbeitrag erzielen.

Der LBBW-Konzern konnte, bereinigt um den Sondereffekt aus der Abschreibung des Goodwills, die Entwicklung der Vorjahre im operativen Geschäft in 2016 erfolgreich fortsetzen. Das Ergebnis vor Steuern und dem vorgenannten Sondereffekt bewegte sich mit 521 Mio. EUR nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 531 Mio. EUR) und ist Beleg eines soliden Geschäftsmodells. Nach Berücksichtigung der Wertberichtigung auf den Goodwill ergab sich ein **Ergebnis vor Steuern** i. H. v. 142 Mio. EUR. Insbesondere das Finanzanlageergebnis war durch Beteiligungstransaktionen und Erlöse im Wertpapiergeschäft positiv geprägt. Begünstigt wurde die Ergebnisentwicklung zusätzlich durch eine Verbesserung des Provisionsergebnisses, vor allem im Wertpapier- und Depotgeschäft, sowie der niedrigeren Aufwendungen für die Garantie des Landes Baden-Württemberg. Gegenläufig blieb das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten bedingt durch Bewertungseinflüsse moderat hinter dem Vorjahr zurück. Zum Ende des Geschäftsjahres 2016 erfolgte nach Durchführung einer Werthaltigkeitsprüfung eine Vollabschreibung des auf dem Segment Corporates allokierten Goodwills, der ursprünglich im Wesentlichen aus dem Erwerb der Sachsen LB im Jahr 2008 resultierte. Hauptsächlich wegen geringerer Ergebnisentwicklungspotenziale ergab sich mit Blick auf die Zukunft eine revidierte Cashflow-Prognose für das den Goodwill tragende Segment Corporates. Maßgebliche Einflussfaktoren waren hierbei das äußerst niedrige Zinsniveau aufgrund einer fortgeführt expansiven Geldpolitik der EZB, ein nicht zuletzt durch die Digitalisierung immer intensiver werdender Wettbewerb am Bankenmarkt sowie ein sich weiter verschärfendes regulatorisches Umfeld.

Nach einer längeren Phase sinkender Volumina in den Jahren 2008 bis 2015 stieg die **Bilanzsumme** im Jahr 2016 gemäß den Erwartungen um 9,6 Mrd. EUR auf 243,6 Mrd. EUR an (Vorjahr: 234,0 Mrd. EUR). Maßgeblich hierfür waren insbesondere der Ausbau hochliquider Positionen sowie eine Erhöhung des Kundengeschäfts, dabei waren insbesondere Zuwächse bei Large Corporates-Kunden zu verzeichnen. Zudem entwickelten sich die zum Fair Value bilanzierten Handelsaktiva aufgrund von Fälligkeiten sowie der allgemeinen Zins- und Credit-Spreadentwicklungen deutlich

rückläufig. Zusätzlich standen Ausweisänderungen bzw. -verschiebungen zwischen einzelnen Bilanzposten dabei im Zeichen der Neustrukturierung des Kapitalmarktgeschäfts. Betroffen hiervon sind die Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen sowie die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kunden und Kreditinstituten.

Das **Konzernergebnis vor Steuern** lag aufgrund der als Sondereffekt zu wertenden Wertminderung des Goodwill beträchtlich unter dem geplanten Zielwert, bereinigt um den Sondereffekt lag das Konzernergebnis vor Steuern für das Geschäftsjahr 2016 auf **Planniveau**. Positiv beeinflusst wurde das Jahresergebnis abermals durch beträchtlich geringer als geplant angefallene Aufwendungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Dabei profitierte die LBBW primär von der guten wirtschaftlichen Lage in ihren Kernmärkten. Erheblich über den Erwartungen fiel zudem die Entwicklung des Ergebnisses aus Finanzanlagen aus, was u. a. auf Beteiligungstransaktionen wie den Verkauf der cellent AG und der Anteile an der VISA Europe Limited zurückzuführen ist.

Geprägt von einem weiter historisch niedrigen Zinsniveau und aufgrund geringer Kreditnachfrage durch hohe Liquiditätsbestände bei den Unternehmen verblieb das Zinsergebnis im abgelaufenen Berichtsjahr leicht unter dem Planwert. Leicht besser als erwartet verlief die Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen. Diese bewegten sich trotz umfangreicher Aufwendungen für den Umbau der IT-Architektur und hoher Kosten für regulatorische Anforderungen nahezu auf Vorjahresniveau. Im Ergebnis betrug die **Cost-Income-Ratio (CIR)** zum Jahresende 74,3% (Vorjahr: 70,9%) und ist - insbesondere aufgrund niedrigerer Zinserträge als erwartet - moderat gestiegen. Die LBBW berechnet die CIR aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zur Summe aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten sowie Sonstigem betrieblichen Ergebnis. Die **Eigenkapitalrentabilität (ROE)** fiel um 3,0 Prozentpunkte auf 1,1% (Vorjahr: 4,1%) und lag damit leicht unter Planniveau. Nach Bereinigung des Sondereffekts aus der Goodwill-Abschreibung ergibt sich mit 4,1% ein ROE auf Höhe des Vorjahreswerts, der zusätzlich geringfügig über dem Plan liegt. Basis für die Berechnung des Leistungsindikators ROE ist das annualisierte Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital. Dabei wird dieses um die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebniseffekte bereinigt.

Wie bereits ausgeführt, stieg die **Bilanzsumme** des LBBW-Konzerns im Jahresverlauf leicht an. Dennoch wurde der Prognosewert leicht unterschritten, was im Wesentlichen auf eine schwächer als geplant ausgefallene Kreditnachfrage zurückzuführen war.

Die **Finanzlage** des Konzerns war aufgrund der guten Liquiditätsausstattung im gesamten Berichtsjahr zu jeder Zeit geordnet. Die strukturelle Refinanzierung des LBBW-Konzerns wird von einem stabilen Absatz verschiedenster Refinanzierungsprodukte aufgrund der breiten und etablierten Kundenbasis getragen. Unternehmenskunden und institutionelle Anleger, sowohl nationale als auch internationale, lieferten einen nachhaltigen Beitrag zur Diversifikation des Fundings. Insgesamt war der Konzern zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Erneut konnten im Jahr 2016 neben Privatplatzierungen auch erfolgreiche Benchmark-Emissionen in Form von Pfandbriefen und unbesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Markt platziert werden. Neben inländischen Anlegern trafen diese Emissionen auch auf großes Interesse von internationalen Investoren.

Die **Mindestliquiditätsquote (LCR, Liquidity Coverage Ratio)** der LBBW nach der delegierten Verordnung (EU) 2015/61 zu Liquiditätsdeckungsanforderungen betrug zum Jahresende 2016 110,4% und lag damit stichtagsbezogen bereits signifikant über dem ab 1. Januar 2017 gültigen gesetzlichen Mindestwert von 80% bzw. deutlich über dem nach Ende der Phase-in-Phase ab 01. Januar 2018 gültigen Mindestwert von 100%.

Die **Verschuldungsquote (Leverage Ratio)** der LBBW war zum Jahresende 2016 mit 4,6% (»nach vollständiger Umsetzung«) nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (4,7%), lag jedoch signifikant über der durch Basel III (CRR) vorgesehenen Mindestmarke von 3,0%.

Die gute Kapitalausstattung und das solide Geschäftsmodell der LBBW bestätigten sich im Berichtsjahr erneut, alle aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen konnten deutlich übertroffen werden. Mit einer **harten Kernkapitalquote** von 15,2% (Core Equity Tier 1; Vorjahr: 15,6%) und einer **Gesamtkapitalquote** von 21,5% (Vorjahr: 21,4%) erfüllt die LBBW die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der CRR bei vollständiger Umsetzung der Übergangsregelungen (»nach vollständiger Umsetzung «) beträchtlich. Damit konnten auch die selbst gesteckten Ziele deutlich übertroffen werden. Die LBBW hat wie alle Institute unter EZB-Aufsicht seit 2015 institutsindividuelle Kapitalanforderungen zu erfüllen. Diese über den gesetzlichen Vorgaben der CRR liegenden individuellen Anforderungen werden von der EZB auf der Grundlage des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) im Regelfall jährlich festgelegt. Die EZB hat der LBBW im November 2016 mitgeteilt, dass sie ab dem 1. Januar 2017 dazu verpflichtet ist, eine harte Kernkapitalquote von 8,09% vorzuhalten. Das nach § 10c KWG als Kapitalerhaltungspuffer sowie das nach § 10g KWG als Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute und das für einen geringfügigen Teil von Auslandsforderungen nach § 10d KWG als antizyklischer Kapitalpuffer vorzuhaltende harte Kernkapital ist in dieser Quote berücksichtigt. Die EZB hat des Weiteren eine über die verpflichtende Anforderung hinausgehende Kapitalempfehlung ausgesprochen, die ebenfalls aus hartem Kernkapital zu bestehen hat. Die **risikogewichteten Aktiva (RWA)** erhöhten sich aufgrund eines leichten Anstiegs der Adressenausfall- und Marktpreisrisiken mäßig um 2,9 Mrd. EUR auf 77,4 Mrd. EUR (Vorjahr 74,5 Mrd. EUR), blieben jedoch aufgrund eines leichten Anstiegs der guten Liquiditätssituation der Unternehmen und einer damit verbundenen niedrigen Kreditnachfrage leicht hinter den Planwerten zurück. Auch im Rahmen der ökonomischen Kapitalsteuerung konnte die bislang schon komfortable Risikotragfähigkeitssituation erneut verbessert werden. Die Auslastung der **Risikodeckungsmasse** lag für das Jahr 2016 mit einer Quote von 43,9% um 4,2 Prozentpunkte unterhalb des Vorjahreswerts von 48,1%, sowie spürbar unterhalb der eigenen Prognose.

Ertragslage.

Erfolgszahlen:

	01.01.2016 – 31.12.2016 Mio. EUR	01.01.2015 – 31.12.2015 ¹⁾ Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Zinsergebnis	1 624	1 654	- 29	- 1,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 51	- 55	4	- 7,3
Provisionsergebnis	527	515	11	2,2
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	190	209	- 18	- 8,8
Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis	195	94	101	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	101	134	- 34	- 25,0
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 586	2 551	35	1,4
Verwaltungsaufwendungen	- 1 814	- 1 782	- 32	1,8
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 93	- 121	28	- 23,1
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 71	- 73	2	- 3,2
Wertminderung Goodwill	- 379	0	- 379	100,0
Restrukturierungsergebnis	- 87	- 44	- 44	99,7
Konzernergebnis vor Steuern	142	531	- 389	- 73,3
Ertragsteuern	- 131	- 109	- 22	20,4
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	
Konzernergebnis	11	422	- 411	- 97,4

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.
1) Anpassungen Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Trotz des weiter historisch niedrigen Zinsniveaus sank das **Zinsergebnis** gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um - 29 Mio. EUR auf 1 624 Mio. EUR. Stabilisierend wirkte u. a., dass im Gegensatz zum Vorjahr geringere Belastungen aus rechnungslegungsspezifischen Sachverhalten zu berücksichtigen waren. Belastend wirkte dagegen das durch die expansive Geldpolitik der EZB weiterhin extrem niedrige Zinsniveau, das in 2016 neue Tiefststände erreichte. Dies reduzierte u. a. die Ergebnisbeiträge im Einlagengeschäft mit Kunden sowie aus der Eigenmittelanlage der LBBW. Die in den Vorjahren gesunkenen Bilanzvolumina wurden zwar im Jahr 2016 erstmals wieder leicht erhöht, jedoch im Wesentlichen in hochliquiden Positionen mit entsprechend niedrigen Zinsen. So wirkte der deutliche Volumentrückgang zum Ende des Vorjahres mit teilweise entsprechend höheren Zinsen nach. Im Kreditgeschäft konnte selektiv die Kreditvergabe an Large Corporates-Kunden ausgeweitet werden, jedoch aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation und der guten Liquiditätssituation der Unternehmen nur auf niedrigem Niveau. Dabei folgte die LBBW unverändert ihrem Ansatz einer Fokussierung auf risikoarmes Neugeschäft.

Der Aufwand für die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** bewegte sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu in einer identischen Größenordnung und sank geringfügig um 4 Mio. EUR auf - 51 Mio. EUR. Während sich die Auflösungen gegenüber dem Vorjahr stärker reduzierten als die Zuführungen zur Risikovorsorge, verringerten sich die Direktabschreibungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Der Vorsorgebedarf lag damit aufgrund einer ausgewogenen Risikopolitik sowie der guten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten der LBBW weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt.

Mit einem Anstieg um 11 Mio. EUR auf 527 Mio. EUR (Vorjahr: 515 Mio. EUR) entwickelte sich das **Provisionsergebnis** positiv. Getragen durch die starke Position der LBBW bei der Begleitung strukturierter Kapitalmarktmissionen verbesserte sich insbesondere das Ergebnis im Wertpapierkonsortialgeschäft. Daneben erhöhten sich auch die Provisionen im Geschäft mit Fonds und dem Verwahrge-

schäft, sodass in Folge ein Wachstum der Provisionen im Wertpapier- und Depotgeschäft um 14 Mio. EUR auf 173 Mio. EUR zu verzeichnen war. Zudem stiegen die Erträge aus dem Zahlungsverkehr durch Kooperationen im Kreditkartengeschäft um 8 Mio. EUR leicht an. Gegenläufig war das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften mit reinem Dienstleistungscharakter aufgrund eines verhaltenen Neugeschäfts und des hohen Wettbewerbsdrucks rückläufig und betrug 107 Mio. EUR (Vorjahr: 119 Mio. EUR). Alle anderen Provisionsarten zeigten im Vergleich zum Vorjahr eine weitgehend stabile Entwicklung.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten** verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr moderat um – 18 Mio. EUR auf 190 Mio. EUR (Vorjahr: 209 Mio. EUR). Negativ wirkte sich insbesondere die Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen stehen, aber nicht in das Hedge Accounting einbezogen werden können, aus. Daneben war auch das Ergebnis aus dem Hedge Accounting um – 15 Mio. EUR auf – 20 Mio. EUR rückläufig. Zudem trug die Veränderung von Bewertungsabschlägen für Finanzinstrumente, im Wesentlichen Credit Valuation Adjustments, mit – 38 Mio. EUR zum Rückgang bei. Gegenläufig war aus Handelsbuchpositionen ein verbessertes Ergebnis zu verzeichnen, das jedoch die vorgenannten Veränderungen nicht kompensieren konnte.

Das **Finanzanlage- und At-Equity-Ergebnis** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr beträchtlich um 101 Mio. EUR auf 195 Mio. EUR (Vorjahr: 94 Mio. EUR). Der Beitrag aus Wertpapieren verbesserte sich von – 18 Mio. EUR kräftig auf 90 Mio. EUR; im Zuge volatiler Märkte wurden dabei entsprechende Marktopportunitäten genutzt. Neben positiven Beiträgen aus dem Verkauf von Anleihen trugen nachträgliche Kaufpreisanpassungen im Zusammenhang mit im Vorjahr getätigten Verkäufen von Eigenkapitalinstrumenten zur Erhöhung bei. Durch den Vollzug des Verkaufs der cellent AG Anfang des Jahres 2016 fiel zudem ein positives Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen an. Zusätzlich verbesserte sich das Beteiligungsergebnis durch den im 2. Quartal 2016 vollzogenen Rückkauf von Aktien der VISA Europe Limited durch Visa Inc. mit Sitz in den USA. Insgesamt erhöhte sich der Beitrag aus Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr um 51 Mio. EUR. Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ging hingegen deutlich um – 58 Mio. EUR auf 13 Mio. EUR zurück.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das **Sonstige betriebliche Ergebnis** inklusive dem Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien um insgesamt – 34 Mio. EUR auf 101 Mio. EUR reduziert. Während im Vorjahr netto eine Auflösung von Rückstellungen erfolgte, war das laufende Jahr durch die Netto-Zuführung von Rückstellungen gekennzeichnet. Gegenläufig verbesserte sich das Ergebnis aus Investment Properties, das im Vorjahr durch die Fair-Value-Bewertung von einzelnen als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien belastet war.

Die **Verwaltungsaufwendungen** verblieben mit – 1 814 Mio. EUR (Vorjahr: – 1 782 Mio. EUR) nahezu auf dem Vorjahresniveau. Der geringfügige Anstieg der Personalaufwendungen um – 8 Mio. EUR auf – 1 036 Mio. EUR wurde insbesondere durch Tarifanpassungen bei Löhnen und Gehältern verursacht. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich hingegen in Summe moderat um – 32 Mio. EUR auf – 688 Mio. EUR (Vorjahr: – 656 Mio. EUR). Ein großer Anteil der Aufwendungen stand nach wie vor im Zusammenhang mit dem im Jahr 2014 gestarteten Umbau der IT-Architektur. Im Zuge der Investitionstätigkeiten in ein neues Kernbanksystem, das im Jahr 2017 produktiv gesetzt wird und die Grundlage für eine stärkere Digitalisierung und Prozessoptimierung darstellt, wuchsen insbesondere die IT-Kosten deutlich an. Entlastend wirkten geringere Aufwendungen für Beratung sowie die Unterhaltung von Gebäuden. Darüber hinaus reduzierten sich Abschreibungen auf Sachan-

lagen und immaterielle Vermögenswerte im Berichtsjahr um 8 Mio. EUR auf – 89 Mio. EUR (Vorjahr: – 98 Mio. EUR).

Unter dem Garantieschirm des Landes Baden-Württemberg finanziert die LBBW nach wie vor die innerhalb des Konzerns nicht konsolidierungspflichtige Zweckgesellschaft Sealink. Für bestimmte Kredite an diese Zweckgesellschaft existiert eine Garantie des Landes Baden-Württemberg, für die im Jahr 2016 eine **Garantieprovision** i.H.v. – 93 Mio. EUR zu entrichten war. Aufgrund des im Jahr 2016 weiter rückläufigen Kreditvolumens gegenüber Sealink sank die Provision gegenüber dem Vorjahr um 28 Mio. EUR.

Die **Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung** betragen im Geschäftsjahr 2016 insgesamt – 71 Mio. EUR und lagen damit nur unwesentlich unter dem für 2015 angefallenen Aufwand von – 73 Mio. EUR. Berücksichtigt wurden hierbei die Beiträge zum Restrukturierungsfonds nach europäischen Vorgaben (EU-Bankenabgabe) sowie zur Einlagensicherung auf Basis des zum 3. Juli 2015 in Kraft getretenen EU-Einlagensicherungsgesetzes. Im Rahmen des neuen EU-Einlagensicherungsgesetzes hat die Sparkassen-Finanzgruppe ihr Sicherungssystem nach den gesetzlichen Vorgaben neu ausgerichtet. Unter anderem wird sie das Zielvolumen der Sicherungseinrichtung bis zum Jahr 2024 auf 0,8% der gedeckten Einlagen (Kundeneinlagen bis 100 000 EUR pro Kunde) ansparen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das neu ausgerichtete Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als institutsbezogenes Sicherungssystem anerkannt.

Die zum Jahresende 2016 erfolgte Werthaltigkeitsprüfung des dem Segment Corporates zugeordneten Goodwills i.H.v. 379 Mio. EUR stand im Zeichen von im Vergleich zum Vorjahr veränderten Rahmenbedingungen. Eine reduzierte Einschätzung der künftigen Entwicklungspotentiale basierte hauptsächlich auf den nachfolgenden Faktoren. Bedingt durch eine weiter expansive Geldpolitik der EZB mit einem anhaltend niedrigen Zinsniveau nivelliert sich der bonitätsbedingte Fundingvorteil der LBBW zunehmend. Dies wird vor allem deutlich in einem intensiven Wettbewerb am Bankenmarkt, vor allem im hart umkämpften Mittelstandsgeschäft. Hohe liquide Bestände der Unternehmen bremsen zusätzlich die Nachfrage nach Krediten und begrenzen damit die Ertragspotentiale. Die schon sehr herausfordernden regulatorischen Rahmenbedingungen verschärfen sich mit Basel IV in Zukunft weiter und stellen in Kombination mit bereits vorhandenen Belastungen aus der Umsetzung aktueller regulatorischer Anforderungen eine immer größer werdende Herausforderung dar. Nicht zuletzt tragen lediglich moderate Erwartungen des BIP-Wachstums in Deutschland dazu bei, dass insgesamt die Cash-Flow-Prognosen zum Jahresende 2016 für das Segment Corporates rückläufig sind und infolgedessen eine vollständige **Wertberichtigung** des im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Sachsen LB bilanzierten **Goodwill** notwendig war. Ergänzend ist zu beachten, dass die Kapitalquoten des Konzerns durch die Wertberichtigung nicht belastet werden, da der Goodwill bereits im Rahmen der Kapitalberechnung als Abzugsposten zu berücksichtigen war. Auf das handelsrechtliche Ergebnis nach HGB hat die Abschreibung ebenfalls keine Auswirkung, da der Goodwill nur im Rahmen der Konzernrechnungslegung nach IFRS bilanziert wird.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte sich das **Restrukturierungsergebnis** um – 44 Mio. EUR auf – 87 Mio. EUR (Vorjahr – 44 Mio. EUR). Aufgrund der Rahmenbedingungen für die Kreditwirtschaft und ergänzend zur Modernisierung der IT-Architektur, erfolgt eine Verschlanung und Straffung der Geschäftsprozesse und Produktpalette. Für die daraus erforderlichen Maßnahmen und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der LBBW fielen laufende Aufwendungen an bzw. wurde den dafür relevanten Sachverhalten durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Gegenläu-

fig waren Teilbeträge der noch vorhandenen Rückstellungen im Zusammenhang mit der EU- Restrukturierung aufzulösen, da die Grundlagen für diese Rückstellungen nicht mehr bestehen.

Unter Berücksichtigung des vorgenannten Sondereffekts aus der Wertberichtigung des Goodwills verbleibt ein **Konzernergebnis vor Steuern** von 142 Mio. EUR (Vorjahr: 531 Mio. EUR). Bezüglich der Darstellung der einzelnen Segmentergebnisse verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes.

Für den Berichtszeitraum ergab sich ein **Steueraufwand** i.H.v. – 131 Mio. EUR gegenüber – 109 Mio. EUR im Vorjahr. Die laufenden Ertragsteuern bewegten sich im Geschäftsjahr 2016 mit – 82 Mio. EUR leicht unter dem Aufwand des Vorjahres von – 86 Mio. EUR, gegenläufig verringerten sich frühere Jahre betreffende Ertragsteuern auf 6 Mio. EUR (Vorjahr: 12 Mio. EUR). Daneben fielen latente Steuern i.H.v. – 55 Mio. EUR (Vorjahr: – 35 Mio. EUR) an. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr um – 20 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf eine Gesetzesänderung im englischen Steuerrecht zurückzuführen.

Das **Konzernergebnis nach Steuern** sank in Folge der Wertberichtigung des Goodwill auf 11 Mio. EUR (Vorjahr: 422 Mio. EUR).

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Barreserve	13 532	1 167	12 364	> 100
Forderungen an Kreditinstitute	39 288	30 245	9 043	29,9
Forderungen an Kunden	111 232	108 785	2 446	2,2
Risikovorsorge	- 828	- 1 128	300	- 26,6
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	50 175	64 765	- 14 590	- 22,5
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	25 926	25 469	457	1,8
Aktivisches Portfolio Hedge Adjustment	764	569	196	34,4
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	191	153	38	25,1
Immaterielle Vermögenswerte	249	541	- 292	- 54,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	560	649	- 89	- 13,7
Sachanlagen	514	670	- 156	- 23,3
Laufende Ertragsteueransprüche	116	114	2	1,9
Latente Ertragsteueransprüche	1 040	1 027	13	1,3
Sonstige Aktiva	861	989	- 128	- 12,9
Summe der Aktiva	243 620	234 015	9 605	4,1

Passiva	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44 568	44 248	320	0,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	70 641	62 540	8 101	13,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	34 355	29 424	4 932	16,8
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	69 846	74 063	- 4 217	- 5,7
Passives Portfolio Hedge Adjustment	485	569	- 85	- 14,9
Rückstellungen	3 734	3 401	333	9,8
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	57	62	- 5	- 7,7
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	31	27	4	15,8
Sonstige Passiva	889	709	179	25,3
Nachrangkapital	5 895	5 329	565	10,6
Eigenkapital	13 119	13 643	- 524	- 3,8
Stammkapital	3 484	3 484	0	0,0
Kapitalrücklage	8 240	8 240	0	0,0
Gewinnrücklage	999	1 062	- 64	- 6,0
Sonstiges Ergebnis	348	413	- 65	- 15,7
Bilanzgewinn/-verlust	10	425	- 415	- 97,7
Nicht beherrschende Anteile	38	19	20	> 100
Summe der Passiva	243 620	234 015	9 605	4,1
Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen	5 971	5 410	561	10,4
Unwiderrufliche Kreditzusagen	22 784	21 796	988	4,5
Geschäftsvolumen	272 375	261 221	11 154	4,3

Konzernbilanzsumme ausgeweitet.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr zum Jahresende 2016 um 9,6 Mrd. EUR bzw. 4,1 % auf 243,6 Mrd. EUR.

Das Geschäftsvolumen des LBBW-Konzerns stieg parallel dazu um 11,2 Mrd. EUR bzw. 4,3% auf 272,4 Mrd. EUR. Gründe hierfür waren neben der höheren Bilanzsumme auch Zuwächse bei Unwiderruflichen Kreditzusagen sowie Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen.

Geprägt war diese Entwicklung durch eine Ausweitung der Barreserve sowie des Forderungsbestands gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Insbesondere Wertpapierpensionsgeschäfte mit zentralen Gegenparteien sowie Schuldscheindarlehen mit regionalen Großunternehmen trugen zu diesem Anstieg bei. Dabei entwickelte sich das Volumen mit Large Corporates-Kunden insgesamt positiv.

Die Entwicklung der Passivseite war getragen durch den strategischen Ausbau der langfristigen Refinanzierungsbasis zur Erfüllung aktueller und zukünftig geforderter regulatorischer Liquiditäts-(LCR) und Refinanzierungs-Anforderungen (NSFR). Zum 31. Dezember 2016 wies die LBBW eine Liquidity Coverage Ratio i.H.v. 110,4% aus und übertraf somit stichtagsbezogen die nach der Übergangphase ab 01. Januar 2018 geforderte Liquiditäts-Mindestquote von 100% deutlich (Verbindliche Mindestquote ab 01. Januar 2017: 80%). Die Net Stable Funding Ratio wird voraussichtlich nach der im Jahr 2018 endenden Beobachtungsphase verbindlich zu melden und einzuhalten sein.

Dank einer guten Reputation der LBBW als Emittent am Anleihemarkt sowie ihrer Platzierungsstärke konnte sich die Bank im Jahr 2016 erfolgreich langfristig am Kapitalmarkt refinanzieren. Im Berichtsjahr emittierte die LBBW u. a. eine ungedeckte Benchmark-Anleihe i.H.v. 1,3 Mrd. EUR, die in der Folge um 0,3 Mrd. EUR aufgestockt werden konnte, eine Nachranganleihe über 0,5 Mrd. EUR sowie mehrere großvolumige Hypothekendarlehen. Die Emissionen stießen dabei auf eine hohe Nachfrage bei nationalen und internationalen Investoren und waren alle deutlich überzeichnet.

Im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurden Neugeschäfte zur Liquiditätssteuerung seit dem 2. Halbjahr 2016 sukzessive im Anlagebestand erfasst, sodass es mit Blick auf die Bilanzstichtage 31. Dezember 2015 bzw. 31. Dezember 2016 zu Verschiebungen zwischen einzelnen Bilanzposten kam. Im Rahmen dessen verminderte sich insbesondere das Volumen der Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen durch ausgelaufene und beendete Geldhandelsgeschäfte. Im Gegenzug erhöhten sich die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kunden und Kreditinstituten in Form von neu abgeschlossenen Tages- und Termingeldern.

Aktivgeschäft.

Die **Barreserve** belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 13,5 Mrd. EUR und lag um 12,4 Mrd. EUR über dem Vorjahreswert. Der Zuwachs war im Wesentlichen auf den Anstieg von Zentralbankguthaben zurückzuführen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** erhöhten sich deutlich um 9,0 Mrd. EUR und erreichten damit einen Endbestand i. H. v. 39,3 Mrd. EUR. Das Wertpapierpensionsgeschäft legte insbesondere durch den Ausbau von Geschäften mit zentralen Gegenparteien und großen, international agierenden Banken um 5,0 Mrd. EUR zu. Daneben trug das Neugeschäft mit Sparkassen sowie die Neuanlage fällig gewordener Geldhandelsgeschäfte im Anlagebuch zu einem Anstieg der Kommunalkredite um 3,0 Mrd. EUR bei.

Die **Forderungen an Kunden** wuchsen zum Jahresende um 2,4 Mrd. EUR auf ein Volumen i. H. v. 111,2 Mrd. EUR an. Neben einer Zunahme von Wertpapierpensionsgeschäften um 1,0 Mrd. EUR, im Wesentlichen mit zentralen Gegenparteien, erhöhten sich Schuldscheindarlehen um 0,9 Mrd. EUR sowie Tages- und Termingelder um 0,9 Mrd. EUR. Dabei entwickelte sich das Volumen mit Large Corporates-Kunden positiv.

Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte sanken hauptsächlich aufgrund rückläufiger Handelsaktiva merklich um – 14,6 Mrd. EUR auf 50,2 Mrd. EUR. Ausgelaufene Tagesgelder, Termingelder und täglich fällige Gelder mit nationalen und internationalen Banken sorgten dabei für einen Rückgang der Sonstigen Geldmarktgeschäfte um – 8,0 Mrd. EUR. Ebenso reduzierten sich Anleihen und Schuldverschreibungen des Handelsbestands um – 5,7 Mrd. EUR, im Wesentlichen durch Fälligkeiten von Anleihen deutscher Bundesländer. Darüber hinaus verminderten sich Schuldscheine des Handelsbestands um – 0,9 Mrd. EUR.

Finanzanlagen und Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen nahmen im Berichtsjahr leicht um 0,5 Mrd. EUR auf 25,9 Mrd. EUR zu. Der Hauptgrund für den Anstieg war die Ausweitung des Bestands an gedeckten Anleihen sowie Schuldverschreibungen von internationalen Banken um 3,0 Mrd. EUR. Im Gegenzug wurde insbesondere das Exposure gegenüber südeuropäischen öffentlichen Haushalten um weitere – 1,4 Mrd. EUR abgebaut. Im Rahmen des Exposureabbaus der Zweckgesellschaft Sealink im Berichtsjahr reduzierte sich des Weiteren die im Bestand der LBBW gehaltene Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG um – 1,2 Mrd. EUR. Diese hatte die LBBW im Rahmen der Risikoabschirmung für die an die Zweckgesellschaft Sealink vergebenen Kredite von der GPBW GmbH & Co. KG erworben.

Immaterielle Vermögenswerte reduzierten sich um – 0,3 Mrd. EUR auf 0,2 Mrd. EUR. Der Rückgang ist insbesondere mit der Abschreibung des in der Bilanz vorhandenen Goodwills zu erklären. Die

Aktivierung des Goodwills fällt im Wesentlichen auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Sachsen LB zurück. Bedingt durch die Folgen einer expansiven Geldpolitik der EZB in Kombination mit einem historisch niedrigen Zinsniveau, herausfordernden regulatorischen Anforderungen sowie einem hohen Wettbewerbsdruck bei geringer Kreditnachfrage wurden die Cash-Flow-Prognosen für das Goodwill tragende Segment Corporates zurückgenommen. Infolgedessen war eine vollständige Wertberichtigung des verbliebenen Goodwills i.H.v. – 379 Mio. EUR notwendig.

Refinanzierung.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2015 blieb der Bestand der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** mit einer Veränderung um 0,3 Mrd. EUR auf 44,6 Mrd. EUR nahezu konstant. Der Rückgang von Wertpapierpensionsgeschäften um – 5,4 Mrd. EUR entsprach dabei in etwa der Zunahme von Tages- und Termingeldern um 5,1 Mrd. EUR. Für den Anstieg bei den Tages- und Termingeldern war im Wesentlichen die Inanspruchnahme des Tender-Programms der Bundesbank sowie Neugeschäft mit internationalen Banken verantwortlich. Zudem war ein Zuwachs bei den Kontokorrentverbindlichkeiten um 0,7 Mrd. EUR zu verzeichnen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** wurden mit einem Anstieg um 8,1 Mrd. EUR auf 70,6 Mrd. EUR deutlich ausgeweitet. Insbesondere Tages- und Termingelder nahmen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts spürbar um 6,9 Mrd. EUR zu. Besonders Bundesländer und Unternehmen der öffentlichen Hand griffen dabei vermehrt zur Anlage ihrer liquiden Mittel auf die LBBW zurück. Daneben erhöhte sich die Refinanzierung mit Wertpapierpensionsgeschäften um 2,3 Mrd. EUR, wohingegen begebene Schuldverschreibungen um – 0,8 Mrd. EUR zurückgingen.

Der Bilanzposten **Verbriefte Verbindlichkeiten** nahm im Geschäftsjahr 2016 merklich um 4,9 Mrd. EUR auf 34,4 Mrd. EUR zu. Dank einer guten Reputation der LBBW als Emittent am Anleihe- markt sowie ihrer Platzierungsstärke konnte sich die Bank im Jahr 2016 erfolgreich am Kapitalmarkt langfristig refinanzieren. Die Emissionen einer Benchmark-Anleihe mit einem Volumen von 1,5 Mrd. EUR und weiterer großvolumiger Schuldverschreibungen sorgten für eine Ausweitung der Sonstigen Schuldverschreibungen um 3,0 Mrd. EUR. Ebenso führte die Begebung von mehreren hypothekengedeckten Pfandbriefen im Jahr 2016 zu einem Nettoanstieg der Hypothekenspfandbriefe um 2,3 Mrd. EUR. Darüber hinaus wurde auch die kurzfristige Refinanzierung über Geldmarktgeschäfte um 1,5 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr ausgeweitet. Gegenläufig nahm der Bestand an Öffentlichen Pfandbriefen durch die Fälligkeit gedeckter Schuldverschreibungen um insgesamt – 1,9 Mrd. EUR ab.

Analog zum Posten auf der Aktivseite sanken die **Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Verbindlichkeiten** um – 4,2 Mrd. EUR auf 69,8 Mrd. EUR. Maßgeblich hierfür war der rückläufige Bestand an Handelspassiva. Geldmarktgeschäfte reduzierten sich dabei um – 7,3 Mrd. EUR, was im Wesentlichen auf Fälligkeiten zurückzuführen ist. Die Veränderung der negativen Marktwerte aus Handelsderivaten um – 2,1 Mrd. EUR resultiert insbesondere aus fällig gewordenen Zinsswaps. Gegenläufig wurden Verbriefte Verbindlichkeiten um 4,4 Mrd. EUR ausgeweitet. Hauptgrund hierfür war der Anstieg von Certificates of Deposit und Commercial Paper-Geschäften der Niederlassung New York.

Zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis erhöhte die LBBW das **Nachrangkapital** im Berichtsjahr um 0,6 Mrd. EUR auf 5,9 Mrd. EUR. Basis hierfür war im Wesentlichen eine im Oktober emittierte großvolumige Nachranganleihe mit einem Volumen von 0,5 Mrd. EUR. Zusätzlich wurde das Nachrangkapital durch diverse Privatplatzierungen aufgestockt.

Eigenkapital.

Das **Eigenkapital** der LBBW verminderte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2015 um – 0,5 Mrd. EUR auf 13,1 Mrd. EUR. Einen wesentlichen Rückgang verzeichnete dabei der Bilanzgewinn. Durch die Reduzierung des Diskontierungssatzes für Pensionsrückstellungen von 2,18% auf 1,72% ergaben sich darüber hinaus versicherungsmathematische Verluste, welche die Gewinnrücklage unter Berücksichtigung latenter Steuern um – 0,2 Mrd. EUR reduzierten.

Finanzlage.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW wird im Asset Liability Committee (ALCo) festgelegt. Der Konzern achtet dabei insgesamt auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage des Konzerns war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die LBBW war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl LiqV ist lediglich auf Institutsebene zu ermitteln und verbesserte sich zum Stichtag 31. Dezember 2016 auf 1,50 (Vorjahr: 1,43).

Risiko- und Chancenbericht.

Grundlagen. Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit und der durch den Vorstand festgelegten Strategie. Risiken sollen im Rahmen der internen Kontrollverfahren und aufgrund der damit verbundenen Ertragschancen und Wachstumspotenziale bewusst und kontrolliert eingegangen werden.

Die internen Kontrollverfahren bilden damit einen Kernbestandteil des konzernweiten Systems zur risikoorientierten Gesamtbanksteuerung und bestehen insbesondere aus Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie der internen Revision.

Risikostrategie.

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch den Vorstand und den Risikoausschuss festgelegt.

In der konzernweit und risikoartenübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden die risikostategischen Vorgaben gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) zusammengeführt. Sie ist durch die Festlegung von risikostategischen Grundbedingungen, strategischen Limiten, der Liquiditätsrisikotoleranz und der Leitsätze für das Risikomanagement definiert und bei allen Geschäftsaktivitäten einzuhalten.

Die risikostategischen Grundbedingungen spiegeln die in der Geschäftsstrategie festgelegte konservative Risikopolitik wider:

- Nachhaltige Einhaltung der Risikotragfähigkeit, auch unter Stressbedingungen
- Jederzeitige Zahlungsfähigkeit und Einhaltung der Liquiditätsrisikotoleranz, auch unter Stressbedingungen
- Nachhaltige Einhaltung und Erfüllung der regulatorischen Mindestquoten

Das strategische Limitsystem operationalisiert die in der Geschäftsstrategie definierten Maßgaben und Ziele für alle wesentlichen, in der Risikotragfähigkeit erfassten Risikoarten. Das oberste Risikolimit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) wurde durch den Gesamtvorstand unter Berücksichtigung der o. g. risikostategischen Grundbedingungen sowie unter Beachtung der ÖKap-Prognose für die kommenden fünf Jahre für das Jahr 2017 festgelegt und auf die wesentlichen Risikoarten allokiert. Weitere Details sind im Kapitel Risikolage LBBW-Konzern aufgeführt.

Die Liquiditätsrisikotoleranz limitiert das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, d. h. das Risiko der Zahlungsunfähigkeit. Weitere Informationen hierzu sind im Kapitel Liquiditätsrisiken enthalten.

Die Risikoleitsätze stellen zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken innerhalb der LBBW dar. Sie tragen zur Schaffung einer einheitlichen Risikokultur bei und bilden – unter Materialitätsgrundsätzen – den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Prozesse, Verfahren und Methoden des Risikomanagements.

Die für jede wesentliche Risikoart verabschiedeten spezifischen Risikostrategien dokumentieren darüber hinaus das aktuelle und das angestrebte Risikoprofil der LBBW, machen kunden-, produkt- und marktspezifische Vorgaben und bilden damit gemeinsam mit der Geschäftsstrategie den Rahmen der Mittelfristplanung. Ergänzende Informationen zu den spezifischen Risikostrategien sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Die operative Umsetzung dieser Vorgaben wird durch Plan-Ist-Vergleiche, monatliche Ergebnisanalysen sowie strategische und operative Limitsysteme überwacht.

Risikomanagementsysteme. Risikokapitalmanagement.

Ziel der Kapitalsteuerung der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus einem ökonomischen als auch einem regulatorischen Blickwinkel betrachtet. Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungsprozess, die Strategien, die Regelwerke, die Überwachungsprozesse sowie die Organisationsstruktur des LBBW-Konzerns.

Der Vorstand der LBBW erachtet die Risikomanagementverfahren gemäß Artikel 435 Absatz 1e CRR als grundsätzlich angemessen vor dem Hintergrund von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten und der Geschäftsstrategie. Die Ausgestaltung berücksichtigt die MaRisk sowie sonstige einschlägige Verlautbarungen der nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden.

Es werden alle wesentlichen Risiken in die Risikomanagementverfahren einbezogen. Die Prozesse, Verfahren und Methoden werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft und permanent weiterentwickelt. Im Rahmen dessen werden auch die in Prüfungen und dem SREP-Prozess der Europäischen Zentralbank (EZB), des Jahresabschlussprüfers sowie der Konzernrevision getroffenen Feststellungen entsprechend berücksichtigt und umgesetzt.

Risikoarten.

Das Gesamtrisikoprofil der LBBW wird jährlich anhand der Konzernrisikoinventur durch das Konzernrisikocontrolling erhoben und dem Vorstand in Form einer Risikolandkarte zur Kenntnis gebracht. Die Risikomessung hinsichtlich der aus Risikosicht wesentlichen Tochterunternehmen (Risk Management Group) erfolgt nach dem Transparenzprinzip, d. h., die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in die konzernweite Risikomessung der jeweiligen Risikoart integriert. Gesellschaften, deren Risiken als unwesentlich eingestuft werden, bildet die LBBW über das Beteiligungsrisiko ab.

Es wurden folgende wesentliche Risikoarten identifiziert:

Risikoarten.

Risikoart	Beschreibt mögliche...
Adressenausfallrisiken	...Wertverluste durch den Ausfall oder die Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern. ...Ausfälle von staatlichen Kreditnehmern sowie Zahlungsverkehrsbeschränkungen. ...Verluste durch Mindererlöse aus Sicherheitenverwertungen.
Marktpreisrisiken	...Wertverluste durch Veränderungen der Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Devisenkurse, Rohwarenkurse, Volatilitäten. ...Probleme, größere Marktpositionen kurzfristig zum Marktwert schließen zu können.
Liquiditätsrisiken	...Probleme, Zahlungsverpflichtungen kurzfristig nachzukommen.
Operationelle Risiken	...Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten, inkl. Rechtsrisiken.
Beteiligungsrisiken	...Wertverluste in Konzernunternehmen und Beteiligungen, sofern nicht in den o. g. Risikokategorien enthalten.
Reputationsrisiken	...Verluste aufgrund einer Schädigung der Reputation der Bank.
Geschäftsrisiken	...Verluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet oder aus strategischen Fehlentscheidungen, sofern sie nicht die o. g. banktypischen Risiken betreffen.
Pensionsrisiken	...Erhöhungen von Pensionsrückstellungen.
Immobilienrisiken	...Wertverluste im Immobilienbestand des Konzerns.
Developmentrisiken	...Wertverluste, die insbesondere aus potenziellen Planabweichungen im Projektentwicklungsgeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH resultieren.
Modellrisiken	...Verluste, die als Folge von Entscheidungen entstehen können, die sich auf das Ergebnis von Modellen stützen. Auslösende Faktoren können dabei Fehler bei der Konzeption, Anwendung und Validierung von Modellen sein.

Ökonomisches Kapital und Risikodeckungsmasse.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikoarten und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur ökonomischen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung (RTF) nach dem sog. Liquidationsprinzip durchgeführt. Die interne Überwachung dieser Kennzahl stellt die Angemessenheit der ökonomischen Kapitalausstattung im LBBW-Konzern sicher.

Die Risikodeckungsmasse (RDM, entspricht Risikodeckungspotenzial laut MaRisk) bezeichnet in der LBBW die nach ökonomischen Kriterien abgegrenzten Eigenmittel, die zur Deckung von unerwarteten Verlusten zur Verfügung stehen. Neben dem Konzerneigenkapital nach IFRS inkl. Neubewertungsrücklagen werden Nachrangkapitalien und realisiertes GuV-Ergebnis nach IFRS als Bestandteile einbezogen. Zusätzlich werden aufgrund aufsichtlicher Vorgaben umfangreiche konservative Abzugspostitionen berücksichtigt.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf, oder auch Ökonomisches Kapital, berechnet. Dieser ist als der Betrag an Kapital zu verstehen, der benötigt wird, um die aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es also das aus Sicht der LBBW ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird. Es wird für Kredit-, Marktpreis-, Immobilien-, Development-, Beteiligungs- und Operationelle Risiken als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,93% und einem Jahr Haltedauer sowie für Sonstige Risiken über vereinfachte Verfahren quantifiziert.

Die Liquiditätsrisiken werden abweichend hiervon durch die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten quantitativen und prozessualen Regelungen gesteuert und limitiert.

Das oberste Risikolimit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für sämtliche relevanten, quantifizierten Risikoarten dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme des LBBW-Konzerns wider. Es wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie der Risikotoleranz deutlich unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt und bietet damit Raum für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen. Ergänzend erfolgt eine Verifizierung des ÖKap-Limits auf Basis der Planwerte. Ausgehend vom obersten ÖKap-Limit werden ÖKap-Limite für die verschiedenen direkt quantifizierten Risikoarten und für die nicht im Rahmen eines Modellansatzes quantifizierten Sonstigen Risiken abgeleitet. Die Risikotragfähigkeit wird über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht. Die jeweiligen Ampelschwellen sind mit dem Sanierungsplan gemäß dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) verbunden und mit einem Eskalationsprozess verknüpft. Die Darstellung der Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns erfolgt vor möglichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung (sog. Bruttobetrachtung).

Neben der ökonomischen Sichtweise umfasst das Kapitalmanagement der LBBW die Steuerung des regulatorischen Eigenkapitals. Dabei wird zum einen die Einhaltung der internen Zielvorgaben (die weit über den regulatorischen Mindestanforderungen liegen) mittels der regulatorischen Meldung überwacht, zum anderen die langfristige Erfüllung im Rahmen des regulatorischen und ökonomischen Kapitalplanungsprozesses sowie im Rahmen des laufenden Überwachungsprozesses sichergestellt. Ergänzend wird die Einhaltung der internen Zielvorgaben bei adversen Entwicklungen durch eine Betrachtung von Stressszenarien sichergestellt. Weitere Details hierzu sind in den Notes abgebildet.

Stresstests.

Neben den vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind Stressszenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren die Wirkung zukünftig möglicher konjunktureller Schwankungen und krisenhafter Marktentwicklungen daraufhin, ob die LBBW auch für Extremsituationen gerüstet ist.

Stresstests sind daher ein integraler Bestandteil des Risikomanagements der LBBW. Die Stressszenarien werden so ausgestaltet, dass die Auswirkungen von außergewöhnlichen, aber plausiblen Ereignissen unterschiedlicher Schweregrade auf die ökonomische und regulatorische Kapitalausstattung sowie auf die Liquiditätssituation berücksichtigt werden. Dabei werden unterschiedliche Methoden verwendet, von der einfachen Sensitivitätsanalyse bis hin zu komplexen risikoartenübergreifenden makroökonomischen Szenarien. Auch wird regelmäßig ein sog. inverses Stresstesting durchgeführt, um zu untersuchen, welche Szenarien zu einer existenziellen Gefährdung des LBBW-Konzerns führen könnten.

Um die Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten auch im Stressfall sicherstellen zu können, werden für die verschiedenen Risikoarten sog. MaRisk-Stressszenarien definiert. Diese Stressszenarien sind volkswirtschaftlich ausgerichtete, risikoartenübergreifende Szenarien, bei deren Definition ein besonderer Fokus auf die Risikokonzentrationen der LBBW gelegt wird. Ergänzend zur Betrachtung der ökonomischen und regulatorischen Kapitalausstattung im Status quo erfolgt auf Basis dieser Szenarien eine Überwachung der Stressresistenz des Konzerns. Sie bilden außerdem die Basis für die Sanierungsplanung gemäß SAG. Überschreitungen werden über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht und eskaliert.

Risikolage LBBW-Konzern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns während des gesamten Geschäftsjahres 2016 jederzeit uneingeschränkt gegeben war. Die Risikodeckungsmasse ist zum Jahresende 2016 gegenüber dem Jahresende 2015 nahezu unverändert. Fähigkeiten des Nachrangkapitals wurden durch Neuemission nachrangiger Verbindlichkeiten kompensiert. Die Auslastung der Risikodeckungsmasse hat sich aufgrund der Risikoentwicklung gegenüber dem Jahresende 2015 deutlich verringert und liegt bei 44%. Auch die Stressresistenz war über das gesamte Geschäftsjahr hinweg gegeben.

Risikotragfähigkeit LBBW-Konzern.

Mio. EUR	31.12.2016 Absolut ¹⁾	Auslastung	31.12.2015 Absolut ¹⁾	Auslastung
Risikodeckungsmasse	16 206	44 %	16 255	48 %
Ökonomisches Kapitallimit ²⁾	12 800	56 %	12 800	61 %
Ökonomische Kapitalbindung	7 111		7 813	
davon:				
Diversifikationseffekte	- 422		- 435	
Adressenausfallrisiko	3 899		3 837	
Marktpreisrisiko	1 659		2 009	
Beteiligungsrisiko	47		134	
Operationelles Risiko	716		775	
Developmentrisiko	61		74	
Immobilienrisiko	186		205	
Sonstige Risiken ³⁾	965		1 214	

1) Konfidenzniveau 99,93 %/1 Jahr Haltedauer.

2) Die einzelnen Risikoarten sind über OKap-Limite limitiert.

3) Sonstige Risiken (insbesondere Reputations-, Geschäfts-, Pensions- und Modellrisiken).

Ausgehend vom Jahresende 2015 hat sich die ökonomische Kapitalbindung in Summe um - 0,7 Mrd. EUR verringert. Die Abbildung des Marktpreisrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Basis des Maximums aus VaR und Long-TermVaR. Letzterem liegt eine längere Beobachtungsperiode von fünf Jahren zugrunde. Die Reduzierung des Ökonomischen Kapitals für das Marktpreisrisiko ist dementsprechend insbesondere auf die Verschiebung der Beobachtungsperiode beim Long-TermVaR und den damit einhergehenden gesunkenen Volatilitäten zurückzuführen. Bei den Geschäfts- und Reputationsrisiken wurde die Ermittlungsmethodik grundlegend überarbeitet. Der Risikorückgang bei den Sonstigen Risiken resultiert hauptsächlich aus dieser methodischen Überarbeitung. Ursächlich für das gesunkene Beteiligungsrisiko ist die Einführung der Risk Management Group. In dieser werden wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist, nach dem Transparenzprinzip behandelt. Dementsprechend werden alle auf Konzernebene wesentlichen Risiken für jedes dieser Tochterunternehmen separat in der jeweiligen Risikoart quantifiziert, ggf. mittels Schätzverfahren. Der leichte Anstieg beim Adressenausfallrisiko resultiert maßgeblich aus einer methodi-

schen Weiterentwicklung, bei der das Risiko einer Veränderung des Credit Value Adjustments in der Risikorechnung ergänzt wurde.

Chancen.

Die für die Berechnung der Risikotragfähigkeit relevante Risikodeckungsmasse (RDM) ist als jeweils niedrigste RDM der folgenden 12 Monate definiert. Chancen ergeben sich somit, wenn die tatsächliche RDM die prognostizierte Entwicklung übertrifft oder wenn sich die Prognose infolge einer positiven Entwicklung verbessert. Dies ist insbesondere der Fall bei Marktentwicklungen mit positiver Wirkung auf Ergebnis- und Kapitalgrößen (v. a. Credit Spreads) bei aufgrund der konjunkturellen Entwicklung verminderter Risikovorsorge oder bei einer besser als erwarteten Geschäftsentwicklung. Neben markt- und geschäftsinduzierten Verbesserungen kann die RDM aktiv durch Maßnahmen wie die Emission von Nachrangkapital gestärkt werden.

Die Risikotragfähigkeitssituation wird neben der Risikodeckungsmasse vom Ökonomischen Kapital geprägt. Die Entwicklung des ÖKaps ist von einer Vielzahl an Einflussfaktoren abhängig. Eine positive Marktlage bei den Credit Spreads, Zinsen und Volatilitäten kann ebenso zu einer Verringerung des ÖKaps beitragen wie eine z. B. konjunkturbedingte Verbesserung der Portfolioqualität.

Die sehr geringe Auslastung der Risikodeckungsmasse schafft darüber hinaus aus ökonomischer Sicht Kapazitäten für potenzielles Neugeschäft.

Prozesse und Reporting im Risikomanagement.

Risikomanagement und Überwachung.

Das Risikomanagement der LBBW und die Überwachung der Risiken basieren auf den Leitlinien der Risikostrategie sowie den definierten Limiten bzw. Kompetenzen.

In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen sowie der Leitlinien der Risikostrategie eingegangen werden. Innerhalb des definierten Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikoartenspezifische Details.

Besondere Beachtung finden potenzielle Risikokonzentrationen. Konzentrationen entstehen zum einen durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart. Zum anderen können sie auch durch gemeinsame Risikofaktoren oder durch Interaktionen verschiedener Risikofaktoren unterschiedlicher Risikoarten entstehen. In der LBBW werden Konzentrationsrisiken mittels geeigneter Verfahren identifiziert und entsprechend bewusst gesteuert. Bestandsgefährdende Risiken sind auszuschließen. Es bestehen differenzierte Überwachungsprozesse (z. B. Bericht über Risikokonzentrationen, Stresstests) und Limite (z. B. Branchen- und Länderlimitierungen), um diese strategische Vorgabe zu überwachen. Ergänzende Informationen hierzu sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Die Struktur sowie die einzelnen Elemente des Risikomanagementsystems der LBBW sind in nachfolgender Grafik im Überblick dargestellt:

Risikomanagementstruktur.



Gremien und Reporting.

Die Mitglieder des Gesamtvorstands werden bei Entscheidungen durch Gremien und ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen unterstützt.

Das Risk Committee setzt sich zusammen aus den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Finanzen/Controlling sowie Risikomanagement/Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern, u. a. aus Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Treasury. Als beratender Ausschuss arbeitet es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Risikoüberwachung, Risikomethodik und Risikostrategie für den Gesamtkonzern. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen.

Das Asset Liability Committee (ALCo) hat ebenfalls eine beratende Funktion und beschließt über Vorschläge zur Entscheidung durch den Gesamtvorstand. Fokus des Asset Liability Committee ist die strategische Ressourcensteuerung für den Gesamtkonzern. Es unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, Kapitalsteuerung, Liquiditätssteuerung und Refinanzierung sowie der Marktpreisrisikosteuerung. Das Committee setzt sich zusammen aus dem Vorstandsvorsitzenden,

den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Risikomanagement/Compliance und Revision sowie Finanzen/Controlling zuständigen Dezernenten sowie bestimmten Bereichsleitern, u. a. aus Treasury, Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Finanzen.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht ein koordinierendes Regulatorik-/Bilanzierungskomitee. Das Komitee setzt sich zusammen aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Finanzen/Controlling sowie Risikomanagement/Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern, u. a. aus Finanzen, Konzernrisikocontrolling, Treasury und Konzernstrategie/Recht.

Anpassungsprozesse.

Neuartige Handels- und Kreditprodukte durchlaufen in der LBBW einen Neue-Produkte-Prozess, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Konzernrisikocontrollings, aber auch die Abbildung möglicher rechtlicher Konsequenzen sicherstellt.

Schwerpunktmäßig sind Produkte des Handels betroffen. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Bei wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in den IT-Systemen analysiert die LBBW im Rahmen eines festgelegten Regelprozesses potenzielle Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität.

Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Konzernrevision überwacht prozessunabhängig die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Konzernrevision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Konzernrevision überwacht zudem die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Die Prüfungstätigkeit der Konzernrevision richtet sich grundsätzlich nach einer vom Vorstand genehmigten jährlichen Prüfungsplanung, die auf Basis einer langfristigen, risikoorientierten Planung erstellt wird. Dabei sind unter Berücksichtigung der Risikogewichtung in einem angemessenen Zeitraum, grundsätzlich innerhalb von drei Jahren, alle Aktivitäten und Prozesse des LBBW-Konzerns zu erfassen.

Regulatorische Entwicklungen.

Aufsichtsübernahme durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) hat die EZB am 4. November 2014 die Aufsicht über die LBBW übernommen. Dabei ist die LBBW innerhalb der Bankenaufsicht der EZB der Generaldirektion I zugeordnet, welche sich um die 30 bedeutendsten Banken kümmert.

Dabei ist eine Kernaufgabe der EZB, eine eigenständige Bewertung und Überprüfung der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken vorzunehmen. Zentrales Instrument ist der sog. aufsichtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP). Neben Workshops, Datenabfragen und Auskunftersuchen zu verschiedenen Fokusthemen sind dabei auch Stresstests ein wesentliches Aufsichtsinstrument. Im Jahr 2016 fand analog zu 2014 erneut ein EBA-/EZB -Stresstest statt, sowie die jährliche Transparency Exercise mit Veröffentlichung auf EBA- und LBBW-Homepage.

Darüber hinaus hat die EZB am 15. Dezember 2016 ihre Prioritäten für die Aufsichtstätigkeit in 2017 für alle Banken genannt. Die zentralen Schwerpunktthemen bleiben mit Risiken im Zusammenhang mit Geschäftsmodell, Ertragskraft, Kreditrisiko (NPL und Konzentrationsrisiken) und Risikomanagement der Institute im Wesentlichen unverändert. Hinzukommen werden jedoch neue Teilaspekte wie bspw. die Themen »Brexite«-Vorbereitung, Wettbewerb mit Nicht-Banken/Fintechs und Auslagerungen.

Weiterentwicklung der CRD/CRR.

Am 1. Januar 2014 ist die europäische Umsetzung des Basel-III-Regelwerks über das CRD IV/CRR-Legislativpaket in Kraft getreten. Die EU-Kommission hat im November 2016 Vorschläge zur Überarbeitung der beiden Regularien (CRR II/CRDV) vorgestellt, die im Rahmen des sog. Trilogs mit dem EU-Parlament und -Rat verhandelt werden. Ziel der Überarbeitung ist die Behebung von Inkonsistenzen sowie die Implementierung internationaler regulatorischer Anforderungen. Dazu gehören Vorgaben zur Verschuldung, Liquidität und Passiva. Darüber hinaus werden neue Handelsbuchvorschriften (»FRTB« – Fundamental Review of the Trading Book), Vorgaben zum Kontrahentenrisiko von Derivaten (»SA-CRR – Standardised Approach Counterparty Credit Risk«) sowie Zinsänderungsrisiken im Bankbuch eingeführt, die informell als Teil des »Basel-IV«-Reformpakets bezeichnet werden.

CRD und CRR bilden den europarechtlichen Rahmen für Banken und Finanzdienstleistungsinstitute. Diese müssen strenge Anforderungen an Solvabilität, Liquidität sowie besondere Meldepflichten erfüllen. Die CRD enthält Vorgaben für die Zulassung und Beaufsichtigung von Banken- und Finanzdienstleistungsunternehmen, grundsätzliche Regeln zur Eigenkapitalausstattung der Institute, Sanktionen bei Verstößen sowie Regeln zu den Organen der Institute und ihrer Aufsicht. Vorgaben zu den aufsichtsrechtlich bereitzuhaltenden Eigenmitteln sowie Großkredit- und Liquiditätsvorschriften werden in der CRR geregelt.

Dieser regulatorische Rahmen hat Implikationen auf die Geschäftsstrategie, die Ausrichtung der Geschäftsfelder, die Steuerungsmetrik sowie die technische Meldefähigkeit. Die Interdependenzen zwischen dem regulatorischen Rahmen und der Geschäftsstrategie werden laufend im Rahmen einer integrierten Betrachtung analysiert und entsprechend berücksichtigt.

EMIR.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise haben sich die G20-Staaten auf dem Gipfeltreffen in Pittsburgh 2009 zu einer umfassenden Neuordnung des Marktes für außerbörslich gehandelte Derivate (OTC-Derivate) entschlossen. Die angestrebten Veränderungen sollen zu einer Verbesserung der Markttransparenz führen, systemische Risiken eindämmen und den Schutz vor Marktmissbrauch verbessern.

In der EU wurden die Vorgaben der G20 mit Inkrafttreten der Verordnung »European Market Infrastructure Regulation« (EMIR) am 16. August 2012 umgesetzt.

Detaillierte Ausführungen wurden durch die zuständige europäische Marktaufsichtsbehörde (ESMA) in technischen Regulierungsstandards dargelegt und von den EU-Gremien verabschiedet. Die Anforderungen zu Risikominderungstechniken, Transaktionsregistermeldungen und zur Clearingpflicht wurden von der LBBW fristgerecht umgesetzt.

Die regulatorischen Anforderungen an die Besicherungspflicht der nicht zentral geclarten OTC-Derivate (bilaterale Besicherungspflicht) wurden im Dezember 2016 final veröffentlicht und werden in der LBBW erstmalig ab März 2017 angewendet.

Die EU-Kommission hat wie vorgesehen drei Jahre nach Inkrafttreten von EMIR eine Überprüfung der Verordnung in die Wege geleitet. Konkrete Änderungen zu den bisherigen regulatorischen Standards sind im ersten Quartal 2017 zu erwarten. Die Herstellung aufsichtsrechtlicher Compliance der erwarteten Umsetzungsthemen wird in der LBBW durch Anpassung von Systemen und Prozessen in diversen Projekten sichergestellt.

Das Kapitel Risikomanagementsysteme des Risiko- und Chancenberichts stellt die Risikoerklärung des Vorstands gemäß Artikel 435 Absatz 1f CRR dar.

Risikoarten.¹⁾

Adressenausfallrisiko.

Definition.

Mit dem übergeordneten Begriff Adressenausfallrisiko wird das Verlustpotenzial bezeichnet, das daraus resultiert, dass Geschäftspartner zukünftig eventuell nicht mehr in der Lage sind, vollumfänglich ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Ein Adressenausfallrisiko kann sowohl über direkte Vertragsbeziehungen (z. B. Kreditgewährung, Kauf eines Wertpapiers) als auch indirekt z. B. über Absicherungsverpflichtungen (insbesondere Garantiegewährung, Verkauf von Absicherung über ein Kreditderivat) entstehen.

Die wesentlichen Ausprägungen dieses Risikos werden nachfolgend definiert und kurz erläutert.

Kreditrisiko.

Der oft auch synonym zu Adressenausfallrisiko verwendete Begriff Kreditrisiko bezeichnet hier das Adressenausfallrisiko aus dem Kreditgeschäft, d. h. aus der Gewährung von Krediten und der Absicherung der Kreditvergabe Dritter (z. B. über Garantien).

Emittentenrisiko.

Unter dem Begriff Emittentenrisiko wird das Adressenausfallrisiko gefasst, das aus Wertpapieren resultiert. Einbezogen in die Betrachtung sind sowohl der direkt gehaltene Wertpapierbestand als auch über Derivate referenzierte Wertpapiere (insbesondere über Kreditderivate).

Kontrahentenrisiko.

Kontrahentenrisiko bezeichnet das Adressenausfallrisiko aus Finanztransaktionen (insbesondere derivativen Geschäften), das dadurch entsteht, dass der Vertragspartner (Kontrahent) nicht mehr in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Situation können zum einen beim Schließen der dadurch offen gewordenen Position Kosten anfallen (sog. Wiedereindeckungsrisiko), zum anderen besteht die Gefahr, dass gegenüber dem Kontrahenten Vorleistungen erbracht wurden, ohne dass der Kontrahent die entsprechende Gegenleistung erbringt (sog. Vorleistungs-, Erfüllungs- bzw. Settlementrisiko).

Länderrisiko.

Als Länderrisiko wird das Adressenausfallrisiko bezeichnet, das dadurch entsteht, dass aufgrund von kritischen politischen oder ökonomischen Entwicklungen in einem Land (oder einer ganzen Region) der Devisentransfer nicht oder nur noch in eingeschränktem Umfang möglich ist.

Sicherheitenrisiko.

Das Sicherheitenrisiko ist kein direktes Adressenausfallrisiko, sondern bezeichnet das Potenzial, dass zur Reduktion von Adressenausfallrisiko erhaltene Sicherheiten an Wert verlieren, insbesondere dann, wenn dies systematisch geschieht (z. B. durch Verwerfungen auf Immobilienmärkten).

1) Informationen zur ökonomischen Kapitalbindung der einzelnen Risikoarten sind im Kapitel Risikomanagementsysteme/Risikolage LBBW-Konzern enthalten.

Adressenausfallrisikomanagement.

Das Management des Adressenausfallrisikos wird in der LBBW als ganzheitlicher Prozess gelebt und kann in die drei Hauptbestandteile Risikomessung, Risikoüberwachung und -reporting sowie Risikosteuerung eingeteilt werden:

Bestandteile des Adressenausfallrisikomanagements.

Risikomessung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Risikoklassifizierungsverfahren (PD) ▪ Sicherheitenbewertung (LGD) ▪ Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls (EaD) ▪ Erwartete Verluste (EL), Wertberichtigung und Credit Value Adjustment (CVA) ▪ Credit Value-at-Risk (CVaR) ▪ Risikokonzentrationen und Stresstests
Risikoüberwachung und -reporting	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einzelengagementebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktives Risikomanagement durch Marktfolgebereiche ▪ Frühwarnindikatoren ▪ Intensivbetreuung problembehafteter Engagements ▪ Betreuung von Sanierungs- und Abwicklungsengagements in speziellen Einheiten des Risikomanagements ▪ Portfolioebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontrahenten-, Länder- und Branchenlimite ▪ Turnusmäßige Berichte ▪ Ad-hoc-Informationen zur Risikolage
Risikosteuerung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einzelengagementebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorgaben der Kreditrisikostategie ▪ Risiko- und eigenkapitaladäquate Bepreisung ▪ Teil-Portfolioebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Maßnahmen zur Einhaltung diverser Portfoliolimitierungen ▪ Zielvorgaben der Kreditrisikostategie ▪ Gesamt-Portfolioebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Allokation des Ökonomischen Kapitals

Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden permanent weiterentwickelt.

Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsaktivitäten hat die LBBW spezifische Rating- und Risikoklassifizierungsverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) der einzelnen Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt.

Die Qualität der im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungsverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren werden bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege dieser Verfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Beteiligung der Lan-

desbanken) bzw. der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes) durchgeführt.

Der überwiegende Teil des Portfolios wird mit internen Ratingverfahren beurteilt, die von der Bankenaufsicht die Zulassung für den Internal Rating Based Approach (IRBA) erhalten haben. Damit werden die Ratingnoten nicht nur zur internen Steuerung, sondern auch zur Bemessung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen verwendet.

Sicherheitenbewertung.

Ausgangspunkt für die Sicherheitenbewertung ist der Marktwert, der turnusgemäß sowie anlassbezogen überprüft und bei Änderung bewertungsrelevanter Faktoren angepasst wird. Aufbauend auf der individuellen Sicherheitenbewertung erfolgt die Schätzung der Verlusthöhe bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Diesbezüglich werden differenzierte Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Pooldaten.

Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls.

Während zu Reportingzwecken ein stichtagsbezogener Exposurebegriff (Exposure at Default, EaD) verwendet wird, wird für die Credit Value-at-Risk-Ermittlung und für die Linienanrechnung, z. B. bei Derivaten, ein potenzielles zukünftiges Exposure kalkuliert. Dieses wird überwiegend auf Basis von Marktwerten und entsprechenden Add-ons ermittelt. In der Add-on-Berechnung werden neben der Restlaufzeit die Produktart und Marktfaktoren (Zins, Währung etc.) berücksichtigt. Nettingvereinbarungen und Collateral Agreements werden zur Risikoreduzierung eingesetzt. Bei den Emittentenrisiken des Handelsbuches werden für die Bestimmung der Anrechnungsbeträge auf das jeweilige Limit die Ausgleichszahlungen sowie die tatsächlichen Marktwertverluste eines potenziellen Ausfalls berücksichtigt (Jump-to-Default-Methode). Für Emittenten- bzw. Referenzschuldnerisiken aus Wertpapieren und Beständen des Anlagebuches werden die (modifizierten) Nominalwerte verwendet.

Erwartete Verluste, Wertberichtigungen und Credit Value Adjustment.

Der erwartete Verlust (Expected Loss, EL) – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. Auch im Rahmen der Impairmentrechnung wird auf den erwarteten Verlust zurückgegriffen. Bei Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge wird der eingetretene Verlust (incurred loss), der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde, auf Basis des EL geschätzt. Bei Einzelwertberichtigungen werden die Barwerte der erwarteten Zahlungsströme (einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenverwertungen) ermittelt und für diese erwarteten Verluste nach konzernweit einheitlichen Maßstäben Risikovorsorge gebildet. Bezüglich der Aktivitäten im Rahmen der Umstellung auf das neue Wertminderungsmodell gemäß IFRS 9, dem das Konzept des erwarteten Verlustes zugrunde liegt, wird auf die Ausführungen unter Note 2 (»Änderungen und Schätzungen«) verwiesen.

Der Marktpreis des Kontrahentenrisikos von zum Fair Value bilanzierten OTC-Derivaten wird mit dem sogenannten Credit Value Adjustment (CVA) gemessen. Dieses geht als Bewertungsanpassung in die GuV der LBBW ein. Hierbei wird sowohl die Bonität des Kontrahenten als auch die Bonität der LBBW berücksichtigt.

Credit Value-at-Risk.

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Hierbei wird der Betrag ermittelt, der mit einer durch die Parametrisierung der Risikotragfähigkeit vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont von einem Jahr nicht überschritten wird. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating, sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Dabei werden auch Korrelationen zwischen den Kreditnehmern modelliert und Konzentrationen auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene abgebildet. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz. Das Kreditportfoliomodell der LBBW wird fortlaufend einem umfangreichen Validierungsprogramm unterzogen, welches unabhängig von der Modellentwicklung ist. Sollten die Analysen wesentliche Modellrisiken indizieren, werden diese im Konzernrisikocontrolling und im Risk Committee transparent gemacht, sodass erforderliche Maßnahmen effizient eingeleitet werden können.

Die Maßzahl CVaR wird als Ökonomisches Kapital für Adressenausfallrisiken in der Risikotragfähigkeitsanalyse und in der Steuerung der LBBW verwendet.

Risikokonzentrationen und Stresstests.

Risikokonzentrationen werden u. a. anhand des Credit Value-at-Risk (CVaR) gemessen. Die Konzentrationsrisikoschwellen werden für Einzeladressen als auch auf Branchenebene durch das Konzernrisikocontrolling vorgeschlagen und durch den Vorstand festgelegt. Die Schwellenwerte werden in Abhängigkeit der Entwicklung des Kreditportfolios sowie der Risikotragfähigkeit jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst.

Darüber hinaus werden auf Ebene des LBBW-Konzerns, speziell auch im Hinblick auf mögliche Konzentrationsrisiken, umfangreiche Stressszenarien gerechnet, die mögliche Veränderungen des LBBW-Portfolios in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) oder des Marktumfelds analysieren. Die Adressenausfallrisiken sind in die risikoartenübergreifenden Szenarien eingebunden.

Risikoüberwachung und -reporting.

Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzelengagements sind die Marktfolgebereiche zuständig. Diese sind gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen organisatorisch von den Markteinheiten getrennt. In der Marktfolge werden eindeutige Zuständigkeiten und angemessene Erfahrung und Fachkenntnisse durch eine kunden- bzw. branchenspezifische Aufbauorganisation sichergestellt. Kreditentscheidungen werden in einem System abgestufter Kompetenzen vorgenommen, die in den Entscheidungsordnungen der Bank geregelt sind.

Im Rahmen der Risikoüberwachung kontrollieren die zuständigen Risikomanager laufend die Einhaltung der eingeräumten Linien sowie die Entwicklung bonitätsrelevanter Informationen. Hierzu gehören die Überwachung von Auffälligkeiten im Kontoverhalten, Bewertung von Unternehmensnachrichten sowie das Beobachten von makroökonomischen und branchenspezifischen Trends. Sofern für ein Unternehmen Marktdaten beobachtbar sind, kommt bei Bedarf zusätzlich ein marktdatenbasiertes System zum Einsatz.

Zur Risikofrüherkennung existiert ein System aus prozessualen Regelungen und systemgenerierten Signalen, deren Zielsetzung insgesamt das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen ist.

Durch das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen, wie z. B. Erhöhung der Sicherheiten oder präventive Umstrukturierung, eingeleitet werden. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und in den zuständigen Abteilungen betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt im von Markt- und operativen Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. Hier sind die Zuständigkeiten für die Angemessenheit der Ratingverfahren, die Adressenausfallrisiko-Messung, die Überwachung der Kontrahenten-, Länder- und Branchenlimite sowie die Erstellung der Risikoberichte angesiedelt.

Die jeweiligen Auslastungen der gesetzten Exposure- und CVaR-Limite werden u. a. im monatlichen Gesamtrisikobericht dargestellt.

- Die Einhaltung der Länderlimite wird täglich mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert.
- Das Portfolio der Finanzinstitute ist sowohl in der Summe als auch – ergänzend zum Länderlimit – länderabhängig limitiert.
- Branchenrisiken aus dem Unternehmensportfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst. So werden bspw. Maschinenbauunternehmen, deren Produkte überwiegend an Kunden aus der Automobilbranche verkauft werden, ebenfalls der Automobilbranche zugeordnet.

Zur Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Ad-hoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Als wichtigste turnusmäßige Berichte sind zu benennen:

- Der monatlich im Risk Committee vorgestellte Gesamtrisikobericht mit Angaben zur Risikolage auf Portfolioebene und über die Einhaltung der wesentlichen Limitierungen. Im Kontext von Portfolioanalysen wird ergänzend z. B. über die Risikosituation einzelner Branchen sowie über Risikokonzentrationen berichtet.
- Der pro Quartal erstellte ausführliche Kreditrisikobericht als Anlage zum Gesamtrisikobericht. Dieser enthält zusätzliche Detailinformationen bezüglich der Entwicklung der Risikoversorge, Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostrategie, Ratingverteilungen, Größenklassen, Produktarten, Restlaufzeiten, Neugeschäft und Risikokonzentrationen aus Einzelengagements.
- Der halbjährliche ausführliche Branchenbericht mit detaillierten Angaben zur Branchensituation, Portfoliostruktur und den TOP-Kunden je Branche.

Risikosteuerung.

Die Steuerung von Adressenausfallrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostategie, durch die ÖKap-Allokation auf Sub-Portfolios mithilfe des CVaR sowie die Vermeidung bzw. Reduzierung von Konzentrationsrisiken auf Branchen-, Länder- und Einzelkontrahentenebene.

Einzelengagementebene.

Grundsätzlich werden die Obergrenzen auf Ebene der Einzelengagements individuell durch den jeweils zuständigen Kompetenzträger von Markt und Marktfolge festgelegt. Auf diese Obergrenze werden alle risikorelevanten Geschäfte eines Kunden bzw. einer Kreditnehmereinheit/Gruppe verbundener Kunden (gemäß CRR) angerechnet. Wesentlicher Bestandteil der Einzelgeschäftssteuerung ist die Einhaltung der quantitativen und qualitativen Vorgaben der Kreditrisikostategie. Hier werden auf Basis der Geschäftsstrategie sowie unter Berücksichtigung der Konzernrisikostategie die Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer sich das Kreditgeschäft in der LBBW bewegen soll. Auf der Vermeidung von Konzentrationsrisiken liegt dabei ein besonderes Augenmerk.

Aus ökonomischer Sicht ist der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss, weshalb grundsätzlich die Pflicht zur Vorkalkulation der Einzelgeschäfte besteht. Die Vorkalkulation umfasst neben dem Einstandszinssatz und der Bankenabgabe Bestandteile zur Deckung des erwarteten Verlustes (Risikospanne), zur Verzinsung des aufgrund unerwarteter Verluste vorzuhaltenden Eigenkapitals (Kapitalspanne) sowie zur Deckung der Liquiditäts- und Bearbeitungskosten. Die Ergebnisse sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Kundenebene.

Teil-Portfolioebene.

Maßnahmen zur Risikosteuerung unterscheiden sich in Abhängigkeit der jeweiligen Teil-Portfolioebene:

- Länderlimite werden vom Vorstand auf Basis eines Vorschlags des Länderlimit-Ausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länderlimit-Auslastung erfolgt eine Warnmitteilung an die tangierten Markt- und Marktfolgebereiche, bei einer Überziehung wird ein Geschäftsstopp verhängt. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite reduziert und/oder Geschäftsstopps ausgesprochen. Des Weiteren existieren für besonders im Fokus stehende Länder Abbauziele.
- Die Limitierung des Portfolios der Finanzinstitute sowie der Unternehmensbranchen löst bei Überschreiten definierter Schwellenwerte steuernde Maßnahmen, wie z. B. den Abschluss risikomindernder Sicherungsgeschäfte, Neugesäftsstopp etc., aus.
- Auf Ebene der Geschäftsfelder bzw. Teil-Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch Maßnahmen zur Einhaltung der Portfoliovorgaben der Kreditrisikostategie u. a. in Bezug auf Obergrenzen, Ratingstrukturen und die Portfolioqualität.

Gesamt-Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere das Limit für das Ökonomische Kapital für Adressenausfallrisiken auf Basis des CVaR auf die Branchen allokiert. Hohe Limitauslastungen werden frühzeitig durch ein Ampelsystem angezeigt und es werden entsprechend Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell existenzgefährdende Risikokonstellationen, die ggf. Maßnahmen notwendig machen.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Vorbemerkung.

Die quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Die Risikolage der LBBW wird somit mit den Zahlen dargestellt, mit denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgt. Der Managementansatz weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Ursachen hierfür sind insbesondere die Darstellung unter Risikogesichtspunkten sowie Abweichungen vom bilanziellen Konsolidierungskreis nach IFRS. In der internen Risikosteuerung ist als Tochterunternehmen die SüdLeasing Gruppe konsolidiert abgebildet.

Die Unterschiede zwischen den Größen der internen Risikosteuerung einerseits und der externen Rechnungslegung andererseits lassen sich wie folgt quantifizieren:

Überleitung Bilanzansatz auf Managementansatz.

Mio. EUR	Bilanzansatz	Überleitung			Management-Ansatz
		Konsolidierungskreis	Bewertung	Sonstige	
31.12.2016					
Barreserve	13 532	- 7	- 9 073	0	4 451
Handelsaktiva	46 648	317	32 695	38	79 699
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	750	- 3	- 121	0	626
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 777	0	2 488	0	5 265
Finanzanlagen AfS	20 270	1 488	- 942	0	20 816
Forderungen	150 519	- 3 913	14 330	- 1 803	159 134
Finanzanlagen LaR	5 423	- 5	20	0	5 438
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	191	- 28	0	- 163	0

Die in den folgenden Darstellungen maßgebliche Größe ist das Brutto- bzw. Netto-Exposure. Hierbei ist das Brutto-Exposure als Marktwert bzw. Inanspruchnahme zzgl. externer offener Kreditzusagen definiert. Im Netto-Exposure werden ergänzend risikoreduzierende Wirkungen berücksichtigt. Hierzu gehören z. B. Netting- und Collateralvereinbarungen, die Sicherungswirkung durch Kreditderivate oder die Anrechnung klassischer Kreditsicherheiten wie z. B. Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten, Garantien oder Bürgschaften.

Die eingegangenen Adressenausfallrisiken standen 2016 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns.

Entwicklung des Exposures.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der beiden Exposuregrößen sowie der risikoreduzierenden Wirkungen im Stichtagsvergleich.

Entwicklung des Exposures.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Brutto-Exposure	324 667	319 179
Netting/Collateral	86 808	77 883
Kreditderivate (Protection Buy)	11 111	13 601
Klassische Kreditsicherheiten	44 252	44 031
Netto-Exposure	182 496	183 665

Das Brutto-Exposure beträgt zum Stichtag 325 Mrd. EUR und ist damit rund 5 Mrd. EUR bzw. 2% höher als zum Jahresende 2015. Durch die gleichzeitige Erhöhung der risikoreduzierenden Wirkungen aus Netting- und Collateralvereinbarungen, insbesondere durch Wertpapierleihe/ Pensionsgeschäfte, schlägt sich der Anstieg hingegen nicht im Netto-Exposure nieder. Das Netto-Exposure reduzierte sich um rund 1 Mrd. EUR bzw. 1% auf 182 Mrd. EUR.

Die folgenden Darstellungen zu Portfolioqualität, Branchen, Regionen und Größenklassen geben einen Überblick über die relevanten Aspekte der Risikolage der LBBW. Dabei wird auf das Netto-Exposure abgestellt.

Portfolioqualität.

Die Darstellung nach internen Ratingklassen zeigt die Entwicklung der Portfolioqualität im Vergleich zum 31. Dezember 2015.

Portfolioqualität.

Netto-Exposure	Mio. EUR 31.12.2016	in % 31.12.2016	Mio. EUR 31.12.2015	in % 31.12.2015
1(AAAA)	41 196	22,6%	43 013	23,4%
1(AAA) – 1(A-)	80 517	44,1%	81 646	44,5%
2 – 5	43 443	23,8%	39 577	21,5%
6 – 8	10 244	5,6%	11 641	6,3%
9 – 10	2 702	1,5%	3 149	1,7%
11 – 15	1 202	0,7%	1 306	0,7%
16 – 18 (Default) ¹⁾	1 181	0,6%	1 898	1,0%
Sonstige	2 011	1,1%	1 436	0,8%
Insgesamt	182 496	100,0%	183 665	100,0%

¹⁾ Als »Default« werden Engagements ausgewiesen, für die ein Ausfallereignis gemäß CRR Art.148, wie z. B. Unwahrscheinlichkeit der Rückzahlung oder 90 Tage Zahlungsverzug, eingetreten ist. Das Exposure wird vor Berücksichtigung von Risikovorsorge/Impairments dargestellt.

Der LBBW-Konzern verfügt über eine gute Portfolioqualität, die im Vergleich zum 31. Dezember 2015 nahezu konstant geblieben ist. Der Investmentgrade-Anteil (Ratings 1(AAAA) bis 5) erhöhte sich leicht auf 90,5% (zum Vergleich 31. Dezember 2015: 89,4%) infolge einer Erhöhung des Netto-Exposures im Ratingcluster 2 – 5. Der Anstieg basiert auf Neugeschäften sowie Migrationen insbesondere aus den Ratingclustern 1(AAA) – 1(A-) sowie 6 – 8. In der besten Ratingklasse 1(AAAA) sind vor allem inländische Gebietskörperschaften enthalten. Durch den Rückgang bei Bundesländern sowie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland reduziert sich deren Portfolioanteil leicht. Im Vergleich zum 31. Dezember 2015 hat sich das Netto-Exposure in den Ratingklassen 6 – 15 (Non-Investmentgrade) ebenfalls rückläufig entwickelt. Der Portfolioanteil liegt bei 7,8% (Vorjahr: 8,8%). Im Trend der Vorjahre wurde auch das non-performing Exposure deutlich auf 0,6% des Gesamtportfolios reduziert. Dieser Rückgang ist Ergebnis zahlreicher Engagementrückführungen (davon substanzialer Anteil Verkäufe) und Gesundungen. Der höhere Anteil nicht gerateter Geschäfte in der Position »Sonstige« ist im Wesentlichen auf die Übernahme eines Kreditkartenportfolios zurückzuführen.

Branchen.

Die Darstellung der Branchen nach den Dimensionen Netto-Exposure, Credit Value-at-Risk (CVaR) und Default-Bestand gibt Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit und die Risikolage in der jeweiligen Branche. Die Brancheneinteilung erfolgt auf Grundlage des LBBW-internen risikoorientierten Branchenschlüssels, der im Unternehmensportfolio mit den organisatorischen Marktfolgestandigkeiten korrespondiert.

Der CVaR befindet sich auf Konzernebene leicht unterhalb des Vorjahresniveaus. Infolge von methodischen Anpassungen im betrachteten Zeitraum ergaben sich jedoch spürbare Verschiebungen auf Ebene der Branchen.

Branchen.

Mio. EUR	Netto- Exposure 31.12.2016	CVaR 31.12.2016	Default 31.12.2016	Netto- Exposure 31.12.2015	CVaR 31.12.2015	Default 31.12.2015
Financials	73 769	1 045	34	68 426	698	46
davon Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung ¹⁾	13 445	17	0	9 710	49	0
Unternehmen	61 711	1 670	830	60 572	1 853	1 299
Automobil	11 411	411	88	11 061	404	101
Chemie und Pharma	5 627	114	28	5 517	143	59
Handel und Konsumgüter	9 095	218	114	9 181	261	182
Industrie und Bau	15 311	377	261	14 324	456	343
davon Bauwirtschaft	5 809	165	117	5 690	234	125
Telekommunikation und Medien	3 187	69	63	2 767	68	53
Transport und Logistik	4 252	112	40	3 555	125	103
Versorger und Energie	8 888	278	167	10 142	280	372
davon Versorger & Entsorger	3 632	115	5	4 331	139	45
davon Erneuerbare Energien	2 681	89	108	2 871	86	217
Sonstige	3 941	92	68	4 025	116	86
Immobilien²⁾	9 677	406	247	10 293	630	458
Gewerbliche Immobilienwirtschaft (CRE)	6 354	304	216	7 357	509	384
Wohnungswirtschaft	3 323	102	31	2 936	122	74
Öffentliche Haushalte	32 477	366	0	39 320	517	1
Privatpersonen	4 862	127	69	5 054	139	95
Insgesamt	182 496	3 614	1 181	183 665	3 837	1 898

1) Ausgewiesen werden hier Geschäfte unter Gewährträgerhaftung und Geschäfte, die im Rahmen der Risikoimmunsierung mit einer Garantie des Landes Baden-Württemberg versehen sind. Des Weiteren sind hier Zentralbanken und Banken mit staatlichem Hintergrund enthalten.

2) Im Geschäftsjahr wurde die Hauptbranche Immobilien neu eingeführt. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Financials stellen mit einem Netto-Exposure von 74 Mrd. EUR zum Stichtag die größte der fünf Hauptbranchen dar. Der Anstieg im Vergleich zum Jahresende 2015 um rund 5 Mrd. EUR resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung von Einlagen bei Zentralbanken. Infolgedessen erhöhen sich auch die Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung. Der CVaR-Anstieg resultiert u. a. aus einer methodischen Anpassung bei der Risikoabbildung von zentralen Kontrahenten und einer stärkeren Berücksichtigung von potentiellen Marktwertschwankungen bei Derivaten.

Im Unternehmensportfolio tragen nahezu alle Branchen zur Exposure-Erhöhung um insgesamt 1 Mrd. EUR auf 62 Mrd. EUR bei. Lediglich die Branche Versorger und Energie weist einen größeren Exposerückgang auf. Die Einzelbranche Automobil ist analog zum Vorjahr die aus Portfoliosicht bedeutendste Unternehmensbranche und wird daher weiterhin intensiv unter dem Aspekt der Steuerung von Branchenkonzentrationen überwacht. Bei Herstellern und Zulieferern der Automobilbranche werden aktuell verschiedene Themen wie regulierungsbedingte Veränderungen im Antrieb oder autonomes Fahren forciert, die mittel- bis langfristig zu Verschiebungen innerhalb der Hersteller und Zulieferer führen werden. Entsprechend wird das Automobil-Portfolio auch bezüglich dieser Entwicklungen kontinuierlich überwacht, um frühzeitig Chancen und Risiken zu identifizieren.

Neben Automobil zählt auch die gewerbliche Immobilienwirtschaft zu den aus Portfoliosicht bedeutendsten Einzelbranchen. In diesem Portfolio sehen wir aufgrund der Diversifikation in unsere strategischen Standorte kein übermäßiges Konzentrationsrisiko. Der Bedeutung des Immobiliengeschäfts für das Kreditportfolio der LBBW wird mit Ausgliederung in die neue Hauptbranche Immobilien Rechnung getragen. Das Netto-Exposure liegt mit 10 Mrd. EUR leicht unter Niveau des Vorjahres.

Bei Öffentlichen Haushalten hat sich das Netto-Exposure im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 7 Mrd. EUR auf 32 Mrd. EUR reduziert. Rückgänge ergaben sich insbesondere gegenüber einzelnen Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Portfolioveränderungen haben aufgrund der sehr guten Bonität der inländischen öffentlichen Haushalte keine nennenswerte Wirkung auf den CVaR. Insgesamt geht der CVaR infolge methodischer Anpassungen und einem Portfoliorückgang bei ausländischen öffentlichen Haushalten in diesem Segment spürbar zurück.

Bei Privatpersonen haben sich das Netto-Exposure und der CVaR leicht rückläufig entwickelt. Dieses Portfolio zeichnet sich durch eine besonders hohe Granularität aus.

Regionen.

Der Anteil des inländischen Geschäfts am Netto-Exposure beträgt 69,1 %. Die grundsätzliche Verteilung nach Regionen ist weitgehend konstant, wenngleich sich insbesondere durch die Rückgänge bei inländischen öffentlichen Haushalten und höheren Einlagen bei Zentralbanken zum Stichtag kleinere regionale Verschiebungen ergeben haben. Die Fokussierung auf die stabilen und risikoarmen Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank werden auch zukünftig einen dominierenden Deutschland-Anteil sicherstellen.

Die Auslandsengagements verteilen sich insbesondere auf Westeuropa und Nordamerika. Bei den Engagements in Osteuropa, Lateinamerika und Afrika handelt es sich überwiegend um Exportfinanzierungen. Deren Anteil am Netto-Exposure ist von untergeordneter Bedeutung.

Regionen.

Netto-Exposure ¹⁾ in %	Anteil 31.12.2016	Anteil 31.12.2015
Deutschland	69,1 %	71,3 %
Westeuropa (ohne Deutschland)	19,0 %	19,3 %
Nordamerika	7,4 %	4,8 %
Asien/Pazifik	1,4 %	1,4 %
Osteuropa	0,8 %	1,0 %
Lateinamerika	0,7 %	0,8 %
Afrika	0,0 %	0,0 %
Sonstige ²⁾	1,5 %	1,3 %
Insgesamt	100,0 %	100,0 %

¹⁾ Im Zuge der Vereinheitlichung der Datenbasis basiert die Regionendarstellung auf dem Sitzland. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.
²⁾ Unter »Sonstige« werden Geschäfte ohne Länderzuordnung (z. B. Geschäfte mit supranationalen Institutionen) subsummiert.

Im Verlauf des Jahres 2016 hat sich die Phase politischer Ereignisse mit weitreichenden wirtschaftlichen Folgen verstärkt. Auf das »Brexit«-Referendum in Großbritannien im Juni folgte der Putschversuch in der Türkei im Juli und letztlich die den Meinungsumfragen zufolge unvorhergesehene Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im November 2016.

Aus Risikomanagementsicht rückte vor allem die politische und wirtschaftliche Zuspitzung in der Türkei in den Mittelpunkt, dem die LBBW durch eine Begrenzung auf Außenhandelsfinanzierungen

begegnet. Zusätzlich wurde ein tägliches Monitoring der Liquiditätskennzahlen mit einer Warnschwelle für die Währungsreserven implementiert. Zu den Ländern mit Einschränkungen hinsichtlich Laufzeiten und Produkten zählt weiterhin Brasilien, das nach der Amtsenthebung der Präsidentin Rousseff zwar aus den Schlagzeilen verschwand, die grundlegenden Probleme aus Sicht der LBBW jedoch noch nicht lösen konnte.

Im Rahmen der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen geriet der südliche Nachbar Mexiko ins Visier. Der Wahlsieg Donald Trumps stellt das Land voraussichtlich vor wirtschaftliche Schwierigkeiten. Aufgrund des ausgesprochen geringen ungedeckten Exposures existiert für die LBBW jedoch kein akuter Handlungsbedarf.

Auch in der Europäischen Union sind die politischen Unsicherheiten weiter angewachsen. In Bezug auf den angestrebten »harten« Austritt Großbritanniens aus der EU hat die LBBW potenzielle Auswirkungen auf das Kreditportfolio analysiert und kommt nach heutiger Einschätzung und Erkenntnissen zum Ergebnis, dass diese gut beherrschbar sind. Neue Risiken für den Fortbestand des Währungsraums gehen von der schwierigen Situation des italienischen Bankensystems sowie den anstehenden Wahlen in den Niederlanden und Frankreich aus. Das Engagement der LBBW bei italienischen Banken wurde im Zuge der verfolgten Abbaustrategie deutlich reduziert. Gleiches gilt für das Engagement gegenüber einigen südeuropäischen Staaten, für die die restriktive Geschäftspolitik derzeit fortgeführt wird. Die weitere Entwicklung wird in der LBBW genau beobachtet, um im Bedarfsfall zeitnah Maßnahmen zur Risikoreduzierung einleiten zu können.

Größenklassen.

Die nachfolgende Darstellung der Größenklassen erfolgt auf Kundenebene oder, sofern eine Konzerneinbindung vorliegt, auf Ebene der Kreditnehmereinheit.

Größenklassen.

Netto-Exposure	Anzahl 31.12.2016	Netto- Exposure in % 31.12.2016	Anzahl 31.12.2015	Netto- Exposure in % 31.12.2015
bis 10 Mio. EUR	761 364	12,0%	663 172	12,1%
bis 50 Mio. EUR	1 140	13,9%	1 110	13,5%
bis 100 Mio. EUR	219	8,8%	210	8,2%
bis 500 Mio. EUR	268	33,1%	257	32,9%
bis 1 Mrd. EUR	36	14,2%	29	11,3%
über 1 Mrd. EUR	14	18,0%	18	22,0%
Insgesamt	763 041	100,0%	664 796	100,0%

Auf die Größenklassen bis 100 Mio. EUR Netto-Exposure entfallen 35% des Netto-Exposures (Vorjahr: 34%). Die hohe Kundenanzahl resultiert hier insbesondere aus dem Retailportfolio. Infolge der vorgenannten Übernahme eines Kreditkartenportfolios erhöht sich im Geschäftsjahr vor allem die Anzahl der Kunden in der Größenklasse bis 10 Mio. EUR Netto-Exposure.

In den beiden Größenklassen 100 bis 500 Mio. EUR bzw. 500 Mio. bis 1 Mrd. EUR Netto-Exposure dominieren mit einem Anteil von 97% bzw. 100% die sehr guten bis guten Bonitäten (Rating 1(AAAA) bis 5).

Die Anzahl der Engagements mit > 1 Mrd. EUR Netto-Exposure reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr per Saldo von 18 auf 14 Adressen, entsprechend sinkt deren Portfolioanteil um vier Prozentpunkte auf 18%. Der Rückgang betrifft insbesondere Öffentliche Haushalte. Zum Stichtag

31. Dezember 2016 dominieren in dieser Größenklasse dennoch weiterhin die Öffentlichen Haushalte (insbesondere inländische Gebietskörperschaften) mit einem Anteil von 49%. Zu weiteren 33% sind Financials vertreten, die restlichen 18% verteilen sich auf Unternehmen mit ausschließlich sehr guter bis guter Bonität (mindestens Ratingklasse 2). Die Großengagements werden unter dem Aspekt der Steuerung von Klumpenrisiken weiterhin intensiv überwacht.

Chancen.

Die Kerngeschäftstätigkeit der LBBW ist mit dem Eingehen von Adressenausfallrisiken verbunden. Diese Risiken werden angemessen in der Preisfindung berücksichtigt. Durch die Selektion von Geschäften mit einem vorteilhaften Risk-Return-Verhältnis ergeben sich besondere Gewinnchancen. Ferner kann sich aus einer über den Erwartungen liegenden Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten die Chance auf eine verbesserte Portfolioqualität und damit einhergehend einen weiterhin geringen Wertberichtigungsbedarf ergeben. Geschäftspotenzial sowie höhere Margen könnten sich durch Prozessoptimierungen, eine geringere Wettbewerbsintensität am deutschen Bankenmarkt sowie ein attraktiveres Zinsumfeld erzielen lassen.

Marktpreisrisiken. Definition.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW potenzielle Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren. Marktpreisrisiken werden in die Kategorien Aktien, Zins und Währung/Rohwaren untergliedert.

Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW.

Aktienrisiko.

Das Aktienrisiko ist zurückzuführen auf Aktien- bzw. Indexkursbewegungen und ggf. Aktien- bzw. Indexvolatilitäten.

Zinsrisiko.

Das Zinsrisiko beruht auf Änderungen von Marktzinsen, Zinsspreads, Credit Spreads oder auch Zinsvolatilitäten.

Währungs-/Rohwarenrisiko.

Währungs-/Rohwarenrisiken werden im LBBW-Konzern unter der Risikoart FX-Risiko zusammengefasst und abgebildet. Das Währungsrisiko beruht auf der Entwicklung von Wechselkursen. Das Rohwarenrisiko basiert auf der Änderung von Edelmetallkursen und Rohwarenpreisen.

Marktpreisrisikomanagement.

<p>Risikomessung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufsichtsrechtlich zugelassenes internes Risikomodell ▪ Tägliche Value-at-Risk-Berechnung ▪ Stresstests, StressVaR-Ermittlung, Backtesting-Analyse ▪ Sensitivitäten ▪ Überwachung Risikokonzentration
<p>Risikoüberwachung und -reporting</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überwachung und Einhaltung der Limite durch Portfolioverantwortliche im Konzernrisikocontrolling ▪ Tägliches, wöchentliches und monatliches Reporting
<p>Risikosteuerung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorgaben durch die Marktpreisrisikostategie und Portfoliosteckbriefe ▪ VaR-Limitierung bis auf Portfolioebene ▪ Verlustgrenze pro Portfolio durch Loss-Warning-Trigger ▪ Limitierung der Sensitivitäten

Risikomessung.

Risikomodell.

Im Finanzsektor wird das Marktrisiko der Handels- und Bankportfolios über Value-at-Risk-Prognosen abgebildet. Der Value-at-Risk (VaR) lässt sich im Rahmen eines stochastisch-mathematischen Modells bestimmen. Dieses leitet aus einer Verteilung der Marktfaktoren, einer darauf aufbauenden Bewertung und ggf. entsprechenden Vereinfachungen eine Portfoliowertverteilung ab. Hieraus wird der VaR als größtmöglicher Verlust unter dem vorgegebenen Konfidenzniveau bestimmt.

In der LBBW erfolgt die Messung mit einem eigenentwickelten Verfahren, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. Dabei werden marktinduzierte Wertschwankungen von komplexen Geschäften teilweise genähert. Darüber hinaus gehen die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzmatrix mit ein. Mithilfe von Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt.

Das Risikomodell wird für allgemeine Zins- und Aktienrisiken zur Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken des Handelsbuches¹⁾ verwendet. In die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals geht das Gesamtrisiko ein.

Die LBBW ermittelt für aufsichtsrechtliche Zwecke den VaR aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95% und ein Tag Haltedauer verwendet. Für die Abbildung im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt eine Skalierung des Maximums aus StandardVaR (Kovarianzmatrix über 250 Handelstage) und Long-Term-VaR auf ein dem Ökonomischen Kapital angepasstes Niveau bei Konfidenzniveau und Haltedauer. Aufgrund regulatorischer Vorgaben wird mit dem Long-Term-VaR eine längere Beobachtungsperiode von fünf Jahren zugrunde gelegt, um auch volatilere Marktphasen zu berücksichtigen. Sowohl im Handelsbuch als auch im Anlagebuch werden die Marktpreisrisiken nach der gleichen Methodik abgebildet.

Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuches.

Die Credit-Spread-Risiken haben einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW. Die bonitäts-sensitiven Geschäfte des Handels- und Anlagebuches werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und ABS-Papieren gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads einzelner Adressen berechnet. Für die Credit-Spread-Risiken aus Kreditderivaten werden Referenzschuldner CDS-Sektorkurven zugeordnet. Für das Credit-Spread-Risiko aus dem marktfähigen Kreditgeschäft wird im Rahmen der Ermittlung des Ökonomischen Kapitals ein Aufschlag angesetzt.

Vervollständigt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stressszenarien für das Handels- und Anlagebuch. Mittels Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kursverläufe und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte synthetische als auch historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausgewählte Marktfaktorgruppen, wie z. B. einzelne oder kombinierte Zins-Shifts oder Credit-Spread-Shifts.

¹⁾ Handelsbuch ohne Fonds, die nicht transparent abgebildet werden.

Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktshocks generiert. Alle Szenarien dienen dazu, extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt. Diese Wertänderungen aus der Stresssimulation sind außerdem in die risikoartenübergreifenden Stressszenarien eingebunden und damit für die Risikotragfähigkeit relevant.

Für die StressVaR-Rechnungen wird statt der letzten 250 Handelstage ein Beobachtungszeitraum zugrunde gelegt, der einen signifikanten Stresszeitraum umfasst. Wöchentlich wird der StressVaR unter Berücksichtigung der relevanten Beobachtungsperiode für das in der aufsichtlichen Meldung erforderliche Handelsbuchportfolio berechnet. Eine zweite Rechnung simuliert auf der für den Konzern relevanten Periode die Risikoerhöhung unter Stress. Dieser Wert wird auch in die risikoartenübergreifenden MaRisk-Stressszenarien eingebunden und ist damit für die Risikotragfähigkeit relevant. Der relevante Beobachtungszeitraum wird vierteljährlich für das nach CRR relevante Portfolio sowie den Konzern ermittelt.

Die Überwachung der Risikokonzentration wird monatlich durchgeführt und erfolgt mittels Sensitivitätsanalysen und anhand von VaR-Betrachtungen. Dabei wird unterschieden zwischen Konzentrationsrisiko auf Risikoart (z. B. Swap- oder Credit-Spread-Risiko), Emittentengruppen (z. B. Sovereigns, Financials), Einzelemittenten und Zins- bzw. Währungsrisiko.

Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells.

Im Modell wurde 2016 die Produktabbildung verfeinert. Darüber hinaus wurden die sich verändernden Marktgegebenheiten in der Modellierung berücksichtigt.

Validierung des Risikomodells.

Das Risikomodell der LBBW unterliegt einem umfangreichen Validierungsprogramm, in dem mögliche Modellrisiken in der Stochastik der Marktfaktoren (u. a. Verteilungsmodell, Risikofaktorwahl und --mapping), in den implementierten Bewertungsverfahren sowie in den relevanten Marktdaten identifiziert und anhand maßgeschneiderter Validierungsanalysen in ihrer Materialität bemessen werden. Die Validierungsanalysen werden innerhalb des Bereichs Konzernrisikocontrolling durch die Organisationseinheit Risikomodellvalidierung durchgeführt, diese ist unabhängig von der Modellentwicklung. Validierungsanalysen erfolgen orientiert an der Materialität der Modellrisiken in regelmäßigen zeitlichen Abständen (zumindest jährlich) sowie ad hoc bei wesentlichen strukturellen Änderungen in der Modellkonzeption, auf dem Markt oder der Portfoliozusammensetzung.

Eine besondere Bedeutung innerhalb des Validierungsprogramms kommt der Backtesting-Analyse zu. Dieser statistische Rückvergleich mit den tatsächlich eingetretenen Portfoliowertänderungen fokussiert sich nicht nur auf die VaR-Prognose, sondern bezieht zusätzlich die gesamte Verteilungsprognose mit ein. Nach aufsichtlicher Vorgabe beruht er einerseits auf Portfoliowertänderungen ohne Neu- und Intraday-Geschäfte, Nettozinserträge sowie Provisionen und Gebühren (sog. Clean-P/L) und andererseits auf Portfoliowertänderungen ohne Provisionen und Gebühren (sog. Dirty-P/L), die sich direkt aus der ökonomischen P/L ableiten.

Sollten die Backtesting- oder Validierungsanalysen wesentliche Modellrisiken indizieren, so werden diese bei allen in den Marktrisikomanagementprozess integrierten Akteuren transparent gemacht, sodass erforderliche Modelloptimierungsmaßnahmen effizient eingeleitet werden können.

Risiküberwachung und -reporting.

Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der u. a. in den Portfoliosteckbriefen detaillierten Risikostrategie werden durch den jeweiligen Portfolioverantwortlichen im Konzernrisikocontrolling überwacht und dem Gesamtvorstand berichtet. Die Berichterstattung umfasst im Einzelnen:

- Tagesbericht mit der Übersicht über die Ergebnis- und Risikoentwicklung,
- Stresstestbericht, der wöchentlich die Auswirkungen der Stressszenarien enthält,
- Gesamtrisikobericht, der monatlich erstellt wird und detaillierte Informationen über Risiko- und Ertragsentwicklung, StressVaR, Risikokonzentration, Ökonomisches Kapital und die Überwachung des ÖKap-Limits beinhaltet.

Risikosteuerung.

Der strategische Rahmen der quantitativen Marktpreisrisikosteuerung im LBBW-Konzern ist durch die Festlegung des ÖKap-Limits für Marktpreisrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch den Vorstand gesetzt. Der Loss-Warning-Trigger dient als Indikator für Marktwertverluste der ökonomischen P/L und damit einhergehend einer Reduktion der Risikodeckungsmasse. Die Loss-Warning-Trigger auf Bereichs- bzw. Segmentebene werden mindestens jährlich unter Berücksichtigung der Risikotoleranz durch den Vorstand vorgegeben. Die Verteilung auf die darunter liegenden Portfolios wird durch die zuständigen Kompetenzträger im Handel vorgenommen.

Für die strategische Steuerung und die monatliche Anrechnung auf das ÖKap-Limit im strategischen Limitsystem erfolgt die Ermittlung des relevanten VaR-Betrags. Soweit eine vollständige Quantifizierung der Risiken nicht möglich ist, werden entsprechende Puffer oder Reserven angesetzt.

An das ÖKap-Limit gekoppelt sind differenzierte VaR-Portfoliolimite. Zusammen mit den Loss-Warning-Trigger legen diese gemeinsam mit den Teilstrategien den risikobezogenen Handlungsrahmen der Bereiche, Abteilungen und Gruppen des Dezernats Financial Markets/Internationales Geschäft, des Bereichs Credit Investment Portfolio sowie der Tochterunternehmen fest. Die Verantwortlichkeiten für die Steuerung der Marktpreisrisiken im LBBW-Konzern sind über die Escalation Policy festgelegt.

Die operative Steuerung (Intra Day und End of Day) in den Handelsbüchern der LBBW erfolgt mittels Sensitivitätenlimiten. Die vom Konzernrisikocontrolling überwachten End-of-Day-Portfoliolimite sind einzuhalten. Außerdem sind verschiedene Sonderlimite und Einschränkungen, z. B. aus dem Neue-Produkte-Prozess, verabschiedet. Diese werden vom Konzernrisikocontrolling überwacht und ggf. an das Risk Committee bzw. den Vorstand eskaliert.

Zur detaillierten Risikosteuerung der Marktpreisrisiken werden zwischen den Handelseinheiten interne Geschäfte abgeschlossen, die in die Marktrisikoberechnung einfließen.

Die Marktpreisrisikostategie dokumentiert den strategischen Rahmen für diese Risikokategorie im LBBW-Konzern und ist aus der Geschäftsstrategie sowie der Konzernrisikostategie abgeleitet. Die Konzernrisikostategie enthält Vorgaben zum Eingehen von Marktpreisrisiken, formuliert in den Leitsätzen zur Risikonahme. Die Vorgaben zur aktiven Steuerung der wesentlichen Portfolios der LBBW sind, anknüpfend an die Marktpreisrisikostategie, in Portfoliosteckbriefen dokumentiert.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

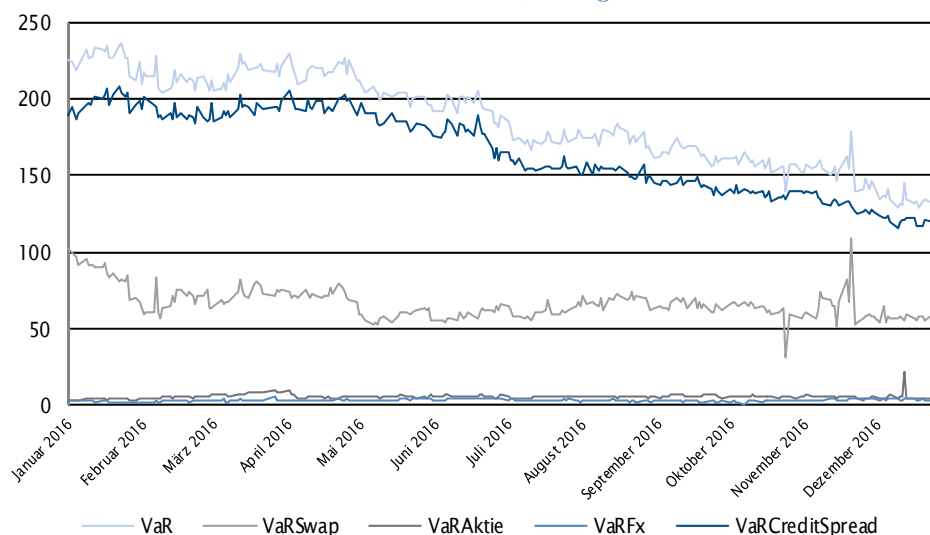
Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2016 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Auch für die einzelnen Konzerneinheiten wurde im Jahr 2016 das Risikolimit nicht überschritten. Der Loss-Warning-Trigger für den LBBW-Konzern, das Anlage- und das Handelsbuch wurde in 2016 nicht überschritten.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und den darin enthaltenen Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei von den Positionen im Anlagebuch dominiert, welches größtenteils dem Portfolio Treasury (Zins- und Liquiditätssteuerung sowie Deckungsstock) entspricht. Maßgeblich für das Gesamtrisiko sind die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen einzelnen europäischen Staaten bzw. Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren und Kreditderivaten. Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie die Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Die folgende Grafik stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken des LBBW-Konzerns dar.

Risikoverlauf LBBW-Konzern in Mio. EUR (99%/10 Tage).



VaR 99%/10 Tage.

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2016 ¹⁾	30.12.2015
LBBW-Konzern	186	236	128	131	228
Swap-Risiko	66	109	31	53	99
Credit-Spread-Risiko	165	208	116	120	189
Aktienrisiken	6	22	3	6	3
Währungsrisiken ²⁾	3	5	1	3	4

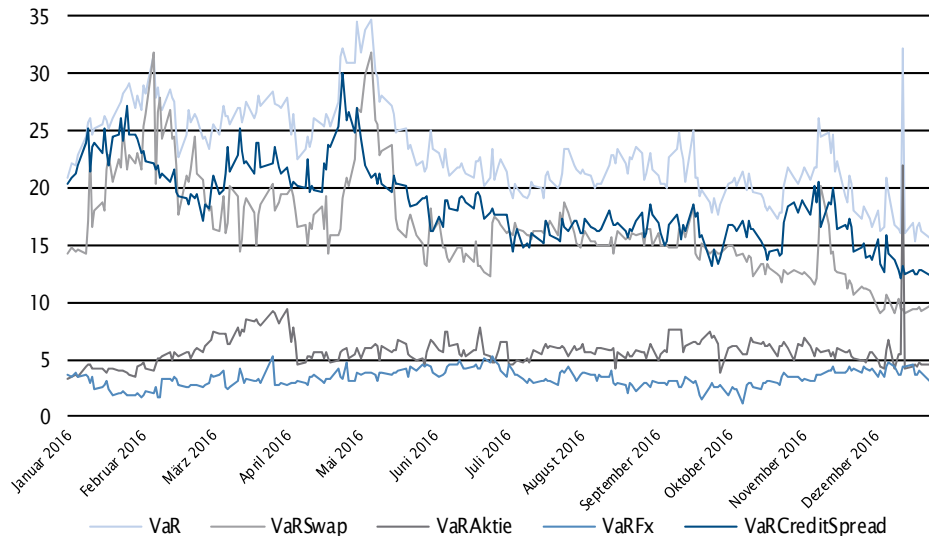
1) Im Geschäftsjahr 2016 war der 30. Dezember 2016 der letzte Reportingtag.

2) Inklusive Rohwarenrisiken.

Im Jahr 2016 hat sich der VaR des LBBW-Konzerns verringert. Durch die verbesserte Synchronisation der Datenabzugszeitpunkte für Marktdaten wurde das Credit-Spread-Risiko verringert.

Für das Handelsbuch zeigt sich folgende Entwicklung des VaR im Jahr 2016:

Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR (99%/10 Tage).



VaR 99%/10 Tage.

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2016 ¹⁾	30.12.2015
LBBW (Bank) Handelsbuch	23	35	15	17	23
Swap-Risiko	16	32	9	10	14
Credit-Spread-Risiko	19	30	12	13	21
Aktienrisiken	6	22	3	6	3
Währungsrisiken	3	5	1	3	4

1) Im Geschäftsjahr 2016 war der 30. Dezember 2016 der letzte Reportingtag.

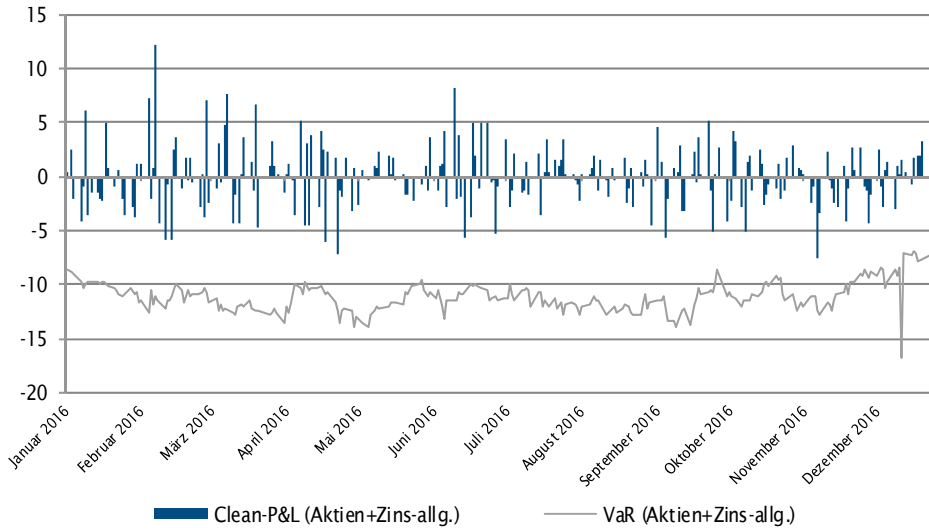
Die Grafik zeigt im Dezember 2016 einen vorübergehend erhöhten Risikowert im Aktienrisiko infolge der Marktniveaus im Zusammenhang mit Ausübungsschwellen bei Optionen mit sehr kurzer Restlaufzeit.

Das Handelsbuch der LBBW beinhaltet die Positionen des Segments Financial Markets sowie Positionen des Treasury, welche der kurzfristigen Liquiditätssteuerung dienen. Das Risiko hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Ergebnis Backtesting.

Clean Backtesting CRR-Portfolio für den Zeitraum 5. Jan. – 30. Dez. 2016 in Mio. EUR.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer

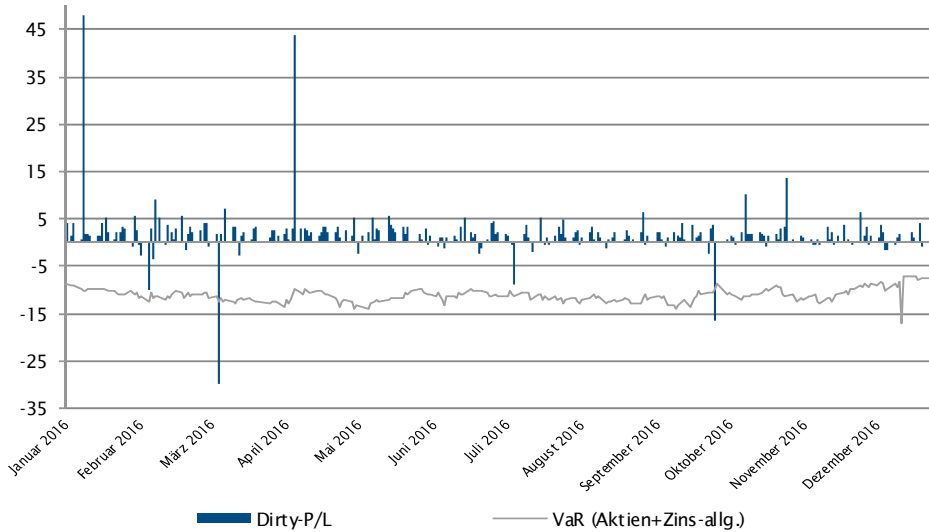


Bis einschließlich des letzten Berichtstags 30. Dezember 2016 weist das interne Risikomodell für die zurückliegenden 250 Handelstage im CRR-Portfolio für die Clean-P/L keine Ausnahme auf.

Wegen einer starken Marktbewegung (Ausweitungen bei Bond-Spreads nach dem UK-Brexit-Referendum) war für die zurückliegenden 250 Handelstage für den LBBW-Konzern und das Handelsbuch eine Ausnahme zu verzeichnen. Für das Anlagebuch war keine Ausnahme zu verzeichnen.

Dirty Backtesting CRR-Portfolio für den Zeitraum 5. Jan. – 30. Dez. 2016 in Mio. EUR.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Auf Basis der Dirty-P/L waren für das Jahr 2016 für das nach CRR relevante Portfolio zwei und das Handelsbuch drei Ausnahmen zu verzeichnen. Die Ursache der Ausnahmen war jeweils auf die Anpassung des monatlich ermittelten Credit Valuation Adjustments zurückzuführen. Ein Rückschluss auf mangelnde Prognosequalität des internen Modells kann daher nicht gezogen werden.

Für den LBBW-Konzern und das Anlagebuch sind keine Ausnahmen zu verzeichnen.

Aufsichtsrechtlich muss daher kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden. Da erst ab fünf Ausnahmen eine Auswirkung auf den Gewichtungsfaktor des internen Modells gegeben ist, bleibt dieser unverändert.

Stresstest.

Aufgrund der Veränderung des Adverse-Case-Szenarios ist der Stresstestwert für den LBBW-Konzern im Dezember 2016 im Vergleich zum Vorjahr auf demselben Niveau. Das neue Szenario stellt eine Ausweitung der Credit Spreads zwischen 30 und 1500 Basispunkten abhängig vom Rating dar. Würde kein Szenariowechsel vorliegen, wäre der Stresstestwert niedriger. Für das Anlage- und Handelsbuch sind die Stresstestwerte zurückgegangen, in beiden Portfolios ist dasselbe Szenario wie für den Konzern relevant. Im Anlagebuch ist es im Vergleich zu 2015 zu einer Szenarioänderung gekommen, daher ist der Rückgang kleiner ausgefallen. Das Szenario für das Handelsbuch ist gegenüber 2015 unverändert.

Im Rahmen der Durchführung der Stresstests werden auch die Auswirkungen eines Zinsschocks auf die Strategische Bankposition ermittelt. Hierzu werden die Zinskurven um +/- 200 BP verschoben. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben fordern hierzu, dass das Ergebnis einen Anteil von 20% des haftenden Eigenkapitals nicht überschreitet. Dieses Limit war im Jahr 2016 stets eingehalten.

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Marktpreise auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Das Marktliquiditätsrisiko wird für Anleihen, Kreditderivate, Aktien und OTC-Zinsderivaten ermittelt. Es erfolgt eine Aufteilung in exogenes und endogenes Risiko. Das exogene Marktliquiditätsrisiko resultiert aus der Tatsache, dass die Bewertung der Markttrisikopositionen auf Mid-Werten basiert, bei einer Glattstellung von Positionen jedoch Bid- oder Ask-Preise erzielt werden. Bei der Berechnung des exogenen Risikos wird auch die Volatilität des Bid-Ask-Spreads berücksichtigt. Das endogene Marktliquiditätsrisiko tritt in den Fällen auf, in denen die eigene Position relativ zur Marktkapazität nicht mehr vernachlässigt werden kann. Hier besteht das Risiko, mit der Liquidierung bzw. Glattstellung der Position eine zusätzliche, aus Sicht der LBBW ungünstige Veränderung des Bid-Ask-Spreads zu verursachen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird über ein Modell ermittelt, welches Bonds, Kreditderivate, OTC-Zinsderivate und Aktien beinhaltet. Zum 30. Dezember 2016 lag das über dieses Modell ermittelte Marktliquiditätsrisiko bei 295 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr hat sich das Marktliquiditätsrisiko um 13 Mio. EUR verringert.

Chancen.

Die Portfolios des LBBW-Konzerns sind stark von der Credit-Spread-Entwicklung abhängig. Eine weitere Verringerung der relevanten Credit Spreads wirkt sich aus heutiger Sicht positiv für das Bewertungsergebnis des LBBW-Konzerns aus. Die Höhe der Auswirkung ist abhängig von der Entwicklung der Bestände im LBBW-Konzern. Weiterhin hat die Zinsentwicklung auf verschiedene Portfolios Einfluss. Je nach Positionierung bzw. Ausrichtung der Portfolios und der Zinsentwicklung können sich daraus Risiken aber auch Chancen ergeben.

Liquiditätsrisiken. Definition.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

Liquiditätsrisikomanagement.

Risikomessung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ermittlung des Refinanzierungsbedarfs und des Refinanzierungspotenzials ▪ Quantifizierung aller wesentlichen Abruf Risiken ▪ Monitoring der Innertagesliquidität ▪ Durchführung von Liquiditätsstresstests ▪ Beurteilung der strukturellen Liquidität ▪ Analyse der Investorenbasis auf mögliche Konzentrationen
Risikoüberwachung und -reporting	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Täglich detaillierte Berichte zum Refinanzierungsbedarf (deterministischer Cashflow) pro Standort und Währung und Quantifizierung der Liquiditätsreserven ▪ Mindestens wöchentliche Berichte zum Refinanzierungsbedarf (inkl. Abruf Risiken) und Refinanzierungspotenzial des Konzerns ▪ Monatliche Berichte zu allen Aspekten des Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikos im Risk Committee und im ALCo
Risikosteuerung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz in Form von Limiten für den maximalen Refinanzierungsbedarf und Survival Times ▪ Festgelegte Eskalationswege bei Nichteinhaltung der Vorgaben ▪ Steuerung der Aktiv- und Passivseite der Bilanz über ein Funds Transfer Pricing

Risikomessung.

Das Risiko der jederzeitigen Verfügbarkeit ausreichender Zahlungsmittel ist kein Ergebnisrisiko. Folglich kann es durch die Ermittlung eines potenziellen Vermögensschadens als Value-at-Risk nicht angemessen quantifiziert und beurteilt werden. Es wird deshalb in der LBBW über quantitative Vorgaben und Limite gesteuert, die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz der Geschäftsleitung festgelegt werden.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst u. a.:

- Tägliche Erstellung von taggenauen Liquiditäts-Gaps (Refinanzierungsbedarf aufgrund von Netto-Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand) in allen Währungen für die LBBW (Bank) und zwei Mal wöchentliche Erstellung taggenauer Liquiditäts-Gaps für den LBBW-Konzern.
- Tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei Notenbanken.
- Monatliche Erstellung einer Liquiditätsablaufbilanz zur Beurteilung der strukturellen Liquidität und als Basis für die Funding-Planung.
- Erstellung von Investorenlisten, anhand derer mögliche Konzentrationen und etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Beobachtung, Analyse und tägliche Quantifizierung aller wesentlichen Abruf Risiken.
- Tägliche Durchführung eines 5-Tage-Stresstests sowie Berechnung monatlicher und anlassbezogener Stresstests. Laufende Überprüfung und ggf. Anpassung der Annahmen und Parameter.
- Berechnung von Kennziffern zur Intraday-Liquidität.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein Survival-Period-Konzept definiert, d. h. es werden durch die Geschäftsleitung Zeitspannen vorgegeben, über welche die LBBW auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahme-Möglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll.

Die bei der regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung dieser Vorgaben insbesondere im Rahmen von Stresstests zu treffenden Annahmen werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob sie unter den aktuellen Marktgegebenheiten noch angemessen sind. Besteht infolge aktueller Entwicklungen Anpassungsbedarf, wird dieser über das Risk Committee an die Geschäftsleitung berichtet und führt nach entsprechender Genehmigung zu zeitnahen Adjustierungen.

Daneben besteht ein Limitsystem für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand über diverse Zeithorizonte und Auslastungsprüfungen, die den Refinanzierungsbedarf dem Refinanzierungspotenzial gegenüberstellen.

Zur frühzeitigen Identifikation neu hinzukommender Abruf Risiken oder einer Erhöhung des Risikos aus bekannten, aber bisher immateriellen Abruf Risiken dienen u. a. die folgenden Maßnahmen:

- Permanente Analyse des dokumentierten Geschäftsbetriebs (Gesamtrisikobericht, ALCo-Unterlagen, Neue-Produkte-Prozesse) auf neue oder an Bedeutung zunehmenden Abruf Risiken.
- Beobachtung der täglichen Liquiditätsflüsse über das EZB-Konto unter dem Aspekt, ob große Zahlungsflüsse auftreten, die nicht aus fälligen Geschäften oder den sonstigen bekannten Ursachen für Zahlungsbewegungen resultieren.
- Überprüfungen von Modellen, Annahmen und Wesentlichkeitseinstufungen im Rahmen der Risikoinventurprozesse des Konzerns.

Alle gemäß Risikoinventur wesentlichen Tochtergesellschaften (Risk Management Group) und Conduits werden über die Liquiditätsrisikostategie in einen einheitlichen Rahmen für strategische Festlegungen der liquiditätsrisikotragenden Aktivitäten überführt, indem etwa Vorgaben zur Gestaltung der Refinanzierung oder Reportingpflichten bestimmt werden. Die Liquiditätsrisiken bei Töchtern und Beteiligungen werden im Einzelfall bewertet und bei entsprechender Wesentlichkeit grundsätzlich gegenüber denen der LBBW (Bank) gleich behandelt.

Risiküberwachung und -reporting.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risk Committee der LBBW verantwortlich. Es agiert entscheidungsvorbereitend für den Gesamtvorstand. Auf operativer Ebene erfolgt die tägliche Überwachung durch das Liquiditätsrisikocontrolling. Im Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risk Committee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests berichtet. Zur laufenden Überwachung werden täglich diverse Berichte erstellt, die unterschiedliche Teilaspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos – wie bspw. eine Disaggregation der Liquiditäts-Gaps nach Währungen – detailliert darstellen und an Empfänger im Konzernrisikocontrolling und Treasury verteilt werden.

Risikosteuerung.

Das zentrale Gremium für die Steuerung der Liquidität und der Refinanzierung ist das monatlich tagende Asset Liability Committee (ALCo). Das ALCo erstellt im Auftrag des Gesamtvorstands die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie, legt diese dem Gesamtvorstand zum Beschluss vor und überwacht die Umsetzung der Beschlüsse.

Die Entscheidungen des Asset Liability Committees werden vom Bereich Treasury unter der Zielsetzung einer aktiven Ertrags- und Risikooptimierung und unter Einhaltung der Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz umgesetzt. Die strategischen Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz sind dabei so gestaltet, dass die Zahlungsfähigkeit des Konzerns in Euro und Fremdwährung auch in extremen Marktsituationen sowie im Fall einer deutlichen Verschlechterung der von den Marktteilnehmern wahrgenommenen Bonität der LBBW für einen hinreichend langen Zeitraum gesichert ist, um vorübergehende Krisen zu überstehen. Damit ist auch sichergestellt, dass bei vorübergehenden adversen Entwicklungen ein ausreichendes Zeitfenster für Anpassungen der Geschäftsstrategie und die Prüfung geschäftspolitischer Alternativen zur Verfügung steht.

Das ALCo ist für die internen Verrechnungszinssätze (OZ-Sätze) sowie die Überwachung der Steuerungswirkungen der OZ-Sätze und Pricing-Modelle auf die Geschäftsbereiche und die Liquiditäts- und Refinanzierungslage des Konzerns verantwortlich. Die Risikoadäquanz der Methoden zur Ermittlung der internen Liquiditäts-Verrechnungspreise (Funds Transfer Pricing) wird durch das Konzernrisikocontrolling geprüft. Bei Aktualisierungen erfolgt jährlich eine Validierung der Methoden durch das Risk Committee.

Die operative Steuerung über laufend an die Marktgegebenheiten anzupassende markt- und risikogerechte interne Verrechnungspreise erfolgt durch das Treasury und ist ein elementarer Bestandteil des Managements der Aktiv- und Passivseite der Bilanz.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2016 bildeten erneut Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retail-Geschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding. Pfandbriefe stellen weiterhin eine wesentliche Refinanzierungsquelle dar. Diese wurden aufgrund der regulatorischen Rahmenbedingungen (LCR) verstärkt im Benchmark-Segment emittiert.

Für die Sicherstellung der Intraday-Liquidität ist das Treasury zuständig. Hier erfolgen die Planung der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Liquiditätsbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen. Das Liquiditätsrisikocontrolling wertet die täglichen Zahlungen aus und überwacht die Intraday-Liquidität anhand berechneter Kennziffern, die an das Risk Committee berichtet werden.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstands vorgesehen. Die Notfallplanung wird jährlich überprüft und durch den Vorstand neu in Kraft gesetzt.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Im Jahr 2016 war die Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns stets komfortabel. Das Kundeneinlagengeschäft zeigte die gewünschte ruhige Entwicklung, und auch Kapitalmarktplatzierungen – sowohl gedeckt als auch ungedeckt – stießen bei nationalen und internationalen Investoren auf reges Interesse. Die Refinanzierungsquellen des LBBW-Konzerns sind dem Volumen und dem Grad der Diversifikation nach sehr stabil.

Der Refinanzierungsbedarf und das Refinanzierungspotenzial stellten sich zum Stichtag 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

Übersicht Refinanzierungsbedarf und Refinanzierungspotenzial.

Mrd. EUR	3 Monate		12 Monate	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand (deterministischer Cashflow)	6,7	17,0	11,0	14,0
Refinanzierungsbedarf aus wesentlichen Abruf Risiken (stochastischer Cashflow)	14,4	14,7	31,7	30,8
Refinanzierungspotenzial aus freien Liquiditätsreserven	19,7	22,0	27,0	28,5
Refinanzierungspotenzial am Markt	38,1	37,8	53,8	45,7

Limitierungen und sonstige Vorgaben der Geschäftsleitung gemäß LBBW-Liquiditätsrisikotoleranz wurden durchgehend eingehalten. Dies umfasst Limite für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand, Vorgaben zu dessen Deckung durch Refinanzierungspotenzial sowie Vorgaben zur Einhaltung von verschiedenen Stressszenarien. Das Refinanzierungspotenzial war dabei ausreichend bemessen, um auch eventuelle, kurzfristig eintretende, hohe Liquiditätsabflüsse ausgleichen zu können.

Ergebnisse der ökonomischen Stressszenarien.

Mrd. EUR	Refinanzierungsbedarf (3 Monate)		Refinanzierungspotenzial (3 Monate)	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Szenario Ratingdowngrade	24,5	33,5	39,9	41,3
Szenario Finanzmarktkrise	24,9	34,1	49,8	50,8
Kombinationsszenario Marktkrise mit Downgrade	24,8	34,1	46,0	47,0

Auch die angestrebte Stressresistenz war im gesamten Jahr 2016 gegeben. Die gemäß den Vorgaben des BTR 3.2 MaRisk gestalteten Liquiditätsrisiko-Stressszenarien Ratingdowngrade, Finanzmarktkrise

und Marktkrise mit Downgrade zeigten stets ein verbleibendes Refinanzierungspotenzial über den Markt zzgl. freier Liquiditätsreserven, welches den möglichen Refinanzierungsbedarf unter Stressbedingungen in komfortabler Höhe überstieg.

Der vorgegebene Mindestwert der europäischen Kennziffer zur kurzfristigen Liquidität »Liquidity Coverage Ratio (LCR)« von 70% für das Jahr 2016 wurde durchgehend eingehalten und per Ultimo 2016 mit 110% deutlich übertroffen (31. Dezember 2015: 82%). Dies gilt auch für die Anforderungen des Standardansatzes der Liquiditätsverordnung (LiqV), die im Berichtsjahr mit 1,50 zum 31. Dezember 2016 ebenfalls deutlich über der Anforderung von 1,0 lag (31. Dezember 2015: 1,43).

Chancen.

Wir erwarten auch für 2017 eine komfortable Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns. Der LBBW werden an den Geld- und Kapitalmärkten mehr Gelder angeboten, als aktuell für die Refinanzierung des Konzerns benötigt werden. Die breite und gut diversifizierte Refinanzierungsbasis würde es der LBBW ermöglichen, deutlich mehr Passivmittel aufzunehmen. Auch 2017 bleibt die EZB auf dem Pfad einer expansiven Geldpolitik und stellt damit dem Geld- und Kapitalmarkt mehr als genügend Liquidität zur Verfügung. Das Interesse der Investoren an Refinanzierungsprodukten des LBBW-Konzerns ist ungebrochen hoch. Für die weitere Entwicklung des LBBW-Konzerns sind damit keine Restriktionen von der Refinanzierungsseite erkennbar.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Zur Überwachung der Risiken aus dem Pfandbriefgeschäft (§ 27 PfandBG) wurde ein differenziertes Limitsystem eingerichtet. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung implementiert. Der Vorstand und das Risk Committee werden vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Im Jahr 2016 wurden die Anforderungen jederzeit erfüllt. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Operationelle Risiken. Definition.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. In jeder dieser genannten Risikokategorien können Rechtsrisiken zu Verlusten führen. Dies liegt darin begründet, dass der LBBW-Konzern in jeder Kategorie Gegenstand von Rechtsansprüchen, Klagen oder Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften und Rahmenbedingungen werden kann.

Kreditrisiken im Zusammenhang mit Operationellen Risiken werden analog den aufsichtsrechtlichen Vorgaben ebenfalls betrachtet. Die Effekte hierzu sind in den Angaben zum Adressenausfallrisiko enthalten. Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken sind nicht Teil der Operationellen Risiken.

Management Operationeller Risiken.

Risikomessung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Säule I: Standardansatz ▪ Säule II: OpVaR
Risiküberwachung und -reporting	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dualer Gesamtansatz ▪ Zentrale Vorgaben: Strategie und Regelwerke ▪ Organisationsmodell: Rollen und Verantwortlichkeiten ▪ Risikoüberwachung: Methoden und Instrumente des OpRisk-Controllings ▪ Internes Berichtswesen (vierteljährlich an den Risikoausschuss, monatlich an das Risk Committee, Ad-hoc-Reporting) ▪ Externes Berichtswesen ▪ Risikolage
Risikosteuerung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einhaltung der Vorgaben der Risikostrategie Operationelle Risiken ▪ Dezentrale Festlegung der Handlungsstrategien ▪ Maßnahmenmanagement zur Risikoreduzierung

Risikomessung.

Im LBBW-Konzern wird zur Ermittlung des regulatorischen Kapitalbedarfs der Standardansatz verwendet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit (RTF) des LBBW-Konzerns wird für die interne ökonomische Steuerung ein Operational-Value-at-Risk (OpVaR)-Modell verwendet.

Das Modell basiert auf dem Loss Distribution Approach. Es erfolgt eine separate geschäftsfeldspezifische Modellierung von Häufigkeits- und Schadenshöhenverteilung. Für die OpVaR-Berechnung werden interne und externe Schadensfälle sowie Szenario-Analysen einbezogen.

Für die Ermittlung des OpVaR im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird analog zu den anderen Risikoarten ein Konfidenzniveau von 99,93 % sowie ein Zeithorizont von einem Jahr verwendet.

Das für die interne Steuerung verwendete OpVaR-Modell ist in das strategische Konzern-Limitsystem integriert. Es bestehen ökonomische Stressszenarien, welche die Risikoparameter Häufigkeit oder Schadenshöhe zukünftiger erwarteter Schadensfälle des OpVaR-Modells variieren. Hierdurch werden die wesentlichen Geschäftsfelder und Ereigniskategorien abgedeckt. Die Stresstestergebnisse des operationellen Risikos fließen auch in die übergreifenden MaRisk-Stressszenarien ein.

Für die OpVaR-Berechnung wird eine Eigenentwicklung auf Basis der Software Wolfram Mathematica in Kombination mit einer Web-Anwendung eingesetzt.

Risiküberwachung, Reporting und Risikosteuerung.

Der LBBW-Konzern verfügt über ein umfassendes System zum Management und Controlling operationeller Risiken. Entsprechend einem dualen Gesamtansatz ist zum einen eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings zuständig. Zum anderen fällt die Durchführung der implementierten Prozesse für das Management der operationellen Risiken im LBBW-Konzern in die primäre Verantwortung der Bereiche und Tochterunternehmen.

Die zentralen Vorgaben im Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie und Policy für operationelle Risiken sowie darüber hinaus in Rahmen- und Arbeitsanweisungen verankert. Hierbei sind in der Risikostrategie und Policy das Risikoprofil des LBBW-Konzerns, die Leitsätze und Vorgaben der Risikokultur, die Aufbauorganisation sowie der Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess im Hinblick auf operationelle Risiken geregelt.

Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Methoden und Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung wird jährlich eine Risikoinventur mit Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt. In den Self Assessments werden die individuellen Risiken der einzelnen Bereiche und wesentlichen Tochtergesellschaften des LBBW-Konzerns erhoben. Die bedeutendsten Risiken werden in der Szenario-Analyse mithilfe von Standardszenarien aggregiert und umfassend analysiert. Des Weiteren werden regelmäßig Risikoindikatoren erhoben, um mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen. Mit den gesammelten Risikodaten werden spezifische Analysen durchgeführt, um umfangreiche steuerungsrelevante Informationen zu erhalten und darauf aufbauend Reduzierungsmaßnahmen zu erheben und zu implementieren.

Ein Hauptaugenmerk im Management und Controlling operationeller Risiken liegt darauf, diese früh zu erkennen, transparent darzustellen und aktiv zu steuern. Neben den beschriebenen Methoden und Instrumenten ist der zentrale Anknüpfungspunkt das funktionale Organisationsmodell, das umfassend die Rollen und Verantwortlichkeiten der Prozessbeteiligten beschreibt. In diesem Zusammenhang haben die dezentralen Operational Risk Manager eine sehr wichtige Funktion. Sie unterstützen die Bereichsleitungen bzw. Geschäftsführungen bei der Umsetzung der OpRisk-Controllinginstrumente und stellen die Qualität, Vollständigkeit und zeitnahe Bearbeitung sicher. Gleichzeitig sind die Operational Risk Manager Ansprechpartner und Multiplikator im Themengebiet Operationelle Risiken für die Mitarbeiter und stehen in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling.

Das OpRisk-Maßnahmenmanagement spielt eine wichtige Rolle in der Steuerung operationeller Risiken. Für den Umgang mit Operationellen Risiken stehen vier Handlungsstrategien zur Auswahl: Risiko vermeiden, transferieren, reduzieren oder akzeptieren. Die Steuerung erfolgt proaktiv durch

die Bereiche und Tochterunternehmen auf Basis der Risikostrategie für operationelle Risiken und anhand der erhobenen und analysierten Risikodaten. Die Entscheidung über die Auswahl und Priorisierung von entsprechenden Maßnahmen wird von den Bereichen bzw. Tochterunternehmen getroffen und dezentral nachgehalten. Neben dem internen Kontrollsystem und einer offenen Risikokultur spielt bei der Begrenzung operationeller Risiken die Sensibilität aller Mitarbeiter für Risiken und ein offener Umgang damit eine weitere wichtige Rolle. Als Ziel wird eine Risikominimierung bzw. -vermeidung unter Berücksichtigung von Kosten-/Nutzenaspekten verfolgt. Können mögliche Schäden nicht komplett vermieden werden, sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor. Eine weitere Reduzierung des OpRisk-Potenzials erfolgt u. a. durch die stetige Verbesserung der Geschäftsprozesse. Notfallkonzepte und Geschäftsfortführungspläne, die im Rahmen des Business Continuity Managements erhoben werden, dienen der Schadenbegrenzung bei Eintritt eines Notfalls.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Darüber hinaus wird in Abhängigkeit von Schadenshöhen auch ad hoc berichtet. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion wird der Vorstand durch das Risk Committee unterstützt. Dadurch sind Operationelle Risiken in die risikokartenübergreifende Risikotragfähigkeitsüberwachung und Stressanalyse einbezogen und in die Gesamtrisikosteuerung integriert.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Die eingegangenen operationellen Risiken standen 2016 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Vorausschauend werden keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

Nachfolgend werden Rechtsrisiken, IT-Risiken und Personalrisiken erläutert, da sie zentrale Bereiche des operationellen Risikos darstellen.

Rechtsrisiken.

Die Definition der operationellen Risiken umfasst auch die Rechtsrisiken. Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen bspw. durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen. Dies gilt auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folge von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene.

Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für den Konzern tätig. Hinzu kommt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Rechtsabteilungen eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die LBBW auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und

Giroverband (DSGV) und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden, soweit möglich, anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie in Kooperation mit den zuständigen Bereichen neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen des Konzerns.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb des Konzerns in maßgeblicher Weise mit.

Aufgrund neuerer höchst- und obergerichtlicher Rechtsprechung bleibt die Bankenlandschaft weiterhin mit nicht unerheblichen Rechtsrisiken aus Kundentransaktionen in komplexen Derivaten und mit der Fortentwicklung des Verbraucherrechts konfrontiert. Obgleich der BGH hinsichtlich derivativer Produkte seit dem Jahr 2015 durch neue Urteile Weichen für eine weitere Vereinheitlichung der betreffenden Rechtsprechung gesetzt hat, ist diese derzeit noch nicht abgeschlossen.

Weitere Rechtsrisiken bestehen im steuerrechtlichen Umfeld betreffend die Anrechnungsvoraussetzungen für Kapitalertragssteuer. Hier kann eine fortentwickelte Rechtsauffassung mit retrospektiven Auswirkungen auf Grundlage neuer Rechtsprechung bzw. neuer Verlautbarungen der Finanzverwaltung nicht ausgeschlossen werden.

Die hierauf vom Vorstand der LBBW initiierten laufenden rechtlichen Analyse- und Risikoprozesse tragen dem Rechnung.

Nach heutigem Kenntnisstand wurde angemessene Vorsorge zur Abdeckung rechtlicher Risiken getroffen, wobei die künftige Entwicklung von Rechtsprechung und Rechtsstreitigkeiten weiterhin von wesentlicher Bedeutung für die LBBW ist. Die Rückstellungsbildung betrifft dabei auch vor dem Hintergrund der ungeklärten Rechtsprechung im Wesentlichen die Abdeckung rechtlicher Risiken aus bestimmten Derivatetransaktionen sowie verbraucherrechtlicher Risiken.

IT-Risiken.

Die wesentlichen Geschäftsprozesse der Bank sind heute maßgeblich durch IT unterstützt oder abhängig von IT-Lösungen. Die IT-Systeme werden immer komplexer, die Menge an Daten größer, der Grad an Arbeitsteilung und die Bedrohungen auf die IT-Systeme nehmen weiter zu, was in Summe zu höheren IT-Risiken führt. In diesem Zuge gewinnt auch die IT-Sicherheit zunehmend an Bedeutung. Einhergehend mit dieser wachsenden Bedeutung betreibt die LBBW ein auf dem Internationalen Standard ISO 27001 basierendes Information Security Management System (ISMS) und entwickelt dieses kontinuierlich weiter.

Das Managen von IT-Risiken ist als dauerhaft integrierter Prozess im Unternehmen verankert und orientiert sich am Regelkreis des Risikosteuerungs- und -controllingprozesses.

Um ein möglichst vollständiges Bild der IT-Risikosituation der Bank zu erhalten, werden spezifische Risikoanalysen, Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt, Bedrohungen und Schwachstellen aus unterschiedlichen Datenquellen (z. B. Computernotfallteam S-Cert, BSI-Katalog und Experten) bewertet und die gewonnenen Informationen in den Regelkreis des Risikosteuerungs- und -controllingprozesses übernommen.

Bedrohungen und Risiken wird laufend mit neuen Sicherheitsmaßnahmen begegnet, um diese auf ein akzeptables Maß zu reduzieren.

Durch die Erhebung von ausgewählten Risikoindikatoren zu den Themen IT-Betrieb und Sicherheit über einen längeren Zeitverlauf können Fehlentwicklungen erkannt werden, damit frühzeitig einer Bedrohungslage entgegengewirkt werden kann.

Mit der Auslagerung des IT-Produktionsbetriebs sowie eines Teils der Anwendungsentwicklung im Jahr 2013 an einen professionellen, auf Finanzinstitute spezialisierten Dienstleister setzt die LBBW auf risikoreduzierende Vorteile wie die konsequente Nutzung von Standardisierung, Steigerung der Kosteneffizienz sowie Erhaltung der Innovationsfähigkeit.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von IT-Systemen sicherzustellen, ist ein IT-Krisenstab implementiert, der nach definierten Prozessen im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch mit den IT-Dienstleistern, gewährleistet. Die Vorgehensweise und die organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement-Handbuch beschrieben. Es erfolgt eine quartalsmäßige Überprüfung des IT-Krisenmanagement-Handbuches, der IT-Krisenräume und der Schlüsselpositionen.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie z. B. Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten, zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen, wie bspw. Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen gemessen.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird u. a. jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht ein eigener Bereich mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen. Mithilfe dieser Maßnahmen soll auch möglichen Verhaltensrisiken der Mitarbeiter begegnet werden.

Chancen.

Im LBBW-Konzern werden die Schnittstellen der Bereiche mit Bezug zu operationellen Risiken (z. B. Informationstechnologie, Compliance, Revision, BCM) stetig den aktuellen aufsichtsrechtlichen Vorgaben angepasst. Darüber hinaus werden durch eine enge Zusammenarbeit mit den OpRisk-Managern und weiteren Schnittstellenverantwortlichen regelmäßig die Prozesse vereinheitlicht und Synergieeffekte gehoben und zum anderen ein einheitlicher und gesamthafter Blick auf die Risikosituation ermöglicht. Durch die Erweiterung der Erhebung von Risikoindikatoren und durch das umfassende Berichtswesen ist eine schnellere Reaktion auf Fehlentwicklungen möglich. Die Prozesse bezüglich Rechtsrisiken, Neue Produkte oder zu Auslagerungen werden laufend überwacht und weiterentwickelt. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Risikosituation stetig zu verbessern.

Die LBBW wird das bankweite IT-Risikomanagement, das als Basis u. a. die Prozesse, Methodik und Strukturen des zentralen Risikocontrollings nutzt, weiterentwickeln. Über dieses IT-Risikomanagement werden die Fachbereiche in die Lage versetzt, die Risiken, die aus der Nutzung von IT im Rahmen der Geschäftsprozesse entstehen, adäquat abzuschätzen und unter Wirtschaftlichkeitsaspekten über Schutzmaßnahmen zu entscheiden. Die Weiterentwicklung des IT-Risikomanagements der LBBW erfolgt auf Basis aktueller regulatorischer Anforderungen.

Weitere wesentliche Risiken. Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich im Konzernverbund an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochterunternehmen aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Unter Beteiligungsrisiken versteht die LBBW im engeren Sinne insbesondere das Risiko eines potenziellen Wertverlustes sowohl infolge von Ausfallereignissen als auch aufgrund der Unterverzinslichkeit von Investments in Tochterunternehmen und Beteiligungen.

Um das Beteiligungsrisiko einzudämmen, werden Tochterunternehmen und Beteiligungen nur eingegangen, sofern eine adäquate Risikosteuerung sowie eine angemessene Einbindung in die Prozesse der LBBW gewährleistet sind.

In Abhängigkeit der Einflussnahmemöglichkeiten der LBBW erfolgt die Steuerung der Tochterunternehmen und Beteiligungen über definierte Maßnahmen und Prozesse (u. a. Quartals-Jour-fixe mit ausgewählten Tochterunternehmen, Plausibilisierung der Mehrjahresplanungen, diverse Berichte an den Vorstand und Gremien der LBBW sowie Gremien der Tochterunternehmen).

Für die Beteiligungssteuerung ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklung der Tochterunternehmen und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Insbesondere bei den geschäftspolitisch wesentlichen Tochterunternehmen dienen diesem Ziel regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und des Tochterunternehmens. Auf Ebene dieser Tochterunternehmen erfolgt die Steuerung und Kontrolle in der Regel über institutionalisierte Aufsichtsräte oder vergleichbare Gremien. Auf Ebene des Konzerns erfolgt unter Beachtung der Corporate Governance die Steuerung und Kontrolle durch die Einbindung von Stabs-, Betriebs- und Markt-bereichen in den Entscheidungsprozess.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW (direkt und über Holdinggesellschaften gehaltene Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW) zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Anteile mehrheitlich im Besitz der LBBW stehen und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist und dementsprechend Bestandteil der Risk Management Group sind.
- Nicht wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist.

Wesentliche Tochterunternehmen werden grundsätzlich nach dem Transparenzprinzip behandelt. Dementsprechend werden alle auf Konzernebene wesentlichen Risiken für jedes Tochterunternehmen der Risk Management Group separat quantifiziert, ggf. mittels Schätzverfahren.

Bei nicht wesentlichen Tochterunternehmen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte durch eine integrierte Simulation mit dem Kreditportfolio des LBBW-Konzerns quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz inklusive Stresstesting-Funktionalität herangezogen, der durch das

Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die Geschäfts- und Risikoentwicklung in den Portfolien der aus Risikosicht nicht wesentlichen Tochterunternehmen der LBBW spiegelt sich in dem für die Berechnung des Beteiligungsrisikos herangezogenen Beteiligungswert wider.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Gesellschaften wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell, etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über Transaktionsverträge strebt die LBBW eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Gesellschaft beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW werden jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung der Buchwertansätze unter Berücksichtigung ggf. vorliegender Planfortschreibungen der Tochterunternehmen und Beteiligungen. Bei ausgewählten Tochterunternehmen und Beteiligungen erfolgt zudem jeweils zum 31. März und 30. September eine Plausibilisierung der Wertansätze.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert. Haupttreiber sind hierbei die großen strategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Zudem ergeben sich Risiken aus der Inanspruchnahme der übernommenen persönlichen Haftung als Anteilseigner (z. B. Gewährträgerhaftung, Patronatserklärung) bei Tochterunternehmen und Beteiligungen, wobei diesbezüglich auch widerrufenen Patronatserklärungen bzw. Haftungserklärungen gegenüber bereits veräußerten Tochterunternehmen und Beteiligungen mit umfasst sind. Darüber hinaus besteht das Risiko der Übernahme laufender Verluste von Tochterunternehmen aufgrund von Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträgen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Tochterunternehmen und Beteiligungen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen, einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten, konservativen Risikopolitik.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Beteiligungsportfolio weiter reduziert: Es wurden u. a. die Bietigheimer Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH, die cellent AG und die East Portfolio s. r. o. verkauft. Zudem wurde die stille Beteiligung an der Sparkasse Bodensee zurückgeführt.

Chancen.

Grundsätzlich besteht über die bankstrategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW die Chance auf eine optimale Ausschöpfung von Marktpotenzialen und damit eine Stärkung der Marktstellung der LBBW bei den Zielkunden und Kernmärkten sowie die Chance der optimalen Ausschöpfung bestehender Wertpotenziale und einer angemessenen Kapitalverzinsung (Dividenden/Ausschüttungen). Durch den Verkauf, die Verschmelzung bzw. die Liquidation von kleineren Tochterunternehmen und Beteiligungen wird das Beteiligungsportfolio bereinigt und entsprechend der Geschäftsstrategie eine Komplexitätsreduktion erreicht.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken, Pensionsrisiken und Modellrisiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinns aufgrund einer (drohenden) Schädigung/Verschlechterung der Reputation der LBBW bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des Operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem Operationellen Risiko oder anderen Risikoarten verursacht werden. Eingetretene Reputationsrisiken können sich auch auf Geschäfts- und Liquiditätsrisiken auswirken.

Die LBBW unterscheidet zwischen transaktionsbezogenem Reputationsrisikomanagement (Maßnahmen mit Bezug auf einzelne Geschäftsabschlüsse) und dem nicht transaktionsbezogenen Reputationsrisikomanagement (insbesondere Presse/Issue Management).

Bei allen Geschäftsentscheidungen ist die Auswirkung des Geschäfts auf die Reputation der LBBW zu berücksichtigen. Geschäfte, welche die Reputation der LBBW nachhaltig gefährden können, werden vermieden. Die im LBBW-Konzern formulierte Nachhaltigkeitspolitik ist einzuhalten. Der LBBW-Konzern handelt im besten und langfristigen Interesse seiner Kunden und Stakeholder.

Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik definiert die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit Standards für alle Geschäftsbereiche. Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche insbesondere im Rahmen des Neuprodukte-Prozesses (NPP) und des Kreditantragsprozesses. Der Bereich Compliance und die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit unterstützen die relevanten Marktbereiche im täglichen Geschäft bei der Identifizierung und Bewertung von Reputationsrisiken. Bei OTC-Derivaten für Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement ist dem NPP ein Produkt-Zertifizierungs-Prozess vorgeschaltet.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikoarten haben. Das Geschäftsrisiko kann u. a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie durch Auswirkungen von eingetretenen Reputationsschäden verursacht werden. Es zeigt sich insbesondere in verringerten Provisionserträgen oder Zinskonditionsbeiträgen sowie in erhöhten Kosten. Stellt sich die LBBW nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen ein, können diese die Geschäftsergebnisse beeinträchtigen.

Um für das Geschäftsrisiko Transparenz zu schaffen und das Risiko zu minimieren, wird im Rahmen des Planungsprozesses das Risiko der Nichterreichung der Ziele durch das Aufzeigen von Risikofaktoren berücksichtigt. Die Marktbereiche haben ihre Aufbau- und Ablauforganisation so auszurichten, dass mit der Geschäftstätigkeit verbundene Risiken minimiert und die Planungen erreicht werden können.

Zudem erfolgt bei strategischen Projekten (bspw. Neuausrichtung bestimmter Geschäftsfelder oder Akquisition) eine umfassende Abwägung und Offenlegung der Chancen und Risiken. Dabei werden alle relevanten Bereiche in die Entscheidungsfindung eingebunden.

Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt. Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

Grundlage für die Quantifizierung der Geschäfts- und Reputationsrisiken sind historische Plan-Ist-Abweichungen ausgewählter GuV-Positionen.

Das Pensionsrisiko ist die potenzielle Notwendigkeit zur Erhöhung der Pensionsrückstellungen aufgrund gestiegener erwarteter Pensionsausgaben und insbesondere bewertungstechnischer Auswirkungen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Zins-, Renten- und Gehaltsentwicklung. Die Pensionsrisiken werden über Szenario-Analysen auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens quantifiziert. Bei steigenden Zinsen ergibt sich für die LBBW die Chance auf rückläufige Pensionsrückstellungen und entsprechend geringere Pensionsrisiken.

Das Pensionsrisiko wird derzeit akzeptiert und passiv überwacht. Auf die mögliche Absicherung z. B. der Zinskomponente wird aktuell verzichtet. Bei wesentlichen Änderungen erfolgt eine Entscheidung des Vorstands bezüglich der Risikostrategie (Risiko akzeptieren oder absichern) unter Berücksichtigung der GuV- und Eigenkapital-Volatilität. Die Pensionsrisiken werden durch ein expertenbasiertes Approximationsverfahren und Szenariobetrachtungen ermittelt.

Das Modellrisiko ist das Risiko potenzieller Verluste, die als Folge von Entscheidungen entstehen können, die sich auf das Ergebnis von Modellen stützen. Auslösende Faktoren können dabei Fehler bei der Konzeption, Anwendung und Validierung von Modellen sein. In der LBBW werden Modelle zur Identifizierung und Steuerung von Kapital- und Liquiditätsrisiken oder zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen (Risikomodelle), für die Gewinn- und Verlustrechnung (Bewertungsmodelle) sowie für Geschäfts(abschluss)entscheidungen (Entscheidungsmodelle) verwendet. Für bestehende wesentliche Modellrisiken werden derzeit angemessene Vorkehrungen vorgesehen (Risikoaufschläge, Puffer, problemspezifische festgelegte Limitierungen).

Ein umfassend integrierter Prozess zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Modellrisiken befindet sich derzeit im Aufbau. Damit sollen die bestehenden, vor allem auf Risiko- und Bewertungsmodelle fokussierten Prozesse ergänzt werden.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobilienmarktsituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilien (Nutzungsmöglichkeiten, Leerstände, Mindereinnahmen, Bauschäden etc.). Davon abzugrenzen sind Developmentrisiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft, die eine eigene Risikokategorie bilden, sowie Risiken aus dem Dienstleistungsgeschäft. Letztere werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Immobilienrisiken können sowohl in den eigengenutzten Beständen (Büroimmobilien) als auch in den fremdgenutzten Gewerbebeständen auftreten. Das Management der Immobilien erfolgt vor allem durch die LBBW Immobilien-Gruppe und die BW-Immobilien GmbH.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf positive Wertveränderungen und die Generierung weiterer Erträge (höhere Mieten, Mietvertragsverlängerungen, Vermietbarkeit schwieriger Flächen etc.).

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bei der Beurteilung von Investitions-/Deinvestitionsentscheidungen, wesentlichen Änderungen in der Objektplanung, dem Abschluss von Mietverträgen sowie zur Verminderung des Risikos negativer Wertveränderungen der Bestandsimmobilien sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

In der LBBW kommt zur Messung des Immobilienrisikos ein Immobilien-Value-at-Risk (IVaR)-Modell zum Einsatz. Die quartalsweise Berechnung des IVaR und dessen Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des Konzerns wird im Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Als Eingangsgrößen gehen in das Modell aus Marktdatenhistorien abgeleitete Volatilitäten und Korrelationen ein, die den Portfoliowerten zugeordnet werden.

Die Steuerung der im Asset Management tätigen operativen Tochtergesellschaften der LBBW Immobilien-Gruppe erfolgt darüber hinaus anhand spezieller immobilienpezifischer Steuerungsgrößen wie z. B. Mietsteigerungen, Leerstand und Rückstandsquoten. Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung bewertet und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement sorgt dafür, dass Chancen und Risiken innerhalb des Portfolios in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Das Gewerbeportfolio ist diversifiziert nach Nutzungsarten, insbesondere in Büro und Einzelhandel, sowie nach Größenklassen. Die strategischen Bestände sind überwiegend am Standort Stuttgart gelegen. Dieser zeichnet sich insgesamt durch einen stabilen Markt mit relativ geringen Mietschwankungen aus. Die Objekte der LBBW Immobilien befinden sich zudem überwiegend in Top-Lagen mit geringem Vermietungsrisiko und sind an Mieter guter Bonität vermietet. Bei Neuvermietungen wird die Bonität potenzieller Mieter eingehend geprüft und das Ziel verfolgt, Mietverträge mit möglichst langer Mietvertragslaufzeit abzuschließen. Je nach zugrunde liegender Objektstrategie (z. B. Projektentwicklung) ist jedoch in Einzelfällen auch der Abschluss von Mietverträgen mit kurzen Laufzeiten sinnvoll und möglich. Darüber hinaus tragen die Bestände zur Wertentwicklung, die

überwiegend außerhalb Stuttgarts – derzeit in München und Frankfurt am Main - gelegen sind, zur makrostandortspezifischen Diversifikation bei. Es handelt sich hierbei um zugekaufte Einzelimmobilien bzw. (Teil-)Portfolios, die durch ein aktives Asset Management kontinuierlich weiter- bzw. vollvermietet werden. Anschließend sollen die Objekte (mittelfristig) wieder veräußert werden. Insgesamt wird das makrostandortspezifische Risiko daher als überschaubar eingeschätzt.

Im Segment Asset Management werden bei der LBBW Immobilien aufgrund der überschaubaren Anzahl an Objekten, Investitions- bzw. Desinvestitionsentscheidungen in der Regel nach einer eingehenden Prüfung der Wirtschaftlichkeit einzelfallbezogen getroffen. Hierbei werden ganzheitliche immobilienwirtschaftliche Gesichtspunkte, wie z. B. Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern berücksichtigt.

Für die eigengenutzten Immobilien der LBBW ist die BW-Immobilien GmbH verantwortlich. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Das Zielfortfolio wird den Nutzungsanforderungen des LBBW-Konzerns laufend angepasst und sieht weiterhin eine Flächenoptimierung an allen Zentralstandorten der LBBW vor. Diese wird größtenteils durch eine Konzentration auf Objekte im Eigentum der LBBW und einen weitestgehenden Verzicht auf angemietete Flächen sowie eine Belegungsoptimierung erreicht. Daher ist kein wesentlicher Einfluss auf die eigengenutzten Bestände und das Immobilienrisiko zu erwarten.

Durch die German Centres werden Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum bei der Expansion im Ausland durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und einem umfassenden Dienstleistungsangebot unterstützt. Die eigengenutzten Immobilien der German Centres werden daher durch die strategische Ausrichtung und den Bedarf der Unternehmenskunden bestimmt. Die Gewinnerzielung durch Weiterentwicklung, Verkauf oder Asset Management der Immobilien der German Centres ist nicht der Fokus der Geschäftstätigkeit.

Developmentrisiken.

Das Developmentrisiko ist definiert als das Bündel von Risiken, welche im Rahmen der Realisierung von gewerblichen und wohnwirtschaftlichen Projektentwicklungen typischerweise auftreten. Die Risiken in diesem Geschäftsfeld liegen im Planungs- und Genehmigungsbereich, den geplanten Baukosten und Terminen sowie insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Soweit Projektentwicklungen in Partnerprojekten durchgeführt werden, ergeben sich hieraus zusätzliche Risiken, z. B. Bonitätsrisiko des Partners, Durchsetzung von Entscheidungen gegenüber dem Partner, Informationsfluss oder Qualität des Partners. Das Eintreten dieser Risiken kann dazu führen, dass die erwartete Rendite nicht erwirtschaftet, das investierte Kapital nicht vollständig bzw. im Extremfall gar nicht mehr zurückfließt oder sogar Eigenkapital nachgeschossen werden muss, sofern es sich nicht um Non-Recourse-Finanzierungen handelt.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf höhere Exitertlöse, getrieben von höheren Vermietungsergebnissen sowie von höheren Vervielfältigern. Gleichzeitig erschwert eine positive Marktentwicklung jedoch den preisgünstigen Erwerb geeigneter Developmentgrundstücke.

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bereits vor Projektbeginn sowie in sämtlichen Projektphasen bezüglich einzelprojektbezogener Faktoren sowie Auswirkungen auf das Projektportfolio sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

Der regionale Fokus liegt auf den Kernmärkten Süddeutschland (Baden-Württemberg und Bayern), Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet und Berlin in ausgewählten Einzelfällen. In diesen Märkten tritt die LBBW Immobilien-Gruppe als Investor und Dienstleister in den Bereichen Gewerbe- sowie Wohnimmobilien auf. Die Abarbeitung der vorhandenen Projekte außerhalb dieser Zielmärkte, insbesondere im Ausland, ist weitgehend abgeschlossen. Die Neuprojekte verlaufen planmäßig, wesentliche Risiken hieraus sind derzeit nicht zu erkennen.

Zur Messung der Developmentrisiken wird von der LBBW Immobilien-Gruppe ein mit Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft validiertes Risikomodell eingesetzt. Das Modell basiert auf einem Risikotreiberbaum, der zum Ziel hat, Risiken zu erfassen und deren Schwankungsbreiten bereits vor Beginn eines Bauprojekts aufzuzeigen. Daraus leiten sich Zu- bzw. Abschläge auf sämtliche zukünftige Kosten und Erlöse ab, die auf die Vorschaukalkulation im sog. Real Case angewendet werden. Auf Basis unterschiedlich großer Schwankungsbreiten der Risikofaktoren werden ein Normal- und ein Extremrisiko ermittelt. Die quartalsweise Berechnung des Developmentrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling der LBBW Immobilien-Gruppe. Die Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des LBBW-Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

In der LBBW wird das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) als umfassendes System verstanden, das sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) anlehnt. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften organisatorisch umzusetzen.

Das IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sowie die Lageberichterstattung dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW (Bank) und des LBBW-Konzerns. Die Beurteilung der Effektivität des IKS wird auf Basis des Rahmenwerkes des »Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission« (COSO) durchgeführt. Dabei besteht das IKS aus folgenden fünf Komponenten:

- Das **Kontrollumfeld** bildet den Rahmen für die Einführung und Anwendung der Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen in einem Unternehmen.
- Die **Risikoeinschätzung** dient der Erkennung und Analyse interner und externer Risiken.
- Die **Kontrollaktivitäten** stellen die Beachtung der Entscheidungen des Managements sicher und begegnen den Unternehmensrisiken mit geeigneten Maßnahmen.
- **Information und Kommunikation** gewährleisten, dass Informationen für unternehmerische Entscheidungen eingeholt und an die zuständigen Stellen im Unternehmen weitergeleitet werden.
- Das **Monitoring** des IKS dient zur Beurteilung der Wirksamkeit des Systems im Zeitablauf.

Wesentliches Ziel ist sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die im Konsolidierungskreis befindlichen Gesellschaften so in die Abläufe einbezogen werden, dass eine frist- und sachgerechte Erstellung des Konzernabschlusses gewährleistet ist.

Das rechnungslegungsbezogene IKS ist integraler Bestandteil des IKS der Gesamtbanksteuerung.

Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation trägt der Vorstand der LBBW. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen Einheiten bei der Erstellung des Einzel- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen aller Konzerngesellschaften entsprechen den an sie gestellten quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelmäßig geschult.

Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Die Kontrollen sind darauf ausgerichtet, dass die Erstellung des Einzel- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts im Einklang mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften bzw. den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfolgt und die ordnungsgemäße und fristgerechte interne wie externe Finanzberichterstattung sichergestellt ist. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das im Vordergrund stehende Vier-Augen-Prinzip, die Funktionstrennung und die Kompetenzordnung unter Berücksichtigung der bestehenden Entscheidungsordnungen, die so auch Eingang in die in den jeweiligen Konzerngesellschaften getroffenen Regelungen gefunden haben.

Die Kontrollfunktionen werden konzernweit in den jeweiligen Fachabteilungen ausgeübt. Die bei der LBBW definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab.

Sowohl die Erstellung des Einzelabschlusses der Bank als auch die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt – unter Einbindung der Fachbereiche – durch den Bereich Finanzen bei der LBBW (Bank) zentral.

Für die Einzel- und Konzernabschlusserstellung (Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresabschluss) liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet, die Kompetenzordnung beachtet und die Funktionstrennung berücksichtigt.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften verfügen über systemtechnisch unterstützte Prozesse bei der Abschlusserstellung nach lokalem Recht, die in der Lieferung der abgestimmten und überwiegend auch durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Reporting Packages als Basis für die Konzernabschlusserstellung münden. Die Geschäftsführung der jeweiligen Konzerngesellschaft trägt die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der an die Gruppe Group Accounting übermittelten Ergebnisdaten.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt auf Grundlage der IFRS und unter Berücksichtigung der im Konzernhandbuch niedergelegten einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten in der LBBW (Bank und Konzern), die zum beizulegenden Zeitwert bzw. Fair Value bewertet werden, erfolgt entweder auf der Basis von Preisnotierungen im Falle aktiver Märkte (Börsen, Broker, Preisserviceagenturen etc.) oder auf Basis anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, deren Inputdaten öffentlich zugänglich sind (z. B. Zinskurven, Volatilitäten, Spreads). In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Für die handelsunabhängige Überprüfung und Validierung der für Bilanzierungszwecke benutzten Preise sorgt die separate Organisationseinheit Independent Price Verification im Konzernrisikocontrolling.

Die übergeordnete Steuerung und Koordination des bereichsübergreifenden Erstellungsprozesses für den Lagebericht der LBBW erfolgt zentral durch den Bereich Konzernkommunikation unter fachlicher Gesamtverantwortung des Bereichs Finanzen. Der Erstellungsprozess ist in die Termin- und Ablaufpläne für den Halbjahres- und Jahresabschluss integriert. Die Lageberichtsteile werden unter Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips dezentral in den Fachbereichen erstellt und durch die Bereichsleiter freigegeben. Der Bereich Konzernkommunikation (interne Evidenzzentrale) überprüft die inhaltliche Konsistenz des gesamten Lageberichts.

Information und Kommunikation.

Die Risikoleitsätze des LBBW-Konzerns, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen IKS sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW (Bank) veröffentlicht werden. Das gilt analog für das Konzernhandbuch, in dem die Bewertungs- und Bilanzierungsvorgaben für die Erstellung des Konzernabschlusses enthalten sind. Dieses wird unter Berücksichtigung der aktuellen IFRS-Regelungen regelmäßig aktualisiert und an die Konzerngesellschaften versandt.

Die Gruppe Finance Principles & NPP identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und Tochtergesellschaften und initiiert die Umsetzung.

Neuartige Produkte und Produktvarianten werden im Neue-Produkte-Prozess der Bank und in den Konzerngesellschaften auf ihre bilanzrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der Geschäftsarten geprüft. Werden bei neuartigen Produkten von Konzerngesellschaften die Systeme und/oder Prozesse der Konzernzentrale benötigt, erfolgt die Einstufung der bilanzrechtlichen Behandlung durch die Gruppe Finance Principles & NPP.

Die Gruppe Group Accounting erstellt auf Basis der Zulieferungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften das Zahlenwerk des Konzernabschlusses unter der Verwendung einer standardisierten Konsolidierungssoftware. Die Datenkonsistenz der Zulieferungen durch die Konzerngesellschaften wird hier nochmals durch implementierte Prüffregeln und umfangreiche Validierungen geprüft. Die Erstellung des Konzernanhangs erfolgt ebenfalls unter Verwendung von Standardsoftware. Die Gruppe Group Accounting stellt die Vollständigkeit und Richtigkeit der relevanten Anhangangaben auf Basis der von den Konzerngesellschaften zugelieferten Informationen sicher.

Im Zusammenhang mit der Rechnungslegung erstellte und an externe Interessenten bzw. Adressaten versendete Finanzberichte durchlaufen vor Versendung eine Konsistenzprüfung durch eine interne Evidenzzentrale.

Darüber hinaus hat der Vorstand Regelungen erlassen, nach denen er unverzüglich zu informieren ist, wenn in einzelnen Bereichen oder Konzerngesellschaften Zweifel an der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation aufkommen (»Ad-hoc-Informationspflicht«). Das trifft auch für die Rechnungslegung zu. Bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen sind diese vom Konzernvorstand unverzüglich an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats weiterzuleiten.

Monitoring.

Das derzeitige IKS der LBBW zeichnet sich durch eine dezentrale Verantwortung der Fachbereiche für wesentliche rechnungslegungsrelevante Prozesse aus. Im Bereich Finanzen ist eine IKS-Evidenzstelle eingerichtet, die die zentrale Überwachung des rechnungslegungsbezogenen IKS gewährleistet.

Wirksamkeit und Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen IKS werden regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden. Das Monitoring findet laufend während der Erstellung des Konzernjahres-/Halbjahresabschlusses statt.

In regelmäßigen Abständen finden zwischen den am Erstellungsprozess für den Jahres- und Konzernabschluss sowie für den Lagebericht beteiligten Mitarbeitern bi- und multilaterale Abstimmungsgespräche statt, im Rahmen derer aufgetretene Probleme thematisiert und analysiert werden. Es werden adäquate Maßnahmen abgeleitet, die Eingang in die fortlaufenden Prozesse finden.

Sowohl der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats als auch die Konzernrevision fungieren als übergeordnete Monitoring-Organen. Die Konzernrevision ist für die prozessunabhängige Überprüfung des Geschäftsbetriebs zuständig und als solche Instrument der gesamten Geschäftsleitung. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfung und informiert darüber den Aufsichtsrat.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Die Vorzeichen für das Jahr 2017 lassen eine klare Deutung nur schwer zu. Vieles wird davon abhängen, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die neue Regierung in den USA einschlägt. Kommt es zu einem Aufbau von Handelshemmnissen zwischen den USA einerseits und der EU sowie China andererseits, dann hat dies das Potenzial, den globalen Handel nach langen Jahren kräftigen Wachstums – die Finanzkrise 2008/09 einmal ausgenommen – zu belasten. Darunter würde auch Deutschland zu leiden haben. Da überdies mit dem EU-Austritt Großbritanniens die Handelsbeziehungen zum fünftgrößten Absatzmarkt Schaden zu nehmen drohen, dürfte sich die deutsche Konjunktur etwas abkühlen. Wir rechnen mit einem Wachstum von nur noch 1,5% (kalenderbereinigt), aufgrund der höheren Zahl der Feiertage – so ist z. B. der Reformationstag 2017 aufgrund des Luther-Jubiläums einmalig in allen Bundesländern arbeitsfrei – würde das tatsächlich erzielte BIP-Wachstum sogar nur bei 1,2% liegen. Für den Euroraum wird unseres Erachtens aufgrund der schwächeren Dynamik in Deutschland das BIP-Wachstum von 1,7% auf 1,3% zurückgehen. In den USA dürfte sich dagegen die Konjunktur deutlich beleben. Wir gehen davon aus, dass die Maßnahmen der neuen Regierung, die u. a. Steuer-senkungen und eine Erhöhung der Staatsausgaben vorsieht, rasch Wirkung zeitigen und so das BIP-Wachstum von 1,6% auf 2,5% beschleunigen wird. In China stehen unseres Erachtens die Zeichen auf eine graduelle Wachstumsverlangsamung von 6,7% auf 6,5%. Die Inflationsraten sollten zunächst etwas anziehen. Vor allem in der ersten Jahreshälfte könnte die Inflationsrate in Deutschland durchaus auch wieder die Marke von 2% überwinden. Im Euroraum ist dies nicht zu erwarten. Im weiteren Jahresverlauf sollten die Inflationsraten dann wieder etwas fallen. Für Deutschland erwartet die LBBW eine Inflationsrate von 1,7%, für den Euroraum von 1,5% im Jahresdurchschnitt.

Die EZB dürfte zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Die Weichen für die Geldpolitik sind mit den Beschlüssen vom Dezember 2016 über die Fortführung der Assetkäufe bis in den Herbst 2017 gestellt. Die EZB bräuchte schon gewichtige Gründe wie Finanzmarkturbulenzen oder einen unerwartet starken Anstieg der Inflationsraten, um von diesem Kurs abzuweichen. Vermutlich wird sie dann zum Jahresende hin einen weiteren Rückgang der monatlichen Kaufvolumina beschließen, aber die Leitzinsen einstweilen nicht antasten. In den USA stehen die Zeichen auf eine fortgesetzte Straffung der Geldpolitik. Mit zwei Zinserhöhungen zur Jahresmitte und gegen Ende 2017 sollte die Spanne für den Leitzins dann bei 1,00% bis 1,25% liegen.

In diesem Umfeld ist mit einem mäßigen Anstieg der Kapitalmarktrenditen zu rechnen. Für 10-jährige Bundesanleihen prognostiziert die LBBW zum Ende 2017 ein Niveau von 0,60%. Die Rendite für US-Treasuries mit 10-jähriger Restlaufzeit dürfte dann bei 2,75% liegen. Vom Zinsvorteil in den USA dürfte der US-Dollar weiter profitieren und bis Ende 2017 moderat bis auf 1,05 US-Dollar je Euro aufwerten, wobei vorübergehend die Parität von einem US-Dollar je Euro durchaus erreicht oder unterschritten werden könnte. Die Aktien werden in dem Umfeld steigender Zinsen und moderater Wachstumsraten ihren Aufwärtstrend voraussichtlich nur noch gebremst fortsetzen können. Der DAX dürfte zum Jahresende bei 12 250 Punkten stehen, der Dow Jones, der Anfang 2017 die Marke von 20 000 Punkten erstmals überwinden konnte, sollte Ende 2017 bei 20 250 Punkten stehen.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Niedrige und teils negative Zinsen im Euroraum, der hohe Wettbewerbs- und Margendruck sowie der regulierungs- und technologiegetriebene Wandel werden aus Sicht der LBBW auch 2017 die zentralen Herausforderungen für die deutschen Banken bleiben. Dagegen werden die robusten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland die Branche voraussichtlich weiterhin stützen. Dazu kommt die Perspektive auf moderat steigende Zinsen in den USA. Darüber hinaus haben nahezu alle Institute Initiativen zur Verbesserung der Kosteneffizienz ergriffen. Dadurch wird sich unter anderem die Zahl der Bankfilialen in Deutschland voraussichtlich weiter reduzieren. Eine besondere Herausforderung und Belastung könnte für die Branche aus den zahlreichen Unsicherheiten erwachsen, die das internationale politische Umfeld aktuell prägen.

Die Reform des regulatorischen Rahmens für den Bankensektor ist mittlerweile weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen. So sind etwa die Baseler Eigenkapitalvorschriften noch nicht vollständig überarbeitet. Außerdem stehen die finale Ausgestaltung der Sanierungs- und Abwicklungsregelungen sowie eine Einigung auf eine gemeinsame europäische Einlagensicherung als dritte Säule der europäischen Bankenunion weiterhin aus. Die Regulierung bleibt damit zusammen mit Veränderungen in der aufsichtlichen Praxis ein wesentlicher Unsicherheits- und Belastungsfaktor für die Bankbranche. Dabei dürfte gerade auch die zunehmende Reglementierung der Geschäftstätigkeit durch Aufsicht und Gesetzgeber, z. B. zur Steigerung von Markttransparenz und Verbraucherschutz, für einen anhaltenden Druck auf die Erträge und Geschäftsmodelle der Institute sorgen.

Ein weiterer wesentlicher Unsicherheitsfaktor für die Branche ist der technologische Wandel, der sich weiter beschleunigen dürfte. Die zunehmende Digitalisierung des Bankgeschäfts wird voraussichtlich anhaltende Investitionen, insbesondere in die IT, erfordern. In welchem Ausmaß technologiegetriebene Finanzinnovationen auch die Markt- und Wettbewerbsstrukturen am deutschen Bankenmarkt verändern können, ist derzeit nicht hinreichend abzuschätzen. Für die einzelnen Institute ergeben sich daraus sowohl Chancen als auch Risiken.

Unternehmensprognose. Rahmenbedingungen.

Basis für die im Folgenden ausgeführten Aussagen zur Unternehmensprognose der LBBW ist die Ende 2016 erstellte Planung. Für den Prognosezeitraum wird im Euroraum von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau mit weiterhin teilweise negativen Zinsen ausgegangen. Für Deutschland und die Eurozone wird eine stabile, wenn auch leicht abgeschwächte, wirtschaftliche Entwicklung unterstellt. Das Wirtschaftswachstum des Inlands sollte dabei leicht über dem der Eurozone liegen. Aus weiter verschärften regulatorischen Vorgaben erwartet die LBBW neben steigenden Anforderungen in Bezug auf Kapital und Liquidität auch einen zunehmenden Einfluss der Reglementierung der Geschäftstätigkeit z. B. zur Steigerung von Markttransparenz und Verbraucherschutz (Conduct Regulation) auf das Geschäftsmodell. Die fortschreitende Digitalisierung wird zusätzliche Flexibilität auf sich verändernde Rahmenbedingungen erfordern.

Ausblick der LBBW.

Die LBBW wird sich auch im Geschäftsjahr 2017 auf ihr regional verankertes kundenorientiertes Geschäftsmodell konzentrieren und die bereits erfolgreich gestarteten Zukunftsinitiativen weiter vorantreiben. Im Fokus stehen dabei neben dem Auf- und Ausbau nachhaltiger Kundenbeziehungen auch die Verbesserung der Effizienz und die Anpassung an veränderte Markt- und Kundenanforderungen. Der anstehende Wechsel des Kernbankensystems schafft dabei die Basis für die Digitalisierung der Geschäftsprozesse, ist jedoch mit entsprechenden Investitionen verbunden. Die Optimierungsprojekte helfen der Bank, das Geschäft trotz der Herausforderungen aus Niedrigzinsumfeld, Regulatorik, Digitalisierung sowie geopolitischen Risiken weiter auszubauen. Insgesamt sieht sich die LBBW dabei mit ihrem kundenorientierten Geschäftsmodell, ihrer soliden Kapitalausstattung sowie ihrem angemessenen Risikoprofil für die zukünftigen Herausforderungen gut aufgestellt.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren der LBBW werden sich auf Konzernebene im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich folgendermaßen entwickeln:

Wie bereits im Vorjahr rechnet die LBBW auch für das Jahr 2017 mit einem weiter wachsenden Kundengeschäft und in der Folge merklich ansteigenden Risikoaktiva nach CRR/CRD IV. Sowohl für die harte Kernkapitalquote als auch für die Gesamtkapitalquote (jeweils »fully loaded«) erwartet die LBBW daher für 2017 einen spürbaren Rückgang.

Die harte Kernkapitalquote wird ungeachtet dessen weiterhin beträchtlich über den Mindestvorgaben der CRR/CRD IV liegen. Die im Rahmen des SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) überprüfte und ab 2017 gültige neue institutsindividuelle Anforderung der Europäischen Zentralbank in Höhe von 8,09% wird zum Jahresende 2017 ebenfalls beträchtlich übertroffen sein. Das nach § 10c KWG als Kapitalerhaltungspuffer, das nach § 10g KWG als Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute sowie das für einen geringfügigen Teil von Auslandsforderungen nach §10d KWG als antizyklischer Kapitalpuffer vorzuhaltende harte Kernkapital ist in dieser Quote berücksichtigt. Auch unter Berücksichtigung der darüber hinaus von der EZB-Aufsicht erwarteten Bereithaltung von weiterem harten Kernkapital im Rahmen einer Kapitalempfehlung (Pillar 2 Guidance) sollte eine signifikante Übererfüllung vorliegen. Neben den regulatorischen Kapitalanforderungen steht auch die ökonomische Kapitalsteuerung im Fokus der LBBW. Mit einer moderat über dem Niveau des Vorjahres

erwarteten Auslastung der Risikodeckungsmasse (2016: 43,9%) befindet sich die LBBW auch im Jahr 2017 weiterhin in einer sehr komfortablen Risikotragfähigkeitssituation. Das Ziel der Sicherstellung einer soliden Kapitalisierung sollte damit jederzeit erfüllt werden können.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2016 aufgrund gestiegener liquider Mittel bei Zentralnotenbanken sowie gestiegener Forderungen an Kunden und Kreditinstitute, u. a. im Zusammenhang mit dem Wachstum in den operativen Segmenten, auf 243,6 Mrd. EUR. Durch den weiteren Ausbau des Kundengeschäfts erwartet die LBBW für 2017 einen geringfügigen Anstieg der Konzernbilanzsumme. Die risikounabhängige regulatorische Kennzahl Leverage Ratio dürfte zum Jahresende 2017 den Vorjahreswert moderat übertreffen (2016: 4,6%) und damit beträchtlich über der vom Baseler Ausschuss vorgesehenen Mindestmarke von 3% liegen. Die stufenweise eingeführte Liquidity Coverage Ratio dient der Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und steht im Fokus der Steuerung der LBBW. Die aktuell gültige Mindestquote von 80% sollte zum Jahresende 2017 deutlich übertroffen werden.

Im Jahr 2016, welches erneut von anspruchsvollen Rahmenbedingungen geprägt war, weist die LBBW mit 142 Mio. EUR ein positives, jedoch unter den Prognosen liegendes Konzernergebnis vor Steuern aus. Ohne die im Berichtsjahr ungeplante Wertminderung des Goodwills liegt das Konzernergebnis vor Steuern auf Planniveau. Ausgehend von einem Konzernergebnis von 142 Mio. EUR in 2016, rechnet die LBBW für das Jahr 2017 mit einem beträchtlichen Anstieg. Die Kreditrisikovorsorge verblieb im vergangenen Jahr beträchtlich unter den konservativen Erwartungen der LBBW und bewegte sich dabei auf einem sehr niedrigen Niveau, was die gute Qualität des Kreditportfolios widerspiegelt. Bezogen auf dieses historisch niedrige Niveau prognostiziert die LBBW unter konservativen Erwartungen einen kräftigen Anstieg der Risikovorsorge in 2017, welche dabei jedoch weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt verbleiben sollte.

Die Verwaltungsaufwendungen sollten 2017 trotz der weiteren zukunftsorientierten Investitionen insbesondere in die IT-Infrastruktur sowie in die Umsetzung regulatorischer Vorhaben nur geringfügig über dem Vorjahreswert liegen. Aufgrund des angestrebten weiteren Wachstums und der damit erwarteten Erlössteigerungen sollte die Cost Income Ratio 2017 dabei auf dem Niveau des Vorjahres verbleiben. Der Return on Equity sollte aufgrund der erwarteten Ergebnisentwicklung gegenüber dem Vorjahr kräftig ansteigen.

Wesentliche Risiken für die von der LBBW geplanten Entwicklungen für das Geschäftsjahr 2017 bestehen zum einen in anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten, und dabei vor allem in der konkreten Ausgestaltung des EU-Austritts Großbritanniens, dem noch unklaren Kurs der neuen US-Regierung sowie aus den in Europa anstehenden Wahlen. Daraus könnten sich auch Auswirkungen auf die Kunden der LBBW ergeben und unter Umständen zu einer höher als geplant ausfallenden Risikovorsorge führen. Zum anderen kann die unerwartete Entwicklung von Marktparametern, wie das länger als geplant anhaltende Niedrigzinsniveau mit teilweise negativen Zinsen, zu negativen Planabweichungen führen. Zusätzlich könnten ein weiter zunehmender Wettbewerbsdruck sowie mögliche Veränderungen der Markt- und Wettbewerbsstrukturen durch die Digitalisierung belastend wirken. Auch eine weitere Verschärfung regulatorischer und rechtlicher Vorschriften könnte Einfluss auf die prognostizierte Kosten- und Ertragsentwicklung der LBBW nehmen. In diesem Zusammenhang sind vor allem mögliche Auswirkungen aus der Reglementierung der Geschäftstätigkeit z. B. zur Steigerung von Markttransparenz und Verbraucherschutz (Conduct Regulation) auf das Geschäftsmodell und damit die Erträge zu nennen. Nicht zuletzt könnten aufgrund der Mitgliedschaft in der institutsbezogenen Sicherungsreserve der Landesbanken sowie aufgrund der »europäischen

Bankenabgabe« im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen auch von der LBBW Sonderzahlungen eingefordert werden, die zu unvorhergesehenen Belastungen der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage der LBBW führen können.

Für das Geschäftsjahr 2017 ergeben sich andererseits auch Chancen für die LBBW, die zu einem höher als geplant ausfallenden Ergebnis führen könnten. Eine positive Beeinflussung des Ergebnisses könnte im Rahmen der Zukunftsinvestitionen und der weiter voranschreitenden Digitalisierung durch schneller realisierte Effizienzverbesserungen oder einen schnelleren Ausbau des Kundengeschäfts entstehen. Auch ein unerwartet schneller Zinsanstieg könnte die Spreads und Margen und somit das Ergebnis positiv beeinflussen. Sollte sich das Wirtschaftswachstum besser als erwartet entwickeln, könnten auch die Unternehmenskunden der LBBW profitieren, was sowohl zu einer geringer als geplant ausfallenden Risikovorsorge als auch risikogewichteten Aktiva führen könnte.

Für die Segmente geht die LBBW im Geschäftsjahr 2017 von folgenden Entwicklungen aus. Während durch die operativen Segmente in Summe ein deutlich positives Ergebnis erwirtschaftet werden sollte, wird für das Segment Credit Investment erneut ein verbessertes, jedoch weiterhin negatives Ergebnis erwartet.

Das Ergebnis des Segments Corporates im Jahr 2016 war deutlich geprägt von der Wertminderung des auf das Segment entfallenden Goodwills. Darüber hinaus belasteten Investitionen in die Zukunft, in deren Rahmen auch Restrukturierungsrückstellungen gebildet wurden. Von dieser Ausgangsbasis aus betrachtet wird für 2017 ein beträchtlich höheres Ergebnis vor Steuern erwartet als im Vorjahr. Dabei plant die LBBW einen Ausbau des Finanzierungsgeschäfts und damit einhergehend einen spürbaren Anstieg der Bilanzaktiva sowie der risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV. Bedingt durch weitere Investitionen in die IT-Infrastruktur und Belastungen aus der Umsetzung regulatorischer Vorgaben dürften die Verwaltungsaufwendungen und in Folge die Cost Income Ratio des Segments einen moderaten Anstieg verzeichnen.

Im Segment Retail/Sparkassen erwartet die LBBW trotz des weiteren Ausbaus des Finanzierungsgeschäfts keine nennenswerte Veränderung der Bilanzaktiva und der risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV. Das Ergebnis vor Steuern wird in 2017 voraussichtlich deutlich besser als in 2016, jedoch erneut negativ ausfallen. Die Verwaltungsaufwendungen werden in 2017 von der Umstellung auf das neue Kernbankensystem und der strategischen Neuausrichtung des Retailbankings geprägt sein und in Folge geringfügig über dem Vorjahreswert liegen. Demgegenüber sollten jedoch bereits positive Wachstumsimpulse vor allem aus dem Wertpapier- und Einlagengeschäft sowie der Vermögensverwaltung ersichtlich sein, welche u. a. zu einem leicht ansteigenden Provisionsergebnis führen sollten. Die Cost Income Ratio des Segments dürfte infolgedessen leicht verbessert werden können.

Das Segment Kapitalmarktgeschäft entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Segment Financial Markets. Neu zugeordnet wurden u. a. die Treasury-Aktivitäten. Für das Geschäftsjahr 2017 rechnet die LBBW im Segment Kapitalmarktgeschäft mit einem gegenüber 2016 spürbar ansteigenden Ergebnis vor Steuern. Dabei sollten die Erlöse in 2017 dank der stringenten Ausrichtung des Segments einen spürbaren Anstieg verzeichnen. Im Gegenzug sind weiterhin Investitionen, die vor allem die IT-Infrastruktur und die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben betreffen, erforderlich. Dennoch sollten sich die Verwaltungsaufwendungen auf Vorjahresniveau bewegen. Die LBBW rechnet aufgrund der voraussichtlich deutlich positiven Erlösentwicklung über alle Kundengruppen mit einer leichten Verbesserung der Cost Income Ratio im Segment. Aufgrund des Wachstums im Kundenge-

schäft plant die LBBW in 2017 einen erheblichen Anstieg der risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV, während sich die Bilanzaktiva insgesamt nicht nennenswert verändern dürften.

Das Segment Credit Investment wird im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich erneut ein merklich verbessertes, jedoch weiterhin negatives Ergebnis vor Steuern ausweisen. Dabei dürfte das Segment von der erneut deutlich rückläufigen Garantieprovision profitieren. Durch den geplanten weiteren Portfolioauslauf sollten sich die Bilanzaktiva leicht reduzieren.

Die LBBW (Bank) erwartet im Jahresabschluss nach HGB für das Gesamtjahr 2017 ein Jahresergebnis vor Steuern, das auf dem Niveau des Vorjahres liegen sollte. Im Wesentlichen begründet sich diese Entwicklung analog dem Konzernergebnis vor Steuern. Zusätzlich antizipiert die Bank jedoch zinsbedingt höhere Belastungen aus Zuführungen zu Pensionsrückstellungen.

Die LBBW ist mit ihrem kundenorientierten Geschäftsmodell sowie einer soliden Kapitalausstattung und einem angemessenen Risikoprofil auch in dem weiterhin äußerst anspruchsvollen Marktumfeld gut aufgestellt. Den bestehenden Herausforderungen aus geopolitischen Risiken, dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld, der weiter verschärften Regulatorik sowie der fortschreitenden Digitalisierung begegnet die LBBW mit Optimierungsprojekten sowie einer stetigen Überprüfung und Adjustierung des Geschäftsmodells, um das Geschäft ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen weiter auszubauen. Das anstehende Jahr 2017 wird vor allem durch den Wechsel des Kernbankensystems geprägt sein, wodurch die LBBW die Basis für die Digitalisierung ihrer Geschäftsprozesse schafft. Davon wird nicht zuletzt auch der breite, vornehmlich regional auszubauende, Kundenstamm profitieren.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).

Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Geschäftsverlauf 2016.

Die Steuerung des LBBW-Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von IFRS-Kennzahlen. Auch die LBBW (Bank) wird als wesentlicher Bestandteil des Konzerns nach diesen Kennziffern gesteuert.

Die herausfordernden Rahmenbedingungen des Vorjahres kennzeichneten auch den Geschäftsverlauf der LBBW (Bank) im Jahr 2016. Ein schwieriges Marktumfeld mit anhaltend niedrigem Zinsniveau sowie ein intensiver Wettbewerb innerhalb der Kreditwirtschaft, vor allem im stark umkämpften Mittelstandsgeschäft, die voranschreitende Digitalisierung mit erhöhtem Investitionsbedarf und weiter steigende regulatorische Anforderungen waren dabei die bestimmenden Faktoren. Dank einer guten Positionierung in den regionalen Kernmärkten sowie einer positiven europäischen Wirtschaftsentwicklung erzielte die LBBW (Bank) im abgelaufenen Geschäftsjahr ein insgesamt solides Ergebnis.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung lag mit 596 Mio. EUR lediglich knapp unter dem Vorjahresergebnis von 617 Mio. EUR. Die Ergebnisentwicklung war geprägt durch ein spürbar rückläufiges Zinsergebnis, das im Vorjahr insbesondere aufgrund von hohen Sondereffekten bei Beteiligungserträgen positiv beeinflusst war. Gegenüber dem Vorjahr deutlich verringerte Verwaltungsaufwendungen im Zusammenhang mit einer gesetzlich vorgeschriebenen Anpassung des Diskontierungszinses für Pensionsrückstellungen sowie ein merklich gesteigertes Provisionsergebnis konnten diese Entwicklung nicht vollständig kompensieren. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften des Handelsbestands sowie das sonstige betriebliche Ergebnis zeigten eine insgesamt stabile Entwicklung mit nicht nennenswerten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Innerhalb des Risikovorsorge-/Bewertungsergebnisses war eine außerordentlich positive Entwicklung zu verzeichnen. Während die Kreditrisikovorsorge – insbesondere dank der guten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten der LBBW und der guten Qualität der Kreditportfolios – nahezu unverändert blieb, erhöhte sich das Bewertungsergebnis für Wertpapiere aufgrund von Veräußerungen kräftig. Im Zuge volatiler Märkte wurden dabei entsprechende Marktopportunitäten genutzt. Das Bewertungsergebnis aus Beteiligungen inkl. Verlustübernahmen war negativ, verbesserte sich jedoch gegenüber dem Vorjahr erheblich. Eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB stand vollständig im Zeichen des Sondereffekts aus der vorgenannten gesetzlichen Anpassung des Diskontierungszinses für Pensionsrückstellungen, der den Verwaltungsaufwand nur temporär entlastet. Nach Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses, das durch Restrukturierungsaufwendungen gekennzeichnet war, der Zinsen auf Stille Einlagen und des Steueraufwands verblieb ein Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung in Höhe von 219 Mio. EUR (Vorjahr: 322 Mio. EUR).

Das Jahresergebnis vor Steuern unterschritt damit den Zielwert für das Geschäftsjahr 2016 nur leicht, während das Betriebsergebnis vor Risikoversorge und Bewertung den Planwert sogar geringfügig übertraf. Dabei glichen sich gegenläufig geprägte Entwicklungen nahezu aus.

Zum Jahresende 2016 war ein gegenüber dem Vorjahr erhöhtes **Geschäftsvolumen** zu verzeichnen. Nach zahlreichen Jahren des Abbaus erhöhte sich das Volumen erwartungsgemäß um 10,9 Mrd. EUR auf 254,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 243,9 Mrd. EUR). Der Anstieg war beeinflusst durch den strategischen Ausbau der langfristigen Refinanzierungsbasis der Bank zur Erfüllung aktueller und zukünftig geforderter regulatorischer Liquiditäts- und Refinanzierungsanforderungen. Im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurden Geschäfte zur Liquiditätssteuerung seit dem 2. Halbjahr sukzessive im Anlagebestand abgeschlossen, infolgedessen kommt es im Vergleich der Bilanzstichtage zu Verschiebungen zwischen einzelnen Bilanzposten. Betroffen hiervon sind die Bilanzposten Handelsbestand (Handelsaktiva bzw. Handelspassiva) sowie die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Dagegen war das Vorjahr noch gekennzeichnet durch deutliche Volumentrügergänge aufgrund des Auslaufens der Gewährträgerhaftung zum Ende des Jahres 2015.

Die **Finanzlage** der Bank war aufgrund der guten Liquiditätsausstattung im gesamten Berichtsjahr zu jeder Zeit geordnet. Die strukturelle Refinanzierung der LBBW (Bank) wird von einem stabilen Absatz verschiedenster Refinanzierungsprodukte aufgrund der breiten und etablierten Kundenbasis getragen. Unternehmenskunden und institutionelle Anleger, sowohl nationale als auch internationale, lieferten einen nachhaltigen Beitrag zur Diversifikation des Fundings. Auch nach Auslauf der gewährträgerbehafteten Verbindlichkeiten war die Bank damit zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Im vergangenen Jahr konnten neben Privatplatzierungen auch erfolgreiche Benchmark Emissionen in Form von Pfandbriefen und unbesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Markt platziert werden. Neben Anlegern im Inland trafen diese Emissionen auch auf großes Interesse von internationalen Investoren.

Die **Liquiditätskennzahl** nach LiqV lag per 31. Dezember 2016 bei 1,50 (Vorjahr: 1,43) und damit signifikant über der geforderten Mindestgröße von 1,0.

Ertragslage.

Erfolgszahlen:

	01.01.2016	01.01.2015	Veränderung	
	- 31.12.2016	- 31.12.2015	Mio. EUR	in %
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsüberschuss	1 448	1 705	- 257	- 15,0
davon laufende Hybridbedienung	- 14	- 16	2	- 14,3
Provisionsüberschuss	341	281	60	21,3
Provisionsergebnis ohne Garantieprovision	434	402	32	7,9
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 93	- 121	28	- 23,1
Nettoergebnis des Handelsbestands	272	268	4	1,4
Verwaltungsaufwendungen ¹⁾	- 1 575	- 1 755	180	- 10,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	110	119	- 8	- 7,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis	596	617	- 22	- 3,5
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	36	- 132	169	-
Fonds für allgemeine Bankrisiken	- 207	0	- 207	100,0
Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	425	485	- 60	- 12,4
Außerordentliches Ergebnis	- 105	- 45	- 60	> 100
Teilgewinnabführung	- 51	- 55	4	- 7,1
davon laufende Hybridbedienung	- 51	- 55	4	- 7,1
Jahresergebnis vor Steuern	269	385	- 116	- 30,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 50	- 63	13	- 21,0
Jahresergebnis nach Steuern	219	322	- 103	- 32,0
Bilanzgewinn	219	322	- 103	- 32,0

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

1) Dieser Posten umfasst neben den Personal- und Sachaufwendungen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Der Zinsüberschuss in der LBBW (Bank) fiel im abgelaufenen Geschäftsjahr spürbar um - 257 Mio. EUR auf 1448 Mio. EUR. Der deutliche Rückgang resultierte im Wesentlichen aus gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Beteiligungserträgen. Hier sorgte ein Sonderertrag in 2015 noch für einen deutlichen Anstieg. Zudem wirkte die expansive Geldpolitik der EZB mit einem weiter historisch niedrigen bzw. negativen Zinsniveau belastend. Dies äußerte sich insbesondere in Form von rückläufigen Ergebnisbeiträgen im Einlagengeschäft sowie aus der Eigenmittelanlage der LBBW. Die in den Vorjahren gesunkenen Bilanzvolumina wurden zwar im Jahr 2016 erstmals wieder leicht erhöht, jedoch im Wesentlichen in hochliquiden Positionen mit entsprechend niedrigen Zinsen. So wirkte der deutliche Volumentrückgang zum Ende des Vorjahres mit teilweise entsprechend höheren Zinsen noch nach. Im Kreditgeschäft konnte selektiv die Kreditvergabe in einzelnen Geschäftsfeldern an Kunden ausgeweitet werden, jedoch aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation und der guten Liquiditätssituation der Unternehmen lediglich auf niedrigem Niveau. Volumenzuwächse waren insbesondere bei Large Corporates-Kunden zu verzeichnen. Dabei folgte die LBBW unverändert ihrem Ansatz einer Fokussierung auf risikoarmes Neugeschäft.

Der **Provisionsüberschuss** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr abermals deutlich um 60 Mio. EUR auf 341 Mio. EUR (Vorjahr: 281 Mio. EUR). Getragen durch die starke Position der LBBW bei der Begleitung strukturierter Kapitalmarktmissionen sowie im Verwahrgeschäft verbesserte sich insbesondere das Ergebnis aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass eine Umgliederung von Provisionsaufwendungen in Höhe von 15 Mio. EUR im Zusammenhang mit Anschaffungsnebenkosten von Handelsgeschäften in das Nettoergebnis des Handelsbestands vorgenommen wurde. Zudem stiegen die Erträge aus dem Zahlungsverkehr durch Kooperationen im Kreditkartengeschäft leicht an. Gegenläufig war das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften

mit reinem Dienstleistungscharakter aufgrund eines verhaltenen Neugeschäfts und des hohen Wettbewerbsdrucks rückläufig. Durch eine Reduzierung der Bestände innerhalb der von der LBBW finanzierten, nicht konsolidierungspflichtigen Zweckgesellschaft Sealink verringerte sich die vom Land Baden-Württemberg erhaltene Garantie für Kredite an diese Zweckgesellschaft. In Folge sank die an das Land Baden-Württemberg zu entrichtende Garantieprovision um 28 Mio. EUR auf – 93. Mio. EUR.

Eine im Vergleich zum Vorjahr stabile Entwicklung zeigte das **Nettoergebnis des Handelsbestands**, das sich geringfügig um 4 Mio. EUR auf 272 Mio. EUR (Vorjahr: 268 Mio. EUR) verbesserte. Begünstigt durch eine hohe Nachfrage nach Absicherungsprodukten gegen Fremdwährungs- und Zinsrisiken konnte das Ergebnis aus Handelsbuchpositionen gegenüber dem Vorjahr sogar deutlich verbessert werden. Gegenläufig reduzierten sich die Bewertungsabschläge für Handelsbestände zwar weiter, das Ergebnis fiel mit 5 Mio. EUR jedoch gegenüber dem Vorjahr um – 38 Mio. EUR geringer aus. Ursächlich dafür waren im Wesentlichen geringere Credit Valuation Adjustments. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Handelsbestände sowie von relevanten Marktparametern waren in 2016 keine gesetzlich zu bildenden Risikoabschläge erforderlich, stattdessen konnte eine Auflösung von 11 Mio. EUR erfolgen (Vorjahr: 0 Mio. EUR). Aufgrund des gestiegenen Ergebnisses aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands erhöhte sich die Dotierung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB i. V. m. § 340g HGB im Berichtszeitraum auf – 31 Mio. EUR (Vorjahr: – 30 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Zuführung gemäß § 340e Abs. 4 Nr. 4 HGB soweit erhöht, dass der Sonderposten nun mit 50% des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge dotiert ist.

Die **Verwaltungsaufwendungen** sanken gegenüber dem Vorjahr (– 1 755 Mio. EUR) deutlich um 180 Mio. EUR auf – 1 575 Mio. EUR. Ursächlich hierfür waren insbesondere beachtlich reduzierte Personalaufwendungen in Folge einer Gesetzesanpassung bzgl. des für Pensionsrückstellungen relevanten Diskontierungssatzes. Durch die gesetzliche Neuregelung des § 253 Abs. 2 HGB erfolgte im Geschäftsjahr 2016 die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erstmals auf Basis eines 10-jährigen statt eines 7-jährigen Durchschnittszinses. Unter Berücksichtigung von gegenläufigen Effekten, u. a. aus Tarifsteigerungen, reduzierte sich der Personalaufwand um 205 Mio. EUR auf – 769 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich hingegen in Summe moderat um – 26 Mio. EUR auf – 728 Mio. EUR (Vorjahr: – 702 Mio. EUR). Ein großer Anteil der Aufwendungen stand nach wie vor im Zusammenhang mit dem im Jahr 2014 gestarteten Umbau der IT-Architektur. Im Zuge der Investitionstätigkeiten in ein neues Kernbanksystem, das im Jahr 2017 produktiv gesetzt wird und die Grundlage für eine stärkere Digitalisierung und Prozessoptimierung darstellt, wuchsen insbesondere die IT-Kosten deutlich an. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte blieben im Berichtsjahr mit – 79 Mio. EUR (Vorjahr: – 79 Mio. EUR) konstant.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** verminderte sich um – 8 Mio. EUR auf 110 Mio. EUR (Vorjahr: 119 Mio. EUR). Dabei waren gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen. Während sich die Veräußerung der cellent AG sowie der Rückkauf von Aktien der VISA Europe Limited durch Visa Inc. mit Sitz in den USA positiv auswirkten und hierdurch die Erträge aus Beteiligungsveräußerungen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden konnten, waren höhere Aufwendungen zur Dotierung von Rückstellungen notwendig.

Das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr in Summe kräftig um 169 Mio. EUR auf 36 Mio. EUR (Vorjahr: – 132 Mio. EUR). Bezüglich der einzelnen Unterpositionen war eine differenzierte Entwicklung zu verzeichnen:

- Das **Bewertungsergebnis aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Derivaten der Liquiditätsreserve** stieg um 102 Mio. EUR auf 31 Mio. EUR (Vorjahr: – 71 Mio. EUR). Ausschlaggebend für das positive Gesamtjahresergebnis waren vornehmlich Veräußerungserlöse aus Wertpapieren; dabei wurden im Zuge volatiler Märkte entsprechende Marktopportunitäten genutzt. Das Vorjahresergebnis war durch Bewertungen belastet.
- Das **Bewertungsergebnis der Wertpapiere des Anlagevermögens** erhöhte sich ebenfalls um 41 Mio. EUR auf 35 Mio. EUR (Vorjahr: – 6 Mio. EUR). Auch hier waren Verkäufe zur Optimierung der Risiko- und Liquiditätspositionen im Treasury-Umfeld für die Ergebnisentwicklung verantwortlich.
- Das **Bewertungsergebnis aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um – 15 Mio. EUR auf – 24 Mio. EUR (Vorjahr: – 9 Mio. EUR).
- Das **Ergebnis aus Verlustübernahmen** verbesserte sich um 45 Mio. EUR auf – 5 Mio. EUR (Vorjahr: – 50 Mio. EUR). Ursächlich hierfür waren u. a. Bewertungseffekte im Immobilienbestand einer ausländischen Tochtergesellschaft und einer damit verbundenen Verlustübernahme im Vorjahr.
- Das **Risikovorsorgeergebnis im Kreditgeschäft** bewegte sich mit 0 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau (4 Mio. EUR) und lag damit insgesamt beträchtlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Im Einklang mit der konjunkturellen Entwicklung spiegelte sich in dieser Zahl die hohe Kreditportfolioqualität der LBBW in ihren Kernmärkten wider.

Da der Effekt aus der gesetzlich veranlassten Umstellung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsrückstellungen von einem 7-jährigen Durchschnittszins auf einen 10-jährigen Durchschnittszins nur temporär entlastet, erfolgte zum Ende des Geschäftsjahres 2016 eine Dotierung des **Fonds für allgemeine Bankrisiken** gem. § 340g HGB in Höhe von 207 Mio. EUR.

Im Saldo reduzierte sich das **außerordentliche Ergebnis** um – 60 Mio. EUR auf – 105 Mio. EUR (Vorjahr: – 45 Mio. EUR). Aus der Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultierte für das Jahr 2016 (wie auch in den Vorjahren) ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von – 26 Mio. EUR. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte sich das Restrukturierungsergebnis um – 40 Mio. EUR auf – 79 Mio. EUR (Vorjahr – 40 Mio. EUR). Den Umbau der IT-Architektur in der LBBW ergänzend, erfolgt eine Verschlankeung und Straffung der Geschäftsprozesse und der Produktpalette. Für die daraus erforderlichen Maßnahmen und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der LBBW fielen Aufwendungen an bzw. wurde den dafür relevanten Sachverhalten durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Gegenläufig waren Teilbeträge der noch vorhandenen Rückstellungen im Zusammenhang mit der EU-Restrukturierung aufzulösen, da die Grundlagen für diese Rückstellungen nicht mehr bestehen. Zudem entfiel ein positiver Sondereffekt aus dem Vorjahr in Höhe von 22 Mio. EUR aus der Anwachsung zweier Grundstücksverwaltungsgesellschaften zur Optimierung konzerninterner Prozesse.

Für das Geschäftsjahr 2016 ergab sich in Summe ein **Jahresüberschuss vor Steuern** in Höhe von 269 Mio. EUR (Vorjahr: 385 Mio. EUR).

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf – 50 Mio. EUR (Vorjahr: – 63 Mio. EUR). Die laufenden Ertragsteuern sanken im Geschäftsjahr 2016 um 14 Mio. EUR auf – 59 Mio. EUR, wofür insbesondere ein geringeres Vorsteuerergebnis maßgeblich war. Der Steuerertrag für frühere Jahre verringerte sich dagegen nur unwesentlich auf 10 Mio. EUR (Vorjahr: 10 Mio. EUR).

Das **Jahresergebnis nach Steuern** fiel um 103 Mio. EUR auf 219 Mio. EUR (Vorjahr: 322 Mio. EUR).

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Barreserve	13 524	1 156	12 368	> 100
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	0	0	0	
Forderungen an Kreditinstitute	39 116	30 080	9 035	30,0
Forderungen an Kunden	107 214	104 951	2 263	2,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25 406	25 103	303	1,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	117	117	0	- 0,3
Handelsbestand	28 945	43 439	- 14 494	- 33,4
Beteiligungen	564	594	- 31	- 5,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	1 802	1 942	- 140	- 7,2
Treuhandvermögen	531	609	- 78	- 12,8
Immaterielle Anlagewerte	228	148	81	54,7
Sachanlagen	987	1 019	- 31	- 3,1
Sonstige Vermögensgegenstände	919	1 159	- 240	- 20,7
Rechnungsabgrenzungsposten	2 353	2 583	- 231	- 8,9
Summe der Aktiva	221 706	212 901	8 805	4,1

Passiva	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44 024	43 594	430	1,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	71 194	63 211	7 983	12,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	34 840	31 004	3 836	12,4
Handelsbestand	45 148	48 876	- 3 728	- 7,6
Treuhandverbindlichkeiten	531	609	- 78	- 12,8
Sonstige Verbindlichkeiten	605	555	50	9,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2 900	3 365	- 465	- 13,8
Rückstellungen	2 364	2 302	61	2,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 481	3 848	633	16,4
Genussrechtskapital	247	285	- 38	- 13,4
Fonds für allgemeine Bankrisiken	789	551	238	43,2
Eigenkapital	14 583	14 700	- 117	- 0,8
Summe der Passiva	221 706	212 901	8 805	4,1
Eventualverbindlichkeiten	7 898	7 400	498	6,7
Andere Verpflichtungen	25 199	23 646	1 553	6,6
Geschäftsvolumen¹⁾	254 803	243 946	10 857	4,5

¹⁾ Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen.

Geschäftsvolumen ausgeweitet.

Die Bilanzsumme der LBBW (Bank) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr zum Jahresende 2016 um 8,8 Mrd. EUR bzw. 4,1% auf 221,7 Mrd. EUR.

Das Geschäftsvolumen der LBBW (Bank) legte parallel dazu um 10,9 Mrd. EUR bzw. 4,5% auf 254,8 Mrd. EUR zu. Gründe hierfür waren neben der höheren Bilanzsumme auch Zuwächse bei Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten.

Geprägt war diese Entwicklung durch eine Ausweitung der Barreserve sowie des Forderungsbestands gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Insbesondere Wertpapierpensionsgeschäfte mit zentralen Gegenparteien sowie Schuldscheindarlehen mit regionalen Großunternehmen trugen zu diesem Anstieg bei. Zudem entwickelte sich das Volumen mit Large Corporates-Kunden positiv.

Die Entwicklung der Passivseite war getragen durch den strategischen Ausbau der langfristigen Refinanzierungsbasis zur Erfüllung aktueller und zukünftig geforderter regulatorischer Liquiditäts- und Refinanzierungs-Anforderungen. Dank einer guten Reputation der LBBW als Emittent am Anleihemarkt sowie ihrer Platzierungsstärke konnte sich die Bank hierfür im Jahr 2016 erfolgreich langfristig am Kapitalmarkt refinanzieren. Im Berichtsjahr emittierte die LBBW u. a. eine ungedeckte Benchmark-Anleihe in Höhe von 1,3 Mrd. EUR, die in der Folge um 0,3 Mrd. EUR aufgestockt werden konnte, eine Nachranganleihe über 0,5 Mrd. EUR sowie mehrere großvolumige Hypothekendarlehen. Die Emissionen stießen dabei auf eine hohe Nachfrage bei nationalen und internationalen Investoren und waren alle deutlich überzeichnet.

Im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurden Neugeschäfte zur Liquiditätssteuerung seit dem 2. Halbjahr 2016 sukzessive im Anlagebestand erfasst, sodass es mit Blick auf die Bilanzstichtage 31. Dezember 2015 bzw. 31. Dezember 2016 zu Verschiebungen zwischen einzelnen Bilanzposten kam. Im Rahmen dessen verminderte sich insbesondere das Volumen des Handelsbestands (Handelsaktiva bzw. Handelspassiva) durch ausgelaufene und beendete Geldhandelsgeschäfte. Im Gegenzug erhöhten sich die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kunden und Kreditinstituten in Form von neu abgeschlossenen Tages- und Termingeldern.

Aktivgeschäft.

Zum Ende des Berichtsjahres belief sich die **Barreserve** auf 13,5 Mrd. EUR. Der kräftige Anstieg um 12,4 Mrd. EUR war fast ausschließlich auf einen erhöhten Guthabenbestand bei Zentralnotenbanken zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2016 erhöhten sich die **Forderungen an Kreditinstitute** deutlich um 9,0 Mrd. EUR auf 39,1 Mrd. EUR. Das Wertpapierpensionsgeschäft legte insbesondere durch den Ausbau von Geschäften mit zentralen Gegenparteien und großen, international agierenden Banken um 5,0 Mrd. EUR zu. Daneben trug das Neugeschäft mit Sparkassen sowie die Neuanlage fällig gewordener Geldhandelsgeschäfte im Anlagebuch zu einem Anstieg der Kommunalkredite um 3,4 Mrd. EUR bei.

Der Bestand von **Forderungen an Kunden** stieg zum Jahresende 2016 um 2,2 Mrd. EUR auf 107,2 Mrd. EUR. Neben einer Zunahme von Wertpapierpensionsgeschäften um 1,0 Mrd. EUR, im Wesentlichen durch einen Anstieg der Geschäfte mit zentralen Gegenparteien, wirkten sich die positive Volumenentwicklung mit Large Corporates-Kunden sowie der bereits genannte Effekt aus der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts bestandserhöhend aus.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erhöhten sich leicht um 0,3 Mrd. EUR auf 25,4 Mrd. EUR. Der Hauptgrund für den Anstieg war die Ausweitung des Bestands an gedeckten Anleihen sowie Schuldverschreibungen von internationalen Banken um 3,0 Mrd. EUR. Im Gegenzug wurde insbesondere das Exposure gegenüber südeuropäischen öffentlichen Haushalten um – 1,4 Mrd. EUR abgebaut. Im Rahmen des Exposureabbaus der Zweckgesellschaft Sealink im Berichtsjahr reduzierte sich des Weiteren die im Bestand der LBBW gehaltene Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG um – 1,2 Mrd. EUR. Diese hatte die LBBW im Rahmen der Risikoabschirmung für die an die Zweckgesellschaft Sealink vergebenen Kredite von der GPBW GmbH & Co. KG erworben.

Im Vergleich zum Vorjahr gingen die **Handelsaktiva** spürbar um – 14,5 Mrd. EUR auf 28,9 Mrd. EUR zurück. Ausgelaufene Tagesgelder, Termingelder und täglich fällige Gelder mit nationalen und inter-

nationalen Banken sorgten für einen Rückgang der Geldhandelsgeschäfte um – 7,5 Mrd. EUR. Ebenso reduzierten sich Anleihen und Schuldverschreibungen des Handelsbestands um – 5,7 Mrd. EUR, im Wesentlichen durch Fälligkeiten von Anleihen der deutschen Bundesländer.

Refinanzierung.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** erhöhten sich im Vergleich zum Jahresende 2015 geringfügig um 0,4 Mrd. EUR auf 44,0 Mrd. EUR. Den um – 5,4 Mrd. EUR verminderten Wertpapierpensionsgeschäften stand ein Zuwachs der sonstigen Verbindlichkeiten um 6,0 Mrd. EUR entgegen. Für den Anstieg bei den sonstigen Verbindlichkeiten war im Wesentlichen die Neuanlage von Tages- und Termingeldern mit internationalen Banken sowie die Inanspruchnahme des Tender-Programms der Bundesbank verantwortlich. Des Weiteren gingen begebene Namenspfandbriefe um – 0,3 Mrd. EUR auf 1,0 Mrd. EUR zurück.

Zum 31. Dezember 2016 beliefen sich die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** auf 71,2 Mrd. EUR und lagen mit einem Zuwachs von 8,0 Mrd. EUR deutlich über dem Vorjahreswert. Sonstige Verbindlichkeiten stiegen insbesondere im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts durch neu abgeschlossene Tagesgelder- und Termingelder mit Bundesländern und Unternehmen der öffentlichen Hand um 6,4 Mrd. EUR an. Ebenso legten Wertpapierpensionsgeschäfte um 2,3 Mrd. EUR zu, wohingegen sich begebene Namenspfandbriefe um – 0,6 Mrd. EUR verminderten.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** erhöhten sich spürbar um 3,8 Mrd. EUR auf 34,8 Mrd. EUR. Dank einer guten Reputation der LBBW als Emittent am Anleihemarkt sowie ihrer Platzierungsstärke konnte sich die Bank im Jahr 2016 erfolgreich am Kapitalmarkt langfristig refinanzieren. Die Emissionen einer Benchmark-Anleihe mit einem Volumen von 1,5 Mrd. EUR und weiterer großvolumiger Schuldverschreibungen sorgten für einen Anstieg der Sonstigen begebenen Schuldverschreibungen um 2,6 Mrd. EUR. Ebenso sorgte die Begebung von mehreren hypothekengedeckten Pfandbriefen im Jahr 2016 für einen Zuwachs der Hypothekenpfandbriefe um 2,5 Mrd. EUR. Darüber hinaus wurde auch die kurzfristige Refinanzierung über Commercial Papers um 0,6 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr ausgeweitet. Gegenläufig nahm der Bestand an Öffentlichen Pfandbriefen durch die Fälligkeit gedeckter Schuldverschreibungen um insgesamt – 1,8 Mrd. EUR ab.

Handelspassiva nahmen um – 3,7 Mrd. EUR auf 45,1 Mrd. EUR ab. Geldhandelsgeschäfte reduzierten sich dabei um – 12,5 Mrd. EUR, was im Wesentlichen auf Fälligkeiten zurückzuführen ist. Gegenläufig verzeichneten Wertpapiergeschäfte einen Zuwachs um 9,3 Mrd. EUR. Hauptgrund hierfür war der Anstieg von Certificates of Deposit und Commercial Paper-Geschäften der Niederlassung New York.

Die LBBW (Bank) erhöhte im Berichtsjahr ihre **Nachrangigen Verbindlichkeiten** um 0,6 Mrd. EUR auf 4,5 Mrd. EUR. Basis hierfür war im Wesentlichen eine im Oktober emittierte großvolumige Nachranganleihe mit einem Volumen von 0,5 Mrd. EUR. Zusätzlich wurde das Nachrangkapital durch diverse Privatplatzierungen aufgestockt.

Eigenkapital.

Das Eigenkapital der LBBW (Bank) bewegte sich mit 14,6 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres (14,7 Mrd. EUR). Der Bilanzgewinn lag mit 0,2 Mrd. EUR um – 0,1 Mrd. EUR unter dem Vorjahr.

Finanzlage.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW (Bank) wird im Asset Liability Committee (ALCo) festgelegt. Die Bank achtet dabei auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage der LBBW (Bank) war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die Bank war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV verbesserte sich zum Stichtag 31. Dezember 2016 auf 1,50 (Vorjahr: 1,43).

Konzern- abschluss.

INHALT

Gewinn- und Verlustrechnung	131	19. Rückstellungen	161
Gesamtergebnisrechnung	132	20. Nachrangkapital	164
Bilanz	134	21. Eigenkapital	165
Eigenkapitalveränderungsrechnung	136	Segmentberichterstattung	166
Kapitalflussrechnung	138	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	173
Anhang (Notes)	141	22. Zinsergebnis	173
Grundlagen der Aufstellung	141	23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft	174
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	141	24. Provisionsergebnis	174
1. Grundsätze	141	25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value	
2. Änderungen und Schätzungen	141	bewerteten Finanzinstrumenten	174
3. Konsolidierungskreis	147	26. Ergebnis aus Finanzanlagen	176
4. Konsolidierungsgrundsätze	149	27. Ergebnis aus at Equity bewerteten	
5. Währungsumrechnung	149	Unternehmen	176
6. Finanzinstrumente	150	28. Sonstiges betriebliches Ergebnis	176
7. Aufrechnung	154	29. Verwaltungsaufwendungen	177
8. Barreserve	154	30. Restrukturierungsergebnis	178
9. Risikovorsorge	154	31. Ertragsteuern	179
10. Anteile an at Equity		Angaben zur Bilanz	181
bewerteten Unternehmen	155	32. Barreserve	181
11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Ver-		33. Forderungen an Kreditinstitute	181
mögenswerte und Veräußerungsgruppen	156	34. Forderungen an Kunden	181
12. Immaterielle Vermögenswerte	156	35. Risikovorsorge	182
13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	157	36. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete	
14. Sachanlagen	158	finanzielle Vermögenswerte	182
15. Leasinggeschäft	159	37. Finanzanlagen	184
16. Ertragsteuern	160	38. Anteile an at Equity bewerteten	
17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva	160	Unternehmen	185
18. Vorräte	160		

39. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.	186	60. Buchwertüberleitung auf Kategorien.	217
40. Immaterielle Vermögenswerte.....	186	61. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.....	218
41. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.	188	62. Fälligkeitsanalyse.	218
42. Sachanlagen.....	188	63. Umkategorisierungen.....	219
43. Ertragsteueransprüche.....	189	64. Angaben zum Derivatevolumen.....	220
44. Sonstige Aktiva.	189	65. Übertragung finanzieller Vermögenswerte. .	222
45. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	190	66. Sicherheiten.	223
46. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	190	67. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen.....	223
47. Verbriefte Verbindlichkeiten.....	191	Sonstige Angaben.....	226
48. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen.	191	68. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen.	226
49. Rückstellungen.	192	69. Leasingverhältnisse.....	231
50. Ertragsteuerverpflichtungen.....	196	70. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.....	232
51. Sonstige Passiva.....	196	71. Außerbilanzielle Geschäfte.	234
52. Nachrangkapital.....	196	72. PIIS Exposure.	235
53. Eigenkapital.	198	73. Adressenausfallrisiko.	237
Angaben zu Finanzinstrumenten.	199	74. Kapitalmanagement.	239
54. Fair-Value-Ermittlung.	199	75. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.	241
55. Fair Value von Finanzinstrumenten.	202	Zusatzangaben nach § 315a HGB.....	242
56. Fair-Value-Hierarchie.....	204	76. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.	242
57. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente.....	216	77. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	251
58. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.....	216	78. Organe und deren Mandate.....	252
59. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte.....	217		

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2016 erfolgt gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2016	01.01. – 31.12.2015 ¹⁾
Zinserträge	22	12 332	13 527
Zinsaufwendungen	22	- 10 708	- 11 874
Zinsergebnis	22	1 624	1 654
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23	- 51	- 55
Provisionserträge	24	634	621
Provisionsaufwendungen	24	- 107	- 106
Provisionsergebnis	24	527	515
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	25	190	209
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	183	75
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	27	13	19
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	101	134
Verwaltungsaufwendungen	29	- 1 814	- 1 782
Garantieprovision Land Baden-Württemberg		- 93	- 121
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung		- 71	- 73
Wertminderung Goodwill	40	- 379	0
Restrukturierungsergebnis	30	- 87	- 44
Konzernergebnis vor Steuern		142	531
Ertragsteuern	31	- 131	- 109
Konzernergebnis		11	422
davon Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		1	- 3
davon Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		10	425

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Gesamtergebnisrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016.

Mio. EUR	Notes	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Konzernergebnis		11	422
Erfolgsneutrales Konzernergebnis			
Sachverhalte, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Gewinnrücklage			
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste vor Steuern	21,53	- 221	- 3
Ertragsteuern	31	67	1
Bewertungsergebnis aus der eigenen Bonität			
Bewertungsgewinne/-verluste aus der eigenen Bonität vor Steuern	21,53	- 27	0
Ertragsteuern	31	4	0
Sachverhalte, die unter bestimmten Bedingungen nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Neubewertungsrücklage			
Gewinne/Verluste aus AFS-Finanzinstrumenten vor Steuern	21,53	90	366
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21,53	- 183	- 28
Ertragsteuern	31	- 5	- 47
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen			
Veränderungen vor Steuern	21,53	3	5
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21,53	0	- 15
Ertragsteuern	31	0	1
Währungsumrechnungsdifferenzen			
Veränderungen vor Steuern	21,53	6	16
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21,53	- 1	0
Summe erfolgsneutrales Konzernergebnis		- 265	296
davon aus Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen		- 47	62
Konzerngesamtergebnis		- 255	718
davon Gesamtergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		1	- 3
davon Gesamtergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		- 256	721

Bilanz

zum 31. Dezember 2016.

Aktiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2016	31.12.2015
Barreserve	8,32	13 532	1 167
Forderungen an Kreditinstitute	9,33,35	39 288	30 245
Forderungen an Kunden	9,15,34,35,69	111 232	108 785
Risikovorsorge	9,35	- 828	- 1 128
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	6,36	50 175	64 765
Finanzanlagen	6,37	25 693	25 230
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	3,10,38	233	239
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	6	764	569
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	11,39	191	153
Immaterielle Vermögenswerte	12,40	249	541
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	13,41	560	649
Sachanlagen	14,15,42,69	514	670
Laufende Ertragsteueransprüche	16,43	116	114
Latente Ertragsteueransprüche	16,43	1 040	1 027
Sonstige Aktiva	17,18,44	861	989
Summe der Aktiva		243 620	234 015

Passiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6,45	44 568	44 248
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6,46	70 641	62 540
Verbriefte Verbindlichkeiten	6,47	34 355	29 424
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	6,48	69 846	74 063
Passives Portfolio Hedge Adjustment	6	485	569
Rückstellungen	19,49	3 734	3 401
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	16,50	57	62
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	16,50	31	27
Sonstige Passiva	17,51	889	709
Nachrangkapital	20,52	5 895	5 329
Eigenkapital	21,53	13 119	13 643
Stammkapital		3 484	3 484
Kapitalrücklage		8 240	8 240
Gewinnrücklage		999	1 062
Sonstiges Ergebnis		348	413
Bilanzgewinn/-verlust		10	425
Eigenkapital der Anteilseigner		13 081	13 624
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		38	19
Summe der Passiva		243 620	234 015

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016.

Mio. EUR	Stammkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage
Eigenkapital zum 1. Januar 2015	3 484	8 240	949
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	438
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	- 314
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	- 2
Bewertungsänderungen in AFS-Finanzinstrumenten	0	0	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis	0	0	- 2
Konzernergebnis	0	0	0
Konzerngesamtergebnis	0	0	- 2
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	- 9
Eigenkapital zum 31. Dezember 2015	3 484	8 240	1 062
Eigenkapital zum 1. Januar 2016	3 484	8 240	1 062
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	425
Umgliederung historischer Bewertungseffekte aus der eigenen Bonität (vorzeitige Anwendung IFRS 9)	0	0	- 46
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	- 290
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	5
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	- 154
Bewertungsgewinne/-verluste aus der eigenen Bonität	0	0	0
Bewertungsänderungen in AFS-Finanzinstrumenten	0	0	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis	0	0	- 154
Konzernergebnis	0	0	0
Konzerngesamtergebnis	0	0	- 154
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	- 3
Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	3 484	8 240	999

Im Hinblick auf die Darstellung der Gewinne und Verluste finanzieller Verbindlichkeiten, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet designiert sind, hat sich die LBBW für eine freiwillige vorzeitige Anwendung des IFRS 9 entschieden. Bewertungsgewinne/-verluste inklusive der zugehörigen latenten Steuern im Zusammenhang mit der eigenen Bonität aus früheren Berichtsperioden wurden aus den Gewinnrücklagen umgegliedert in das Sonstige Ergebnis.

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in Note 21 und 53 erläutert.

Neubewertungs- rücklage	Bewertungs- ergebnis at Equity bewertete Unternehmen	Bewertungs- ergebnis aus der eigenen Bonität	Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Bilanzgewinn/ -verlust	Eigenkapital der Anteilseigner	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Insgesamt
49	47	0	15	438	13 222	19	13 241
0	0	0	0	- 438	0	0	0
0	0	0	0	0	- 314	0	- 314
4	0	0	0	0	4	0	4
0	0	0	0	0	- 2	0	- 2
291	0	0	0	0	291	0	291
0	- 9	0	0	0	- 9	0	- 9
0	0	0	16	0	16	0	16
291	- 9	0	16	0	296	0	296
0	0	0	0	425	425	- 3	422
291	- 9	0	16	425	721	- 3	718
0	0	0	0	0	- 9	3	- 6
344	38	0	31	425	13 624	19	13 643
344	38	0	31	425	13 624	19	13 643
0	0	0	0	- 425	0	0	0
0	0	46	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 290	0	- 290
0	0	0	0	0	5	17	22
0	0	0	0	0	- 154	0	- 154
0	0	- 22	0	0	- 22	0	- 22
- 97	0	0	0	0	- 97	0	- 97
0	3	0	0	0	3	0	3
0	0	0	5	0	5	0	5
- 97	3	- 22	5	0	- 265	0	- 265
0	0	0	0	10	10	1	11
- 97	3	- 22	5	10	- 256	1	- 255
0	0	0	0	0	- 3	1	- 2
247	42	24	35	10	13 081	38	13 119

Kapitalflussrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2016	01.01. – 31.12.2015 ¹⁾
Konzernergebnis		11	422
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen		133	139
Zuführung/Auflösung der Rückstellungen		315	199
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		- 664	- 159
Gewinn aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen		- 92	- 116
Sonstige Anpassungen		- 1 531	- 1 554
		- 1 828	- 1 069
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute		- 9 062	8 091
Forderungen an Kunden		- 2 823	4 095
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		19 325	14 142
Finanzanlagen		- 376	5 209
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		203	- 268
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		432	- 7 980
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		8 151	- 7 187
Verbriefte Verbindlichkeiten		4 971	- 14 675
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		- 8 318	- 1 517
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		- 28	- 328
Erhaltene Dividenden		50	69
Erhaltene Zinsen ¹⁾		12 363	13 984
Gezahlte Zinsen ¹⁾		- 10 937	- 12 494
Ertragsteuerzahlungen		- 83	25
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		12 039	95
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		159	327
Sachanlagen		2	13
Auszahlungen aus dem Erwerb von			
Beteiligungen		- 20	- 27
Sachanlagen		- 12	- 28
Immateriellen Vermögenswerten		- 130	- 91
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen ²⁾		14	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		12	194
Dividendenzahlungen		- 290	- 314
Sonstige Auszahlungen	52	- 6	- 51
Mittelveränderungen aus Sonstigem Kapital		621	- 725
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		325	- 1 089

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

2) Das Entgelt besteht komplett aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2016	01.01. – 31.12.2015
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	32	1 167	1 936
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		12 039	95
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		12	194
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		325	- 1 089
Wechselkursbedingte Änderungen des Zahlungsmittelbestands		- 11	32
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	32	13 532	1 167

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit während des Geschäftsjahres.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve des LBBW-Konzerns und umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentral-notenbanken sowie refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernergebnis ermittelt. Ihm werden die Zahlungsströme zugeordnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlöswirksamen Tätigkeiten des LBBW-Konzerns stehen oder aus Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von langfristigen Vermögenswerten dargestellt.

Dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigenkapital sowie mit dem Nachrangkapital, dem Genussrechtskapital und den typisch Stillen Einlagen zugerechnet.

Durch den Verkauf eines vollkonsolidierten Tochterunternehmens im ersten Halbjahr gingen insbesondere Forderungen an Kreditinstitute i. H. v. 12 Mio. EUR, Forderungen an Kunden i. H. v. 88 Mio. EUR und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten i. H. v. 81 Mio. EUR ab. Der Netto-Zufluss an Zahlungsmitteln (Verkaufspreis abzüglich abgehender Barreserve) beläuft sich auf 14 Mio. EUR.

Anhang (Notes)

für das Geschäftsjahr 2016.

Grundlagen der Aufstellung.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW (Bank)) als Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Die Handelsregisternummern beim zuständigen Amtsgericht lauten wie folgt: Amtsgericht Stuttgart HRA 12704, Amtsgericht Mannheim HRA 104440 (für Karlsruhe) sowie HRA 4356 (für Mannheim) und Amtsgericht Mainz HRA 40687.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2016 erfolgt gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Maßgeblich sind diejenigen Standards und Interpretationen, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht, von der Europäischen Union übernommen und für den Konzern relevant und verpflichtend waren.

Der Konzernabschluss der LBBW wurde am 14. März 2017 durch den Vorstand zur Veröffentlichung genehmigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

1. Grundsätze.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Die Rechnungslegung im LBBW-Konzern erfolgt gemäß IFRS 10.19 und IAS 28.35 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Diese wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Jahresabschlüsse der konsolidierten bzw. at Equity bewerteten Gesellschaften werden grundsätzlich auf den Stichtag des Konzernabschlusses der LBBW aufgestellt. Nur bei zwei Gesellschaften liegt ein abweichender Abschlussstichtag vor. Auch in diesen Fällen erfolgt die Berücksichtigung im vorliegenden Konzernabschluss mit den Werten zum 31. Dezember 2016.

Die funktionale Währung der LBBW sowie die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge im vorliegenden Konzernabschluss sind in der Regel auf Mio. EUR kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen geringfügige Abweichungen ergeben, die keine Einschränkungen der Berichtsqualität darstellen. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

Der Konzernabschluss wird auf Basis historischer bzw. fortgeführter Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) erstellt. Der Fair Value wird für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Finanzanlagen der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale – AfS) und die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, verwendet.

Die Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen erfolgt zeitanteilig. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden unter Anwendung einer der Effektivzinsmethode entsprechenden Vorgehensweise dargestellt.

Fremdkapitalkosten für qualifizierte Vermögenswerte (Vorräte, Anlagevermögen) werden aktiviert. Ein qualifizierter Vermögenswert ist ein nicht finanzieller Vermögenswert, für den ein beträchtlicher Zeitraum erforderlich ist, um ihn in seinen beabsichtigten Gebrauchs- oder Verkaufszustand zu versetzen.

Im Konzern bestehen langfristige Fertigungsaufträge. Aufgrund der Unwesentlichkeit dieser Geschäfte für den Konzernabschluss werden jedoch keine weiteren Angaben dargestellt.

2. Änderungen und Schätzungen.

Erstmals angewendete IFRS.

Im Geschäftsjahr 2016 sind die folgenden IFRS erstmalig anzuwenden:

Annual Improvements to IFRS 2010 – 2012 Cycle, Annual Improvements to IFRS 2012 – 2014 Cycle.

Diese im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedeten Sammelstandards sind Instrumente des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Defined Benefit Plans: Employee Contributions – Amendments to IAS 19.

Dieser Standard stellt klar, wie Beiträge, die die Mitarbeiter (oder dritte Parteien) selbst für die Leistungsbausteine entrichten, durch das zusagende Unternehmen zu bilanzieren sind. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Agriculture: Bearer Plants – Amendments to IAS 16 and IAS 41.

Dieser Standard ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen die Bilanzierung von fruchttragenden Pflanzen wie z. B. Weinstöcken als Sachanlagen. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Clarification of Acceptable Methods of Depreciation and Amortisation – Amendments to IAS 16 and IAS 38.

Dieser Standard stellt klar, dass erlösbasierte Abschreibungsmethoden den Verbrauch von Sachanlagen oder immateriellen Vermögenswerten in der Regel nicht angemessen abbilden. Lediglich bei immateriellen Vermögenswerten lassen die überarbeiteten Vorgaben unter bestimmten Voraussetzungen eine solche Abschreibungsmethode zu. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Accounting for Acquisitions of Interests in Joint Operations – Amendments to IFRS 11.

Dieser Standard stellt klar, dass erworbene Anteile an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellt, grundsätzlich auch den Vorgaben des IFRS 3 unterliegen. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Equity Method in Separate Financial Statements – Amendments to IAS 27.

Dieser Standard gestattet die Equity-Methode als weitere Bilanzierungsmöglichkeit für Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen im Einzelabschluss, sofern das berichterstattende Unternehmen diesen ebenfalls in Übereinstimmung mit den IFRS aufstellt. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Disclosure Initiative – Amendments to IAS 1.

Dieser Standard umfasst diverse Klarstellungen zur Beurteilung der Wesentlichkeit von Angabepflichten sowie zu Ausweis- und Gliederungsfragen. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Investment Entities: Applying the Consolidation Exception – Amendments to IFRS 10, IFRS 12 and IAS 28.

Dieser Standard enthält Klarstellungen zur Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht von Tochterunternehmen nach IFRS 10 sowie zu den korrespondierenden Angabepflichten nach IFRS 12. Betroffen sind Mutterunternehmen, die die Voraussetzungen einer Investmentgesellschaft im Sinne dieses Standards erfüllen. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

IFRS 9 Finanzinstrumente.

Mit Veröffentlichung des IFRS 9 »Finanzinstrumente« am 24. Juli 2014 hat der IASB die Reform seiner Rechnungslegungsvorschriften für Finanzinstrumente vorläufig abgeschlossen. Das Endorsement wurde am 29. November 2016 mit Bekanntgabe des IFRS 9 im Amtsblatt der Europäischen Union finalisiert. Die LBBW macht von der Möglichkeit Gebrauch, die Vorschriften zur Darstellung der Gewinne und Verluste finanzieller Verbindlichkeiten, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet designiert sind, bereits im Geschäftsjahr 2016 freiwillig vorzeitig anzuwenden (siehe Note 57).

Zukünftig anzuwendende IFRS.

Die folgenden IFRS waren bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht in Kraft getreten. Sofern nicht anders vermerkt, ist bei diesen IFRS eine Anerkennung in europäisches Recht bereits erfolgt und keine freiwillige vorzeitige Anwendung durch die LBBW beabsichtigt:

IFRS 14 Regulatory Deferral Accounts.

Dieser Standard erlaubt preisregulierten Unternehmen beim Übergang auf IFRS die Beibehaltung von nationalen Bilanzierungsregeln zu regulatorischen Abgrenzungsposten.

Die Europäische Kommission hat entschieden, diesen Standard nicht in europäisches Recht zu übernehmen.

Disclosure Initiative – Amendments to IAS 7.

Dieser Standard ergänzt die bestehenden Angabepflichten zur Kapitalflussrechnung, um die Veränderung der Verschuldung aus der Finanzierungstätigkeit eines Unternehmens transparenter darzustellen.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2017 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung dieses IFRS werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Annual Improvements to IFRS 2014 – 2016 Cycle.

Diese im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedeten Sammelstandards sind Instrumente des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2017 (IFRS 12) und 2018 (IFRS 1 und IAS 28) anzuwenden. Daraus resultieren keine wesentlichen Anforderungen für die LBBW. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Recognition of Deferred Tax Assets for Unrealised Losses – Amendments to IAS 12.

Dieser Standard stellt klar, dass aktive latente Steuern auch auf abzugsfähige temporäre Differenzen anzusetzen sind, die sich aus unrealisierten Verlusten der zum Zeitwert bewerteten Schuldinstrumenten ergeben. Es erfolgen auch Klarstellungen hinsichtlich der Berücksichtigung wahrscheinlicher Erlöse durch die Realisierung von Vermögenswerten, die den IFRS-Buchwert dieser Vermögenswerte zum Stichtag überschreiten und zur Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus abzugsfähigen temporären Differenzen mittels einer steuerlichen Planungsrechnung.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2017 anzuwenden. Eine rückwirkende Anwendung ist möglich. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt. Auswirkungen ergeben sich nicht, da die LBBW diese Grundsätze bereits anwendet.

IFRS 9 Finanzinstrumente.

Mit Veröffentlichung des IFRS 9 »Finanzinstrumente« am 24. Juli 2014 hat der IASB die Reform seiner Rechnungslegungsvorschriften für Finanzinstrumente vorläufig abgeschlossen. Das Endorsement wurde am 29. November 2016 mit Bekanntgabe des IFRS 9 im Amtsblatt der Europäischen Union finalisiert. IFRS 9 vollumfänglich anwenden wird die LBBW erstmalig, abgesehen vom Wahlrecht zur Darstellung von Gewinnen und Verlusten der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten, im Geschäftsjahr 2018. Die im Rahmen eines Anpassungsprojekts auf IFRS 9 bearbeiteten Änderungen an IT-Systemen und Prozessen erfolgen im LBBW-Konzern planmäßig.

Einstufung – Finanzielle Vermögenswerte.

IFRS 9 enthält einen neuen Klassifizierungs- und Bewertungsansatz für finanzielle Vermögenswerte, welcher das Geschäftsmodell, in dessen Rahmen die Vermögenswerte gehalten werden, sowie die individuellen Eigenschaften ihrer Cashflows widerspiegelt. Insgesamt enthält der neue Standard drei Einstufungskategorien für finanzielle Vermögenswerte: zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderung in der Gewinn- und Verlustrechnung bewertet (FVTPL) sowie zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderung im sonstigen Ergebnis bewertet (FVOCI). Folgende IAS 39-Kategorien werden durch IFRS 9 eliminiert und in die neuen Einstufungskategorien überführt: bis zur Endfälligkeit zu halten (HtM), Kredite und Forderungen (LaR) sowie zur Veräußerung verfügbar (AfS). Derivate, die in Verträgen eingebettet sind, bei denen die Basis ein finanzieller Vermögenswert im Anwendungsbereich des Standards ist, werden nach IFRS 9 nicht mehr getrennt bilanziert. Stattdessen wird das hybride Finanzinstrument insgesamt im Hinblick auf die Einstufung beurteilt.

Auf Basis des IFRS 9 ist daher künftig eine Bewertung finanzieller Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten immer dann möglich, wenn der Vermögenswert die Merkmale einer klassischen Kreditbeziehung erfüllt und einem Portfolio angehört, das bis zur Fälligkeit gehalten werden soll. Weist der finanzielle Vermö-

genswert nicht die Merkmale einer klassischen Kreditbeziehung auf oder gehört er einem Portfolio an, das nur finanzielle Vermögenswerte mit Verkaufsabsicht umfasst, dann erfolgt die Bewertung erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert. Eine erfolgsneutrale Bewertung zum beizulegenden Zeitwert ist geboten, wenn der finanzielle Vermögenswert die Merkmale einer klassischen Kreditbeziehung erfüllt und einem Portfolio von finanziellen Vermögenswerten angehört, das sowohl finanzielle Vermögenswerte mit Halteabsicht umfasst als auch solche mit Verkaufsabsicht.

Die bislang im Anpassungsprojekt durchgeführten Analysen im Hinblick auf die Auswirkungen aus den geänderten Klassifizierungsvorschriften lassen für die LBBW folgende erste Schlüsse zu:

- Das Kreditportfolio wird weiterhin nahezu vollständig zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden.
- Wertpapiere, die bislang der Kategorie Zur Veräußerung verfügbar angehören und erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, sind künftig teilweise zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten.
- Für strategische Beteiligungen der LBBW, die langfristig gehalten werden sollen, werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet, da in diesen Fällen voraussichtlich weiterhin von der Möglichkeit einer erfolgsneutralen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert Gebrauch gemacht wird.

Wertminderung – Finanzielle Vermögenswerte.

Die größten Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage werden bei der LBBW aus den überarbeiteten Vorgaben zur Risikoversorge erwartet. Die Höhe der Risikoversorge wird künftig für sämtliche finanzielle Vermögenswerte, die einerseits Schuldinstrumente darstellen und andererseits nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, nach einheitlichen Regeln ermittelt und nicht mehr wie bislang nach gesonderten Vorgaben je Bewertungskategorie. Damit einhergehend sind ab dem Geschäftsjahr 2018 nicht mehr nur die Verluste aus eingetretenen Ausfallereignissen (sog. incurred loss) zu erfassen, sondern zusätzlich auch die bereits erwarteten Verluste (sog. expected loss). Dies erfordert erhebliche Ermessensentscheidungen bezüglich der Frage, inwieweit die erwarteten Kreditausfälle durch Veränderungen von wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst werden.

Zunächst sind die erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus möglichen Verlustereignissen der nächsten zwölf Monate resultieren. Bei einem wesentlichen Anstieg des Ausfallrisikos des einzelnen finanziellen Vermögenswerts seit bilanziellem Zugang sind sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts unmittelbar anzusetzen. Als Konsequenz dieses Paradigmenwechsels wird die Risikoversorge in der Gesamtbetrachtung künftig tendenziell früher gebildet werden und insgesamt höher ausfallen als nach den Wertminderungsvorschriften des IAS 39. Mit dem Anstieg des Risikoversorgebestands ist auch eine Erhöhung der aktiven latenten Steuern verbunden, die die Risikoversorgemaßnahmen sowohl in der Gewinn- und Verlustrechnung als auch im Eigenkapital teilweise kompensieren.

Konkret auf die LBBW bezogen, besteht nach heutigen Erkenntnissen – abgeleitet aus dem aktuellen Fortschritt des Anpassungsprojekts – folgende Erwartungshaltung: Der Risikoversorgebestand der LBBW wird künftig dauerhaft auf einem höheren Niveau als heute liegen. Erste Simulationsrechnungen zeigen, dass dieser Anstieg insbesondere auf Kunden und Emittenten zurückzuführen sein wird, deren Bonität sich über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts deutlicher verschlechtert hat, als dies in Prognosen angenommen wurde. Auch bei lang laufenden Finanzierungen ist tendenziell eine höhere Risikoversorge zu erwarten. Bei Schuldnern mit stabiler Bonität sowie bei sich bereits im Ausfall befindlichen Schuldnern werden hingegen keine wesentlichen Auswirkungen erwartet. Unter Berücksichtigung von latenten Steuern und des aktuell bestehenden Wirtschaftsumfelds wird aus der Erstanwendung des IFRS 9 kein wesentlicher Effekt auf das bilanzielle bzw. regulatorische Eigenkapital der LBBW erwartet.

Einstufung – Finanzielle Schulden.

IFRS 9 behält die bestehenden Anforderungen des IAS 39 für die Einstufung von finanziellen Schulden weitgehend bei. Nach IAS 39 werden jedoch alle Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Schulden, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet bestimmt (FVO) wurden, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wohingegen diese Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts nach IFRS 9 grundsätzlich wie folgt dargestellt werden:

- Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts, die auf Änderungen des Kreditrisikos der Schuld zurückzuführen ist, wird im sonstigen Ergebnis (OCI) dargestellt.
- Die verbleibende Veränderung des beizulegenden Zeitwerts wird in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

Bilanzierung von Sicherungsgeschäften.

Der IASB hat auch die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen überarbeitet. Allerdings betreffen diese Änderungen nicht die Vorgaben für die bilanzielle Abbildung von Maßnahmen zur Absicherung von Portfolien gegen Zinsänderungsrisiken. Da die LBBW das Wahlrecht in Anspruch nehmen wird, diese Sicherungsstrategien weiterhin nach den Vorgaben des IAS 39 zu bilanzieren, ergeben sich zumindest aus den neuen Vorschriften zu

Sicherungsbeziehungen keine wesentlichen Auswirkungen. Selbiges gilt für die Änderung außerhalb des Portfolio Hedge Accountings. Gleichwohl können sich aber aufgrund der Neuklassifizierung von Grundgeschäften auch ohne Wechsel der relevanten Bilanzierungsnormen insgesamt Ergebniseffekte aus der Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen ergeben, die nach aktueller Einschätzung als unwesentlich beurteilt werden.

Übergang.

IFRS 9 beinhaltet das Wahlrecht, Vergleichsinformationen für vorhergehende Perioden hinsichtlich der Einstufung und Bewertung (einschließlich der Wertminderung) nicht anzupassen. Der LBBW-Konzern nutzt dieses Wahlrecht in der Gestalt, dass eine freiwillige Anpassung der Vorjahreszahlen nicht beabsichtigt ist.

IFRS 15 Revenue from Contracts with Customers, Effective Date of IFRS 15.

Dieser Standard beinhaltet die neuen Regelungen zur Umsatzrealisierung und ersetzt IAS 18 »Umsatzerlöse« und IAS 11 »Fertigungsaufträge« sowie einige zugehörige Interpretationen. Er erfasst Verträge mit Kunden über den Verkauf von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen. Ausnahmen bestehen u. a. für Finanzinstrumente und Leasingverträge.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2018 retrospektiv anzuwenden. Der Anwendungsbereich sowie die Auswirkungen der Erstanwendung des IFRS 15 wurden im Rahmen einer Vorstudie für den Konzern untersucht. Es wurden keine Sachverhalte identifiziert, die im Vergleich zu IAS 18 zu einer abweichenden Bilanzierung führen würden. Darüber hinaus wurden im Konzern keine Anwendungsfälle für den IAS 11 identifiziert, die nach IFRS 15 abweichend bilanziert werden müssten. Mit Ausnahme von zusätzlichen Notesangaben nach IFRS 15 werden keine Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss erwartet.

Clarifications to IFRS 15.

Die Änderungen enthalten Klarstellungen zu verschiedenen Regelungen des IFRS 15 sowie Vereinfachungen bezüglich des Übergangs auf den neuen Standard. Des Weiteren werden zwei Erleichterungen für die erstmalige Anwendung eingeführt. Diese betreffen die Darstellung von Verträgen, die vor dem Beginn der frühestens dargestellten Periode geändert oder vor dieser Periode abgeschlossen wurden.

Diese Änderungen sind im Rahmen der Vorstudie für IFRS 15 berücksichtigt und voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Classification and Measurement of Share-based Payment Transactions – Amendments to IFRS 2.

Dieser Standard umfasst diverse Klarstellungen in Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen.

Diese Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Da die Vergütungsmodelle der LBBW nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 2 »Anteilsbasierte Vergütung« fallen, ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Applying IFRS 9 Financial Instruments with IFRS 4 Insurance Contracts – Amendments to IFRS 4.

Dieser Standard regelt die Erstanwendung des IFRS 9 für Unternehmen, die IFRS 4 auf bestehende Versicherungsverträge anwenden.

Diese Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Da die Geschäfte der LBBW nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 4 »Versicherungsverträge« fallen, ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

IFRIC Interpretation 22 Foreign Currency Transactions and Advance Consideration.

Diese Interpretation des IFRS IC regelt die Umrechnung von Fremdwährungstransaktionen im Fall von geleisteten oder erhaltenen Vorauszahlungen und stellt klar, welcher Wechselkurs zu verwenden ist.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieser Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Transfers of Investment Property – Amendments to IAS 40.

Dieser Standard umfasst Klarstellungen in Zusammenhang mit der Nutzungsänderung zur Klassifizierung von Immobilien als »selbstgenutzt« oder »als Finanzinvestition gehalten«.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieser Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Sale or Contribution of Assets between an Investor and its Associate or Joint Venture – Amendments to IFRS 10 and IAS 28, Effective Date of Amendments to IFRS 10 and IAS 28.

Dieser Standard stellt klar, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture die Höhe der Erfolgserfassung davon abhängig ist, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen. Nach Veröffentlichung dieses Änderungsstandards stellte sich allerdings heraus, dass dieser nicht vollständig konsistent mit dem bestehenden Regelwerk der IFRS ist. Aus diesem Grund hat das IASB den Erstanwendungstermin auf unbestimmte Zeit verschoben, um sich im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Equity-Methode noch einmal mit derartigen Transaktionen zu beschäftigen. Auch der Übernahmeprozess für diesen Standard in europäisches Recht wurde bis auf Weiteres ausgesetzt.

Eine Aussage zum Erstanwendungszeitpunkt oder zu den Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung des künftigen Standards kann daher gegenwärtig nicht getroffen werden. Auf Basis des bisherigen Standards hätten sich jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

IFRS 16 Leases.

Dieser Standard enthält die neuen Vorgaben für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen und ersetzt den bisherigen IAS 17 sowie die zugehörigen Interpretationen IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27. Während die Regelungen für den Leasinggeber weiterhin stark an IAS 17 angelehnt sind, folgen die Vorgaben für den Leasingnehmer künftig einem vollkommen neuen Ansatz, der die Aktivierung eines Nutzungsrechts sowie die barwertige Erfassung der künftigen Leasingzahlungen als Leasingverbindlichkeit vorsieht.

Diese Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2019 anzuwenden. Der Anwendungsbereich sowie die Auswirkungen der Erstanwendung des IFRS 16 werden derzeit im Rahmen einer Vorstudie für den Konzern untersucht. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Anpassungen.

Für die Ermittlung der im Konzernabschluss angesetzten Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen wurden in Übereinstimmung mit den betreffenden Rechnungslegungsstandards Schätzungen vorgenommen und Annahmen getroffen. Diese beruhen auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Vermögens- und Finanzlage auswirken bzw. die Ertragslage beeinflussen.

Darüber hinaus wurden bei der Abschlusserstellung Ermessensentscheidungen bezüglich der Festlegung des Konsolidierungskreises, der Klassifizierung der Finanzinstrumente, der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, der Leasingverhältnisse und der Zuordnung zu den Levels nach IFRS 13 getroffen.

Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Annahmen auf die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie die Bilanzierung und Bewertung von Nachrangkapital, Rückstellungen und latenten Steuern. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Cashflows vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt.

Die Schätzungen und Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend prospektiv angepasst.

Im Geschäftsjahr wurden entsprechend IAS 8.39 folgende Schätzungsänderungen prospektiv vorgenommen:

- Aufgrund des Portfolioansatzes und der Tatsache, dass nicht für alle im Portfolio befindlichen Instrumente ein aktiver Markt vorhanden ist, wurde die Bewertung aktienbasierter Derivate vollumfänglich auf eine Modellbewertung umgestellt. Aus dieser Änderung resultiert ein Ertrag von 7 Mio. EUR.

- Die Berücksichtigung makroökonomischer Faktoren bei der Ermittlung der PD (Probability of Default) wurde erweitert. Die Modelle erlauben nun eine bessere Prognose der Ausfallraten mit einem zeitlichen Vorlauf von über einem Jahr. Diese Anpassung führt zu einer ergebniswirksamen Erhöhung der pauschalen Risikovorsorge von 9 Mio. EUR.

Die Auswirkungen der in der Berichtsperiode umgesetzten Schätzänderungen auf zukünftige Berichtsperioden sind insbesondere abhängig von der Entwicklung von Marktparametern und -erwartungen in der Zukunft. Somit ist eine quantitative Bestimmung der Auswirkungen auf zukünftige Berichtsperioden nur modellhaft und eingeschränkt möglich.

Im Rahmen einer Weiterentwicklung bei Analyse und Ausweis wurden zur besseren wirtschaftlichen Darstellung im Konzernabschluss 2016 zum einen Zinserträge und -aufwendungen aus Derivaten in Höhe von 4,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 2,5 Mrd. EUR) miteinander verrechnet und zum anderen die Umgliederung und der verursachungsgerechte Ausweis direkter Anschaffungsnebenkosten von Handelsgeschäften beschlossen. Diese werden im aktuellen Geschäftsjahr i. H. v. 15 Mio. EUR nicht mehr im Provisionsergebnis, sondern im Handelsergebnis ausgewiesen. Zur besseren Übersichtlichkeit und Klarheit wurden die Vorjahreswerte entsprechend angepasst und eine Umgliederung i. H. v. 18 Mio. EUR vorgenommen. Auswirkungen auf das Jahresergebnis oder die Bilanz ergeben sich aus den genannten Anpassungen nicht.

3. Konsolidierungskreis.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen – 110 Tochterunternehmen, davon 10 strukturierte Einheiten (Vorjahr: 121 Tochterunternehmen, davon 13 strukturierte Einheiten) einbezogen.

Tochterunternehmen sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschung liegt vor, wenn das Unternehmen (I) direkt oder indirekt Verfügungsgewalt über die relevanten Aktivitäten eines Unternehmens besitzt, (II) variable Rückflüsse aus einem Unternehmen vereinnahmt oder Anrechte auf variable Rückflüsse besitzt und (III) seine Verfügungsgewalt über das Unternehmen nutzen kann, um die Höhe seiner variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Bei der Beurteilung, ob die LBBW einen beherrschenden Einfluss ausübt, sind insbesondere Zweck und Gestaltung sowie die relevanten Aktivitäten des Unternehmens zu berücksichtigen.

Sind Stimmrechte für die Steuerung der relevanten Aktivitäten maßgeblich, wird von Beherrschung durch die LBBW ausgegangen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, es sei denn, es gibt Anzeichen, dass mindestens ein anderer Investor (beispielsweise aufgrund von gesetzlichen Regelungen oder Vereinbarungen) über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Aktivitäten einseitig zu bestimmen.

In Fällen, in denen die LBBW nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, sie aber über die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Aktivitäten verfügt, wird ebenfalls von Verfügungsmacht ausgegangen. Relevant ist dies insbesondere in Bezug auf strukturierte Unternehmen (u. a. von der LBBW initiierte Vertriebsplattformen oder von der LBBW aufgesetzte Fonds), bei denen nicht Stimmrechte oder vergleichbare Rechte der dominierende Faktor bei der Festlegung der Beherrschung sind. Bei der Beurteilung, ob eine Beherrschungsmöglichkeit vorliegt, werden daher auch folgende weitere Faktoren berücksichtigt:

- Die Stimmrechte beziehen sich lediglich auf Verwaltungsaufgaben; die relevanten Aktivitäten werden hingegen durch Vertragsvereinbarungen geregelt.
- Der LBBW kommt durch Wahrnehmung verschiedener Funktionen und die ihr entsprechend zustehenden Rechte in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu.
- Die LBBW trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse, u. a. aus gestellten Liquiditätslinien sowie aus Zins- und Entgeltzahlungen.

Bei durch die LBBW beherrschten Vertriebsplattformen beziehen sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben; die relevanten Aktivitäten werden hingegen durch Vertragsvereinbarungen geregelt. Der LBBW kommt durch die Wahrnehmung verschiedener Funktionen und die ihr entsprechend zustehenden Rechte in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu. Sie trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse aus gestellten Liquiditätslinien sowie der Vereinnahmung von Entgelten. In einer Gesamtbetrachtung wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die LBBW diese Vertriebsvehikel beherrscht.

Bei einigen Projektgesellschaften, an denen die LBBW nicht die Mehrheit der Stimmrechte hält, kommt der LBBW aufgrund der Finanzierungsstruktur in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu. Sie trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse aus der Finanzierung dieser Gesellschaften. In einer Gesamtbetrachtung wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die LBBW diese Gesellschaften beherrscht.

Darüber hinaus können weitere Faktoren, wie z. B. das Vorliegen einer Prinzipal-Agenten-Beziehung, zur Beherrschung führen. Handelt eine andere Partei mit Entscheidungsrechten als Agent für die LBBW, beherrscht diese das Unternehmen nicht, da sie lediglich Entscheidungsrechte ausübt, die durch die LBBW als Prinzipal delegiert

wurden und somit der LBBW zuzurechnen sind. Ist die LBBW lediglich als Agent für eine andere Partei tätig, führt dies nicht zu einer Beherrschung des Unternehmens durch die LBBW.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt und das Tochterunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt oder die planmäßige Auflösung der Tochtergesellschaft begonnen hat.

Die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen wird regelmäßig bzw. anlassbezogen überprüft. Änderungen der Eigentums- und Kapitalstruktur sowie Änderungen von vertraglichen Vereinbarungen in Bezug auf Einflussrechte führen zu einer Neubeurteilung der Beherrschungsmöglichkeit. Weitere Anlässe für eine Neubeurteilung sind Ereignisse, die zu einer Änderung der Beherrschungsfaktoren führen.

Folgende Tochterunternehmen und strukturierte Einheit wurden 2016 erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen:

- Radon Verwaltungs-GmbH
- Rheinallee V Komplementär GmbH
- Rheinallee V GmbH & Co. KG
- LBBW Unternehmensanleihen Euro Offensiv

Folgende Tochterunternehmen und strukturierte Einheiten wurden im Berichtszeitraum entkonsolidiert:

- EAST Portfolio s.r.o.
- Zorilla Mobilien-Leasing GmbH
- BW Capital Markets Inc.
- Turtle Beteiligungs-Portfolio GmbH
- Turtle Beteiligungs-Hannover-City GmbH
- Turtle Beteiligungs-Ehningen II GmbH
- Turtle Ehningen II GmbH & Co. KG
- LEG Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH
- VVS II GmbH & Co. KG
- VVS II Verwaltungs-GmbH
- Bahnhofplatz Objekt-GmbH & Co. KG
- Kyma Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Löhr's Carré KG
- BW Bank Capital Funding LLC I
- BW Bank Capital Funding Trust I
- aiP Isarauen GmbH & Co. KG

Es werden sieben Gemeinschaftsunternehmen (Vorjahr: acht Gemeinschaftsunternehmen) und fünf assoziierte Unternehmen (Vorjahr: sechs assoziierte Unternehmen) nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) sind gemeinsame Vereinbarungen, bei denen die LBBW und andere Parteien, die gemeinschaftlich die Beherrschung über die Vereinbarung ausüben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen.

Eine gemeinsame Vereinbarung ist eine Vereinbarung, bei der zwei oder mehr Vertragsparteien (I) über eine vertragliche Vereinbarung miteinander verbunden sind und (II) gemeinschaftliche Beherrschung über das Beteiligungsunternehmen ausüben. Eine gemeinsame Vereinbarung kann ein Gemeinschaftsunternehmen oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit sein. Im LBBW-Konzern existieren ausschließlich Gemeinschaftsunternehmen.

Gemeinschaftsunternehmen werden ab dem Zeitpunkt nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, an dem der Konzern zusammen mit mindestens einer anderen Partei gemeinschaftliche Beherrschung erlangt und das Gemeinschaftsunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Einbeziehung nach der Equity-Methode endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Beherrschung mehr vorliegt oder das Gemeinschaftsunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien nicht mehr erfüllt.

Mit Auflösung des folgenden Gemeinschaftsunternehmens wurde die Bewertung nach der Equity-Methode beendet:

- TCD LEG / FOM GbR

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der LBBW-Konzern über einen maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der LBBW zwischen 20% und 50% (widerlegbare Assoziierungsvermutung) oder bei eindeutigem Assoziierungsnachweis und

einem Stimmrechtsanteil der LBBW von weniger als 20%. Die Assoziierungsvermutung bei einem von der LBBW gehaltenen Stimmrechtsanteil von mindestens 20% kann durch Beschränkungen des Einflusses widerlegt werden.

Als Assoziierungsnachweis oder zur Widerlegung der Assoziierungsvermutung werden z. B. bestehende ausüb- bare bzw. wandelbare potenzielle Stimmrechte, die Vertretung in Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen, die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen, einschließlich der Teilnahme an Entscheidungen über Dividenden oder sonstige Ausschüttungen, sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem (potenziellen) assoziierten Unter- nehmen berücksichtigt.

Assoziierte Unternehmen werden ab dem Zeitpunkt nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezo- gen, an dem der Konzern einen maßgeblichen Einfluss erlangt und das assoziierte Unternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Einbeziehung nach der Equity-Methode endet mit dem Zeit- punkt, zu dem keine Möglichkeit zur maßgeblichen Einflussnahme mehr vorliegt oder das assoziierte Unterneh- men quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien nicht mehr erfüllt.

Die Anteile an dem folgenden assoziierten Unternehmen wurden im Geschäftsjahr veräußert:

- Bauland Krufit Süd GmbH

Auf die Einbeziehung von 100 Tochterunternehmen (Vorjahr: 123 Tochterunternehmen), deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns einzeln und insgesamt von nur untergeordneter Bedeu- tung ist, wurde verzichtet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften sowie um Start-up-Finanzierungen aus dem Beteiligungsbereich. Die Anteile an diesen Unternehmen werden entweder zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

4. Konsolidierungsgrundsätze.

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und Zweckgesellschaften erfolgt nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 10.B86 i. V. m. IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt bzw. zum Zeitpunkt der Erlangung des beherr- schenden Einflusses mit ihren Fair Values angesetzt. Die neubewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen und in den Folgeperioden entspre- chend den anzuwendenden Standards behandelt.

Ein sich bei Ersterwerb aus der Verrechnung der Anschaffungskosten für den Unternehmenszusammenschluss mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktivischer Unterschiedsbetrag wird als Goodwill (beteiligungsproportionaler Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der nicht den Anteilseignern zustehende Anteil am Eigenkapital bzw. am Ergebnis der vollkonsolidierten Gesellschaf- ten des LBBW-Konzerns wird im Posten Nicht beherrschende Anteile gesondert im Eigenkapital bzw. im Posten Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungs- verkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung bzw. der Zwischenergebniseliminierung bereinigt.

Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezo- gen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns nicht von unter- geordneter Bedeutung sind. Das anteilige Ergebnis der at Equity bewerteten Unternehmen wird zeitgleich im Konzernabschluss erfasst. Die Bewertung der Anteile an den at Equity bewerteten Unternehmen erfolgt mit dem anteiligen Eigenkapital zuzüglich Goodwill und fortgeführter stiller Reserven.

5. Währungsumrechnung.

Die Währungsumrechnung im Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Für jede Konzerngesellschaft der LBBW wird die funktionale Währung festgelegt. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet und in die Berichtswährung (Euro) umgerechnet.

Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Wäh- rung und der Fremdwährung zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete, nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Zum Fair Value bewertete, nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Fair-Value-Bewertung (Stichtagskurs) umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Aus- nahmen bilden nicht monetäre Posten, deren Fair-Value-Änderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Hieraus resultierende Umrechnungsdifferenzen werden in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der konsolidierten Unternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Unternehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Die Umrechnung des Eigenkapitals erfolgt zu historischen Kursen. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden im Sonstigen Ergebnis (Rücklage aus Währungsumrechnung) angesetzt.

Die zum Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen im LBBW-Konzern lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 EUR	31.12.2016	31.12.2015
USD	1,0548	1,0914
GBP	0,8535	0,7358
SGD	1,5238	1,5446
JPY	123,0150	131,5500
CZK	27,0195	27,0160
MXN	21,7263	18,9315
RUB	64,4035	79,8531
CHF	1,0719	1,0808

6. Finanzinstrumente.

Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Rechte auf Cash-flows aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substantiellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, wird der übertragene Vermögenswert ausgebucht, wenn die Verfügungsmacht, d. h. die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, wird der Vermögenswert dem Umfang des anhaltenden Engagements entsprechend weiterhin ausgewiesen. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Finanzielle Verpflichtungen werden bei Erlöschen der Verpflichtung (in der Regel durch Tilgung) ausgebucht.

Neben den folgenden Ausführungen zu den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Finanzinstrumenten befinden sich weitere Erläuterungen, insbesondere zu IFRS 13, in den Notes 54 ff.

Finanzielle Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Innerhalb dieser IAS 39-Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als zu Handelszwecken gehalten (Held for Trading – HfT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet eingestuft werden (Designated at Fair Value/Fair-Value-Option – FVO). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als zu Handelszwecken gehalten werden derivative Finanzinstrumente, Geldmarktgeschäfte, Wertpapiere und Schuldscheindarlehen klassifiziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Dieser Unterkategorie sind diejenigen derivativen Finanzinstrumente (unterteilt in Handelsderivate und ökonomische Hedgingderivate) zugeordnet, welche zu Handelszwecken eingesetzt werden oder in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehen und nicht den IAS 39-Anforderungen aus dem Hedge Accounting genügen. Finanzinstrumente der Kategorie Held for Trading werden unter den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ausgewiesen. Der Ausweis der nicht realisierten Bewertungsergebnisse sowie der realisierten Gewinne und Verluste erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

In der Unterkategorie Fair-Value-Option werden solche Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht mit Handelsabsicht erworben bzw. gehalten, aber erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Der Fair-Value-Option zugeordnet sind Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten, bei denen auf eine Abspaltung verzichtet wird. Außerdem wird die Fair-Value-Option verwendet, um Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung von Finanzinstrumenten zu beseitigen oder erheblich zu verringern. Bei den zusam-

mengesetzten Finanzinstrumenten handelt es sich überwiegend um eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen, die mit Derivaten der Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und/oder Devisen strukturiert sind. Bei zur Beseitigung von Bewertungsinkongruenzen der Fair-Value-Option zugeordneten Finanzinstrumenten handelt es sich um Wertpapiere und damit in Zusammenhang stehende Verbindlichkeiten, die ansonsten anderen Bewertungskonventionen als den damit in Zusammenhang stehenden Derivaten unterlegen hätten. Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie Fair-Value-Option zugeordnet wurden, werden in den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ausweis der Effekte aus Fair-Value-Änderungen der designierten Finanzinstrumente erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, wobei die auf Veränderungen der eigenen Bonität zurückführbaren Ergebnisanteile erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis gezeigt werden.

Die laufenden Erträge der als zu Handelszwecken gehaltenen und der als erfolgswirksam zum Fair Value eingestuften Finanzinstrumente sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).

Die Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhaltet alle nicht derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Finanzinstrumente der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden im Posten Finanzanlagen erfasst. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis wird im Sonstigen Ergebnis in der Unterposition Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente Available for Sale (AFS) ausgewiesen. Beim Eintritt einer Wertminderung (Impairment) bzw. bei der Realisierung von Bewertungsergebnissen erfolgt eine Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden in der Gewinn- und Verlustrechnung (bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten), Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Für Fremdkapitalinstrumente wird zu jedem Bilanzstichtag bzw. beim Eintritt besonderer Ereignisse überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung auf einzelne finanzielle Vermögenswerte vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch, erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalles des Schuldners. Für Wertpapiere, die keine Verbriefungen darstellen, erfolgt die Identifikation über Ratingklassen (Default-Rating).

Für Eigenkapitalinstrumente liegt ein Impairment vor, wenn der Fair Value aufgrund einer signifikanten oder nachhaltigen Wertminderung unter die Anschaffungskosten fällt. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag um mindestens 20% unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung wird auch angenommen, wenn der Fair Value in einem Zeitraum von zwölf Monaten dauerhaft die Anschaffungskosten um mehr als 5% unterschreitet.

Erträge oder Aufwendungen aus der Währungsumrechnung sind bei Fremdkapitalinstrumenten (z. B. Anleihen, Schuldverschreibungen) im Devisenergebnis und bei Eigenkapitalinstrumenten (z. B. Aktien, Beteiligungen, Anteile an Unternehmen) in der Neubewertungsrücklage im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Beim Abgang eines Finanzinstruments sowie bei einem Impairment wird der in der Neubewertungsrücklage aufgelaufene Wertänderungsbetrag in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgebucht.

Stille Einlagen mit Verlustpartizipation werden ebenfalls als Finanzanlagen Available for Sale (AFS) kategorisiert und entsprechend zum Fair Value bewertet.

Derivate.

Im LBBW-Konzern werden derivative Finanzinstrumente zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung, zur Absicherung von Wertschwankungen von z. B. festverzinslichen Wertpapieren gegen eine Änderung des Marktinzinses sowie zur Sicherung von Credit Spreads bei Unternehmensanleihen eingesetzt. Derivative Finanzinstrumente dienen zusätzlich zur Deckung von Zins- oder sonstigen Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente als Handelsgeschäfte getätigt.

Zum Abschlussstichtag hat der LBBW-Konzern folgende Arten von Derivaten im bilanziellen Bestand:

- Forwards und Futures sind vertragliche Vereinbarungen über den Kauf oder Verkauf eines bestimmten Finanzinstruments zu einem bestimmten Preis und Zeitpunkt in der Zukunft. Forwards stellen nicht standardisierte Verträge dar, die auf dem OTC-Markt gehandelt werden. Futures sind Verträge über standardisierte Mengen und werden an Börsen gehandelt.
- Swaps sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, um Veränderungen von Zinsen und/oder Währungen auszutauschen und Zahlungen auf Basis von Nominalwerten bei bestimmten Ereignissen zu leisten.
- Kreditderivate sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, bei denen Ausgleichszahlungen vom Sicherungsgeber in Abhängigkeit von bonitätsinduzierten Ereignissen erfolgen. Der Sicherungsnehmer zahlt eine Prämie.
- Optionen sind vertragliche Vereinbarungen, die dem Käufer das Recht auf Kauf bzw. Verkauf von einem Finanzinstrument in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis und einem bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum gewähren.

Sicherungsgeschäfte im Sinne des IAS 39 (Hedge Accounting) werden unter den Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten (positive Marktwerte auf der Aktivseite) bzw. Verpflichtungen (negative Marktwerte auf der Passivseite) ausgewiesen.

Eingebettete Derivate.

Strukturierte Produkte sind Finanzinstrumente, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden (kumulativ zu erfüllenden) Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.
- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit denen des Basisvertrags verbunden.
- Die Vertragsnormen des eingebetteten Derivats würden die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

Wird das strukturierte Produkt für Bilanzierungszwecke getrennt, sind der Basisvertrag entsprechend seiner Kategorie und das eingebettete Derivat gesondert in der Kategorie Held for Trading auszuweisen. Die Bewertung des Basisvertrags ist gemäß der Kategorie, der dieser Basisvertrag zugeordnet würde, vorzunehmen. Die Bewertung des herausgetrennten eingebetteten Derivats erfolgt zum Fair Value, wobei die Wertänderung erfolgswirksam erfasst wird. Sind die Kriterien für eine Trennung der eingebetteten Derivate nicht erfüllt, sind der Basisvertrag und das eingebettete Derivat als ein Vermögenswert bzw. eine Verpflichtung zu bilanzieren und zu bewerten.

Hedge Accounting.

Zum Zeitpunkt der Designation einer Hedge-Beziehung wird der Sicherungszusammenhang dokumentiert. Die Dokumentation umfasst die eindeutige Benennung und Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäften, die Definition des abgesicherten Risikos, die Beschreibung der Sicherungsstrategie und der Risikomanagementzielsetzung sowie die Bestimmung der Methode zur Effektivitätsmessung. Gemäß den Regelungen des IAS 39 muss zu Beginn sowie während der gesamten Laufzeit erwartet werden, dass die Sicherungsbeziehung hoch effektiv ist. Zusätzlich hat regelmäßig eine retrospektive Überprüfung der Effektivität zu erfolgen. Eine Hedge-Beziehung gilt dann als effektiv, wenn die Wertänderungen aus Sicherungsgeschäft und dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80% und 125% liegt. Eine ineffektive Sicherungsbeziehung muss aufgelöst werden. Eine aufgelöste Sicherungsbeziehung kann für die restliche Laufzeit wieder neu designiert werden, wenn die Effektivitätsvermutung für die restliche Laufzeit gegeben ist (prospektiver Test).

Sind die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39.71 ff. erfüllt, wird bei der bilanziellen Behandlung unterschieden, ob es sich bei der Sicherungsbeziehung um die Absicherung des Fair Values oder um die Absicherung des Cashflows handelt. Fair Value Hedges dienen der Absicherung von Marktpreisrisiken und den damit verbundenen Marktwertänderungen. Sie existieren in Form von Mikro Fair Value Hedges und Portfolio Fair Value Hedges.

Beim Mikro Fair Value Hedge ist der Buchwert des abgesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam um die Marktwertänderung des abgesicherten Risikos anzupassen. Das gilt sowohl für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente als auch für die zum Fair Value bewerteten Grundgeschäfte, deren Wertänderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Die Änderungen des Fair Values des Grundgeschäfts, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt.

Die LBBW wendet den Portfolio Fair Value Hedge auf Zinsrisiken im Sinne des IAS 39 an. Die Vorschriften des Fair Value Hedges von Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis ermöglichen es, das bankinterne Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken nachzubilden. Die Portfolios enthalten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten, die in einem dynamischen Hedge-Accounting-Zyklus in regelmäßigen Abständen prospektiven und retrospektiven

Effektivitätsmessungen unterzogen werden. Die Einstellung der Cashflows in die zugehörigen Laufzeitbänder erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Fälligkeit.

Beim Portfolio Fair Value Hedge wird ein eigener Bilanzposten (Aktivisches bzw. Passivisches Portfolio Hedge Adjustment) gebildet, um die Bewertungseffekte der Grundgeschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, zu erfassen.

Die aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts resultierenden Bewertungsgewinne und -verluste kompensieren in der Regel den Bewertungseffekt aus den abgesicherten Grundgeschäften, die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind. Sie werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Der im Konzern in geringem Volumen eingesetzte Cashflow Hedge sichert das Risiko zukünftiger Zahlungsströme ab. Das Sicherungsgeschäft ist mit dem Fair Value in der Bilanz angesetzt. Der Anteil der Fair-Value-Änderung, der als effektiv gilt, wird im Sonstigen Ergebnis in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Der ineffektive Teil wird erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert, vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wurde, bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Wird ein Finanzinstrument zur Absicherung von Fair-Value-Änderungen eines Grundgeschäfts vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt, wird die im Buchwert des Grundgeschäfts enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über dessen Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen des Grundgeschäfts bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung bzw. Rückführung berücksichtigt.

Wertpapierpensions- und Leihegeschäfte.

Der LBBW-Konzern tätigt sowohl Wertpapierpensions- als auch Leihegeschäfte.

Derzeit werden im Konzern der LBBW nur echte Pensionsgeschäfte getätigt. Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Pensionsgeber weiterhin die in Pension gegebenen Vermögenswerte nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften und passiviert gleichzeitig in Höhe der erhaltenen Liquidität eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer. Als Pensionsnehmer aktiviert der LBBW-Konzern lediglich eine entsprechende Forderung an den Pensionsgeber.

Zinszahlungen im Rahmen eines Pensionsgeschäfts werden als Zinserträge bzw. -aufwendungen erfasst. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden aus den Wertpapieren hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Pensionsnehmer oder den Pensionsgeber begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Unter dem Begriff der Leihe werden Sachdarlehensgeschäfte verstanden, bei denen Wertpapiere oder andere Sachgüter (Rohstoffe) mit der Verpflichtung übereignet werden, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere bzw. Sachwerte gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Verleiher weiterhin die Wertpapiere und Sachgüter nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften. Als Entleiher weist der LBBW-Konzern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter nicht aus. Sofern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter an Dritte veräußert werden, wird ein Veräußerungserlös aktiviert und gleichzeitig eine Rückgabeverpflichtung unter den Handelspassiva bilanziert.

Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird entsprechend der IAS 39-Kategorie des Wertpapiers/Sachguts im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Entleiher oder den Verleiher begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Finanzgarantien.

Verpflichtungen aus von Konzernunternehmen ausgereichten Garantien betreffen Verträge, die zur Leistung von Zahlungen verpflichten, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Diese Verträge erfüllen die Voraussetzungen für eine Finanzgarantie im Sinne des IAS 39.9 und sind daher nicht als Derivat zu bewerten.

Die Bilanzierung von Finanzgarantien beim **Sicherungsnehmer** ist vom Anwendungsbereich des IAS 39 ausgeschlossen (IAS 39.IN6). Für den Sicherungsnehmer einer Finanzgarantie liegt eine Eventualforderung nach IAS 37 vor, die nicht aktiviert werden darf (IAS 37.31). Die gezahlte Prämie (einmalig oder rätierlich) für die Finanzgaran-

tie ist beim Sicherungsnehmer als Provisionsaufwand analog IAS 18.20 periodengerecht zu erfassen. Bei Eintritt des Garantieereignisses wird eine Forderung gegenüber dem Sicherungsgeber erfasst.

Der Erstantritt beim **Sicherungsgeber** erfolgt zum Fair Value als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten/Kunden, sobald der Sicherungsgeber Vertragspartei wird (unabhängig von der Fälligkeit von Prämienzahlungen). Der Fair Value setzt sich aus dem Barwert der erwarteten Leistungen und dem gegenläufigen Barwert der zukünftigen Prämienzahlungen zusammen. Zu marktgerechten Konditionen abgeschlossene Finanzgarantien weisen einen Fair Value von null auf. Für die Folgebewertung wird der höhere der beiden Beträge aus einer Bewertung nach IAS 37 und dem ursprünglich erfassten Betrag zugrunde gelegt, ggf. abzüglich der gemäß IAS 18 erfassten kumulierten Amortisationen.

Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit ergeben sich aus den Anschaffungskosten im Zugangszeitpunkt unter Berücksichtigung von Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag sowie abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).

Als Kredite und Forderungen (Loans and Receivables – LaR) werden alle nicht derivativen Finanzinstrumente kategorisiert, die mit festen oder bestimmbareren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie At Fair Value through profit and loss (aFV) designiert. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei objektiven Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Kredite und Forderungen auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend sind ggf. Wertberichtigungen erfolgswirksam zu berücksichtigen (siehe Note 6). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese über die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Obergrenze für Zuschreibungen bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertberichtigung ergeben hätten.

Als Kredite und Forderungen werden Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, die nicht der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet sind, klassifiziert. Unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, Schuldscheindarlehen, Tages- und Termingelder sowie Pensionsnehmergeschäfte bilanziert.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities).

Unter diese finanziellen Verbindlichkeiten fallen sämtliche finanziellen Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IAS 39, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Gemäß IAS 39 werden die in der LBBW gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Dabei werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen mit ihrem jeweiligen Rückkaufwert gegen die fortgeführten Anschaffungskosten der ausgegebenen Schuldverschreibungen aufgerechnet. Die Differenz zwischen Rückkaufpreis und fortgeführten Anschaffungskosten konzerneigener Schuldverschreibungen wird erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity).

Gegenwärtig nutzt der LBBW-Konzern die Kategorie Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity – HtM) nicht.

7. Aufrechnung.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit finanziellen Vermögenswerten bilanziell aufgerechnet, wenn ein durchsetzbarer Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

Wenn Vermögenswerte und Verpflichtungen, wie zurückgekauft eigene Emissionen, in der Bilanz saldiert dargestellt werden, sind die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufzurechnen, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

8. Barreserve.

Die Barreserve umfasst neben dem Kassenbestand und täglich fälligen Guthaben bei Zentralnotenbanken zusätzlich Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Alle Bestände sind zum Nennwert ausgewiesen.

9. Risikoversorge.

Der Posten Risikoversorge enthält Wertberichtigungen auf Finanzinstrumente, die unter Forderungen ausgewiesen werden. Hierunter fallen sämtliche Kredite, die nicht der Fair-Value-Bewertung unterworfen sind. Offene Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten sind hier nicht berücksichtigt.

Bei den Wertberichtigungen wird nach Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen sowie Portfoliowertberichtigungen unterschieden. Die Bildung einer Wertberichtigung erfolgt grundsätzlich bei Vorliegen von objektiven Hinweisen auf eine Wertminderung. Ist dies der Fall, so werden für signifikante Forderungen Einzelwertberichtigungen und für nicht signifikante Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Dazu wird laufend überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers. Liegen keine entsprechenden Hinweise vor, so werden dennoch Portfoliowertberichtigungen gebildet, da davon auszugehen ist, dass gewisse Risiken bereits eingetreten sind, aber diese noch nicht erkannt wurden. Sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen bei signifikanten Forderungen vorliegen, aber keine Einzelwertberichtigung zu bilden ist, da der Barwert der geschätzten Zahlungsströme mindestens dem Buchwert der Forderung entspricht, werden diese Forderungen ebenfalls in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen.

Die Höhe der Wertminderung wird als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der geschätzten Zahlungsströme ermittelt. Zur Ermittlung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme werden alle erwarteten Zahlungen aus der Forderung (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt geschätzt.

Der Zinsertrag aus wertberichtigten Forderungen beinhaltet nicht die vertraglich vereinbarten Zinserträge und die Abgrenzung etwaiger Disagien, sondern ergibt sich nach IFRS aus der Barwertänderung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (sogenanntes Unwinding) zum nächsten Bilanzstichtag. Der Zufluss erwarteter Zahlungseingänge vermindert sowohl den Forderungsbuchwert als auch die geschätzten Zahlungsströme; unerwartete Zahlungseingänge reduzieren hingegen erfolgswirksam die Risikovorsorge.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen werden als Produkt aus Buchwert (Kapitalsaldo, Rückstände und anteilige Zinsen), der Wahrscheinlichkeit, dass das Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt (PD), der individuellen Verlustquote unter Berücksichtigung von Sicherheiten (LGD), sowie bei den aktivisch abgesetzten Portfoliowertberichtigungen einem Faktor, der die Verzugsdauer im Informationsfluss (LIP) bewertet, berechnet.

Die Uneinbringlichkeit nicht wertberichtigter Forderungen oder Forderungsteile führt zu einer direkten Abschreibung (IAS 39.63). Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Forderungen werden ausgebucht, wenn diese uneinbringlich sind, ohne dass ein Surrogat an die Stelle der ausgefallenen Forderung tritt. Dies ist z. B. der Fall bei:

- Insolvenzfällen, wenn die Sicherheiten verwertet wurden oder mit keiner Insolvenzquote zu rechnen ist,
- gekündigten Engagements, wenn die Restforderungen uneinbringlich sind,
- vollständigem oder teilweisem Forderungsverzicht und
- Forderungsverkauf mit Verlust.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, als eigener Posten offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte wird hingegen im Posten Rückstellung im Kreditgeschäft gezeigt. Die Rückstellung im Kreditgeschäft wird angesetzt, wenn gegenwärtige Verpflichtungen bestehen und deren Erfüllung erwartungsgemäß mit einem Abfluss von Ressourcen verbunden ist. Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt in Höhe des Betrags, den die LBBW bei vernünftiger Betrachtung nach den Verhältnissen am Abschlussstichtag zur Erfüllung der Verpflichtung oder zu deren Übertragung an einen Dritten zahlen müsste.

10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Die at Equity bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen bzw. an Joint Ventures werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses bzw. bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. Dies umfasst auch den Goodwill aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens bzw. eines Joint Ventures. In den Folgejahren wird der bilanzierte at-Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Veränderungen der Neubewertungsrücklage des Beteiligungsunternehmens werden anteilig direkt im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Eine Anpassung des Equity-Werts ist ggf. aufgrund der Beteiligungsbewertung erforderlich. Der Werthaltigkeitstest erfolgt auf der Grundlage des IAS 39 und IAS 36.

Anteile an assoziierten Unternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind unter den Finanzanlagen bilanziert.

11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Der Buchwert langfristiger Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden (Veräußerungsgruppen), deren Veräußerung geplant ist, wird überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch eine fortgesetzte Nutzung realisiert.

Bei der kumulativen Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen sind die betroffenen Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren und getrennt von den anderen Vermögenswerten bzw. Schulden in der Bilanz auszuweisen. Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine höchstwahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten wird, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet. Ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten wird die planmäßige Abschreibung der Vermögenswerte eingestellt. Die Bewertung der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden sowie Veräußerungsgruppen erfolgt grundsätzlich gemäß den Vorschriften des IFRS 5. Vermögenswerte, die unter die Ausnahmenvorschriften des IFRS 5.5 fallen, werden gemäß den Vorschriften des jeweils einschlägigen Standards bewertet. Dementsprechend unterliegt die Fair-Value-Bewertung der relevanten Vermögenswerte dieses Bilanzpostens den gleichen Methoden, Parametern und Vorgehensweisen wie alle anderen zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte des LBBW-Konzerns. Der Ausweis der als zur Veräußerung gehalten klassifizierten Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen erfolgt gesondert in den Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen.

Das Ergebnis aus der Bewertung sowie das Ergebnis aus der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die nicht zu einem aufgegebenen Geschäftsbereich gehören, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital enthalten und werden nicht separiert. Sofern es sich um aufgegebenen Geschäftsbereiche handelt, ist das gesamte Ergebnis daraus separat im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen zu zeigen.

12. Immaterielle Vermögenswerte.

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden im Wesentlichen der Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) sowie erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Der Goodwill ergibt sich dabei als Überschuss des Kaufpreises über das zum Fair Value bewertete (anteilige) Reinvermögen des erworbenen Unternehmens unter Berücksichtigung latenter Steuern und wird den jeweils betroffenen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Das Segment Corporates ist im LBBW-Konzern die einzige zahlungsmittelgenerierende Einheit, in der ein Goodwill aktiviert war.

Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung wird mindestens ein Mal jährlich, sofern Anzeichen (Triggering Events, z. B. Änderungen des relevanten Marktumfelds, gesetzlicher Rahmenbedingungen, des technischen Umfelds, des Kapitalisierungszinssatzes sowie längerfristige negative Planergebnisse oder erhebliche Planunterschreitungen) für eine mögliche Wertminderung bestehen auch unterjährig, ein Werthaltigkeitstest (Impairment-Test) für den Goodwill durchgeführt.

Dabei wird der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, welche einen Goodwill ausweist, mit deren Buchwert verglichen. Der Buchwert wird über das der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnete Eigenkapital bestimmt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag auf der Grundlage des Nutzungswerts. Wenn der Nutzungswert den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit übersteigt, ist der Vermögenswert nicht wertgemindert und es ist nicht erforderlich, den Fair Value abzüglich Verkaufskosten zu schätzen. Der Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird neben den Ergebnisprognosen wesentlich von dem Kapitalisierungszinssatz determiniert, der den Ergebnisprognosen zugrunde gelegt wird, sowie in deutlich geringerem Maße von dem langfristigen Wachstumsabschlag. Liegt der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit unter ihrem Buchwert, ist ein Wertminderungsaufwand zu erfassen und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten Wertminderung Goodwill auszuweisen.

Der Konzern berechnet zur Ermittlung des erzielbaren Betrags zunächst den Nutzungswert als Barwert der künftigen Cashflows, der voraussichtlich aus dem Segment Corporates abgeleitet werden kann. Zur Ermittlung des Nutzungswerts wird ein konzerneigenes Bewertungsmodell verwendet. Berücksichtigt werden dabei die Besonderheiten des Bankgeschäfts sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, der nach Erfüllung der entsprechenden Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden kann.

Wesentliche Parameter für das Bewertungsmodell sind Ergebnisprognosen, die auf den Geschäftsplanungen basieren, welche vom Management für einen Fünfjahreszeitraum beschlossen wurden. Die für die Prognosen relevanten Ergebniskomponenten werden im Rahmen eines Top-Down-Verfahrens mit anschließender Bottom-Up-Validierung unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Rahmendaten und geschäftsfeldspezifischer Markt- und Wettbewerbsanalysen ermittelt.

Die Ergebnisprognosen bilden die Grundlage zur Ableitung eines nachhaltigen Ergebnisniveaus. Infolge der strategischen Neuausrichtung der Bank ist am Ende des Fünfjahreszeitraums noch nicht das Niveau nachhaltig erzielbarer Cashflows erreicht. Dieser Tatsache wird durch eine Anpassung der Cashflows am Ende des Planungszeitraums Rechnung getragen. Das Ergebnisniveau wird auf den Berechnungstichtag anhand des Kapitalisierungszinssatzes abgezinst.

Die angewandten Kapitalisierungszinssätze werden auf Basis des Capital Asset Pricing Models ermittelt, das einen risikolosen Basiszins, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Beta-Faktor) beinhaltet. Folgende externe Informationsquellen kommen zur Anwendung: Die Werte für den risikolosen Basiszins werden anhand der Svensson-Methode aus historischen Marktdaten ermittelt. Die Marktrisikoprämie wird anhand empirischer Daten festgelegt. Die Beta-Faktoren zur Abbildung der LBBW-spezifischen Risiken werden für relevante zahlungsmittelgenerierende Einheiten aus Beta-Faktoren von branchenspezifischen Vergleichsgruppen hergeleitet.

Bei der Validierung des ermittelten erzielbaren Betrags werden die wesentlichen Werttreiber der zahlungsmittelgenerierenden Einheit mindestens jährlich überprüft. Als Belastbarkeitstest der ermittelten erzielbaren Beträge werden die wesentlichen Parameter der Ergebnisprognosen einer Sensitivitätsprüfung unterzogen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten, d. h. abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien gemäß IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird, wie im Vorjahr, über drei bis zehn Jahre planmäßig linear abgeschrieben.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, hiervon ausgenommen Goodwill, werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus Wertaufholungen bei immateriellen Vermögenswerten, Goodwill hiervon aufgrund des Wertaufholungsverbots ausgenommen, werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang ausgebucht. Abgangsgewinne und -verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswerts. Zum Zeitpunkt der Ausbuchung ist der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang des Vermögenswerts erfolgswirksam zu erfassen. Für den Goodwill erfolgt dies in einem separaten Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung, für andere immaterielle Vermögenswerte erfolgt die Erfassung im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

An Dritte vermietete bzw. zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 gesondert in der Bilanz als »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien« ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbst genutzten Teile gesondert verkauft bzw. vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren Drittnutzung mehr als 80 % der Gesamtnutzung ausmacht, werden in ihrer Gesamtheit als »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien« ausgewiesen.

Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Diese können auch die direkten Fremdkapitalkosten beinhalten, sofern es sich bei den jeweiligen Objekten um sogenannte qualifizierte Vermögenswerte handelt. Die Folgebewertung erfolgt am Abschlussstichtag zum Fair Value. Dieser bestimmt sich in erster Linie aus Modellbewertungen. Zur Validierung des Fair Values aus den Modellbewertungen werden regelmäßig Gutachten für wesentliche Investment Properties eingeholt.

In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich die Schätzunsicherheiten aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung, Vermietung, Marktkonditionen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des Fair Values.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bilden die pro Objekt auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Zahlungsmittelüberschüsse. Die so ermittelten Ergebnisbeiträge werden durch Vergleichswerte von Maklerverbänden, Erfahrungswerte aus eigenen Verkäufen sowie Wertgutachten externer Sachverständiger plausibilisiert und verifiziert. Damit die entsprechenden Gutachten zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses vorliegen, wird für das aktuelle Jahr jeweils im letzten Quartal durch das verantwortliche Management festgelegt, für welche Objekte externe Gutachten in Auftrag gegeben werden. Gemäß

internen Vorgaben ist hierbei sicherzustellen, dass für die wesentlichen Objekte wenigstens alle drei Jahre ein Wertgutachten durch einen unabhängigen Sachverständigen erstellt wird.

Der Fair Value wird nach der Discounted-Cashflow-Methode auf der Grundlage folgender Annahmen berechnet. Als Bewertungsobjekt dient das jeweilige Gebäude als selbständige, strategische Geschäftseinheit. Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Planungszeitraum von zehn Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Planungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.

Bei Gewerbeimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Planungszeitraum die vertraglich vereinbarte Sollmiete bzw. nach Vertragsauslauf die objektspezifische Marktmiete zugrunde gelegt. Die Ermittlung erfolgt auf der Basis eines Bewertungstools, welches als Grundlage das Discounted-Cashflow-Verfahren verwendet.

Die Ermittlung zukünftiger Ausgaben erfolgt differenziert: Ausgaben für die Verwaltung basieren auf marktüblichen Sätzen. Mietausfallkosten werden in Abhängigkeit der Mieterbonität und Vertriebskosten pauschal auf Basis der Sollmieten ermittelt. Leerstands-, Neuvermietungskosten, Instandhaltungsaufwendungen und Instandhaltungsrückstände werden objektkonkret ermittelt, ggf. ergänzt um eigene Erfahrungswerte. Sind Erbbauzinsen zu berücksichtigen, werden diese individuell auf Basis bestehender Verträge errechnet.

Die Zahlungsmittelüberschüsse jeder Periode werden unter Anwendung eines marktgerechten, objektspezifischen Diskontierungszinssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Der Diskontierungszinssatz ergibt sich aus dem Kapitalisierungszinssatz zuzüglich eines prozentualen Risikoaufschlags. Der Kapitalisierungszinssatz berücksichtigt u. a. die Objektqualität, den Objekttyp sowie die Makro- und Mikrolage.

Ein Anstieg der zugrunde gelegten Marktmieten würde ceteris paribus zu einem Anstieg der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten Marktmieten zu einem Rückgang der Fair Values führen würde. Ein Anstieg der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben würde ceteris paribus zu einem Rückgang der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben zu einem Anstieg der Fair Values führen würde. Höhere Diskontierungszinssätze würden ceteris paribus zu niedrigeren Fair Values führen, während niedrigere Diskontierungssätze zu entsprechend höheren Fair Values führen würden.

Eine Änderung der Annahmen betreffend die erwartete Marktmiete führt im Allgemeinen zu einer gleichgerichteten Änderung des Abzinsungssatzes und zu einer gegenläufigen Änderung der Leerstandsrate und somit der Leerstandskosten.

14. Sachanlagen.

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Leasinggegenstände ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – hauptsächlich linear, zu Teilen auch degressiv abgeschrieben. Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren	
	31.12.2016	31.12.2015
Gebäude	25 – 50	25 – 50
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 10	5 – 10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 20	1 – 20
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 7	3 – 7

Die Festlegung von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung, einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswerts) des jeweiligen Vermögenswerts, wird mindestens zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Damit wird den Wertminderungen aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung oder Abnutzung sowie aufgrund eines Verfalls der Marktpreise Rechnung getragen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder dem Nutzungs-

wert) ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Wertminderungen werden erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung berücksichtigt.

Eine Wertaufholung ist dann vorzunehmen, wenn sich die Ermittlung des erzielbaren Betrags seit der letzten Erfassung einer Wertminderung erhöht hat. Die Zuschreibung erfolgt nur bis zu dem Betrag, der sich bei planmäßiger Abschreibung bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hätte und ist im Sonstigen betrieblichen Ergebnis zu erfassen. Bei einem durch eine Wertaufholung erhöhten Buchwert bzw. einem durch Impairment verminderten Buchwert wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des Vermögenswerts vorgenommen.

Der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang einer Sachanlage ist bestimmt als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im Sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

15. Leasinggeschäft.

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen gemäß IAS 17 ist deren Klassifizierung als Finance Lease oder Operate Lease. Die Klassifizierung hat zu Beginn eines Leasingverhältnisses zu erfolgen und richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen und Risiken des Leasingnehmers bzw. Leasinggebers. Die zugrunde gelegten Kriterien werden regelmäßig überprüft. Liegt eine Veränderung der Gesamtbeurteilung vor, wird eine erneute Klassifizierung notwendig.

Ein Finance Lease liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist unabhängig vom zivilrechtlichen Eigentum allein das wirtschaftliche Eigentum maßgeblich. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um ein Operate Lease.

Die Klassifizierung eines Leasingverhältnisses haben der Leasinggeber und der Leasingnehmer getrennt und unabhängig voneinander vorzunehmen. Dies kann zu einer nicht spiegelbildlichen Abbildung des Leasingverhältnisses beim Leasinggeber und Leasingnehmer führen.

Die Finance-Lease-Verträge des LBBW-Konzerns umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrags handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte bzw. Leasingraten sind in der Regel im Voraus zu entrichten.

LBBW-Konzern als Leasinggeber.

Soweit im LBBW-Konzern Operate-Lease-Geschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Grundstücke – werden in der Konzernbilanz als Vermögenswerte aktiviert und unter den Sachanlagen oder als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt gemäß IAS 16 zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value. Sowohl die Leasingentgelte als auch erhaltene Sonder- und Vorauszahlungen werden über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Im Rahmen von Finance Lease wird zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Leasinggegenstand (Vermögenswert) ausgebucht und eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts gegenüber dem Leasingnehmer unter dem Posten Forderungen an Kunden bzw. Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Während die Zinserträge auf Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt und im Zinsüberschuss ausgewiesen werden, mindert der Tilgungsanteil die bilanzierte Forderung.

Die direkten Kosten, die dem Leasinggeber beim Vertragsabschluss entstehen, werden dem Leasingvertrag zugerechnet. Hierzu wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende interne Zinssatz so festgelegt, dass die anfänglichen direkten Kosten automatisch in den Leasingforderungen enthalten sind.

LBBW-Konzern als Leasingnehmer.

Bei einer Klassifizierung als Operate Lease werden die Leasingzahlungen über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Verwaltungsaufwand erfasst. Die Verteilung der Leasingzahlungen entspricht dabei dem zeitlichen Nutzenverlauf aus Sicht des LBBW-Konzerns. Weicht der zeitliche Nutzenverlauf der tatsächlichen Zahlungen von dem zu erfassenden Aufwand ab, wird der Differenzbetrag je nach Sachlage aktivisch bzw. passivisch abgesetzt oder abgegrenzt.

Soweit ein Leasingverhältnis als Finance Lease klassifiziert wird, ist der LBBW-Konzern wirtschaftlicher Eigentümer des Leasingobjekts und weist dieses als Vermögenswert in der Konzernbilanz aus. Zum Zugangszeitpunkt wird das Leasingobjekt mit dem beizulegenden Zeitwert oder, sofern dieser Wert niedriger ist, mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt und eine Verbindlichkeit in entsprechender Höhe passiviert. Im Rahmen der Folgebewertung wird der aktivierte Vermögenswert gemäß IAS 16 beschrieben bzw. gemäß IAS 40 zum Fair

Value bewertet. Ist bei Sachanlagen nicht sichergestellt, dass am Laufzeitende das Objekt von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen (Leasingnehmer) erworben wird, so ist die (kürzere) Laufzeit des Leasingverhältnisses (und nicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Leasingobjekts) als Abschreibungszeitraum angesetzt. Bei einer Beteiligung des Leasingnehmers am Restwert der Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung – wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Die zu leistenden Finance-Lease-Raten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil nach der Effektivzinsmethode aufzuteilen. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit gebucht, der Zinsanteil wird erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst.

Da IAS 17 keine speziellen Vorschriften zur Berücksichtigung von Wertminderungen beinhaltet, sind auch bei Leasingverhältnissen die allgemeinen Regelungen des IAS 36 zur Wertminderung anzuwenden.

16. Ertragsteuern.

Der Ansatz und die Bewertung von Ertragsteuern erfolgen gemäß IAS 12.

Die LBBW ist in mehreren Steuerjurisdiktionen tätig. Die im Abschluss dargestellten Steuerposten werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Steuergesetze sowie der einschlägigen Verwaltungsauffassungen ermittelt und unterliegen wegen ihrer Komplexität möglicherweise einer abweichenden Interpretation durch Steuerpflichtige einerseits und lokale Finanzbehörden andererseits. Da unterschiedliche Auslegungen von Steuergesetzen als Ergebnis von Betriebsprüfungen zu nachträglichen Steuerzahlungen für vergangene Jahre führen können, werden diese basierend auf der Einschätzung der Unternehmensleitung in die Betrachtung einbezogen.

Laufende Ertragsteuerverpflichtungen bzw. -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- bzw. Erstattungsbetrag angesetzt. Eine Saldierung von laufenden Ertragsteuerforderungen und -verpflichtungen erfolgt unter den Voraussetzungen des IAS 12.71.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte und der lokalen Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden (bereinigt um permanente Differenzen). Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steuersatzänderungen auf latente Steuern wird in der Periode, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde, im Steuerergebnis gebucht.

Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden entsprechend den zugrunde liegenden Sachverhalten in der Gesamtergebnisrechnung in den Unterpositionen Neubewertungs- bzw. Gewinnrücklage erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Die Steuerplanung wird aus der aktuellen und vom Vorstand genehmigten Unternehmensplanung abgeleitet, die regelmäßig einen Planungszeitraum von fünf Jahren umfasst. In der Steuerplanung werden historische Erkenntnisse zur Profitabilität und zu den steuerlichen Einkommen berücksichtigt. Bei der Bilanzierung latenter Ertragsteueransprüche aufgrund entstehender Zinsvorträge werden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für die latenten Ertragsteueransprüche aus steuerlichen Verlustvorträgen angewandt. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Eine Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern wird gemäß IAS 12.74 vorgenommen.

17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva.

Unter den Sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierunter fallen auch Vorräte, die in der nachfolgenden Note beschrieben werden.

Unter den Sonstigen Passiva sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieser Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

18. Vorräte.

Unter den Vorräten findet im Wesentlichen die Abbildung der Aktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Immobiliengeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH stehen, statt. Hierunter fallen hauptsächlich im Rahmen

der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmte Grundstücke und grundstückgleiche Rechte mit fertigen und/oder unfertigen Bauten.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs-/Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff., die des Nettoveräußerungswerts gemäß IAS 2.28 ff. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt. Die Anschaffungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Erwerbs- und Bereitstellungskosten, die Herstellungskosten beinhalten alle direkt zurechenbaren Kosten sowie Fertigungs- und Materialgemeinkosten. Als Nettoveräußerungswert werden die jeweils am Markt erwarteten, individuell erzielbaren Verkaufserlöse abzüglich geschätzter Kosten für die Fertigstellung und weiterer bis zum Verkauf anfallender Kosten angesetzt. Die Abbildung der Ergebnisse dieser Geschäftstätigkeit erfolgt unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis, der auch die Wertveränderungen beinhaltet.

Die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen auf Basis des IAS 23 ist an die Bedingung gebunden, dass es sich bei dem Objekt um einen qualifizierten Vermögenswert handelt. Bei den angefallenen Fremdkapitalzinsen handelt es sich vor allem um bei der gewerblichen Projektentwicklung angefallene Fremdkapitalkosten, die dem Grundstückserwerb oder der Bauerstellung im Herstellungszeitraum zugerechnet werden können. Es wurden individuelle Zinssätze, die zwischen 0,94% p. a. und 1,97% p. a. (Vorjahr: 1,18% p. a. und 2,07% p. a.) liegen, angewandt.

19. Rückstellungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Allgemeines.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder, die bei Eintritt biometrischer Risiken (Alter, Invalidität, Tod) aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen zu erbringen sind. Art und Höhe der an die versorgungsberechtigten Mitarbeiter zu leistenden Ruhegelder richten sich nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (u. a. Gesamtzusagen und Dienstvereinbarungen). Aufgrund anderer Zusagen bestehen mittelbar weitere Anwartschaften bzw. Ansprüche gegenüber der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der LBBW und der Unterstützungskasse LBBW e. V.; beide Einrichtungen sind für den Neuzugang geschlossen. Bei allen vorgenannten Versorgungszusagen handelt es sich um Defined Benefit Plans im Sinne von IAS 19 (leistungsorientierte Pläne).

Daneben wurden für Mitarbeiter aus Vorgängerinstituten Versorgungsansprüche aufgrund mittelbarer Versorgungszusagen, die als Defined Contribution Plans im Sinne von IAS 19 (beitragsorientierte Pläne) erfasst werden, übernommen und fortgeführt. Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger.

Arbeitgeberfinanzierte Versorgungszusagen im Inland.

Im Rahmen der Fusion zur LBBW im Jahr 1999 wurden alle bisher bestehenden Versorgungsordnungen für den Neuzugang geschlossen und für Neueintritte im Wege einer Dienstvereinbarung ein einheitliches Versorgungswerk eingeführt, der sogenannte LBBW-Kapitalkontenplan, der als leistungsorientierter Plan im Sinne von IAS 19 eingestuft und erfasst wird. Die Ruhegelder werden dabei vorrangig in Form einer Einmalleistung oder als Raten ausbezahlt; daneben besteht eine Verrentungsoption. Die Kapitalleistungen setzen sich aus jährlichen Bausteinen zusammen, die sich durch Multiplikation eines gehaltsabhängigen Beitrags mit einem altersabhängigen Faktor, der eine Verzinsung und biometrische Risiken berücksichtigt, ergeben. Die Verpflichtung zur Gewährung von Beiträgen ist zeitlich begrenzt und mit einem Dynamisierungsvorbehalt versehen.

Nach Integration der Landesbank Sachsen wurde deren Versorgungsordnung 2006 zum 31. Dezember 2008 durch eine Dienstvereinbarung ebenfalls für den Neuzugang geschlossen und die aktiven Mitarbeiter auf den LBBW-Kapitalkontenplan mit unbeschränkter Beitragszeit übergeleitet. Die bis zum Überleitungszeitpunkt erdienten Anwartschaften wurden dem Basiskonto des LBBW-Kapitalkontenplans als Initialbaustein gutgeschrieben.

Zum 1. Januar 2002 wurden die ZVK-Pflichtversicherten durch eine Dienstvereinbarung in den LBBW-Kapitalkontenplan überführt. Zur Besitzstandswahrung entspricht der Beitrag zum Basiskonto für diesen Mitarbeiterkreis mindestens dem Beitrag, der von der Bank als Umlagebeitrag bei Anwendung des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im jeweiligen Kalenderjahr zu tragen wäre (Mindestbeitrag).

Arbeitgeberfinanzierte Zusagen im Inland aus Vorgängerinstituten, übernommenen Instituten und integrierten Instituten.

Aus den verschiedenen Vorgängerinstituten, übernommenen und integrierten Instituten existieren verschiedene für Neueintritte geschlossene Versorgungsordnungen. Diese reichen von dienstzeit- und entgeltabhängigen, teilweise einzelvertraglichen Gesamtversorgungszusagen (Ruhegeldordnung), Limitierungszusagen und Zusagen mit gespaltener Rentenformel bis hin zu Rentenbausteinplänen. Unter Gesamtversorgungszusagen sind dabei Zusagen zu verstehen, bei denen unter Anrechnung weiterer Versorgungsbezüge (z. B. der gesetzlichen Rente) ein definiertes Versorgungsniveau in Bezug auf die Aktivenbezüge gewährt wird, wohingegen bei einer Limitie-

rungszusage das Ruhegeld zusammen mit anrechnungsfähigen Versorgungsbezügen ein definiertes Versorgungsniveau nicht überschreiten darf und ggf. zu begrenzen ist.

Für einige aktive und ehemalige Mitarbeiter besteht ein Anspruch auf Beihilfeleistungen (medizinische Versorgung). Für den Anteil der Mitarbeiter, für den nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weiterhin Beihilfeansprüche bestehen, wurden diese als leistungsorientierte Pläne erfasst und dafür ebenfalls entsprechende Rückstellungen nach IAS 19 gebildet.

Arbeitnehmerfinanzierte Zusagen im Inland.

Zum Aufbau weiterer Anwartschaften und zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Entgeltumwandlung bietet die LBBW in Anlehnung an das arbeitgeberfinanzierte Basiskonto das sogenannte Aufbaukonto des LBBW-Kapitalkontenplans als unmittelbare Versorgungszusage an. Seit Januar 2012 existiert konzernweit ein einheitliches Modell, bei dem der individuelle Bruttoumwandlungsbetrag des Mitarbeiters durch Multiplikation mit einem marktzensabhängigen Altersfaktor in einen Versorgungsbaustein umgerechnet wird. Die Altersfaktoren werden jährlich neu festgelegt.

Daneben bestehen arbeitnehmerfinanzierte Anwartschaften aus früheren Entgeltumwandlungszusagen, die im Wesentlichen ähnlich ausgestaltet sind. Teilweise wurden zur Finanzierung der Versorgungsleistungen Rückdeckungsversicherungsverträge abgeschlossen. Für die ebenfalls angebotene Entgeltumwandlungsmöglichkeit über eine Direktversicherung besteht kein Rückstellungsbedarf, da dieser als beitragsorientierter Plan im Sinne von IAS 19 erfasst wird. Direktversicherungsverträge werden mit einem Anbieter aus dem Umfeld der Sparkassen abgeschlossen, bei dem eine nachhaltige Leistungsfähigkeit sichergestellt ist.

Zusagen im Ausland.

In der Niederlassung in London, UK (Landesbank Baden-Württemberg London Branch) wurde den Mitarbeitern eine endgehalts- und dienstjahresabhängige Direktzusage (Pensionsplan) erteilt, die für den Neuzugang geschlossen und für neu eintretende Mitarbeiter durch einen beitragsorientierten Plan im Sinne von IAS 19 ersetzt wurde. Die Pensionsverpflichtungen des Pensionsplans sind mit einem durch einen Pension Trust verwalteten Planvermögen unterlegt. Der Pensionsplan sowie der Pension Trust unterliegen den Regularien in UK, wonach die Bank und die für den Trust zuständigen Treuhänder (Trustees) eine Funding-Strategie entwickeln und Zuwendungen an den Trust planen müssen. Die Risiken aus dem Pensionsplan trägt die Bank. Dabei handelt es sich u. a. um Kapitalanlagerisiken und demographische Risiken (insbesondere Langlebkeitsrisiko). In der Vergangenheit wurden zur Risikoabsicherung bei Rentenbeginn der Versorgungsberechtigten teilweise Rentenversicherungsverträge abgeschlossen. Für manche Begünstigte bestehen auch Risikolebensversicherungen zur Absicherung des Todesfallrisikos während der aktiven Dienstzeit. Die verbleibenden Risiken trägt der Pensionsplan.

Die Strategie der Vermögensanlage wird alle drei Jahre durch die Bank und die Trustees überprüft und ggf. angepasst. Im Falle einer Unterdeckung wird ein Zuwendungsplan zur Erreichung des gewünschten Deckungsgrads vereinbart. Ein Teil des Planvermögens, wie etwa die Rentenversicherungsverträge, deckt die erwarteten Zahlungsverpflichtungen kongruent ab (Asset Liability Matching).

Aufgrund von Wesentlichkeitsgesichtspunkten werden die Angaben in Note 49 für die ausländischen Pläne nicht differenziert dargestellt.

Bewertung und Bilanzansatz.

Für die leistungsorientierten Pläne wird nach den Bestimmungen von IAS 19 der Verpflichtungsumfang jährlich durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten (Bezüge- und Rententrend), die zu erwartenden Versorgungsfälle (Alter, Invalidität, Tod) sowie Austritte ohne Versorgungsfall (Fluktuation) berücksichtigt. Ergänzend zum Bezügetrend wird in der Bewertung der Pensionsverpflichtungen unterstellt, dass die Bezügeentwicklung der aktiven Mitarbeiter bis zum 50. Lebensjahr durch Karriereentwicklung leicht oberhalb des allgemeinen Trends liegt. Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis eines Rechnungszinssatzes ermittelt, der auf dem RATE-Link-Verfahren von Towers Watson basiert. Die Datengrundlage für die Zinsermittlung sind die von Bloomberg für die Eurozone erfassten Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating bei wenigstens der Hälfte der Ratingagenturen. Durch finanzmathematische Methoden wird aus dieser Datengrundlage eine Zinsstrukturkurve abgeleitet und hieraus ein mit den Verpflichtungen laufzeitkongruenter Rechnungszinssatz abgeleitet. Die Wahrscheinlichkeiten für Tod, Invalidität und die Ehwahrscheinlichkeiten werden den Richttafeln von Prof. Klaus Heubeck entnommen. Als Rentenbeginnalter wird das Alter 64 herangezogen. Die beschriebenen Prämissen werden jährlich geprüft und ggf. angepasst.

Abweichungen vom erwarteten Verlauf der Pensionsverpflichtungen sowie Änderungen der Berechnungsparameter (Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Rentensteigerung oder Rechnungszinssatz) führen zu sogenannten versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten. Diese werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe direkt in den Gewinnrücklagen bzw. im Sonstigen Ergebnis erfasst und verändern entsprechend das Eigenkapital.

Der als Schuld bzw. Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich (falls vorhanden) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens zum Bilanzstichtag. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entsteht durch Änderungen im leistungsorientierten Plan, die sich auf den erdienten Anteil von Versorgungsanwartschaften auswirken. Der Zinsaufwand umfasst den Anteil des Anstiegs des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung bzw. bei vorhandenem Planvermögen der Pensionsrückstellung, der durch das Näherrücken des Zeitpunkts der Leistungserfüllung entsteht. Der Personalaufwand entspricht dem Barwert des jährlichen Zuwachses der erdienten Versorgungsanwartschaft zzgl. eines eventuellen nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands.

Es erfolgt eine Saldierung der Erträge aus dem Planvermögen mit dem Zinsaufwand. Im Ergebnis wird somit nur der Nettozinsaufwand ausgewiesen. Für die Berechnung des Nettozinsergebnisses wird der Diskontierungszinssatz zugrunde gelegt. Der Ausweis des Dienstzeitaufwands sowie des Nettozinsergebnisses erfolgt in den Verwaltungsaufwendungen.

Risiken und Steuerung.

Bei den leistungsorientierten Plänen ist die jeweilige Konzerngesellschaft verpflichtet, Versorgungsleistungen an frühere Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene zu gewähren. Die damit verbundenen Risiken werden von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen. Vereinzelt hat die Konzernmutter Mitarbeitern von Tochtergesellschaften Zusagen erteilt und erhält von den Gesellschaften die Kosten der Rückstellungsbildung im Innenverhältnis zurückerstattet.

Als wesentliche Risiken sind Bilanz-, Liquiditäts- und Kapitalanlagerisiken zu nennen. Bilanzrisiken bestehen nach IAS 19 vor allem in Bezug auf die Auswirkung der Pensionsverpflichtungen auf das Eigenkapital, da die Differenz aus erwarteten und tatsächlichen Pensionsverpflichtungen im Sonstigen Ergebnis erfasst wird und das Eigenkapital verändert. Bilanzrisiken entstehen dem Grunde und der Höhe nach durch die oben beschriebenen versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste. Sie können sowohl be- als auch entlastend wirken. Haupteinflussfaktor bei den auf die Bilanz bezogenen Risiken sind der Rechnungszinssatz, die Rendite auf Planvermögen sowie die sonstigen ökonomischen und demographischen Bewertungsparameter.

Der Rechnungszinssatz spielt bei der Bestimmung des Verpflichtungsumfangs eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt wegen seiner Volatilität. Die allgemeine Absenkung des Zinsniveaus in den letzten Jahren führte zu einem deutlich geringeren Rechnungszinssatz und damit einer starken Erhöhung der Pensionsverpflichtungen. Außerdem wirken sich von den Bewertungsannahmen abweichende Bestands- sowie Marktentwicklungen auf die Verpflichtungshöhe und damit auf die entsprechenden Bilanzposten aus. Fallen die tatsächlichen Bezüge- und Rentenerhöhungen höher oder niedriger aus als angenommen, ergeben sich entsprechende Verluste oder Gewinne. Bei den Gesamtversorgungs- und Limitierungssystemen haben die Entwicklungen der Anwartschaften und Ansprüche bei externen Versorgungsträgern, wie dem BVV oder der gesetzlichen Rentenversicherung, Einfluss auf die Höhe der von der Konzerngesellschaft zu leistenden Versorgung, was sich insbesondere bei nachhaltigen Trendänderungen relativ stark auf die Pensionsverpflichtungen auswirken kann. Neben den genannten ökonomischen Risiken bestehen auch sogenannte biometrische Risiken. Da ein großer Teil der Pensionsverpflichtungen auf lebenslang zu zahlende Leistungen entfällt, ist dabei besonders das Langlebigkeitsrisiko zu nennen. Weichen die tatsächlich beobachteten Todesfälle von den auf Basis der Richttafeln erwarteten ab, ergeben sich ebenfalls Gewinne oder Verluste.

Für die wesentlichen Parameter wurden Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Neben dem Rechnungszins als wirkungsstärkste Einflussgröße wurden dabei die Wirkungen des Bezüge-, des Renten- und Karrieretrends sowie der Fluktuationswahrscheinlichkeit untersucht. Auf die Verpflichtungen aus den für den Neuzugang offenen Kapitalkonten (Basis- und Aufbaukonto) wirken sich die Sterblichkeit, der Bezüge- und Rententrend sowie die Fluktuation vergleichsweise nur unwesentlich aus, weil in der Regel keine lebenslangen Leistungen gewährt werden und die Versorgungsanwartschaft für aktive Mitarbeiter nicht dynamisch mit den Bezügen anwächst. Dadurch wird sich das Bilanzrisiko der Konzernunternehmen im Zeitablauf stetig vermindern.

Die Erfüllung der Pensionsverpflichtungen ist mit der Zahlung von Ruhegeldern und damit einem Liquiditätsabfluss verbunden. Abgesehen vom Rechnungszinssatz, der keinen Einfluss auf die Höhe der Versorgungsleistungen hat, wirken sich die beschriebenen Faktoren der Bilanzrisiken auch auf den Liquiditätsbedarf aus. Da für die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen kein Planvermögen separiert wurde, sind die Versorgungsleistungen aus dem Vermögen der Konzernunternehmen zu erbringen. Für die mittelbaren Verpflichtungen der Unterstützungskasse und der Zusatzversorgungskasse der LBBW besteht jeweils Planvermögen, aus dem die Ruhegelder erbracht werden können. Im Falle einer Unterdeckung stehen die Trägerunternehmen für Nachschüsse ein. Für das Planvermögen besteht ein Kapitalanlagerisiko, dem durch ein sorgsames Asset Management begegnet wird.

Der gesetzliche Insolvenzschutz der Pensionsverpflichtungen der LBBW erfolgt für Zusagen, die nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 erteilt wurden, über den Pensionsversicherungsverein. Alle älteren Pensionszusagen sind über die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast insolvenzgesichert.

Sonstige Rückstellungen.

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus belastenden Verträgen werden Rückstellungen gebildet. Rückstellungen sind mit dem besten Schätzwert angesetzt. Dieser entspricht dem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt (Betrag, der von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen bei vernünftiger Betrachtung des Sachverhalts oder bei Übertragung auf einen Dritten zu entrichten wäre) und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Dabei hat das Management Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen einbezogen und eventuell auf Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zurückgegriffen.

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich enthalten u. a. Jubiläumsrückstellungen, Rückstellungen für Vorruhestand sowie Altersteilzeit.

Nach den Regelungen der Ehrungsordnung wird für eine Betriebszugehörigkeit von 10, 25, 40, 50 Jahren eine Jubiläumzahlung gewährt, deren Höhe sich nach betrieblichen oder tarifvertraglichen Regelungen richtet. Hierfür werden entsprechend Jubiläumsrückstellungen ermittelt und gebildet.

Für abgeschlossene Altersteilzeitvereinbarungen werden ebenfalls Rückstellungen gebildet. Die vonseiten des Gesetzgebers vorgeschriebene Wertsicherung für Wertguthaben bei Altersteilzeit erfolgt im Wege einer doppel-seitigen Treuhandvereinbarung. Das in den Depots vorgehaltene und zweckgebundene Vermögen ist in einem Geldmarktfonds investiert und wird mit den entsprechenden Rückstellungen saldiert.

Ebenfalls werden Rückstellungen für abgeschlossene Vorruhestandsvereinbarungen gebildet.

Die LBBW bietet Ihren Mitarbeitern in der Bank und einigen Tochtergesellschaften ein Langzeitkonto, das sogenannte LBBW FlexiWertkonto, an. Hierbei haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, Entgeltbestandteile in das Flexi-Wertkonto einzubringen und in Form von Zeit (Entnahmezeit) wieder zu entnehmen. Zur gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung dieser Wertguthaben wurde eine doppel-seitige Treuhandvereinbarung eingerichtet. Für die aus diesen Konten entstehenden Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet und mit dem Wertguthaben saldiert.

Für alle sonstigen Rückstellungen bestehen grundsätzlich dieselben Risiken wie für die Altersversorgungsverpflichtungen, allerdings aufgrund der kürzeren Verpflichtungsdauer in weitaus geringerem Umfang.

Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft sowie Übrige Rückstellungen, welche Rückstellungen für Restrukturierung und Rechtsstreitigkeiten enthalten, werden angesetzt, sofern der LBBW-Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Nähere Erläuterungen zu den Rechtsrisiken befinden sich im Risiko- und Chancenbericht.

Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist.

20. Nachrangkapital.

Unter dem Posten Nachrangkapital weist der LBBW-Konzern nachrangige Verbindlichkeiten (z. B. Schuldscheindarlehen oder Emissionen), Genussrechte sowie typisch Stille Einlagen aus. Aufgrund der vertraglich vereinbarten Kapitalrückzahlung werden die nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechte entsprechend den Vorschriften des IAS 32 als Fremdkapital klassifiziert. Die Stillen Einlagen sind aufgrund des Bestehens eines vertraglichen Kündigungsrechts bzw. der Kapitalrückzahlung an den Investor ebenfalls dem Fremdkapital zuzurechnen.

Aufsichtsrechtlich werden die nachrangigen Verbindlichkeiten, die Genussrechte und die Stillen Einlagen den Eigenmitteln gemäß CRR zugerechnet.

Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die fortgeführten Anschaffungskosten werden um Effekte aus dem Hedge Accounting angepasst. Erläuterungen zum Hedge Accounting können den Allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Finanzinstrumenten entnommen werden (siehe Note 6).

21. Eigenkapital.

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg i. V. m. § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg eingezahlte Kapital. Am Stammkapital der LBBW sind beteiligt:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) mit 40,53%,
- das Land Baden-Württemberg (Land) mit 24,99%,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt) mit 18,93%,
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW) mit 15,55%.

Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabe-Agio).

Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Einstellungen aus dem Konzernergebnis die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen, soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung – mit Ausnahme der im Sonstigen Ergebnis erfassten – und die versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste inklusive dazugehöriger latenter Steuern im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Pensionsrückstellungen ausgewiesen. Ebenfalls in diesem Posten ausgewiesen werden realisierte Gewinne und Verluste aus der eigenen Bonität (Own Credit Spread) sowie die dazugehörigen latenten Steuern.

Fair-Value-Bewertungseffekte der AfS-Wertpapiere und Beteiligungen sowie erfolgsneutrale Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen sind im Sonstigen Ergebnis unter der Neubewertungsrücklage, ggf. nach Berücksichtigung latenter Steuern, ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund einer Wertminderung (Impairment) abgeschrieben wird. Die Neubewertungsrücklage enthält zusätzlich den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen. Daneben wird im Sonstigen Ergebnis ebenfalls das Bewertungsergebnis aus Cashflow Hedges bzw. der darin enthaltene erfolgsneutrale Anteil am Gewinn oder Verlust inklusive des Gegenpostens aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow Hedges ausgewiesen. Ebenfalls in diesem Bilanzposten ausgewiesen ist die Währungsumrechnungsrücklage. Hier ist der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind, eingestellt. Die Beträge ergeben sich aus der Umrechnung des Jahresabschlusses einer wirtschaftlich selbstständigen Teileinheit in die Konzernberichtswährung. Ein weiterer Bestandteil des Sonstigen Ergebnisses ist das Bewertungsergebnis aus der eigenen Bonität (Own Credit Spread) sowie der Gegenposten aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern darauf.

Die nicht beherrschenden Anteile sind als separater Unterposten im Eigenkapital angegeben, da neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital einzelner Tochtergesellschaften beteiligt sind.

Segmentberichterstattung.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns wird auch im Geschäftsjahr 2016 gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt. Dem »Management Approach« folgend basiert die Segmentberichterstattung damit auf der internen Managementberichterstattung an den Gesamtvorstand, der in seiner Funktion als Hauptentscheidungsträger regelmäßig auf dieser Grundlage Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen und die Leistungsbeurteilung der Segmente trifft.

Abgrenzung der Segmente.

Die im Folgenden dargestellten Segmente werden in Übereinstimmung mit dem internen Managementbericht als – an den internen Organisationsstrukturen orientierten – Produkt- und Kundengruppen definiert. Tochterunternehmen und Beteiligungen sind dabei den einzelnen Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Im Geschäftsjahr 2016 gab es die nachfolgende wesentliche Anpassung in der Segmentstruktur:

- Im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurde der bisher produktorientierte Ansatz zu einem ganzheitlichen Kundenbetreuungsansatz weiterentwickelt. Infolgedessen wurden die Geschäftsaktivitäten des internationalen Geschäfts vom Segment Corporates zum Segment Financial Markets umgegliedert.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen an den neuen Ausweis angepasst.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment Corporates umfasst die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen Unternehmenskunden mit Schwerpunkt in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz, Großkunden sowie das Geschäft mit der öffentlichen Hand. Die angebotenen Lösungen reichen auf der Finanzierungsseite von klassischen über strukturierte bis hin zu Off-balance-Finanzierungen. Des Weiteren werden Dienstleistungen rund um das Cash-Management, Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement, Asset- und Pensionsmanagement angeboten. Darüber hinaus werden hier auch Produkte des primären Kapitalmarktgeschäfts für unsere Corporates Kunden und die gewerblichen Immobilienfinanzierungen einbezogen. Im Segment sind wesentliche Tochterunternehmen die LBBW Immobilien Management GmbH, die Süd Beteiligungen, die SüdLeasing GmbH, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH und die SüdFactoring GmbH enthalten.
- Im Segment Financial Markets werden Produkte zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung für die Kundengruppen Institutionelle, Banken und Sparkassen angeboten sowie Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Kundengeschäft getätigt. Zusätzlich beinhaltet das Segment Produkte und Dienstleistungen des internationalen Geschäfts. Daneben werden Finanzierungslösungen am Primärmarkt im Eigen- und Fremdkapitalbereich sowie Asset-Management- und Depotbank-Leistungen angeboten. Es sind neben sämtlichen Salesaktivitäten mit Kreditinstituten, Sovereigns, Versicherungen und Pensionskassen auch die Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Kundengeschäft enthalten. Ergebnisse aus Finanzmarktgeschäften mit Unternehmenskunden sind im Segment Corporates abgebildet. Als wesentliches Tochterunternehmen ist die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH dem Segment Financial Markets zugeordnet.
- Das Segment Retail/Sparkassen enthält alle Aktivitäten im Privatkundengeschäft mit Privat-, Private-Banking- und Wealth-Management-Kunden. Das Produktspektrum reicht dabei vom klassischen Girokonto über Immobilienfinanzierungen und Vermögensberatung bis hin zu speziellen Dienstleistungen – insbesondere für Wealth-Management-Kunden – wie z. B. Financial Planning, Vermögensverwaltung, Depot- und Stiftungsmanagement. Ergänzend sind in diesem Segment Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion enthalten.
- Im Segment Credit Investment ist im Wesentlichen das Kreditersatzgeschäft des Konzerns gebündelt. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Finanzierung der Zweckgesellschaft Sealink Funding sowie die Garantie des Landes Baden-Württemberg.
- Das Segment Corporate Items umfasst alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den vorhergehend genannten Segmenten enthalten sind. Dazu zählen neben den Treasury-Aktivitäten (insbesondere die zentrale Anlage der Eigenmittel, die Aktiv-Passiv-Steuerung, IFRS-Spezifika im Zusammenhang mit der Refinanzierung sowie das Management der strategischen Anlagen und des Deckungsstocks) vor allem die nicht konsolidierten Beteiligungen, das Management des Gebäudeportfolios der Bank sowie Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen und strategischen Gesamtbankprojekten.
- In der Spalte Überleitung/Konsolidierung werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst, zum anderen werden die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

Bewertungsmethoden.

Grundlage der Segmentinformationen sind die internen betriebswirtschaftlichen Steuerungsdaten des Finanzcontrollings, die sowohl Methoden der externen Rechnungslegung als auch ökonomische Bewertungsmethoden vereinen. Die hieraus resultierenden Bewertungs- und Ausweisunterschiede zu den IFRS-Konzerngrößen werden im Rahmen der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Erträge und Aufwendungen des LBBW-Konzerns werden grundsätzlich verursachungsgerecht den einzelnen Segmenten zugeordnet. Signifikante Erträge aufgrund von Transaktionen zwischen den Segmenten liegen somit nicht vor.

Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt nach der Marktzinsmethode. Dabei werden die Zinserträge und -aufwendungen saldiert als Zinsergebnis ausgewiesen. Hierin ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem Eigenkapital, enthalten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht den GuV-Werten und wird verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten umfasst das Handelsergebnis, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, sowie das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird mit dem Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen in einer Position zusammengefasst und verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt.

Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zugeordneten Aufwendungen. Die Overheadkosten werden anteilig verteilt.

Die Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung werden in einer separaten Ergebnisposition ausgewiesen und dabei verursachungsgerecht auf die Segmente allokiert.

Die Wertminderung Goodwill und das Restrukturierungsergebnis entsprechen den GuV-Werten und werden verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Als Segmentvermögen werden die bilanziellen Aktiva ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Segmente erfolgt analog der internen Managementberichterstattung.

Die Berechnung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals in den Segmenten erfolgt auf Basis der ermittelten risikogewichteten Aktiva sowie einer kalkulatorischen Kernkapitalunterlegung.

Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) eines Segments ermittelt sich aus dem annualisierten Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das Maximum des geplanten durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals bzw. des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals der laufenden Berichtsperiode. Für den Konzern errechnet sich der RoE aus dem annualisierten Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital. Dabei wird dieses um die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebniseffekte bereinigt. Die Cost Income Ratio (CIR) ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zur Summe aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten sowie sonstigem betrieblichen Ergebnis.

Segmentergebnisse nach Geschäftsfeldern.

01.01. – 31.12.2016

Mio. EUR	Corporates	Financial Markets ³⁾	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidie- rung ³⁾	LBBW- Konzern
Zinsergebnis	1 130	211	276	- 36	44	1 624
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 38	- 4	5	0	- 13	- 51
Provisionsergebnis	221	99	218	0	- 12	527
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	15	291	0	0	- 116	190
Finanzanlage- und at-Equity- Ergebnis ¹⁾	29	0	33	- 2	135	195
Sonstiges betriebliches Ergebnis	85	16	- 19	1	18	101
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	1 443	614	512	- 37	55	2 586
Verwaltungsaufwendungen	- 743	- 424	- 543	- 9	- 95	- 1 814
Garantieprovision Land Baden- Württemberg	0	0	0	- 93	0	- 93
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 27	- 28	- 5	- 4	- 7	- 71
Wertminderung Goodwill	- 379	0	0	0	0	- 379
Restrukturierungsergebnis	- 44	- 35	- 26	0	17	- 87
Konzernergebnis vor Steuern	250	127	- 61	- 144	- 30	142
Ertragsteuern						- 131
Konzernergebnis						11
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ²⁾	74,5	90,1	31,6	10,1	37,4	243,6
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	42,8	15,6	7,7	0,0	11,3	77,4
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	3,8	1,4	0,7	0,1	6,9	12,9
RoE (in %)	5,9	7,0	< 0			1,1
CIR (in %)	51,2	68,6	> 100			74,3

1) Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 19 Mio. EUR und Corporate Items auf - 6 Mio. EUR.

2) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 233 Mio. EUR und Corporate Items 0 Mio. EUR.

3) Die Steuerung des Segments Financial Markets erfolgt auf Basis einer ökonomischen P&L für Zins- und Fair-Value-Ergebnis gesamthaft. Aufgrund der Umstellung von der internen ökonomischen Managementberichterstattung auf die IFRS-Rechnungslegung im Jahr 2016 ist ein direkter Vergleich mit den Vorjahreszahlen bei diesen GuV-Positionen nicht möglich. Der Gegeneffekt zeigt sich entsprechend in der Überleitung.

01.01. – 31.12.2015						
Mio. EUR	Corporates	Financial Markets ¹⁾	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW- Konzern ¹⁾
Zinsergebnis	1 140	415	321	- 34	- 188	1 654
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 61	11	- 2	2	- 5	- 55
Provisionsergebnis	236	103	210	- 2	- 33	515
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	16	124	1	14	53	209
Finanzanlage- und at-Equity- Ergebnis ²⁾	74	0	0	0	20	94
Sonstiges betriebliches Ergebnis	122	2	17	0	- 7	134
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	1 526	656	548	- 20	- 159	2 551
Verwaltungsaufwendungen	- 718	- 412	- 504	- 24	- 125	- 1 782
Garantieprovision Land Baden- Württemberg	0	0	0	- 121	0	- 121
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 26	- 25	- 7	- 7	- 8	- 73
Restrukturierungsergebnis	- 3	0	- 35	0	- 6	- 44
Konzernergebnis vor Steuern	780	220	2	- 172	- 298	531
Ertragsteuern						- 109
Konzernergebnis						422
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ³⁾	72,6	81,1	31,7	13,7	35,0	234,0
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	41,8	14,0	8,3	0,7	9,7	74,5
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	3,9	1,5	0,8	0,1	6,5	12,8
RoE (in %)	18,5	11,2	0,3			4,1
CIR (in %)	47,4	63,9	91,6			70,9

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

2) Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 73 Mio. EUR und Corporate Items auf - 2 Mio. EUR.

3) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 233 Mio. EUR und Corporate Items 6 Mio. EUR.

Detailangaben Corporate Items, Überleitung und Konsolidierung.

Mio. EUR	Corporate Items		Überleitung/Konsolidierung		Corporate Items/ Überleitung/Konsolidierung	
	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2016 ³⁾	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Zinsergebnis	4	22	39	- 210	44	- 188
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 13	- 5	0	0	- 13	- 5
Provisionsergebnis	0	0	- 12	- 33	- 12	- 33
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	- 15	- 26	- 101	80	- 116	53
Finanzanlage- und at-Equity- Ergebnis ¹⁾	130	9	6	11	135	20
Sonstiges betriebliches Ergebnis	18	- 7	0	0	18	- 7
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	123	- 6	- 68	- 153	55	- 159
Verwaltungsaufwendungen	- 95	- 125	0	0	- 95	- 125
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 7	- 8	0	0	- 7	- 8
Restrukturierungsergebnis	17	- 6	0	0	17	- 6
Konzernergebnis vor Steuern	38	- 145	- 68	- 153	- 30	- 298
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ²⁾	33,8	35,6	3,6	- 0,6	37,4	35,0
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	13,0	11,2	- 1,8	- 1,4	11,3	9,7
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	7,0	6,6	- 0,1	- 0,2	6,9	6,5

1) Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 19 Mio. EUR (Vorjahr: 73 Mio. EUR) und Corporate Items auf - 6 Mio. EUR (Vorjahr: - 2 Mio. EUR).

2) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 233 Mio. EUR (Vorjahr: 233 Mio. EUR) und Corporate Items 0 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR).

3) Die Steuerung des Segments Financial Markets erfolgt auf Basis einer ökonomischen P&L für Zins- und Fair-Value-Ergebnis gesamthaft. Aufgrund der Umstellung von der internen ökonomischen Managementberichterstattung auf die IFRS-Rechnungslegung im Jahr 2016 ist ein direkter Vergleich mit den Vorjahreszahlen bei diesen GuV-Positionen nicht möglich. Der Gegeneffekt zeigt sich entsprechend in der Überleitung.

Das Konzernergebnis vor Steuern des LBBW-Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf 142 Mio. EUR und war stark durch die Abschreibung des Goodwill belastet. Bereinigt um diesen Sondereffekt belief sich das Konzernergebnis auf 521 Mio. EUR und lag nahezu auf Vorjahresniveau (531 Mio. EUR). Dabei zeigten sich in den Segmenten unterschiedliche Entwicklungen. Das Konzernergebnis vor Steuern der drei operativen Segmente Corporates, Financial Markets und Retail/Sparkassen lag insgesamt mit 316 Mio. EUR erheblich unter dem Vorjahr (1 001 Mio. EUR) und war neben der Abschreibung des Goodwill (- 379 Mio. EUR) stark durch Aufwendungen in Zukunftsinvestitionen und zusätzlich durch das anhaltende Niedrigzinsniveau geprägt. Das Segment Credit Investment verbesserte sich zwar durch den Rückgang der Garantievorsorge für den Risikoschirm gegenüber dem Vorjahr, wies jedoch weiterhin ein negatives Konzernergebnis in Höhe von - 144 Mio. EUR (Vorjahr: - 172 Mio. EUR) aus. Das Segment Corporate Items verbesserte sich ebenfalls deutlich um +183 Mio. EUR auf 38 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2016. Ursächlich hierfür waren vor allem Ergebnisbeiträge aus der Veräußerung von Beteiligungen und Wertpapieren sowie der Auflösung von Rückstellungen. Unter Berücksichtigung des nahezu auf Vorjahresniveau liegenden Verwaltungsaufwands erhöhte sich die Cost Income Ratio (CIR) im LBBW-Konzern moderat auf 74,3% gegenüber Vorjahr (70,9%). Nach einer Phase mit sinkenden Volumina konnte die Bilanzsumme im LBBW-Konzern zum Jahresende 2016 um +9,6 Mrd. EUR auf 243,6 Mrd. EUR erhöht werden. Maßgeblich hierfür waren die Erhöhung des Finanzierungsvolumens im Unternehmenskundengeschäft und die Ausweitung der Zentralbankguthaben. Dementsprechend erhöhten sich auch die risikogewichteten Aktiva des LBBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2016 auf 77,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 74,5 Mrd. EUR).

Das Segment Corporates wies ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 250 Mio. EUR (Vorjahr: 780 Mio. EUR) aus und war erheblich durch die Vollabschreibung des Goodwill belastet. Trotz des weiter historisch niedrigen Zinsniveaus entwickelte sich das Finanzierungsgeschäft, insbesondere mit Großkunden und gewerblichen Immobilienkunden, erfreulich. Jedoch konnten die Ertragsrückgänge nicht vollständig kompensiert werden, da das Vorjahr positiv durch Einmalserträge aus Beteiligungsveräußerungen geprägt war. Der Aufwand für die Risikovorsorge sank aufgrund der guten Positionierung in den Kernmärkten und der hohen Kreditportfolioqualität deutlich auf - 38 Mio. EUR (Vorjahr: - 61 Mio. EUR). Zudem wird das Segment belastet durch Investitionen in die Zukunft. Infolgedessen stiegen sowohl die Verwaltungsaufwendungen leicht von - 718 Mio. EUR auf - 743 Mio. EUR, u. a. bedingt durch Aufwendungen aus Gesamtbankprojekten und dem Umbau der IT-Architektur, als auch die Restrukturierungsrückstellungen um - 41 Mio. EUR auf - 44 Mio. EUR. Trotz der Ertragsrückgänge erhöhte sich die CIR nur leicht auf 51,2% (Vorjahr: 47,4%). Das Segmentvermögen konnte von 72,6 Mrd. EUR auf 74,5 Mrd. EUR hauptsächlich durch Finanzierungen mit Großkunden und gewerblichen Immobilienkunden gesteigert werden. Dementsprechend erhöhten sich die risikogewichteten Aktiva auf 42,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 41,8 Mrd. EUR).

Das Segment Financial Markets erzielte ein positives Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 127 Mio. EUR, welches jedoch nicht an das Vorjahresergebnis anschließen konnte (Vorjahr: 220 Mio. EUR). Im Vorjahr profitierte das Segment im Wesentlichen von einem außergewöhnlich günstigen Marktumfeld. Trotz der weiteren Nachfrage nach Absicherungsprodukten gegen Fremdwährungs- und Zinsrisiken und des guten Images der LBBW als Emittent am Anleihemarkt sowie ihrer Platzierungsstärke, konnte die Entwicklung aus dem Geschäftsjahr 2015 nicht wiederholt werden. Zudem trug die Veränderung von Bewertungsabschlägen für Finanzinstrumente, im Wesentlichen Credit Valuation Adjustments, zum Rückgang bei. Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit – 424 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau. Zusätzlich wird das Segment durch Aufwendungen in Höhe von – 35 Mio. EUR aus Initiativen und Investitionen in die Neuaufstellung des Kapitalmarktgeschäfts zur Anpassung an geänderte Kundenbedürfnisse belastet, welche sich in der Bildung einer Restrukturierungsrückstellung niederschlagen. Die CIR veränderte sich moderat von 63,9% auf 68,6%. Das Segmentvermögen lag mit 90,1 Mrd. EUR spürbar über dem Vorjahr (81,1 Mrd. EUR). Die Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus der Ausweitung der Zentralbankguthaben und der Erhöhung des Wertpapierpensionsgeschäfts mit großen, international agierenden Banken. Die risikogewichteten Aktiva erhöhten sich in Folge des Volumenaufbaus im Geschäftsjahr 2016 auf 15,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 14,0 Mrd. EUR).

Das Konzernergebnis vor Steuern im Segment Retail/Sparkassen lag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 mit – 61 Mio. EUR unter dem Vorjahr (2 Mio. EUR). Trotz stabilem Kreditgeschäft und Ausbau des Einlagenvolumens mussten aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und weiter nachlassenden Margen Ertragsrückgänge verzeichnet werden. Positiv standen diesem Rückgang Ergebnisbeiträge aus dem Zahlungsverkehr durch Kooperationen im Kartengeschäft und einmalig aus der VISA-Transaktion gegenüber. Belastet war das Segment durch die Zuführung von Rückstellungen und wie auch im Vorjahr durch Aufwendungen für Gesamtbankprojekte, insbesondere für das neue Kernbanksystem, welches im Jahr 2017 produktiv gesetzt wird, und der Umbau der IT-Architektur. Diese bilden die Basis für einen verbesserten Kundenservice hin zu einer Multikanalbank. Der Entwicklung folgend ergab sich somit eine CIR größer 100% (Vorjahr: 91,6%). Das Segmentvermögen lag auf Vorjahresniveau mit 31,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 31,7 Mrd. EUR). Die risikogewichteten Aktiva für das Segment reduzierten sich im Jahr 2016 auf 7,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 8,3 Mrd. EUR).

Das Segment Credit Investment war im Vorjahr durch den weiteren Abbau des Kreditvolumens gegenüber der Zweckgesellschaft Sealink Funding geprägt. Damit verminderte sich die Garantieprovision für den Risikoschirm im Geschäftsjahr 2016 um +28 Mio. EUR auf – 93 Mio. EUR. Darüber hinaus erfolgte der nahezu vollständige Verkauf des nicht garantierten Kreditportfolios. Somit beinhaltet das Segment fast nur noch die Finanzierung der Zweckgesellschaft Sealink Funding, die weiterhin unter der Garantie des Landes Baden-Württemberg steht. Die Verwaltungsaufwendungen sind weiter rückläufig und reduzierten sich auf – 9 Mio. EUR (Vorjahr: – 24 Mio. EUR). Somit ergab sich ein deutlich verbessertes Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von – 144 Mio. EUR (Vorjahr: – 172 Mio. EUR). Das Segmentvermögen verringerte sich erheblich um – 3,6 Mrd. EUR auf 10,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 13,7 Mrd. EUR). In Folge der fast vollständigen Rückführung des nicht garantierten Portfolios und der weiteren Verringerung der mit der Garantie im Zusammenhang stehenden Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG reduzierte sich im Geschäftsjahr 2016 die risikogewichteten Aktiva um – 0,7 Mrd. EUR auf nahezu null.

Das Konzernergebnis vor Steuern im Segment Corporate Items hat sich gegenüber dem Vorjahr erheblich um +183 Mio. EUR auf 38 Mio. EUR erhöht. Ursächlich hierfür waren positive Beiträge aus dem Verkauf der Beteiligung cellent AG, dem Verkauf von Anleihen und der Wegfall von Belastungseffekten aus dem Vorjahr zur Optimierung der Risiko- und Liquiditätspositionen innerhalb der Treasury-Aktivitäten sowie die Auflösung von vorhandenen Rückstellungen im Zusammenhang mit der EU-Restrukturierung. Das Segmentvermögen verringerte sich um – 1,8 Mrd. EUR aus einer Vielzahl von Einzelsachverhalten u. a. Änderung des Beteiligungsportfolios auf 33,8 Mrd. EUR. Dagegen beliefen sich die risikogewichteten Aktiva im Geschäftsjahr 2016 auf 13,0 Mrd. EUR (Vorjahr: 11,2 Mrd. EUR).

Überleitung der Segmentergebnisse auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

Im Geschäftsjahr 2016 verringerte sich die Summe aus der »Überleitung/Konsolidierung« auf das Konzernergebnis vor Steuern auf – 68 Mio. EUR (Vorjahr: – 153 Mio. EUR) und ist im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

- In der internen Managementberichterstattung wird das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Differenzen zur Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich somit aus periodenfremden Zinsergebnissen und aus nicht in der internen Managementberichterstattung enthaltenen IFRS-spezifischen Bewertungen (z. B. Aufrechnungsergebnis aus Rückkauf eigener Emissionen und Effekte aus der Purchase Price Allokation im Zusammenhang mit der Übernahme der Sachsen LB).
- Für Teile der Handelsbuchbestände ergeben sich im Vorjahr Unterschiede in den Bewertungsmethoden zwischen der internen Managementberichterstattung und der IFRS-Rechnungslegung.
- Effekte aus IFRS-spezifischen Sachverhalten, die im Zusammenhang mit dem Hedge Accounting und der Fair-Value-Option stehen. Hierbei handelt es sich insbesondere um derivative Finanzinstrumente, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen stehen, jedoch nicht in die IFRS-Bilanzierung von Sicherungsgeschäften einbezogen werden können.

Angaben auf Unternehmensebene.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen.

Bezüglich der von IFRS 8.32 geforderten Verteilung der Erträge auf Produkte und Dienstleistungen wird auf die Erläuterungen »Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung« in den Notes verwiesen.

Segmentierung nach geografischen Regionen.

Die Zuordnung der Ergebnisse zu geografischen Regionen orientiert sich am Sitz der Niederlassung bzw. des Konzernunternehmens und stellt sich für den LBBW-Konzern wie folgt dar:

01.01.- 31.12.2016						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 372	92	105	28	- 11	2 586
Konzernergebnis vor Steuern	23	52	67	8	- 7	142

01.01.- 31.12.2015						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 418	4	108	26	- 4	2 551
Konzernergebnis vor Steuern	494	- 39	72	7	- 2	531

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.

22. Zinsergebnis.

Die Positionen Zinserträge und Zinsaufwendungen enthalten auch Zins- und Dividendenerträge sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen von Held-for-Trading- sowie Fair-Value-Option-Finanzinstrumenten. Darüber hinaus sind aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von Stillen Einlagen als Fremdkapital die Zahlungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Handelsderivate	7 077	7 727
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	2 684	3 115
Sicherungsderivate	1 455	1 303
Festverzinsliche Wertpapiere und Schuldverschreibungen	273	455
Vorfälligkeitsentschädigungen	95	76
Sonstige	389	404
Zinserträge	11 974	13 080
Leasinggeschäft	307	378
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13	32
Beteiligungen und verbundene Unternehmen	33	30
Gewinnabführungsverträge	5	7
Laufende Erträge	358	448
Zins- und Laufende Erträge	12 332	13 527
Handelsderivate	- 7 044	- 7 583
Sicherungsderivate	- 1 395	- 1 423
Einlagen	- 1 090	- 1 480
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 539	- 696
Leasinggeschäft	- 46	- 84
Nachrangkapital	- 224	- 257
Verlustübernahme	- 2	- 2
Sonstige	- 367	- 350
Zinsaufwendungen	- 10 708	- 11 874
Insgesamt	1 624	1 654

Gegenüber dem Vorjahr sank das Zinsergebnis nur geringfügig. Das aufgrund der expansiven Geldpolitik der EZB weiterhin extrem niedrige Zinsniveau, das in 2016 neue Tiefststände erreichte, führte u. a. zu einer Verringerung des Ergebnisbeitrags im Einlagengeschäft mit Kunden sowie aus der Eigenmittelanlage der LBBW. Im Kreditgeschäft konnte selektiv die Kreditvergabe an Kunden ausgeweitet werden, jedoch aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation und der guten Liquiditätssituation der Unternehmen nur auf niedrigerem Niveau. Dabei folgte die LBBW unverändert ihrem Ansatz einer Fokussierung auf risikoarmes Neugeschäft.

Für wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LaR wurde im Berichtsjahr aus der Barwertveränderung der Forderungen (Unwinding gemäß IAS 39.AG93) ein Zinsertrag i. H. v. 19 Mio. EUR (Vorjahr: 26 Mio. EUR) erfasst.

Aus der Aufrechnung eigener Schuldverschreibungen gemäß IAS 39.39 ff. ergab sich im Geschäftsjahr ein Zinsergebnis i. H. v. 2 Mio. EUR (Vorjahr: 9 Mio. EUR).

Aus Kapitalüberlassung und -aufnahme entstanden vor dem Hintergrund negativer Zinsen zudem gegenläufige Effekte, welche sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf - 87 Mio. EUR (Vorjahr: - 21 Mio. EUR) im Zinsertrag bzw. 92 Mio. EUR (Vorjahr: 28 Mio. EUR) im Zinsaufwand beliefen. Darüber hinaus fielen in der gleichen Periode im Zusammenhang mit derivativen Finanzinstrumenten negative bzw. positive Effekte i. H. v. - 842 Mio. EUR (Vorjahr: - 171 Mio. EUR) bzw. 820 Mio. EUR (Vorjahr: 156 Mio. EUR) im Zinsergebnis an, welche bei Gesamtzinserträgen bzw. -aufwendungen aus derivativen Finanzinstrumenten i. H. v. 8 532 Mio. EUR (Vorjahr: 9 030 Mio. EUR) bzw. - 8 439 Mio. EUR (Vorjahr: - 9 006 Mio. EUR) von untergeordneter Bedeutung waren.

Das Zinsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Zinserträge	2 937	3 454
Zinsaufwendungen	- 1 664	- 2 215
Insgesamt	1 273	1 239

23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Auflösung Risikovorsorge	218	321
Ergebnis aus Rückstellungen im Kreditgeschäft	12	7
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	25	18
Direkte Forderungsabschreibung	- 80	- 107
Zuführung Risikovorsorge	- 223	- 289
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	- 4	- 5
Insgesamt	- 51	- 55

24. Provisionsergebnis.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Wertpapier- und Depotgeschäft	230	212
Zahlungsverkehrsgeschäft	113	104
Vermittlungsgeschäft	90	92
Kredite und Bürgschaften ¹⁾	117	132
Leasinggeschäft	0	1
Sonstiges	83	80
Provisionserträge	634	621
Wertpapier- und Depotgeschäft	- 57	- 54
Zahlungsverkehrsgeschäft	- 23	- 22
Kredite und Bürgschaften ¹⁾	- 10	- 12
Vermittlungsgeschäft	- 8	- 8
Leasinggeschäft	- 2	- 3
Sonstiges	- 7	- 7
Provisionsaufwendungen	- 107	- 106
Insgesamt	527	515

¹⁾ Beinhaltet Kredit- und Treuhand-, Aval- und Akkreditivgeschäft.

Durch die starke Position der LBBW bei der Begleitung strukturierter Kapitalmarktemissionen verbesserte sich insbesondere das Ergebnis im Wertpapierkonsortialgeschäft. Daneben erhöhten sich auch die Provisionen im Geschäft mit Fonds und der Depotverwaltung. Zudem stiegen die Erträge aus dem Zahlungsverkehr durch Kooperationen im Kreditkartengeschäft an.

Gegenläufig war das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften mit reinem Dienstleistungscharakter aufgrund eines verhaltenen Neugeschäfts und des hohen Wettbewerbsdrucks rückläufig.

Im Sonstigen Provisionsergebnis sind vor allem Erträge und Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung enthalten.

Das Provisionsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten betrug 76 Mio. EUR (Vorjahr: 75 Mio. EUR).

25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Handelsergebnis	220	160
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	- 9	55
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	- 20	- 6
Insgesamt	190	209

Handelsergebnis.

Im Handelsergebnis werden alle Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Darüber hinaus werden hier das Ergebnis aus der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten und die Bewertungsergebnisse aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten gezeigt. Die Zins- und Dividendenerträge dieser Finanzinstrumente sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Kreditgeschäft	- 91	- 730
Aktiengeschäfte	231	15
Devisengeschäfte	30	28
Wirtschaftliche Sicherungsderivate	- 87	- 104
Zinsgeschäfte	155	956
Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten	- 18	- 6
Insgesamt	220	160

Das Ergebnis aus Zins- und Kreditgeschäften reduzierte sich im Berichtsjahr in Summe um – 162 Mio. EUR. Im Vorjahr waren durch den Bestand an kapitalgarantierten Produkten noch Ergebnisverschiebungen zwischen den Positionen enthalten. Im Ergebnismrückgang spiegelt sich das allgemein niedrige Zinsniveau sowie die niedrige Volatilität bei Kreditprodukten wider.

Das Ergebnis aus Aktienderivaten, welches im Wesentlichen aus dem Zertifikategeschäft resultiert und daher in Verbindung mit den anderen Ergebniskomponenten zu betrachten ist, verbesserte sich hingegen aufgrund starker Kursentwicklung um 216 Mio. EUR.

Das Ergebnis aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten stieg um insgesamt 17 Mio. EUR. Treiber waren insbesondere positive Effekte aus Derivaten zur Absicherung von Grundgeschäften, welche den Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option zugeordnet sind.

Das Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten enthält Gewinne und Verluste aus Devisen-Kassa- und Termingeschäften, Devisen-Optionen und Devisen-Futures. Das Ergebnis aus Devisengeschäften stellt die Effekte aus der Umrechnung von Fremdwährungsvermögenswerten oder Fremdwährungsverbindlichkeiten dar. Der Betrag der im Ergebnis erfassten Währungsumrechnungsdifferenzen der nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente belief sich auf – 790 Mio. EUR (Vorjahr: 2 772 Mio. EUR). Demgegenüber standen erfasste Währungsumrechnungsdifferenzen i. H. v. 820 Mio. EUR (Vorjahr: – 2 743 Mio. EUR) für erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente.

Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus Vermögenswerten und Verpflichtungen der Fair-Value-Option vereinnahmt. Dividenden und Zinserträge sowie Zinsaufwendungen aus Beständen der Fair-Value-Option werden im Zinsergebnis gezeigt. Die mit Käufen und Verkäufen verbundenen Provisionszahlungen sind im Provisionsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Realisiertes Ergebnis	0	- 355
Unrealisiertes Ergebnis	- 9	410
Insgesamt	- 9	55

Im Vorjahr war im unrealisierten Ergebnis noch ein Bewertungseffekt i. H. v. 1 Mio. EUR im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der eigenen Bonität der LBBW enthalten. Aufgrund der freiwilligen vorzeitigen partiellen Anwendung von IFRS 9 findet sich dieser Effekt zum aktuellen Stichtag im Posten Eigenkapital (siehe Note 2, 21, 53 und Eigenkapitalveränderungsrechnung).

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungsbeziehungen im Rahmen des Hedge Accountings. Das Ergebnis aus nicht den Effektivitätsanforderungen des IAS 39 genügenden Sicherungsgeschäften wird im Handelsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Portfolio Fair Value Hedge	- 19	- 4
davon Grundgeschäft	339	- 144
davon Sicherungsinstrument	- 358	140
Mikro Fair Value Hedge	- 2	- 2
davon Grundgeschäft	- 23	- 113
davon Sicherungsinstrument	22	111
Insgesamt	- 20	- 6

26. Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse (inkl. Wertminderungen) aus Wertpapieren der Kategorien Forderungen und Kredite (LaR) und zur Veräußerung verfügbar (AfS) sowie aus Beteiligungen (AfS) und Anteilen an nicht konsolidierten Unternehmen (AfS) ausgewiesen. Darüber hinaus ist das Veräußerungsergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthalten. Ebenso werden Zuschreibungen auf Fremdkapitalinstrumente nach erfolgter bonitätsbedingter Abschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Veräußerungsergebnis	186	39
davon Wertpapiere	91	- 15
davon Beteiligungen	95	54
Wertminderungen	- 3	- 13
Ergebnis aus Finanzanlagen (AfS)	183	26
Veräußerungsergebnis	0	- 2
davon Wertpapiere	0	- 2
Ergebnis aus Finanzanlagen (LaR)	0	- 3
Ergebnis aus der Veräußerung von at Equity bewerteten Unternehmen	0	52
Insgesamt	183	75

Der Beitrag aus Wertpapieren verbesserte sich deutlich, da im Zuge volatiler Märkte entsprechende Marktopportunitäten genutzt werden konnten. Neben positiven Beiträgen aus dem Verkauf von Anleihen trugen nachträgliche Kaufpreisanpassungen im Zusammenhang mit im Vorjahr getätigten Verkäufen von Eigenkapitalinstrumenten zur Erhöhung bei. Durch den Vollzug des Verkaufs der cellent AG zum Anfang des Jahres 2016 fiel zudem ein positives Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen an. Zusätzlich verbesserte sich das Beteiligungsergebnis durch den im 2. Quartal 2016 vollzogenen Rückkauf von Aktien der VISA Europe Limited durch Visa Inc. mit Sitz in den USA.

27. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst die ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst. Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Laufende Erträge	27	37
Wertminderungen	- 19	- 24
Zuschreibungen	9	6
Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen	18	19
Laufende Aufwendungen	- 1	- 2
Laufende Erträge	1	3
Wertminderungen	- 5	0
Ergebnis aus Anteilen an Joint Ventures	- 5	0
Insgesamt	13	19

28. Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Die wesentlichen Komponenten des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge bzw. Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, Leasinggeschäften sowie Rückstellungen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Veräußerung von Vorräten	255	128
Auflösung von übrigen Rückstellungen	72	64
Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen	16	20
Aufwandsersatzung Dritter	35	31
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	1	2
Operate-Lease-Verhältnisse	25	24
Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	2	15
Mieterträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	48	56
Erträge aus dem Abgang von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	22	20
Nettogewinne aus der Fair-Value-Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	24	11
Währungsumrechnung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	7	5
Übrige betriebliche Erträge	83	87
Sonstige betriebliche Erträge	591	462
Veräußerung von Vorräten	- 227	- 114
Zuführung zu übrigen Rückstellungen	- 99	- 33
Wertminderung von Vorräten	- 1	0
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	- 1	- 1
Operate-Lease-Verhältnisse	- 7	- 6
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	- 13	- 13
Nettoverluste aus der Fair-Value-Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	- 14	- 50
Übrige betriebliche Aufwendungen	- 128	- 112
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 490	- 328
Insgesamt	101	134

Die Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Vorräten resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden sowie aus unfertigen Erschließungsmaßnahmen.

Während im Vorjahr netto eine Auflösung von Rückstellungen erfolgte, war das laufende Jahr durch die Nettozuführung von Rückstellungen, hauptsächlich im Zusammenhang mit Rechtsrisiken, gekennzeichnet.

Gegenläufig verbesserte sich das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, das im Vorjahr durch die Fair-Value-Bewertung von einzelnen als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien belastet war.

29. Verwaltungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen des LBBW-Konzerns setzen sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte zusammen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Löhne und Gehälter	- 734	- 725
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	- 130	- 131
Soziale Abgaben	- 115	- 116
Sonstige Personalaufwendungen	- 58	- 57
Personalaufwand	- 1 036	- 1 029
EDV-Kosten	- 334	- 299
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	- 99	- 101
Aufwendungen aus Operate-Lease-Verhältnissen	- 39	- 29
Raumkosten	- 54	- 51
Verbands- und sonstige Beiträge	- 31	- 33
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	- 26	- 23
Honorare des Abschlussprüfers	- 13	- 13
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	- 92	- 107
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 688	- 656
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte ¹⁾	- 43	- 39
Abschreibungen Sachanlagen ¹⁾	- 47	- 59
Abschreibungen	- 89	- 98
Insgesamt	- 1 814	- 1 782

¹⁾ Hier enthalten sind sowohl die planmäßigen als auch die außerplanmäßigen Abschreibungen. Der Teilbetrag der außerplanmäßigen Abschreibungen kann den Notes 40 und 42 entnommen werden.

Der geringfügige Anstieg der Personalaufwendungen wurde insbesondere durch Tarifierpassungen bei Löhnen und Gehältern verursacht.

Ein großer Anteil der anderen Verwaltungsaufwendungen stand nach wie vor im Zusammenhang mit dem im Jahr 2014 gestarteten Umbau der IT-Architektur. Im Zuge der Investitionstätigkeiten in ein neues Kernbanksystem, das im Jahr 2017 produktiv gesetzt wird und die Grundlage für eine stärkere Digitalisierung und Prozessoptimierung darstellt, wuchsen insbesondere die IT-Kosten deutlich an. Entlastend wirkten geringere Aufwendungen für Beratung sowie die Unterhaltung von Gebäuden.

In den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen waren u. a. Porto-, Transport- und Kommunikationskosten i. H. v. – 18 Mio. EUR (Vorjahr: – 17 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für Büro- und KFZ-Kosten i. H. v. – 14 Mio. EUR (Vorjahr: – 15 Mio. EUR) enthalten.

Nähere Erläuterungen zu den Leasingangaben finden sich in Note 69.

Die Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung enthielten:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	- 124	- 124
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	- 63	- 61
Laufender Dienstzeitaufwand	- 61	- 63
Andere Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	- 5	- 5
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionsverpflichtungen	- 2	- 2
Insgesamt	- 130	- 131

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altersvorsorge hat der LBBW-Konzern im Geschäftsjahr – 60 Mio. EUR (Vorjahr: – 61 Mio. EUR) für Mitarbeiter in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt und unter den sozialen Abgaben ausgewiesen.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers i. H. V. – 13 Mio. EUR (Vorjahr: – 13 Mio. EUR) setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Abschlussprüfungsleistungen	- 8	- 9
Andere Bestätigungsleistungen	- 2	- 1
Sonstige Leistungen	- 3	- 3
Insgesamt	- 13	- 13

30. Restrukturisierungsergebnis.

In diesem Posten werden Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen erfasst. Eine Rückstellung wird nur angesetzt, wenn die allgemeinen Ansatzkriterien für Rückstellungen gemäß IAS 37 erfüllt sind.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	20	0
Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	- 101	- 44
Laufender Aufwand aus Restrukturierungsmaßnahmen	- 7	0
Insgesamt	- 87	- 44

Das Restrukturisierungsergebnis war geprägt von laufenden Aufwendungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Maßnahmen zur Verschlankeung und Straffung der Geschäftsprozesse und der Produktpalette, wie z. B. für die Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts oder den Umbau der Marktfolge.

Gegenläufig waren im Geschäftsjahr Teilbeträge der noch vorhandenen Rückstellungen für Sachkosten im Zusammenhang mit der EU-Restrukturierung aufzulösen, da die Grundlagen für diese Rückstellungen nicht mehr bestanden.

31. Ertragsteuern.

Der Ertrag bzw. die Aufwendungen aus Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Tatsächliche Ertragsteuern des Berichtszeitraums	- 82	- 86
Tatsächliche Ertragsteuern aus früheren Jahren	5	12
Tatsächliche Ertragsteuern	- 76	- 74
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen Nutzung von bislang nicht aktivierten Verlustvorträgen und Steuergutschriften	22	0
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	0	11
Latente Ertragsteuern	- 55	- 35
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	13	35
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	- 2	1
davon latenter Steueraufwand wegen Wertberichtigungen oder Aufhebung von früheren Wertberichtigungen	- 34	- 2
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	1	7
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	24	29
Insgesamt	- 131	- 109

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Konzernergebnis vor Steuern	142	531
Anzuwendender Steuersatz	30,42%	30,42%
Rechnerische Ertragsteuer	- 43	- 162
Steuereffekte		
aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	- 21	- 52
aus vorgenommenen Wertkorrekturen	- 18	17
aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	9	- 1
aus permanenten Steuereffekten	- 103	- 12
aus Steuersatzänderungen	- 2	- 8
aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	6	- 14
aus sonstigen Unterschieden	- 7	8
aus steuerfreien Erträgen	48	115
Insgesamt	- 131	- 109

Der für die Überleitung anzuwendende Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0% (Vorjahr: 15,0%) zuzüglich dem Solidaritätszuschlag i. H. v. 5,5% (Vorjahr: 5,5%) und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (Durchschnitt: 14,59%, Vorjahr: 14,59%). Daraus ergibt sich ein gesamter inländischer Ertragsteuersatz für den Konzern von 30,42% (Vorjahr: 30,42%).

Der Steuereffekt aus den nicht abziehbaren Betriebsausgaben wird im Wesentlichen durch die Bankenabgabe beeinflusst.

Die Position Steuereffekte aus vorgenommenen Wertkorrekturen enthält im Wesentlichen die Auswirkungen aus der Veränderung der nicht angesetzten aktiven latenten Steuern und Wertberichtigungen aktiver latenter Steuern mit - 8 Mio. EUR (Vorjahr: 24 Mio. EUR) sowie der Berichtigungen steuerlicher Verlustvorträge mit - 9 Mio. EUR (Vorjahr: - 7 Mio. EUR).

Die permanenten Steuereffekte beinhalten im Wesentlichen die Abschreibung auf den Goodwill, der hierauf entfallende Steuereffekt beträgt - 115 Mio. EUR.

Die steuerfreien Erträge beinhalten insbesondere Effekte aus der Veräußerung von Konzerngesellschaften sowie steuerfreie Dividendeneinkünfte, daneben sind Effekte aus den steuerlichen Regelungen zu den Zinsaufwendungen/-erträgen der Auslandsniederlassung in New York enthalten.

Der Bestand an steuerlichen Verlust- und Zinsvorträgen sowie die Teilbeträge, für die eine aktive latente Steuer angesetzt, nicht angesetzt oder eine Wertberichtigung vorgenommen wurde, sind in nachstehender Tabelle dargestellt. Für die nicht angesetzten Verlust- und Zinsvorträge wird angegeben, ob sie in den Folgejahren nach

dem jeweils anzuwendenden Steuerrecht noch genutzt werden können. Verlust- und Zinsvorräge in Deutschland steuerpflichtiger Unternehmen sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Bestand an Verlust- und Zinsvorräten (Summe)	6 264	6 642
davon Verlust- und Zinsvorräte, für die eine aktive latente Steuer gebildet wurde	2 207	2 673
davon Verlust- und Zinsvorräte, für die keine aktive latente Steuer angesetzt wurde	4 057	3 969
davon verfallen 2017 und später	459	485
davon unverfallbar	3 598	3 484
Nicht angesetzte temporäre Differenzen zum Bilanzstichtag	91	86

Für Konzernunternehmen, die im laufenden oder in den vorherigen Geschäftsjahren einen steuerlichen Verlust erwirtschaftet haben, wurden aktive latente Steuern in Höhe von 5 Mio. EUR (im Vorjahr 1 Mio. EUR) angesetzt, für welche die Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die höher als die Ergebniseffekte aus der Umkehrung bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen sind. Der Ansatz beruht auf einer steuerlichen Planungsrechnung für das jeweilige Unternehmen bzw. für den Organkreis.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerverlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerverpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Bilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten dar.

Aktive und passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten erfasst:

Mio. EUR	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2016	2015	2016	2015
Aktivposten				
Forderungen (inklusive Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	463	550	- 22	- 29
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	3 831	3 916	- 1 981	- 2 135
Finanzanlagen	121	142	- 58	- 50
Immaterielle Vermögenswerte	3	4	- 5	- 9
Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	18	23	- 88	- 88
Sonstige Aktiva	9	1	- 103	- 33
Passivposten				
Verbindlichkeiten	34	39	- 771	- 860
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	2	0	- 1 381	- 1 369
Rückstellungen	602	513	- 2	- 2
Sonstige Passiva	72	77	- 78	- 107
Verlust- und Zinsvorräte	346	420	0	0
Outside Basis Differences	0	0	- 3	- 3
Saldierung	- 4 461	- 4 658	4 461	4 658
Insgesamt	1 040	1 027	- 31	- 27
Veränderung des Saldos an latenten Steuern				
davon erfolgswirksame Veränderungen	- 55	- 35		
davon aus Neubewertungsrücklage (Finanzanlagen - Gewinne/Verluste aus AFS-Finanzinstrumenten)	- 11	- 36		
davon aus Bewertungsgewinnen/-verlusten finanzieller Verbindlichkeiten	4	0		
davon aus Gewinnrücklage (Rückstellungen - Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	68	2		
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen	4	- 2		

Im Geschäftsjahr wurden in der Neubewertungsrücklage (Finanzanlagen Gewinne/Verluste aus AFS-Finanzinstrumenten) Steuereffekte in Höhe von insgesamt - 5 Mio. EUR (Vorjahr: - 48 Mio. EUR) erfasst, die latente Steuern mit - 11 Mio. EUR (Vorjahr: - 36 Mio. EUR) und tatsächliche Steuern mit 6 Mio. EUR (Vorjahr: - 12 Mio. EUR) enthalten.

Für zu versteuernde temporäre Differenzen aus Anteilen an Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen in Höhe von 10 Mio. EUR (Vorjahr: 14 Mio. EUR) wurden keine passiven latenten Steuern gebildet, da mit einer Umkehrung der temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Angaben zur Bilanz.

32. Barreserve.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Guthaben bei Zentralnotenbanken	13 346	1 026
Kassenbestand	186	141
Insgesamt	13 532	1 167

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken waren Guthaben bei der Deutschen Bundesbank i. H. v. 9 767 Mio. EUR (Vorjahr: 663 Mio. EUR) enthalten.

33. Forderungen an Kreditinstitute.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Kommunalkredite	25 795	22 782
Kontokorrentforderungen	985	939
Wertpapierpensionsgeschäfte	7 676	2 662
Andere Kredite	2 043	2 793
Schuldscheindarlehen	50	110
Tages- und Termingelder	1 209	128
Hypothekendarlehen	199	114
Sonstige Forderungen	1 331	716
Insgesamt	39 288	30 245
davon an Central Counterparties	5 042	729

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Inländische Kreditinstitute	32 438	25 879
Ausländische Kreditinstitute	6 849	4 366
Insgesamt	39 288	30 245

Der Anstieg der Wertpapierpensionsgeschäfte ist vor allem auf ein gestiegenes Geschäftsvolumen mit Central Counterparties und großen, international agierenden Banken zurückzuführen.

Aufgrund der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts erfolgte die Neuanlage fällig gewordener Geldhandelsgeschäfte nicht mehr im Handelsbuch, sondern im Bankbuch. Dies führte neben dem Neugeschäft mit Sparkassen zu einem Anstieg der Kommunalkredite.

Die Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wirkte sich darüber hinaus auf die Forderungen an Kunden, die Handelsaktiva, die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie die Handelspassiva aus.

34. Forderungen an Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Andere Kredite	26 982	28 296
Hypothekendarlehen	30 322	31 092
Kommunalkredite	17 888	17 282
Forderungen aus Finance Lease	4 941	4 616
Weiterleitungsdarlehen	3 117	3 213
Wertpapierpensionsgeschäfte	12 336	11 318
Kontokorrentforderungen	3 359	2 701
Tages- und Termingelder	4 892	4 038
Schuldscheindarlehen	3 712	2 777
Sonstige Forderungen	3 683	3 452
Insgesamt	111 232	108 785
davon an Central Counterparties	5 597	2 728

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Inländische Kunden	74 317	72 794
Ausländische Kunden	36 915	35 991
Insgesamt	111 232	108 785

Der Anstieg der Wertpapierpensionsgeschäfte entfällt insbesondere auf Geschäfte mit Central Counterparties. Getrieben vom Neugeschäft mit großen europäischen Unternehmen erhöhten sich insbesondere die Schuldscheindarlehen.

Im Posten Andere Kredite waren im Wesentlichen Konsortialkredite i. H. v. 7 768 Mio. EUR (Vorjahr: 8 847 Mio. EUR) sowie nicht hypothekarisch besicherte Unternehmensfinanzierungen enthalten. Der Rückgang der Anderen Kredite ist im Wesentlichen auf Tilgungen des Sealink Funding Limited Junior Loans sowie auf Tilgungen von Investitionsdarlehen zurückzuführen.

Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 69.

35. Risikovorsorge.

Die aktivisch abgesetzte Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 1. Januar 2016	2	1 013	91	6	108	13
Verbrauch	0	- 284	- 27	0	0	0
Zuführung	0	173	20	6	43	3
Auflösung	- 1	- 166	- 16	- 3	- 49	- 5
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	- 1	0	0	- 2	0
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	- 19	0	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	3	- 3	0	- 1	- 1
Stand 31. Dezember 2016	1	718	65	10	99	10

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 1. Januar 2015	2	1 453	119	7	132	16
Verbrauch	0	- 407	- 31	0	0	0
Zuführung	0	226	24	4	59	4
Auflösung	- 2	- 231	- 19	- 5	- 83	- 8
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	- 26	- 1	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	2	- 3	- 3	0	0	0
Stand 31. Dezember 2015	2	1 013	91	6	108	13

Für Rückstellungen im Kreditgeschäft siehe Ausführungen in Note 49. Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 69.

36. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Handelsaktiva	46 648	61 678
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	750	913
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 777	2 174
Insgesamt	50 175	64 765

Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9 014	14 460	97	278
Geldmarktpapiere	944	648	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen	8 070	13 812	97	278
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	689	750	203	185
Aktien	402	310	0	0
Investmentanteile	286	440	201	182
Sonstige Wertpapiere	0	0	2	3
Sonstige	13 020	22 351	450	450
Schuldscheindarlehen	3 007	3 945	425	426
Sonstige Geldmarktgeschäfte	8 879	16 892	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite			24	24
Übrige	1 135	1 515	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	23 925	24 117		
Insgesamt	46 648	61 678	750	913

Ausgelaufene Tagesgelder, Termingelder und täglich fällige Gelder mit nationalen und internationalen Banken sorgten dabei für einen Rückgang der Sonstigen Geldmarktgeschäfte. Ebenso reduzierten sich Anleihen und Schuldverschreibungen des Handelsbestands im Wesentlichen durch Fälligkeiten von Anleihen deutscher Bundesländer.

Der Posten enthielt insgesamt gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. 291 Mio. EUR (Vorjahr: 4 636 Mio. EUR).

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Wertpapiere gliederten sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	7 153	12 492	58	116
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	2 550	2 718	240	345
Nicht börsenfähige Wertpapiere	0	0	1	2
Insgesamt	9 703	15 210	300	463

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Geldmarktpapiere sowie Anleihen und Schuldverschreibungen gliederten sich auf öffentliche und andere Emittenten wie folgt auf:

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Öffentliche Emittenten	447	3 843	27	27
Andere Emittenten	8 567	10 616	70	251
Insgesamt	9 014	14 460	97	278

Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die positiven Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die im Wesentlichen zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden und den Anforderungen des IFRS Hedge Accountings genügen. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Positive Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2 263	1 610
Positive Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	514	564
Insgesamt	2 777	2 174

Die Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	- 1	0
Kategorie AfS	- 1	0
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24	26
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	141	153
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	44	50
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	306	334
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2 263	1 610
Insgesamt	2 777	2 174

37. Finanzanlagen.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24 788	24 181
Geldmarktpapiere	366	192
Anleihen und Schuldverschreibungen	24 422	23 988
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	14	26
Sonstige Wertpapiere	14	26
Beteiligungen	785	859
Anteile an verbundenen Unternehmen	106	164
Insgesamt	25 693	25 230

Im Rahmen des Exposureabbaus der Zweckgesellschaft Sealink im Berichtsjahr reduzierte sich die im Bestand der LBBW gehaltene Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG um - 1,2 Mrd. EUR auf 4,3 Mrd. EUR. Diese hatte die LBBW im Rahmen der Risikoabschirmung für die an die Zweckgesellschaft Sealink vergebenen Kredite von der GPBW GmbH & Co. KG erworben.

In den Finanzanlagen waren gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. insgesamt 1 206 Mio. EUR (Vorjahr: 2 537 Mio. EUR) enthalten.

Der Bestand an Wertpapieren in den Finanzanlagen gliederte sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	24 169	18 346
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	613	5 828
Nicht börsenfähige Wertpapiere	20	32
Insgesamt	24 802	24 207

Der Bestand an Geldmarktpapieren sowie Anleihen und Schuldverschreibungen der Finanzanlagen teilte sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Öffentliche Emittenten	14 381	18 891
Andere Emittenten	10 407	5 290
Insgesamt	24 788	24 181

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen in den Geschäftsjahren 2016 und 2015 dargestellt:

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2016	706	228	934
Zugänge	19	2	20
Abgänge	- 51	- 42	- 93
Veränderung aus Währungsumrechnung	2	0	2
Veränderung aus Konsolidierungskreis	31	- 31	0
Stand 31. Dezember 2016	706	157	863
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2016	- 195	- 122	- 318
Abschreibungen des Geschäftsjahres	- 2	- 1	- 3
Abgänge	22	7	29
Umbuchungen	0	0	- 1
Veränderung aus Konsolidierungskreis	- 15	13	- 2
Stand 31. Dezember 2016	- 191	- 104	- 294
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2016	348	59	407
Änderungen Fair Value	- 68	- 6	- 75
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	- 12	0	- 12
Veränderung aus Konsolidierungskreis	1	0	1
Umbuchungen	1	0	1
Stand 31. Dezember 2016	270	52	322
Buchwert zum 31. Dezember 2016	785	106	891

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2015	774	312	1 086
Zugänge	7	12	18
Abgänge	- 72	- 77	- 149
Veränderung aus Währungsumrechnung	6	0	6
Umbuchungen	2	- 2	0
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	21	21
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 12	- 37	- 49
Stand 31. Dezember 2015	706	228	934
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2015	- 210	- 130	- 340
Abschreibungen des Geschäftsjahres	- 4	- 6	- 10
Abgänge	21	3	24
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 1	0	- 1
Umbuchungen	- 2	2	0
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	2	8	9
Stand 31. Dezember 2015	- 195	- 122	- 318
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2015	344	35	379
Änderungen Fair Value	72	64	136
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	1	2
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	- 6	6	- 1
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	4	4
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 62	- 50	- 113
Stand 31. Dezember 2015	348	59	407
Buchwert zum 31. Dezember 2015	859	164	1 023

38. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Assoziierte Unternehmen	226	227
Joint Ventures	7	12
Insgesamt	233	239

39. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Im Zuge der stetigen Optimierung ihres Portfolios führte die LBBW im Berichtszeitraum Verhandlungen über den Verkauf von langfristigen Vermögenswerten sowie Veräußerungsgruppen bzw. hat diese abgeschlossen.

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich in Bezug auf die als zur Veräußerung klassifizierten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen folgende Änderungen:

- Im Jahr 2015 nahm die LBBW Verhandlungen über den Verkauf von zwei nicht konsolidierten Beteiligungen auf. Eine Beteiligung, die dem Berichtssegment Corporate Items zugeordnet wurde (cellent AG), konnte im Januar 2016 veräußert werden. Der Verkauf der zweiten, dem Berichtssegment Retail/Sparkassen zugeordneten Beteiligung (VISA Europe Limited) erfolgte im zweiten Quartal 2016.
- Ein Immobilienobjekt, für das die LBBW zum Ende des Geschäftsjahres 2015 Verkaufsverhandlungen aufgenommen hatte, wurde im ersten Quartal 2016 verkauft. Hiervon betroffen war das Berichtssegment Corporates.
- Im ersten Halbjahr 2016 nahm die LBBW für mehrere Immobilienobjekte Verkaufsverhandlungen auf. Der Verkauf dieser Objekte erfolgte im dritten und vierten Quartal 2016. Hiervon betroffen ist das Berichtssegment Corporates.
- Für weitere Immobilienobjekte, die den Berichtssegmenten Corporates und Corporate Items zugeordnet sind, wurden Verkaufsverhandlungen im zweiten Halbjahr 2016 aufgenommen. Für die Objekte wird ein Verkauf im dritten Quartal 2017 erwartet.
- Im zweiten Halbjahr wurden darüber hinaus Verkaufsgespräche für eine nicht konsolidierte Beteiligung aufgenommen. Der Verkauf dieser Beteiligung wird für das erste Halbjahr 2017 erwartet. Hiervon betroffen ist das Berichtssegment Corporate Items.

Aus der Umklassifizierung der langfristigen Vermögenswerte gemäß IFRS 5 resultierte im Berichtszeitraum kein Wertminderungsbedarf.

Die Hauptgruppen der als Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden stellten sich wie folgt dar:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Aktiva		
Finanzanlagen	28	104
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	52	49
Sachanlagen	111	0
Insgesamt	191	153

40. Immaterielle Vermögenswerte.

Die Bestandsentwicklung der Immateriellen Vermögenswerte kann den folgenden Aufstellungen für 2016 und 2015 entnommen werden:

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2016	725	933	51	49	15	1 773
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 1	0	0	0	0	- 1
Zugänge	34	0	55	40	2	130
Umbuchungen	33	0	- 36	0	3	0
Abgänge	0	0	0	0	0	- 1
Stand 31. Dezember 2016	790	933	69	88	20	1 901
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2016	- 640	- 553	0	- 31	- 8	- 1 231
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	- 37	0	0	- 3	- 3	- 43
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	- 379	0	0	0	- 379
Abgänge	0	0	0	0	0	1
Stand 31. Dezember 2016	- 675	- 933	0	- 33	- 11	- 1 652
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2016	85	379	51	18	8	541
Stand 31. Dezember 2016	115	0	69	55	10	249

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2015	683	933	28	31	9	1 684
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	0	0	0	1
Zugänge	34	0	36	18	3	91
Umbuchungen	10	0	- 14	0	4	0
Abgänge	- 2	0	0	- 1	- 1	- 4
Stand 31. Dezember 2015	725	933	51	49	15	1 773
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2015	- 610	- 553	0	- 27	- 5	- 1 195
Planmäßige Abschreibungen	- 32	0	0	- 1	- 2	- 36
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0	- 4	0	- 4
Umbuchungen	1	0	0	0	- 1	0
Abgänge	2	0	0	1	1	4
Stand 31. Dezember 2015	- 640	- 553	0	- 31	- 8	- 1 231
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2015	73	379	28	4	4	489
Stand 31. Dezember 2015	85	379	51	18	8	541

Die Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, sind – mit Ausnahme des Goodwills (separater Posten der Gewinn- und Verlustrechnung) – in dem Posten Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte i. H. v. 142 Mio. EUR (Vorjahr: 62 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

Goodwill.

Bezüglich der Vorgehensweise beim Wertminderungstest nach IAS 36 wird auf die Ausführungen in den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwiesen. Der Buchwert des Goodwills sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen entwickelten sich im Geschäftsjahr in den Segmenten wie folgt:

Mio. EUR	Corporates		Financial Markets		Insgesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Bestand zum 1. Januar	379	379	0	0	379	379
Wertminderungen	- 379	0	0	0	- 379	0
Bestand zum 31. Dezember	0	379	0	0	0	379
Bruttobetrag des Goodwill	917	917	16	16	933	933
Kumulierte Wertminderungen	- 917	- 537	- 16	- 16	- 933	- 553

Im Rahmen der durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung liegt der erzielbare Betrag unter dem Buchwert des Goodwill-tragenden Segments Corporates, sodass der Goodwill im Segment Corporates in Höhe von 379 Mio. EUR vollständig abzuschreiben war.

Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Auf eine explizite Ermittlung des Fair Values abzüglich Verkaufskosten wird verzichtet. Die Ableitung eines Fair Values kann für die zahlungsmittelgenerierende Einheit nicht aus Marktdaten abgeleitet werden, da keine bindenden Angebote oder Preisbildungen auf einem aktiven Markt vorliegen. Da keine möglichen echten Synergien vorliegen, entspricht der Fair Value betragsmäßig dem Nutzungswert. Der Nutzungswert ergibt sich als Barwert der erwarteten künftigen Cashflows des Segments Corporates.

Die Cashflow-Prognose der zahlungsmittelgenerierenden Einheit basiert auf der Ende 2016 erstellten Planung der LBBW. Die volkswirtschaftlichen Marktparameter, die der Planung zugrunde liegen, werden vom Research der LBBW erstellt. Zentrale Annahmen der Planung sind ein historisch niedriges Zinsniveau in Kombination mit einer fortgeführten expansiven Geldpolitik sowie eine stabile wirtschaftliche Situation mit einem moderaten BIP-Wachstum in Deutschland. Die Jahre ab 2017 werden zudem geprägt sein durch die voranschreitende Digitalisierung mit zusätzlichen Wettbewerbern und einem erhöhten Investitionsbedarf sowie weiterhin die Umsetzung steigender regulatorischer Anforderungen. Die benannten Rahmenbedingungen wirken sich in einer geringeren

Kreditnachfrage bei gleichzeitig erhöhtem Wettbewerbsdruck insbesondere im Mittelstandsgeschäft belastend auf die Cashflow-Prognose aus.

Die erwarteten zukünftigen Cashflows für das Segment Corporates werden im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfungen auf den Bewertungsstichtag diskontiert. Der Werthaltigkeitsprüfung liegt ein Kapitalisierungszinssatz von 8,97% bzw. 7,22% in der ewigen Rente zugrunde. Es handelt sich hierbei jeweils um Nachsteuersätze.

41. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Die Buchwerte der zum Fair Value bewerteten Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2016	2015
Buchwert 1. Januar	649	705
Zugänge	6	158
Abgänge	- 47	- 87
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	- 72	- 49
Veränderung aus Währungsumrechnung	4	24
Fair-Value-Änderungen aus Beständen (erfolgswirksam)	10	- 38
Umbuchungen aus/in Vorräte und Sachanlagen	10	- 65
Sonstige Umbuchungen	0	2
Buchwert 31. Dezember	560	649

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien i. H. v. 560 Mio. EUR (Vorjahr: 649 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

42. Sachanlagen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens im Berichts- und Vorjahr stellte sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasinggegenstände Finance Lease	Leasinggegenstände Operate Lease	Gesamt
Anschaftungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2016	1 102	138	305	6	10	267	1 828
Veränderung aus Währungsumrechnung	2	0	- 1	0	0	0	1
Zugänge	2	1	9	0	0	1	12
Umbuchungen	9	1	- 21	- 6	0	12	- 5
Abgänge	- 60	- 1	- 20	0	- 1	0	- 81
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 173	0	0	0	0	- 26	- 199
Stand 31. Dezember 2016	883	138	271	0	9	254	1 556
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2016	- 659	- 120	- 210	0	- 7	- 162	- 1 158
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	- 29	- 3	- 14	0	- 1	- 7	- 54
Umbuchungen	- 6	0	14	0	0	- 7	1
Abgänge	60	1	19	0	1	0	80
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	70	0	0	0	0	18	88
Stand 31. Dezember 2016	- 565	- 123	- 189	0	- 7	- 158	- 1 042
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2016	443	18	95	6	3	105	670
Stand 31. Dezember 2016	317	15	82	0	2	96	514

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Finance Lease	Leasing- gegenstände Operate Lease	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2015	1 082	94	357	5	10	219	1 767
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 2	0	0	0	0	0	- 1
Zugänge	10	0	10	5	0	3	28
Umbuchungen	17	44	- 40	- 2	0	46	65
Abgänge	- 5	- 1	- 23	- 1	0	- 1	- 31
Stand 31. Dezember 2015	1 102	138	305	6	10	267	1 828
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2015	- 644	- 76	- 253	0	- 6	- 144	- 1 123
Planmäßige Abschreibungen	- 33	- 3	- 17	0	- 1	- 4	- 58
Außerplanmäßige Abschreibungen	- 5	0	0	0	0	- 1	- 6
Umbuchungen	17	- 42	38	0	0	- 14	- 1
Abgänge	5	1	22	0	0	0	29
Stand 31. Dezember 2015	- 659	- 120	- 210	0	- 7	- 162	- 1 158
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2015	438	19	104	5	3	75	644
Stand 31. Dezember 2015	443	18	95	6	3	105	670

Die Abschreibungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Abschreibungen auf Sachanlagen in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Sachanlagen i. H. v. 440 Mio. EUR (Vorjahr: 603 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

43. Ertragsteueransprüche.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Ertragsteueransprüche	116	114
davon Inland	111	95
davon Ausland	5	19
Latente Ertragsteueransprüche	1 040	1 027
Insgesamt	1 157	1 141

Die laufenden Ertragsteueransprüche sind i. H. v. 116 Mio. EUR (Vorjahr: 114 Mio. EUR) innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteueransprüche i. H. v. 1 040 Mio. EUR (Vorjahr: 1 027 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteueransprüchen wird auf die Angaben unter Note 31 verwiesen.

44. Sonstige Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Vorräte	333	400
Forderungen an Finanzbehörden	31	16
Übrige Sonstige Aktiva	497	573
Insgesamt	861	989

In den Sonstigen Aktiva waren Vermögenswerte i. H. v. 21 Mio. EUR (Vorjahr: 23 Mio. EUR) enthalten, die eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten besitzen.

Es wurden Fremdkapitalzinsen i. H. v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR) aktiviert (nähere Erläuterung siehe Note 18).

Die Vorräte unterteilen sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Grundstücke und Grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	118	192
Unfertige Leistungen und Erschließungsmaßnahmen	76	73
Grundstücke und Grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	1	11
Grundstücke und Grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	47	17
Sonstiges Vorratsvermögen	91	107
Insgesamt	333	400

Der Buchwert der Vorräte, die zum Fair Value abzüglich Verkaufsaufwendungen angesetzt sind, betrug 15 Mio. EUR (Vorjahr: 16 Mio. EUR).

Wertminderungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis ausgewiesen.

Unter dem Sonstigen Vorratsvermögen werden u. a. Edelmetallbestände ausgewiesen.

45. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Wertpapierpensionsgeschäfte	3 298	8 676
Weiterleitungsdarlehen	23 880	23 234
Schuldscheindarlehen	4 125	4 656
Tages- und Termingelder	7 359	2 308
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	697	909
Kontokorrentverbindlichkeiten	2 655	1 993
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	268	324
Sonstige Verbindlichkeiten	2 287	2 148
Insgesamt	44 568	44 248
davon gegenüber Central Counterparties	1 393	3 717

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Inländische Kreditinstitute	39 031	39 581
Ausländische Kreditinstitute	5 537	4 667
Insgesamt	44 568	44 248

Das reduzierte Geschäftsvolumen bei Wertpapierpensionsgeschäften wurde durch einen Anstieg bei den Tages- und Termingeldern durch die Inanspruchnahme des Tender-Programms der Bundesbank sowie Neugeschäft mit internationalen Banken nahezu kompensiert.

46. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Kontokorrentverbindlichkeiten	34 422	34 753
Tages- und Termingelder	15 226	8 291
Schuldscheindarlehen	2 026	2 351
Wertpapierpensionsgeschäfte	5 038	2 745
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	3 646	3 990
Spareinlagen	6 979	7 142
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	783	944
Sonstige Verbindlichkeiten	2 521	2 323
Insgesamt	70 641	62 540
davon gegenüber Central Counterparties	3 677	2 447

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Inländische Kunden	60 748	55 504
Ausländische Kunden	9 893	7 036
Insgesamt	70 641	62 540

Da Bundesländer und Unternehmen der öffentlichen Hand zur Anlage ihrer liquiden Mittel vermehrt auf die LBBW zurückgriffen, nahm der Bestand an Tages- und Termingelder spürbar zu. Das Volumen an Wertpapierpensionsgeschäften stieg hauptsächlich durch die Ausweitung des Geschäftsvolumens mit Central Counterparties.

Die Tages- und Termingelder enthalten die Verbindlichkeit gegenüber der GPBW GmbH & Co. KG in Höhe von 4,3 Mrd. EUR.

47. Verbriefte Verbindlichkeiten.

Unter den Verbrieften Verbindlichkeiten werden in erster Linie begebene Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, die in Form einer übertragbaren Urkunde verbrieft wurden, ausgewiesen.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Begebene Schuldverschreibungen	28 612	25 133
Hypothekendarlehen	9 129	6 834
Öffentliche Pfandbriefe	4 042	5 898
Sonstige Schuldverschreibungen	15 441	12 401
Andere Verbriefte Verbindlichkeiten	5 743	4 291
Insgesamt	34 355	29 424

Bei den sonstigen Schuldverschreibungen überstieg die Neuemission großvolumiger Anleihen die Tilgungen und Fälligkeiten deutlich, sodass der Bestand im Geschäftsjahr 2016 ausgeweitet wurde. Ebenso führte die Begebung mehrerer hypothekengedeckter Pfandbriefe zu einem Nettoanstieg der Hypothekendarlehen.

In der Berichtsperiode wurden neue Emissionen, im Wesentlichen kurzlaufende Geldmarktpapiere, mit einem Nominalvolumen von 508 852 Mio. EUR (Vorjahr: 700 122 Mio. EUR) begeben. Der Erstabsatz kann dabei deutlich unter dem begebenen Nominalvolumen liegen. Im gleichen Zeitraum belief sich das Volumen der Rückkäufe auf nominal 5 585 Mio. EUR (Vorjahr: 3 489 Mio. EUR) und das Volumen der Rückzahlungen auf nominal 225 621 Mio. EUR (Vorjahr: 311 451 Mio. EUR).

48. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Handelsspassiva	63 090	67 278
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	2 768	3 257
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 989	3 528
Insgesamt	69 846	74 063

Handelsspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

Mio. EUR	Handelsspassiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten	21 394	23 445		
Geldmarktgeschäfte	28 856	36 190	94	88
Verbrieftes Verbindlichkeiten	11 464	7 069	1 114	1 587
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	1 349	550		
Schuldscheindarlehen	25	24	697	643
Nachrangige Verbindlichkeiten			278	323
Sonstige	2	0	585	617
Insgesamt	63 090	67 278	2 768	3 257

Die Reduzierung der Geldmarktgeschäfte war im Wesentlichen auf Fälligkeiten zurückzuführen. Die Veränderung der negativen Marktwerte aus Handelsderivaten resultierte insbesondere aus fällig gewordenen Zinsswaps. Gegenläufig erhöhte sich der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten des Handelsbestands aufgrund des Nettoaufbaus von Certificates of Deposits und Commercial-Paper-Geschäften.

Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die negativen Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden und den Anforderungen des IFRS Hedge Accountings genügen. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2 908	2 296
Negative Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	1 081	1 231
Insgesamt	3 989	3 528

Die Negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten verteilen sich auf die Grundgeschäfte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	28	27
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	261	303
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	775	881
Kategorie AfS	775	881
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	16	21
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2 908	2 296
Insgesamt	3 989	3 528

49. Rückstellungen.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	3 160	2 908
Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	182	146
Rückstellungen im Kreditgeschäft	59	71
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	112	104
Übrige Rückstellungen	222	171
Insgesamt	3 734	3 401

Es bestanden zum Stichtag Rückstellungen i. H. v. 1 86 Mio. EUR (Vorjahr: 1 08 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von weniger als 12 Monaten.

Pensionsrückstellungen.

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung der Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen dar:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	- 63	- 61
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung von Pensionsrückstellungen	- 61	- 63
Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	- 124	- 124

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2016	2015
Stand 1. Januar	3 144	3 117
In der GuV erfasste Veränderungen	129	129
Zinsaufwand/-ertrag	68	66
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung Pensionsrückstellungen	61	63
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	216	3
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-) aus Änderungen der demographischen Annahmen	3	6
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-) aus Änderungen der finanziellen Annahmen	245	- 18
Erfahrungsbedingte versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-)	- 27	12
Wechselkursänderungen	- 5	2
Andere Veränderungen	- 107	- 104
Beiträge des Arbeitgebers	1	1
Gezahlte Leistungen	- 108	- 105
Stand 31. Dezember	3 382	3 144

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen gliederte sich nach Art der Begünstigten wie folgt:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Barwert der Pensionsverpflichtungen für aktive Arbeitnehmer	1 261	1 135
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Anwärter	484	457
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Rentner	1 637	1 552
Insgesamt	3 382	3 144

Die Untergliederung dieses Barwerts nach Art der Leistung ergab sich wie folgt:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Barwert der angesammelten, aber verfallbaren Pensionsverpflichtungen	311	295
Barwert der unverfallbaren Pensionsverpflichtungen	3 071	2 849
Insgesamt	3 382	3 144

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen ergab sich aus den folgenden Zusagen bzw. Leistungen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2016	01.01.- 31.12.2015
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch bedingte Leistungen	4	3
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch künftige Gehaltssteigerungen	304	288
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch sonstige Leistungen	3 074	2 853
Insgesamt	3 382	3 144

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2016	31.12.2015
Fluktuation	4,00	4,50
Abzinsungssatz	1,72	2,18
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	1,85	1,85
Erwartete Rentensteigerung	1,70	1,70
Karrieredynamik	0,50	0,50

Die Sterblichkeit, Ehemwahrscheinlichkeit und Invalidität ergibt sich nach den Richttafeln 2005G von Heubeck. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnermäßigen Pensionierungsalter angesetzt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum Abschlussstichtag hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen. Eine Änderung der einzelnen Parameter um 0,5 Prozentpunkte hätte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen folgende Auswirkungen auf die Versorgungsverpflichtung zum Ende des laufenden Geschäftsjahres:

31.12.2016	Zunahme um 0,5 Prozentpunkte	Abnahme um 0,5 Prozentpunkte
Mio. EUR		
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	- 250	283
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	93	- 86
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	73	- 66
Änderung der Karrieredynamik	6	- 6
Änderung der Fluktuation	- 1	1

31.12.2015	Zunahme um 0,5 Prozentpunkte	Abnahme um 0,5 Prozentpunkte
Mio. EUR		
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	- 228	258
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	88	- 81
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	64	- 58
Änderung der Karrieredynamik	6	- 6
Änderung der Fluktuation	- 1	1

Eine Verlängerung der Lebenserwartung um ein Jahr würde zu einem Anstieg der Leistungszusagen um 113 Mio. EUR führen.

Bei der Ermittlung der Sensitivitäten wurde jeder Parameter c. p. gestresst. Eine Korrelation der Bewertungsannahmen untereinander wurde somit nicht berücksichtigt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wies zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Festgelder und sonstige liquide Mittel	21	27
Level I bewertet	11	20
Level II bewertet	10	7
Wertpapiere	198	206
Wertpapiere – Eigenkapitalinstrumente	49	55
Eigenkapitalinstrumente von Kreditinstituten	37	37
Level I bewertet	37	37
Eigenkapitalinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	12	18
Level II bewertet	12	18
Wertpapiere – Schuldinstrumente	149	150
Schuldinstrumente von Kreditinstituten	140	142
Level I bewertet	140	142
Schuldinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	9	9
Level II bewertet	9	9
Immobilien	3	3
Planvermögen	222	236

Von den vorab aufgeführten Vermögenswerten wurden keine direkt im LBBW-Konzern genutzt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2016	2015
Stand 1. Januar	236	242
In der GuV erfasste Veränderungen	5	6
Zinserträge/-aufwendungen	5	6
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	- 6	0
Ertrag/Aufwand aus dem Planvermögen (abzüglich des im Nettozinsergebnis erfassten Ertrags)	- 1	- 2
Wechselkursänderungen	- 5	2
Andere Veränderungen	- 13	- 11
Beiträge des Arbeitgebers	1	1
Gezahlte Leistungen	- 14	- 12
Stand 31. Dezember	222	236

Der für das kommende Geschäftsjahr geschätzte, einzuzahlende Beitrag des Arbeitgebers zum Planvermögen beläuft sich im Konzern auf 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	3 382	3 144
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ungedeckten Plänen	2 954	2 746
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ganz oder teilweise gedeckten Plänen	428	399
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	- 222	- 236
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	3 160	2 908
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	3 160	2 908

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der definierten Leistungsverpflichtung beträgt 16,2 Jahre (Vorjahr: 16,0 Jahre).

Die folgende Tabelle zeigt die Fälligkeitsanalyse der Leistungszahlungen im aktuellen Geschäftsjahr:

Mio. EUR	31.12.2016
Fälligkeitsanalyse	
bis 1 Jahr	107
mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	480
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	677
mehr als 10 Jahre bis zu 15 Jahren	788
mehr als 15 Jahre	3 531

Sonstige Rückstellungen.

Die Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2016	104	71	146	171	492
Verbrauch	- 42	0	- 13	- 51	- 106
Auflösung	- 3	- 52	- 65	- 25	- 145
Zuführung	52	41	113	133	338
Umbuchungen	1	0	1	- 7	- 5
Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	0		- 7	0	- 7
Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	0		4	1	5
Nicht erfolgswirksame Veränderungen	0	0	1	0	1
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 1	0	0	0	0
Stand 31. Dezember 2016	112	59	182	222	574

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich beinhaltet im Wesentlichen Jubiläumsrückstellungen.

Für die Verpflichtung von Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitverträgen ist zum Abschlussstichtag Planvermögen i. H. v. 1 Mio. EUR gebildet worden. Die Verpflichtung für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverträgen i. H. v. 1 Mio. EUR wurde mit dem Planvermögen gemäß IAS 19.128 verrechnet.

Insgesamt wurden Rückstellungen mit einer Laufzeit von über 12 Monaten i. H. v. 396 Mio. EUR abgezinst.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestanden verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater der Bank Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich sowie die Höhe der Beträge abschätzbar sind. Bei anderen rechtlichen Risiken war der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass eine Zahlung der Bank nicht wahrscheinlich ist (ggf. erfolgt ein Ausweis als Eventualverbindlichkeit) bzw. dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss hat.

50. Ertragsteuerverpflichtungen.

Die Ertragsteuerverpflichtungen enthielten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Steuerzahlungen für Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	57	62
davon Rückstellung für Ertragsteuern	53	56
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	4	6
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	31	27
Insgesamt	88	89

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 57 Mio. EUR (Vorjahr: 62 Mio. EUR) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 31 Mio. EUR (Vorjahr: 27 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteuerverpflichtungen wird auf die Angaben unter Note 31 verwiesen.

51. Sonstige Passiva.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus		
Sonstigen Steuern	42	53
Beschäftigungsverhältnissen	34	34
Lieferungen und Leistungen	156	125
Finance Lease	3	4
Erhaltene Anzahlungen	101	94
Übrige Sonstige Passiva	553	399
Insgesamt	889	709

Die Sonstigen Passiva mit einer Fälligkeit von größer als 12 Monaten betragen 42 Mio. EUR (Vorjahr: 40 Mio. EUR).

Erläuterungen zu Leasingangaben finden sich in Note 69.

52. Nachrangkapital.

Das ausgewiesene Nachrangkapital darf im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Das Nachrangkapital gliederte sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	1 246	1 298
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 532	3 917
Genussrechtskapital	117	114
Insgesamt	5 895	5 329

Im Kalenderjahr wurden Nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 789 Mio. EUR (Nominalbetrag) neu aufgenommen. Dem standen Rückzahlungen in Höhe von 178 Mio. EUR (Nominalbetrag) gegenüber. Zusätzlich wurden Stille Einlagen mit einem Nominalbetrag von 46 Mio. EUR zurückgezahlt.

Darüber hinaus werden Bewertungen und Agien bzw. Disagien im Nachrangkapital ausgewiesen.

Nachrangkapital i. H. v. 1 184 Mio. EUR (Vorjahr: 566 Mio. EUR) war zum Stichtag innerhalb der nächsten 12 Monate fällig.

Nachrangige Verbindlichkeiten.

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) aufgeteilt nach Produktarten.

Mio. EUR	31.12.2016			31.12.2015		
	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt
Nachrangige EUR-Inhaberschuldverschreibungen	2 427	35	2 462	1 943	32	1 975
Nachrangige EUR-Namenspapiere	1 357	14	1 371	1 234	15	1 249
Nachrangige Fremdwährungs-Inhaberschuldverschreibungen	631	17	648	608	16	625
Insgesamt	4 415	66	4 481	3 786	62	3 848

In der obigen Tabelle sind nachrangige Namenspapiere und Emissionen der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 142 Mio. EUR (Vorjahr: 144 Mio. EUR) enthalten.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) betrug - 155 Mio. EUR (Vorjahr: - 184 Mio. EUR).

Genussrechtskapital.

Das Genussrechtskapital erfüllt die Bedingungen des Art. 63 CRR für Ergänzungskapital. Gemäß Art. 64 CRR erfolgte eine taggenaue Amortisierung der Ergänzungskapitalinstrumente während der letzten fünf Jahre ihrer Laufzeit.

Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) stellten sich zum Stichtag wie folgt dar:

31.12.2016 Mio. EUR	Emissionsjahr	Nominal- betrag	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
Inhabergenussrechte				
	2010 ¹⁾	17	4,22	31.12.2016
Namensgenussrechte				
Unternehmen		206	4,77 bis 7,18	bis 2022
Kreditinstitute		10	4,82	31.12.2020
Gesamtsumme		233		

¹⁾ Emission wurde mit Wirkung zum 31.12.2016 gekündigt.

In der obigen Tabelle sind Namensgenussscheine der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 101 Mio. EUR (Vorjahr: 137 Mio. EUR) enthalten.

Das Zinsergebnis für das Genussrechtskapital (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) für das Geschäftsjahr betrug insgesamt - 18 Mio. EUR (Vorjahr: - 19 Mio. EUR).

Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter.

Die Vermögenseinlagen der stillen Gesellschafter erfüllen die Bedingungen des Art. 52 CRR für zusätzliches Kernkapital nicht. Aufgrund der Übergangsbestimmungen des Art. 484 CRR können sie jedoch weiterhin innerhalb der Grenzen des Art. 486 CRR angerechnet werden. Die Vermögenseinlagen der stillen Gesellschafter der LBBW konnten im Jahr 2016 noch in voller Höhe angerechnet werden.

Zum Geschäftsjahresende bestanden folgende Stille Einlagen:

Laufzeit ¹⁾	Ausschüttung in % des Nominalbetrags	Nominalbetrag	
		31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
15.02.1994 – 31.12.2015 (gekündigt)	0,3	0,0	6,0
23.11.1999 – 31.12.2015	0,0	0,0	40,0
31.12.1993 – 31.12.2016 ²⁾ (gekündigt)	1,36	64,7	64,7
08.12.1999 – 31.12.2016 ³⁾	7,8 – 8,0	64,5	64,5
31.12.1993 – 31.12.2017 (gekündigt)	1,2	19,5	19,5
15.11.1999 – 31.12.2019	7,87	10,0	10,0
25.04.1999 – 31.12.2019	5,05	30,0	30,0
05.01.2000 – 31.12.2020	8,25	30,0	30,0
19.05.1999 – 31.12.2024	7,11	20,0	20,0
13.07.2001 – 31.12.2026 ⁴⁾	2,2	15,0	15,0
01.10.1999 – 31.12.2029	8,03 – 8,20	49,0	49,0
10.03.2000 – 31.12.2030	8,05 – 8,25	10,0	10,0
02.07.2001 – 31.12.2031	8,46	20,0	20,0
Stille Einlagen mit festem Laufzeitende		332,7	378,7

Zinsbindungsende	Ausschüttung in % des Nominalbetrags	Nominalbetrag	
		31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
26.06.2017	2,83	200,0	200,0
28.10.2021	3,92	3,2	3,2
30.10.2021	3,92	86,3	86,3
31.12.2021	3,93	8,9	8,9
31.12.2022	3,74	4,7	4,7
31.12.2023	3,81	222,7	222,7
kein Zinsbindungsende ⁵⁾	4,56	300,0	300,0
Stille Einlagen ohne festes Laufzeitende		825,8	825,8
Gesamt		1 158,5	1 204,5

1) Rückzahlung erfolgt nach Feststellung des jeweiligen HGB-Jahresabschlusses zu einem vertraglich festgelegten Termin. Sofern der Beginn der Laufzeit genannt wird, bezieht sich die Angabe auf die erste eingegangene Verbindlichkeit in einer Gruppe von Verträgen mit ähnlichen Konditionen.

2) Der zukünftige Zinssatz ist variabel und beträgt per 01.01.2017 0,25 %.

3) Der zukünftige Zinssatz beträgt 0,00 %.

4) Jährliche Zinsanpassung.

5) Zinssatz ist fixiert. Lediglich bestimmte Änderungen in der Steuergesetzgebung haben Auswirkung auf den Zinssatz.

Der Zinsaufwand für Stille Einlagen für das Geschäftsjahr betrug insgesamt – 51 Mio. EUR (Vorjahr: – 53 Mio. EUR).

53. Eigenkapital.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Stammkapital	3 484	3 484
Kapitalrücklage	8 240	8 240
Gewinnrücklage	999	1 062
Sonstiges Ergebnis	348	413
Bilanzgewinn/-verlust	10	425
Eigenkapital der Anteilseigner	13 081	13 624
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	38	19
Insgesamt	13 119	13 643

Im Hinblick auf die Darstellung der Gewinne und Verluste finanzieller Verbindlichkeiten, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet designiert sind, hat die LBBW sich zu einer freiwilligen vorzeitigen Anwendung des IFRS 9 entschieden. Vor diesem Hintergrund ist im Sonstigen Ergebnis zum aktuellen Stichtag ein Bewertungseffekt i. H. v. 24 Mio. EUR im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität enthalten.

In den Gewinnrücklagen wurden kumulierte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nach Steuern i. H. v. – 836 Mio. EUR (Vorjahr: – 682 Mio. EUR) ausgewiesen. Durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsrückstellungen von 2,18% auf 1,72%, erhöhten sich die versicherungsmathematischen Verluste unter Berücksichtigung der zugehörigen latenten Steuern.

Aufgrund des durch die Vollabschreibung des Goodwills belasteten Konzernergebnisses reduzierte sich der Bilanzgewinn.

Insgesamt enthielt der Posten Eigenkapital erfolgsneutral erfasste Steuern i. H. v. 353 Mio. EUR (Vorjahr: 300 Mio. EUR).

Die detaillierte Entwicklung der einzelnen Bestandteile des Postens Eigenkapital kann der Eigenkapitalveränderungsrechnung entnommen werden.

Angaben zu Finanzinstrumenten.

In den nachfolgenden Notes wird im Wesentlichen den Anforderungen gemäß IFRS 13 und IFRS 7 nachgekommen. Weitere IFRS 7 Angaben finden sich im Chancen- und Risikobericht.

54. Fair-Value-Ermittlung.

Der Fair Value wird gemäß IFRS 13 als der Preis definiert, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde.

Bei der Bestimmung des Fair Values hat ein Unternehmen darüber hinaus den für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit vorrangigen, d. h. den Hauptmarkt oder, falls ein solcher nicht vorliegt, den vorteilhaftesten Markt festzulegen. Unter einem Hauptmarkt versteht die LBBW den Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Dabei muss es sich nicht zwingend um denjenigen Markt handeln, auf dem die LBBW die höchste Handelsaktivität entfaltet. Unter dem vorteilhaftesten Markt versteht die LBBW hingegen denjenigen Markt, auf dem – unter Berücksichtigung von Transaktions- und Transportkosten – beim Verkauf eines Vermögenswerts der maximale Erlös erzielt werden kann bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit der geringste Betrag zu zahlen ist.

Im LBBW-Konzern werden bei der Fair-Value-Ermittlung – wenn vorhanden – notierte Preise des Hauptmarkts herangezogen, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Dies wird anhand der folgenden Kriterien überprüft: zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen.

Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, werden Bewertungsverfahren, Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf aktiven Märkten, Preise für identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf nicht aktiven Märkten verwendet. Für Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter beruhen, soweit vorhanden, auf an Märkten beobachtbaren Parametern. Die Anwendung dieser Modelle und die Verwendung dieser Parameter erfordert Annahmen und Einschätzungen seitens des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Insbesondere dann, wenn keine an Märkten beobachtbaren Parameter verfügbar sind, ist hier ein signifikantes Maß an subjektiver Einschätzung notwendig.

Ziel der Anwendung der Bewertungsmethoden ist es, den Preis festzulegen, zu dem zum Stichtag eine Transaktion für einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit unter sachverständigen Dritten zustande kommen könnte. Bewertungsmethoden müssen daher alle Faktoren einbeziehen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung berücksichtigen würden.

Die Fair Values der zum Fair Value bewerteten Bestände unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des LBBW-Konzerns, in denen die Standards für die unabhängige Prüfung oder Validierung von Fair Values festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Organisationseinheit »Independent Price Verification (IPV)« innerhalb des Bereichs Risikocontrolling überwacht. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig von der Abteilung »Risikomethodik« überprüft.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der für Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zinsswaps und Zinsoptionen	Barwertmethode, Black-Scholes, Replikations- und Copula-basierte Modelle, Markov-Functional-Modell sowie Libor-Marktmodelle	Zinskurven, Swaption-Volatilitäten, Cap-Volatilitäten, Korrelationen, Mean-Reversion
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Commodity-Termingeschäfte, Devisentermingeschäfte	Barwertmethode	Commodity-Kurse/Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures	Black-Scholes, Local-Volatility-Modell, Barwertmethode	Aktienkurse, Aktienvolatilitäten, Dividenden, Zinsen (Swap, Repo)
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	FX-Kurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	Commodity-Kurse, Zinskurven, Volatilitäten
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Kredit-Korrelationsmodell	Credit Spreads, Zinskurven, Korrelationen
Geldmarktgeschäfte	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen, Kredite	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Barwertmethode	Wertpapierkurse, Credit Spreads, Zinskurven
Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen	Barwertmethode	Zinskurven, Own Credit Spread
Verbriefungen	Barwertmethode	Liquiditätsspreads, Zinskurven, vorzeitige Tilgungen, Verzugs- und Ausfallsraten, Verlustschwere

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

Die genannten Finanzinstrumente sind den Hauptklassen wie folgt zugeordnet:

Klasse	Finanzinstrumente
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte	
Handelsaktiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures, Commodity-Optionen, Termingeschäfte, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen, Kredite
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Finanzanlagen AfS	Verbriefungen, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte	
Forderungen an Kreditinstitute	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Finanzanlagen LaR	Wertpapiere
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten	
Handelspassiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures, Commodity-Optionen, Geldmarktgeschäfte, Termingeschäfte, Schuldscheindarlehen
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbriefte Verbindlichkeiten	Begebene Schuldverschreibungen, Geldmarktgeschäfte
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Nachrangkapital	Anleihen, Genussscheine
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Unwiderrufliche Kreditzusagen	Linienvereinbarungen

Soweit möglich, werden die Wertpapiere des Handelsbestands über Börsenkurse oder liquide Kurse des relevanten OTC-Markts bewertet. Liegt kein aktueller Kurs von aktiven Märkten vor, erfolgt die Bewertung verzinslicher Wertpapiere mittels der Discounted-Cashflow-Methode anhand rating- und sektorabhängiger Zinskurven und Credit Spreads, die aus Marktdaten abgeleitet werden.

Börsengehandelte Derivate werden grundsätzlich über Börsenkurse bewertet. Die Ermittlung der Fair Values aktienbasierter Derivate erfolgt aufgrund des Portfolioansatzes einheitlich auf Basis von Modellbewertungen.

Der Fair Value von OTC-Derivaten wird über Bewertungsmodelle ermittelt. Dabei wird zwischen einfachen, auf liquiden Märkten gehandelten Derivaten (z. B. Zinsswaps, Zinswährungsswaps und Devisen-Optionen) und komplexen Derivaten, die auf illiquiden Märkten gehandelt werden, unterschieden.

Einfache, auf aktiven Märkten gehandelte Derivate werden über anerkannte Bewertungsmethoden bewertet, die höchstens in unwesentlichem Umfang auf unbeobachtbare Parameter zurückgreifen.

Derivate, deren beizulegender Zeitwert durch komplexe Bewertungsmethoden unter Verwendung von unbeobachtbaren Parametern mit wesentlichem Einfluss bestimmt wird, werden in Level III der Bemessungshierarchie eingestuft. Um die Preisunsicherheit aus den unbeobachtbaren Parametern soweit wie möglich zu reduzieren, werden diese so kalibriert, dass Bewertungen aus beobachteten Transaktionen oder Angeboten für vergleichbare Instrumente, Konsensus-Preise von Preis-Service-Agenturen oder Bewertungen anderer Marktteilnehmer aus Abgleichprozessen mit den LBBW-eigenen Bewertungen bestmöglich übereinstimmen.

Für einen Teil der komplexen Zinsderivate beruhen die für die Bewertung anhand von Options-Preismodellen benötigten Zins-Zins-Korrelationen auf Expertenschätzungen, die zum Teil auf historischen Beobachtungen, zum Teil auf aus Marktpreisen abgeleiteten Korrelationen basieren. Der Parameter »Korrelation« wird hier als un-beobachtbar eingestuft und es wird eine Day-One-Reserve für diese komplexen Zinsderivate gebildet.

Bei der Fair-Value-Bewertung von Derivaten macht die LBBW in folgenden Fällen von der Portfolio Exception gemäß IFRS 13.48 Gebrauch:

- Für einige Fair Value Adjustments (z. B. Glattstellungskosten) wird der Anpassungsbetrag auf Basis der Netto-risikopositionen berechnet.
- Bei der Bewertung von Gegenparteirisiken bei OTC-Derivaten, für die Nettingvereinbarungen mit der Gegen-partei getroffen wurden, werden die Credit Value Adjustments auf Nettopositionen berechnet.

Für Verbriefungen, für die Marktpreise von Marktdatenanbietern vorliegen, erfolgt die Fair-Value-Bewertung auf Basis dieser Preise und die Einstufung in das Level II (siehe Fair-Value-Hierarchie). Für Verbriefungen, für die keine hinreichend aktuellen Marktpreise vorliegen (Level III), werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um marktgängige Modelle, die auf der Discounted-Cashflow-Methode beruhen.

Sofern der über Bewertungsmethoden ermittelte Fair Value eines Finanzinstruments Faktoren wie Geld-Brief-Spannen bzw. Glattstellungskosten, Liquidität, Modell-, Kredit- und/oder Kontrahentenausfallrisiken nicht in angemessener Weise berücksichtigt, ermittelt die Bank Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments). Die angewendeten Verfahren berücksichtigen dabei teilweise nicht am Markt beobachtbare Parameter. Im LBBW-Konzern wurden aktuell insbesondere für folgende Sachverhalte Bewertungsanpassungen vorgenommen:

- Berücksichtigung von Kreditrisiken bei Forderungen und Kontrahentenausfallrisiken bei OTC-Derivaten (CVA)
- Anpassung von auf Mid-Kursen basierenden Bewertungen auf die Verwendung von Bid-/Ask-Preisen, z. B. in Form von Close-Out Valuation Adjustments für OTC-Zins- und Kreditderivate
- Schwächen der verwendeten Modelle und/oder Parameter, z. B. als sogenannte Model Valuation Adjustments für bestimmte Aktien-, Zins- und Kreditderivate
- Day One Profit or Loss bei bestimmten komplexen Derivaten und Krediten, die zum Fair Value bewertet werden

Bei der Fair-Value-Ermittlung von börsennotierten Beteiligungen, die der Kategorie Available for Sale zugeordnet sind, werden – soweit vorhanden – auf aktiven Märkten notierte Preise herangezogen. Für nicht börsennotierte Beteiligungen oder wenn keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, wird der Fair Value über Bewertungsverfahren ermittelt. Im LBBW-Konzern erfolgt die Fair-Value-Ermittlung in diesen Fällen im Wesentlichen mit dem Ertragswert-, dem Discounted-Cashflow- oder dem Net-Asset-Value-Verfahren. Die Auswahl des Bewertungsverfahrens erfolgt anhand eines festgelegten Entscheidungsbaumes. Der Fair Value von Immobilien-Leasing-Objektgesellschaften wird grundsätzlich auf Basis des DCF-Verfahrens ermittelt. Eine Bewertung nach dem Ertragswertverfahren wird grundsätzlich für alle anderen wesentlichen Beteiligungen vorgenommen. Ist die Anwendung des Ertragswertverfahrens mit hohen Unsicherheiten verbunden oder aufgrund fehlender Datengrundlage nicht verlässlich möglich, erfolgt die Bewertung mittels des Net-Asset-Value-Verfahrens, sofern bei den Beteiligungen ein stabiler Zustand der Geschäftstätigkeit vorliegt.

Die Ermittlung des Fair Values von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt durch Abzinsung der zukünftigen Cashflows unter Berücksichtigung ratingabhängiger Spreads (Ausnahme: Repo-Geschäfte). Sofern ratingabhängige Spreads aus extern bezogenen Rating-Informationen verwendet werden, erfolgt die Einstufung in Level II. Intern ermittelte Rating-Informationen bedingen eine Einstufung in Level III. Für Forderungen mit einem Ausfallrating erfolgt die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis der erwarteten zukünftigen Cashflows. Für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten (z. B. Kontokorrentforderungen/-verbindlichkeiten) wird der Buchwert als Fair Value angegeben.

55. Fair Value von Finanzinstrumenten.

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte den Fair Values der Finanzinstrumente gegenübergestellt:

Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Barreserve	13 532	13 532	1 167	1 167
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	46 648	46 648	61 678	61 678
Derivate	23 925	23 925	24 117	24 117
Währungsbezogene Derivate	4 316	4 316	4 032	4 032
Zinsbezogene Derivate	19 039	19 039	19 561	19 561
Kreditderivate	128	128	180	180
Aktien-/Indexbezogene Derivate	381	381	285	285
Warenbezogene und sonstige Derivate	60	60	60	60
Eigenkapitalinstrumente	689	689	750	750
Wertpapiere	9 014	9 014	14 460	14 460
Forderungen	13 020	13 020	22 351	22 351
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	750	750	913	913
Eigenkapitalinstrumente	203	203	185	185
Wertpapiere	97	97	278	278
Kredite und Forderungen	450	450	450	450
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 777	2 777	2 174	2 174
Zinsderivate	2 769	2 769	2 163	2 163
Zinswährungsswaps	7	7	11	11
Finanzanlagen AfS	20 270	20 270	19 170	19 170
Eigenkapitalinstrumente	899	899	1 041	1 041
Wertpapiere	19 371	19 371	18 129	18 129
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte				
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	39 277	40 316	30 237	31 362
Kommundarlehnen	25 793	26 869	22 781	23 893
Wertpapierpensionsgeschäfte	7 676	7 630	2 662	2 662
Sonstige Forderungen	5 808	5 818	4 794	4 806
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	110 415	116 231	107 665	112 715
Kommundarlehnen	17 879	20 493	17 273	19 674
Hypothekendarlehen	30 236	32 697	30 907	33 515
Wertpapierpensionsgeschäfte	12 336	12 375	11 318	11 349
Sonstige Forderungen	49 964	50 667	48 167	48 177
davon Finance Lease	4 866	5 147	4 512	4 722
Finanzanlagen LaR	5 423	5 495	6 060	6 109
Eigenkapitalinstrumente	5	5	7	7
Verbriefungen	297	300	323	324
Staatsanleihen	4 301	4 365	5 501	5 547
Sonstige Wertpapiere	820	824	228	231
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	28	28	104	104

Passiva.

Mio. EUR	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva	63 090	63 090	67 278	67 278
Derivate	21 394	21 394	23 445	23 445
Währungsbezogene Derivate	4 528	4 528	4 757	4 757
Zinsbezogene Derivate	15 624	15 624	17 413	17 413
Kreditderivate	346	346	476	476
Aktien-/Indexbezogene Derivate	858	858	727	727
Warenbezogene und sonstige Derivate	37	37	73	73
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	1 349	1 349	550	550
Einlagen	28 880	28 880	36 214	36 214
Verbriefte Verbindlichkeiten	11 464	11 464	7 069	7 069
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	2	2	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	2 768	2 768	3 257	3 257
Einlagen	1 537	1 537	1 549	1 549
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 231	1 231	1 708	1 708
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 989	3 989	3 528	3 528
Zinsderivate	3 916	3 916	3 441	3 441
Zinswährungsswaps	73	73	87	87
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44 568	45 497	44 248	45 056
Wertpapierpensionsgeschäfte	3 298	3 304	8 676	8 675
Schuldscheindarlehen	4 125	4 304	4 656	4 868
Sonstige Verbindlichkeiten	37 145	37 888	30 916	31 512
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	70 641	71 803	62 540	63 898
Kontokorrentverbindlichkeiten	34 422	34 419	34 753	34 769
Schuldscheindarlehen	2 026	2 175	2 351	2 517
Namenspfandbriefe	4 429	5 249	4 934	5 808
Wertpapierpensionsgeschäfte	5 038	4 968	2 745	2 752
Sonstige Verbindlichkeiten	24 726	24 991	17 757	18 052
Verbriefte Verbindlichkeiten	34 355	35 097	29 424	30 182
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	3	3	4	4
Nachrangkapital	5 895	5 983	5 329	5 380
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 532	4 781	3 917	4 128
Genussrechtskapital	117	141	114	140
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	1 246	1 060	1 298	1 112

56. Fair-Value-Hierarchie.

Die bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zur Anwendung kommenden Fair Values sind unter Berücksichtigung der zur Bewertung verwendeten Bewertungsmethoden bzw. der Parameter in eine dreistufige Fair-Value-Hierarchie zu klassifizieren. Werden bei der Fair-Value-Ermittlung Parameter aus verschiedenen Leveln verwendet, wird der sich ergebende Fair Value dem nächsten Level zugeordnet, dessen Parameter einen wesentlichen Einfluss auf die Fair-Value-Bewertung hat.

Die dreistufige Fair-Value-Hierarchie mit der in IFRS 13 vorgesehenen Terminologie Level I, Level II und Level III wird im LBBW-Konzern wie folgt konkretisiert:

- Alle Finanzinstrumente mit auf aktiven Märkten unangepassten notierten Preisen sind der ersten Stufe (Level I) zugeordnet.
- Modellbewertete Derivate, handelbare Kredite, strukturierte, zur Fair-Value-Bewertung designierte Schuldtitel des Konzerns, Investmentfonds-Anteile sowie bestimmte Corporate-/Financial- und Government-Bonds mit automatisierten Zulieferungen aus Marktinformationssystemen (beobachtbare Parameter) sowie liquide Asset-Backed Securities sind der zweiten Stufe (Level II) zugeordnet.
- Die dritte Stufe (Level III) umfasst Finanzinstrumente, bei denen ein oder mehrere Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und diese einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments haben. Hierzu gehören komplexe OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-Backed Securities und strukturierter Verbriefungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Bilanzklassen auf die Bewertungsmethoden:

Aktiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Barreserve	181	140	13 351	1 027	0	0
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte						
Handelsaktiva	3 862	6 413	41 915	54 573	871	691
Derivate	38	295	23 553	23 395	333	426
Währungsbezogene Derivate	0	0	4 200	3 917	116	115
Zinsbezogene Derivate	0	0	18 826	19 255	213	306
Kreditderivate	0	0	128	179	0	0
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0	259	377	21	4	5
Warenbezogene und sonstige Derivate	38	37	22	23	0	0
Eigenkapitalinstrumente	397	309	292	441	0	0
Wertpapiere	3 427	5 808	5 587	8 651	0	0
Forderungen	0	0	12 483	22 086	538	265
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	0	745	901	4	12
Eigenkapitalinstrumente	0	0	199	173	4	12
Wertpapiere	0	0	97	278	0	0
Forderungen	0	0	450	450	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	2 777	2 174	0	0
Zinsderivate	0	0	2 769	2 163	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	7	11	0	0
Finanzanlagen AFS	16 573	16 104	3 313	2 602	384	464
Eigenkapitalinstrumente	524	585	0	0	376	456
Wertpapiere	16 049	15 519	3 313	2 602	8	8
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0	0	0	0	560	649
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte						
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikoversorge	0	0	12 819	4 789	27 497	26 572
Kommunaldarlehen	0	0	3 016	788	23 853	23 105
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	7 630	2 662	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	2 174	1 339	3 645	3 467
Forderungen an Kunden nach Risikoversorge	0	0	24 722	21 855	91 509	90 860
Kommunaldarlehen	0	0	6 360	5 714	14 133	13 960
Hypothekendarlehen	0	0	108	1 594	32 589	31 920
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	12 375	11 349	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	5 880	3 198	44 788	44 979
davon Finance Lease	0	0	0	0	5 147	4 722
Finanzanlagen LaR	21	15	5 169	5 797	305	297
Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	0	5	7
Verbriefungen	0	0	0	34	300	290
Staatsanleihen	0	0	4 365	5 547	0	0
Sonstige Wertpapiere	21	15	804	216	0	0
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	0	0	0	80	153

Passiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten						
Handelspassiva	137	1 255	62 621	65 702	331	321
Derivate	28	707	21 035	22 417	331	321
Währungsbezogene Derivate	0	0	4 518	4 745	11	11
Zinsbezogene Derivate	0	0	15 431	17 109	194	304
Kreditderivate	0	0	223	475	123	1
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0	639	854	83	4	5
Warenbezogene und sonstige Derivate	28	68	9	5	0	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	109	547	1 240	2	0	0
Einlagen	0	0	28 880	36 214	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	11 464	7 069	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	2	0	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	2 143	2 565	626	692
Einlagen	0	0	1 499	1 511	38	38
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	644	1 054	587	654
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungs- instrumenten	0	0	3 989	3 528	0	0
Zinsderivate	0	0	3 916	3 441	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	73	87	0	0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	44 618	44 063	878	993
Wertpapierpensions- geschäfte	0	0	3 304	8 675	0	0
Schuldscheindarlehen	0	0	4 304	4 868	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	37 010	30 519	878	993
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	71 144	63 225	659	674
Kontokorrentverbind- lichkeiten	0	0	34 419	34 769	0	0
Schuldscheindarlehen	0	0	2 175	2 517	0	0
Namenspfandbriefe	0	0	5 249	5 808	0	0
Wertpapierpensions- geschäfte	0	0	4 968	2 752	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	24 332	17 378	659	674
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	33 231	28 774	1 865	1 408
Sonstige Passiva - davon Finance Lease	0	0	0	0	3	4
Nachrangkapital	0	0	5 983	5 329	0	51
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	4 781	4 078	0	50
Genussrechtskapital	0	0	141	139	0	1
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	0	0	1 060	1 112	0	0

Level Umgliederungen.

Sollten sich in der Folge die zur Fair-Value-Bewertung herangezogenen, wesentlichen Parameter ändern, wird die Einstufung in die Fair-Value-Hierarchie ebenfalls angepasst. Die notwendigen Umgliederungen zwischen den Leveln I - III werden zum Ende der Berichtsperiode anhand von durch das Risikocontrolling definierten Qualitätskriterien für die in der Bewertung verwendeten Marktdaten vorgenommen. Dabei spielen insbesondere die zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen der verwendeten Marktdaten eine Rolle.

Für modellbewertete Finanzinstrumente identifiziert das Risikocontrolling die Modellparameter, die für die Fair-Value-Bewertung benötigt werden. Die Modelle unterliegen einem regelmäßigen Validierungsprozess, die Beobachtbarkeit der benötigten Modellparameter wird im Preisüberprüfungsprozess des Risikocontrollings überwacht. Dadurch können diejenigen Finanzinstrumente identifiziert werden, für die eine Umgliederung zwischen den Leveln II und III der Bewertungshierarchie notwendig ist.

Seit dem letzten Abschlussstichtag ergaben sich folgende Verschiebungen zwischen den Stufen I und II der Fair-Value-Hierarchie:

Aktiva.

Mio. EUR	Umgliederungen aus Level I in Level II 31.12.2016	Umgliederungen aus Level I in Level II 31.12.2015	Umgliederungen aus Level II in Level I 31.12.2016	Umgliederungen aus Level II in Level I 31.12.2015
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	485	47	136	522
Derivate	372	0	0	0
Aktien-/Indexbezogene Derivate	372	0	0	0
Wertpapiere	113	47	136	522
Finanzanlagen AfS	0	72	115	69
Wertpapiere	0	72	115	69

Passiva.

Mio. EUR	Umgliederungen aus Level I in Level II 31.12.2016	Umgliederungen aus Level I in Level II 31.12.2015
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten		
Handelspassiva	1 073	2
Derivate	801	0
Aktien-/Indexbezogene Derivate	801	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	272	2

Im Berichtsjahr hat die LBBW Umgliederungen von Level I in Level II vorgenommen, da für entsprechende Wertpapiere keine notierten Marktpreise mehr aus aktiven Märkten vorlagen. Für börsennotierte aktien-/indexbezogene Derivate wurde zudem die Bewertung des Fair Values von Börsenkursen auf Modellbewertung umgestellt, wodurch die entsprechenden Derivate nun dem Level II zugeordnet sind.

Gegenläufig erfolgten Umgliederungen von Level II in Level I, da für entsprechende Wertpapiere wieder notierte Marktpreise aus aktiven Märkten verfügbar waren.

Entwicklung Level III.

Die Entwicklung der Bestände und Ergebnisse der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level III), sind in den nachfolgenden Tabellen dargestellt. Die unrealisierten Ergebnisse der Level-III-Finanzinstrumente basieren sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht beobachtbaren Parametern. Viele dieser Finanzinstrumente sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die anderen Hierarchie-Leveln zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste dieser Absicherungsgeschäfte sind nicht in den oben dargestellten Tabellen ausgewiesen, da dort gemäß IFRS 13 nur die unrealisierten Gewinne und Verluste der Level-III-Finanzinstrumente auszuweisen sind.

Aktiva.

31.12.2016

Mio. EUR	Handelsaktiva			
	Derivate			Forderungen
	Währungs- bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Aktien-/ indexbezogene Derivate	
Buchwert zum 1. Januar 2016	115	306	5	265
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	11	- 58	- 1	0
davon Zinsergebnis	0	15	0	0
davon Handelsergebnis	10	- 72	- 1	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair- Value-Option	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen ¹⁾	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0	365
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	- 256
Tilgungen/Glattstellungen	- 10	- 37	0	- 9
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	2	0	172
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2016	116	213	4	538
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	11	- 58	- 1	0
davon Zinsergebnis	0	15	0	0
davon Handelsergebnis	11	- 72	- 1	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair- Value-Option	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0

1) Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				Finanzanlagen - AfS		Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/Veräußerungsgruppen	Insgesamt
Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere					
12	0	456	8	649	153	1 970		
- 1	0	- 11	0	7	- 80	- 132		
0	0	0	0	0	0	15		
0	0	0	0	0	0	- 63		
- 1	0	0	0	0	0	- 1		
0	0	- 11	0	0	- 80	- 91		
0	0	0	0	7	0	7		
0	0	7	0	0	33	40		
0	0	16	0	6	0	388		
- 1	0	- 63	0	- 47	- 98	- 465		
- 6	0	- 27	0	0	0	- 89		
0	0	- 1	0	0	0	- 1		
0	0	0	0	6	0	7		
0	0	0	0	10	0	10		
0	0	0	0	0	0	174		
0	0	0	0	- 72	72	0		
4	0	376	8	560	80	1 899		
- 1	0	8	0	7	0	- 33		
0	0	0	0	0	0	15		
0	0	0	0	0	0	- 63		
- 1	0	0	0	0	0	- 1		
0	0	7	0	0	0	7		
0	0	0	0	7	0	7		

31.12.2015

Mio. EUR	Handelsaktiva			Forderungen
	Derivate			
	Währungs- bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Aktien-/index- bezogene Derivate	
Buchwert zum 1. Januar 2015	134	449	3	13
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	38	- 115	2	5
davon Zinsergebnis	8	- 7	0	- 1
davon Handelsergebnis	29	- 109	2	6
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair- Value-Option	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen ¹⁾	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0	255
Abgänge durch Verkäufe	0	- 18	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	- 56	- 10	0	- 8
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	0	0	0
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2015	115	306	5	265
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	30	- 115	2	5
davon Zinsergebnis	8	- 7	0	- 1
davon Handelsergebnis	22	- 109	2	6
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair- Value-Option	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0

1) Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/Veräußerungsgruppen	Insgesamt
	Finanzanlagen - AfS						
	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere			
	25	25	542	21	705	16	1 934
	- 4	1	- 13	0	- 3	- 1	- 92
	0	0	0	0	0	0	1
	0	0	1	0	0	0	- 71
	- 4	1	0	0	0	0	- 3
	0	0	- 14	0	0	0	- 14
	0	0	0	0	- 3	- 1	- 4
	0	0	87	0	0	0	87
	0	0	30	6	157	0	449
	- 6	- 1	- 26	- 10	- 84	- 64	- 209
	- 2	- 4	- 29	0	0	0	- 109
	0	0	16	0	0	0	16
	0	0	0	- 9	- 11	0	- 20
	0	0	0	0	- 65	0	- 65
	0	- 21	0	0	0	0	- 21
	0	0	- 153	0	- 49	202	0
	12	0	456	8	649	153	1 970
	- 5	0	- 9	0	- 3	- 1	- 96
	0	0	0	0	0	0	1
	0	0	1	0	0	0	- 78
	- 5	0	0	0	0	0	- 4
	0	0	- 10	0	0	0	- 10
	0	0	0	0	- 3	- 1	- 4

Passiva.

31.12.2016	Handelsspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Insgesamt
	Derivate				Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
	Währungs-bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kreditderivate	Aktien-/Indexbezogene Derivate			
Mio. EUR							
Buchwert zum 1. Januar 2016	11	304	1	5	38	654	1 013
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	1	- 78	0	- 1	0	22	- 57
davon Zinsergebnis	0	1	0	0	0	4	4
davon Handelsergebnis	1	- 79	0	- 1	0	0	- 79
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0	18	18
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	0	0	- 72	- 72
Tilgungen/Glattstellungen	- 1	- 34	0	0	0	- 17	- 52
Umbuchungen in Level III	0	2	123	0	0	0	124
Buchwert zum 31. Dezember 2016	11	194	123	4	38	587	957
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	0	- 78	0	- 1	0	22	- 57
davon Zinsergebnis	0	1	0	0	0	4	4
davon Handelsergebnis	1	- 79	0	- 1	0	0	- 80
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0	18	18

31.12.2015	Handelsspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Insgesamt
	Derivate				Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
	Währungs-bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kreditderivate	Aktien-/indexbezogene Derivate			
Mio. EUR							
Buchwert zum 1. Januar 2015	16	432	4	3	160	808	1 423
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	- 3	- 98	- 2	2	- 2	33	- 71
davon Zinsergebnis	0	4	0	0	0	2	6
davon Handelsergebnis	- 3	- 102	- 3	2	0	19	- 87
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	- 2	13	11
Abgänge durch Verkäufe	0	- 20	0	0	0	0	- 20
Tilgungen/Glattstellungen	- 2	- 5	- 1	0	- 62	- 187	- 258
Umbuchungen aus Level III	0	- 5	0	0	- 57	0	- 62
Buchwert zum 31. Dezember 2015	11	304	1	5	38	654	1 013
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	- 3	- 98	- 2	2	- 2	33	- 71
davon Zinsergebnis	0	4	0	0	0	2	6
davon Handelsergebnis	- 3	- 102	- 3	2	0	19	- 87
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	- 2	13	11

Sensitivitätsanalyse Level III.

Basiert der Modellwert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Marktparametern, werden für die Ermittlung der möglichen Schätzungsunsicherheit alternative Parameter verwendet. Bei den meisten dem Level III zugeordneten Wertpapieren und Derivaten fließt nur ein unbeobachtbarer Parameter in die Fair-Value-Ermittlung ein, sodass es zu keinen Wechselwirkungen zwischen den Level-III-Parametern kommen kann. Die Gesamtsensitivität der Produkte, bei denen mehrere unbeobachtbare Parameter in die Fair-Value-Berechnung einfließen, ist unwesentlich, sodass auf die Berechnung einer Wechselwirkung dieser Parameter untereinander verzichtet wurde.

Für die Beteiligungen, die dem Level III zugeordnet sind, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten im Wesentlichen durch Up-/Down-Shifts der individuellen Betafaktoren. Sofern keine Betafaktoren bei der Bewertung verwendet wurden, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten auf Basis der durchschnittlichen, prozentualen Fair-Value-Veränderung. Diese basiert auf dem Up-/Down-Shift der Beteiligungen, deren Bewertung ein Betafaktor zugrunde liegt.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen zeigen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertungen auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basieren:

Aktiva.

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	3,0	9,5	- 2,3	- 3,3
Derivate	2,8	3,8	- 2,1	- 3,1
Zinsbezogene Derivate	2,5	3,1	- 1,8	- 2,2
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0,0	0,2	- 0,1	- 0,3
Devisenbezogene Derivate	0,3	0,5	- 0,3	- 0,6
Forderungen	0,2	5,7	- 0,2	- 0,2
Finanzanlagen AFS	14,0	16,8	- 10,8	- 15,1
Eigenkapitalinstrumente	14,0	16,8	- 10,8	- 15,1
Insgesamt	17,0	26,3	- 13,1	- 18,4

Passiva.

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva	7,7	2,3	- 8,4	- 2,9
Derivate	7,7	2,3	- 8,4	- 2,9
Zinsbezogene Derivate	1,3	1,6	- 1,9	- 2,4
Kreditderivate	6,2	0,1	- 6,2	- 0,1
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0,1	0,3	0,0	- 0,2
Devisenbezogene Derivate	0,2	0,3	- 0,2	- 0,3
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0,1	0,1	- 0,1	- 0,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,1	0,1	- 0,1	- 0,1
Insgesamt	7,8	2,4	- 8,4	- 3,0

Signifikante nicht beobachtbare Parameter Level III.

In den folgenden Tabellen werden die signifikanten nicht beobachtbaren Parameter der zum Fair Value bewerteten und dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien gezeigt. Für weitere qualitative Ausführungen zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird auf Note 13 verwiesen.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert im unbeobachtbaren Parameter, der den Bewertungen in der Level-III-Kategorie zugrunde gelegt wurde. Es bestehen signifikant unterschiedliche Ausprägungen in den betroffenen Finanzinstrumenten, daher können die Spannen bestimmter Parameter groß sein.

Die in der Tabelle aufgeführten Parametershifts zeigen die in der Sensitivitätsanalyse vorgenommenen Änderungen des unbeobachtbaren Parameters nach oben und unten und geben somit Auskunft über die Bandbreite der von der LBBW gewählten Parameteralternativen zur Berechnung des Fair Values.

Aktiva.

31.12.2016				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate				
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 46% - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	5%	abs. - 25%/+ 15%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	26%	abs. - 30%/+ 30%
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	130 - 200	rel. - 30%/+ 30%
Finanzanlagen AfS				
	Net-Asset-Value- Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted-Cashflow- Methode	Kapitalisierungszinssatz	0,59% - 8,51%	individuell je Instrument
Eigenkapitalinstrumente	Ertragswertverfahren	Beta-Faktor	0,81 - 1,23	rel. + 5%/- 5%
		Mietdynamisierung	1,5%	
		Diskontierungszinssatz	4,8% - 10,0%	
		Kosten Grundinstandhaltung	0 - 25 EUR/m ²	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cashflow- Methode	Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	0,0% - 6,5%	n/a

31.12.2015				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate				
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 46% - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Kreditderivate	Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	50% - 81%	abs. - 30%/+ 10%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	5%	abs. - 25%/+ 15%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	67%	abs. - 30%/+ 30%
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	75 - 220	rel. - 30%/+ 30%
Finanzanlagen AfS				
	Net-Asset-Value-Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted-Cashflow- Methode	Kapitalisierungszinssatz	1,26% - 6,48%	individuell je Instrument
Eigenkapitalinstrumente	Ertragswertverfahren	Beta-Faktor	0,29 - 1,23	rel. + 5%/- 5%
		Mietdynamisierung	1,5%	
		Diskontierungszinssatz	4,0% - 8,3%	
		Mietausfallwagnis	2,0% - 5,0%	
		Kosten Grundinstandhaltung	0 - 19 EUR/m ²	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cashflow- Methode	Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	1,0% - 6,5%	n/a

Passiva.

31.12.2016				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelsspassiva				
Derivate				
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 46 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Kreditderivate	TRS-Modell	Diskontkurve (bp)	98 - 109	rel. - 30%/+ 30 %
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen-Korrelation	5 %	abs. - 25%/+ 15 %
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	26 %	abs. - 30%/+ 30 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
	---	---	---	---
Verbriefte Verbindlichkeiten	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	26 %	abs. - 30%/+ 30 %

31.12.2015				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelsspassiva				
Derivate				
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 46 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Kreditderivate	Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	50 % - 81 %	abs. - 30%/+ 10 %
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen-Korrelation	5 %	abs. - 25%/+ 15 %
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	67 %	abs. - 30%/+ 30 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
	---	---	---	---
Verbriefte Verbindlichkeiten	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	67 %	abs. - 30%/+ 30 %
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

Day One Profit or Loss.

Werden zur Bewertung von Finanzinstrumenten nicht beobachtbare Parameter herangezogen, kann es zu Differenzen zwischen Transaktionspreis und Fair Value kommen. Diese Abweichung wird als »Day One Profit or Loss« bezeichnet, welche erfolgswirksam über die Laufzeit des Finanzinstruments verteilt wird.

Credit Spreads sowie Korrelationen zwischen Zinssätzen und zwischen Ausfallrisiken verschiedener Adressen sind nicht durchgängig am Markt beobachtbar bzw. aus am Markt beobachtbaren Preisen ableitbar. Die Marktteilnehmer können unterschiedlicher Ansicht über die Ausprägung dieser in Modellen verwendeten unbeobachtbaren Parameter sein, daher kann der Transaktionspreis vom nach Ansicht der LBBW fairen Marktwert abweichen.

Die LBBW bilanziert sogenannte Day One Profits für Handelsbestände der Klassen Zinsderivate und Forderungen. Zum aktuellen Stichtag lagen Bestände von untergeordneter Bedeutung vor.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung des Day One Profits für das Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Jahresende 2015 dar, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurde:

Mio. EUR	2016	2015
Stand 1. Januar	10	1
Neue Transaktionen (Zuführungen)	0	10
In der Gewinn- und Verlustrechnung in der Berichtsperiode erfasste Beträge (Auflösungen)	- 10	- 1
Stand 31. Dezember	0	10

57. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente.

Den folgenden Tabellen können die Angaben zu den finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Fair-Value-Option entnommen werden.

Aktiva.

31.12.2016		Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values	Aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values im Berichtsjahr
Mio. EUR	Maximales Ausfallrisiko zum Stichtag		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	97	- 1	2
Sonstige	653	- 2	1
Insgesamt	750	- 4	3

Passiva.

31.12.2016		Differenz zwischen Buchwert und vertragsgemäßem, bei Fälligkeit zu zahlendem Betrag	Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values
Mio. EUR			
Verbriefte Verbindlichkeiten		173	4
Einlagen		176	13
Sonstige		324	15
Insgesamt		673	33

Zur Bestimmung der Veränderung des Kreditrisikos berechnet die LBBW zwei Fair Values. Dabei wird für den einen Fair Value der derzeit gültige Credit Spread und in dem anderen der historische Credit Spread herangezogen. Die Differenz zwischen den beiden Werten drückt die bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderung seit Designation des Finanzinstruments in die Fair-Value-Option aus. Es ist durch die gewählte Vorgehensweise gewährleistet, dass die auf die Bonität zurückzuführenden Fair-Value-Änderungen nicht durch andere marktpreisrisikoinduzierten Effekte verzerrt werden.

Um das für die bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen maßgebliche instrumentenspezifische Kreditrisiko berücksichtigen zu können, wird jeweils auf eine dem Risikoprofil angemessene Spreadkurve zurückgegriffen. Zur Bildung der Spreadkurven wird auf Primärmarktpreise zurückgegriffen, bei nicht vorhandener Primärmarkt-Aktivität können Sekundärmarktpreise sowie Näherungsverfahren auf Basis liquider Marktpreise vergleichbarer Anleihen zum Tragen kommen.

Aus ökonomischer Sicht sind die in die Fair-Value-Option designierten finanziellen Verbindlichkeiten durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente regelmäßig gegen die aus den Marktpreisrisiken resultierenden Fair-Value-Änderungen immunisiert. Es verbleibt im Wesentlichen das Ergebnis aus der Änderung der eigenen Bonität, das vollständig im sonstigen Ergebnis ausgewiesen wird. Umbuchungen innerhalb des Eigenkapitals finden nur statt, wenn es sich bei den Effekten um realisierte Ergebnisse im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität handelt.

Für das Vorjahr gelten die nachfolgenden Angaben: Das maximale Ausfallrisiko für Kredite und Forderungen, die in der Kategorie Fair-Value-Option designiert sind, betrug zum 31. Dezember 2015 450 Mio. EUR. Bei diesen finanziellen Vermögenswerten waren im Berichtsvorjahr 1 Mio. EUR auf bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderungen zurückzuführen. Der Betrag, um den sich die Fair Values aufgrund von Änderungen der Credit Spreads seit Designation geändert haben, belief sich auf - 7 Mio. EUR. Bei den finanziellen Verbindlichkeiten der Kategorie Fair-Value-Option entfiel 1 Mio. EUR auf bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderungen im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität. Der Betrag, um den sich die Fair Values aufgrund von Änderungen der Credit Spreads der LBBW seit Designation geändert haben, belief sich auf 60 Mio. EUR. Für die Ermittlung der bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen wurden zwei Werte - einer auf Basis des ursprünglichen Spreads und einer auf Basis des aktuellen Spreads - berechnet. Die bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderung ergab sich implizit aus diesen beiden Bewertungen. Der derzeitige Fair Value überstieg den vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbetrag der gegebenen Verbindlichkeiten zum Fälligkeitstermin um 629 Mio. EUR.

58. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.

Die nach IAS 39-Kategorien gegliederten Nettogewinne bzw. -verluste setzen sich zusammen aus Abgangsgewinnen bzw. -verlusten, Änderungen des Fair Values, Wertminderungen, Zuschreibungen sowie nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenem Finanzinstrumenten. Enthalten sind außerdem Wertänderungen aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und das Ergebnis aus Wertänderungen der Grundgeschäfte aus Mikro Fair Value Hedges.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	254	- 171
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	220	160
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	- 9	55
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	402	- 102
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	- 134	- 15

59. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2015
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Finanzanlagen AfS	- 3	- 13
Eigenkapitalinstrumente	- 3	- 13
Wertpapiere	- 1	- 1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	- 7	- 4
Sonstige Forderungen	- 6	- 4
Forderungen an Kunden	- 296	- 392
Kommunaldarlehen	- 5	- 8
Hypothekendarlehen	- 53	- 82
Sonstige Forderungen	- 238	- 302
davon Finance Lease	- 23	- 29
Insgesamt	- 306	- 410

60. Buchwertüberleitung auf Kategorien.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Finanzinstrumente nach Kategorien:

31.12.2016 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	39 277					39 277
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	110 415					110 415
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹⁾			46 648	750		47 398
Finanzanlagen	5 423	20 270				25 693
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen ¹⁾	0	28	0	0		28
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					44 568	44 568
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					70 641	70 641
Verbriefte Verbindlichkeiten					34 355	34 355
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ²⁾			63 090	2 768		65 858
Nachrangkapital					5 895	5 895

1) Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.
2) Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

31.12.2015 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	30 237					30 237
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	107 665					107 665
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹⁾			61 678	913		62 591
Finanzanlagen	6 060	19 170				25 230
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen ¹⁾	0	104	0	0		104
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					44 248	44 248
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					62 540	62 540
Verbriefte Verbindlichkeiten					29 424	29 424
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ²⁾			67 278	3 257		70 536
Nachrangkapital					5 329	5 329

1) Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.
2) Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

61. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit bzw. deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband »bis 3 Monate und unbestimmt« eingestellt. Handelsaktiva bzw. -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit berücksichtigt. Zusätzlich werden die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente gesondert unter Note 64 ausgewiesen.

31.12.2016	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Mio. EUR					
Forderungen an Kreditinstitute	14 311	4 426	11 469	9 081	39 288
Forderungen an Kunden	22 542	12 567	43 596	32 527	111 232
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	13 524	6 389	13 167	17 094	50 175
Finanzanlagen	1 419	873	12 575	10 826	25 693
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	28	0	0	28
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11 198	4 737	17 288	11 345	44 568
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	57 322	5 422	3 623	4 275	70 641
Verbriefte Verbindlichkeiten	3 840	7 470	17 502	5 543	34 355
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	35 402	8 643	10 099	15 703	69 846
Nachrangkapital	95	1 090	1 148	3 563	5 895

31.12.2015	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Mio. EUR					
Forderungen an Kreditinstitute	5 910	4 008	11 331	8 995	30 245
Forderungen an Kunden	19 125	12 744	43 330	33 586	108 785
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	23 528	8 506	15 773	16 957	64 765
Finanzanlagen	1 468	957	15 861	6 943	25 230
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	80	24	0	0	104
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10 338	5 449	16 817	11 643	44 248
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50 792	3 251	3 610	4 887	62 540
Verbriefte Verbindlichkeiten	3 394	5 903	14 166	5 960	29 424
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	38 982	8 841	10 032	16 209	74 063
Nachrangkapital	139	478	1 113	3 600	5 329

62. Fälligkeitsanalyse.

Die folgende Tabelle gliedert die undiskontierten finanziellen Verbindlichkeiten aus derivativen und nicht derivativen Geschäften nach vertraglichen Restlaufzeiten. Da der Ausweis undiskontiert und inklusive Zinszahlungen erfolgt, unterscheiden sich die Werte zum Teil von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten.

Zum Stichtag stellten sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Fälligkeitsstrukturen gemäß IFRS 7.39 wie folgt dar:

31.12.2016	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Mio. EUR					
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 49 184	- 15 550	- 26 650	- 35 994	- 20 406
Verbindlichkeiten aus Derivaten	- 17	- 50	- 366	- 1 045	- 1 421
Insgesamt	- 49 201	- 15 600	- 27 016	- 37 039	- 21 827
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale ¹⁾	- 25 736				
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	- 42 226				

¹⁾ Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

31.12.2015		bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Mio. EUR						
Finanzielle Verbindlichkeiten		- 40 299	- 17 276	- 24 245	- 32 103	- 22 510
Verbindlichkeiten aus Derivaten		- 130	- 130	- 738	- 2 075	- 1 498
Insgesamt		- 40 429	- 17 406	- 24 983	- 34 178	- 24 008
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale ¹⁾		- 23 855				
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten		- 41 885				

1) Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

Erläuterungen zur Art und Weise, wie die LBBW das Liquiditätsrisiko steuert, finden sich im Liquiditätsrisikoabschnitt des Risikoberichts.

63. Umkategorisierungen.

Im Zuge der Finanzmarktkrise 2008, bei der es zu erheblichen Ergebnisbelastungen aufgrund von Fair-Value-Schwankungen (im Wesentlichen bei Verbriefungsprodukten) kam, wurden vom IASB Änderungen zu IAS 39 und zu IFRS 7 (»Reclassification of Financial Assets«) verabschiedet und von der EU übernommen. Auf dieser Basis konnten bestimmte nicht derivative Finanzinstrumente rückwirkend zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert werden, was in der Folge zu einer Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, anstatt zum – in der Regel – niedrigeren aktuellen Marktwert führt.

Im LBBW-Konzern wurden im Einklang mit diesen Änderungen bestimmte Handelsaktiva und als available-for-sale-kategorisierte Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt 28 Mrd. EUR zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert. Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung).

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Wertpapiere:

Mio. EUR	31.12.2016 Buchwert	31.12.2016 Fair Value	31.12.2015 Buchwert	31.12.2015 Fair Value	1.7.2008 Nominalwert	1.7.2008 Buchwert
Held for Trading umkategorisiert in Loans and Receivables	7	7	18	19	935	913
davon Verbriefungstransaktionen	0	0	0	0	134	128
davon übrige Wertpapiere	7	7	18	19	801	785
Available for Sale umkategorisiert in Loans and Receivables	0	0	37	38	29 023	27 373
davon Verbriefungstransaktionen	0	0	0	0	14 643	13 302
davon übrige Wertpapiere	0	0	37	38	14 380	14 071
Insgesamt	7	7	55	57	29 958	28 286

Das Nominalvolumen der umkategorisierten Wertpapiere aus der Kategorie Held for Trading betrug zum 31. Dezember 2016 7 Mio. EUR (Vorjahr: 19 Mio. EUR), welches wie auch im Vorjahr komplett auf übrige Wertpapiere entfiel.

Bei den available-for-sale-umkategorisierten Wertpapieren war zum 31. Dezember 2016 kein Bestand mehr vorhanden (Vorjahr: 38 Mio. EUR).

Die rekategorisierten Bestände haben im Geschäftsjahr mit 1 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR) zum Ergebnis beigetragen.

Hätten keine Umkategorisierungen stattgefunden, wäre das Ergebnis zum 31. Dezember 2016 mit 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) positiv beeinflusst worden. Die erfolgsneutralen Fair-Value-Änderungen der umkategorisierten Available-for-Sale-Wertpapiere hätten keinen Einfluss auf das Sonstige Ergebnis gehabt. (Vorjahr: Belastung i. H. v. – 1 Mio. EUR).

Im Gesamtjahr wurden aus umkategorisierten Beständen originäre Zinszahlungen i. H. v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR) vereinnahmt.

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung beträgt die Bandbreite der Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva 2,74% bis 9,32%, mit erwarteten erzielbaren Cashflows i. H. v. 935 Mio. EUR. Die Effektivzinssätze der

umgegliederten, zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 0,54% und 19,69%, mit erwarteten erzielbaren Cashflows i. H. v. 28 778 Mio. EUR.

64. Angaben zum Derivatevolumen.

31.12.2016 Mio. EUR	Nominalwerte – Restlaufzeiten				Gesamt	Fair Value	
	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre		Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	99 751	35 208	15 576	895	151 430	2 935	2 800
Devisenoptionen	683	1 524	6 113	0	8 319	139	144
Käufe	320	739	2 935	0	3 995	139	0
Verkäufe	362	784	3 178	0	4 324	0	144
Zins-/Währungsswaps	2 149	4 587	14 342	8 787	29 866	1 250	1 657
Währungsbezogene Derivate	102 582	41 319	36 031	9 683	189 615	4 324	4 601
Forward Rate Agreements	17 326	16 000	1 800	0	35 126	0	0
Zinsswaps	118 673	135 584	409 398	394 015	1 057 671	18 797	15 692
Zinsoptionen	2 804	7 317	31 451	27 178	68 750	2 680	3 450
Käufe	950	3 408	12 009	10 904	27 271	2 221	201
Verkäufe	1 854	3 909	19 441	16 274	41 479	458	3 248
Caps/Floors/Collars	1 139	2 395	15 271	12 739	31 545	301	223
Börsengehandelte Zinsprodukte	48 259	49 543	24 930	0	122 732	0	0
Sonstige Zinskontrakte	3 186	1 958	210	0	5 354	31	175
Zinsbezogene Derivate	191 388	212 797	483 060	433 932	1 321 177	21 809	19 540
Kreditderivate – Sicherungsgeber	496	1 849	6 412	980	9 737	118	20
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	327	1 769	6 092	1 677	9 864	10	326
Kreditderivate	823	3 619	12 504	2 656	19 601	128	346
Börsengehandelte Produkte	2 325	4 922	7 083	1 240	15 571	372	801
Aktien-Termingeschäfte	10	0	0	0	10	0	0
Aktioptionen	32	61	119	348	560	8	21
Käufe	31	26	66	117	239	8	0
Verkäufe	1	35	54	231	320	0	21
Sonstige Aktienderivate	102	323	44	0	469	1	36
Aktien-/Indexbezogene Derivate	2 469	5 306	7 247	1 588	16 609	381	858
Commodities	1 148	548	35	0	1 732	60	37
Warenbezogene und sonstige Derivate	1 148	548	35	0	1 732	60	37
Insgesamt	298 410	263 589	538 876	447 859	1 548 734	26 702	25 383

31.12.2015 Mio. EUR	Nominalwerte – Restlaufzeiten					Fair Value	
	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	106 628	41 592	18 205	1 044	167 469	2 647	2 620
Devisenoptionen	807	1 709	2 217	0	4 732	98	82
Käufe	436	831	1 053	0	2 319	98	0
Verkäufe	371	878	1 164	0	2 413	0	82
Zins-/Währungsswaps	2 153	5 773	17 641	10 715	36 282	1 299	2 141
Währungsbezogene Derivate	109 588	49 073	38 063	11 759	208 483	4 043	4 843
Forward Rate Agreements	10 264	15 300	4 000	0	29 564	0	0
Zinsswaps	89 140	132 218	294 663	311 183	827 204	18 964	16 638
Zinsoptionen	2 751	6 070	32 767	31 331	72 919	2 369	3 818
Käufe	1 183	2 598	13 745	12 272	29 798	2 227	155
Verkäufe	1 567	3 472	19 022	19 059	43 121	143	3 663
Caps/Floors/Collars	1 046	2 154	15 166	13 554	31 920	358	254
Börsengehandelte Zinsprodukte	16 191	41 368	5 120	0	62 679	0	0
Sonstige Zinskontrakte	1 190	1 007	281	0	2 478	32	145
Zinsbezogene Derivate	120 582	198 117	351 997	356 068	1 026 764	21 723	20 854
Kreditderivate – Sicherungsgeber	330	1 812	7 897	1 182	11 221	126	81
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	730	1 821	7 568	1 903	12 021	54	395
Kreditderivate	1 060	3 633	15 465	3 084	23 242	180	476
Börsengehandelte Produkte	2 387	4 669	5 579	332	12 968	259	639
Aktien-Termingeschäfte	2	0	0	0	2	0	0
Aktienoptionen	111	358	216	464	1 149	12	31
Käufe	68	194	125	156	543	12	0
Verkäufe	44	163	91	309	607	0	31
Sonstige Aktienderivate	94	235	939	0	1 269	14	57
Aktien-/Indexbezogene Derivate	2 594	5 262	6 734	797	15 388	285	727
Commodities	665	715	56	0	1 437	60	73
Warenbezogene und Sonstige Derivate	665	715	56	0	1 437	60	73
Insgesamt	234 489	256 801	412 316	371 708	1 275 314	26 291	26 973

Die Behandlung der Marktwerte von börsengehandelten Futures sowie von Zinsswaps, deren Clearing über einen zentralen Kontrahenten vorgenommen wird, folgt der Bilanzierung. Demnach wird eine Verrechnung der geflossenen Variation Margin mit den Marktwerten, welche bereits erfolgswirksam gebucht wurden, durchgeführt.

Die nachstehende Tabelle enthält die positiven und negativen Marktwerte sowie die Nominalwerte der derivativen Geschäfte, aufgliedert nach den jeweiligen Kontrahenten:

Mio. EUR	Nominalwerte		Fair Value			
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016 Positiv	31.12.2015 Positiv	31.12.2016 Negativ	31.12.2015 Negativ
OECD-Banken	625 341	560 363	17 489	17 925	20 140	21 969
Nicht-OECD-Banken	10 112	12 110	50	69	417	244
Öffentliche OECD-Stellen	41 072	40 469	4 928	4 247	1 204	1 211
Sonstige Kontrahenten	872 209	662 373	4 235	4 050	3 622	3 548
Insgesamt	1 548 734	1 275 314	26 702	26 291	25 383	26 973

Derivate mit OECD-Banken sind grundsätzlich durch entsprechende Barsicherheiten abgesichert. Die Nominalwerte dienen als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar.

Eine Aufstellung über den Einsatzzweck der sich zum Stichtag im Bestand befindlichen Derivate gibt folgendes Bild:

Mio. EUR	Fair Value			
	31.12.2016 Positiv	31.12.2015 Positiv	31.12.2016 Negativ	31.12.2015 Negativ
Für Handelszwecke eingesetzte derivative Finanzinstrumente und ökonomische Hedgingderivate	23 925	24 117	21 394	23 445
Für Fair Value Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	2 777	2 174	3 989	3 528
Insgesamt	26 702	26 291	25 383	26 973

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hatte am 9. Juni 2016 zunächst eine Allgemeinverfügung (Az: ED WA-Wp 1000 – 2016/0001) als Reaktion auf eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) am 9. Juni 2016 zu § 104 Insolvenzordnung (InsO) erlassen. Seit 26. Dezember 2016 ist nunmehr das dritte Gesetz zur Änderung der InsO in Kraft, welches den § 104 InsO klarstellend angepasst hat. Damit besteht eine verbesserte Rechtslage gegenüber dem Zeitraum vor und nach dem Urteil des BGH. Aus der Gesetzesänderung des § 104 InsO resultieren keine Auswirkungen auf die LBBW.

65. Übertragung finanzieller Vermögenswerte.

Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte.

Bei den übertragenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um eigene Vermögenswerte, die der LBBW-Konzern im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensions- oder Leihengeschäften übertragen bzw. verliehen hat. Die im Rahmen des Förderkreditgeschäfts übertragenen Forderungen können nicht zwischenzeitlich durch den LBBW-Konzern weiterveräußert werden. Bei Wertpapierpensions- oder Leihengeschäften erlischt das Nutzungsrecht an den Wertpapieren mit der Übertragung. Die Gegenparteien der dazugehörigen Verbindlichkeiten greifen nicht exklusiv auf diese Vermögenswerte zurück.

Die übertragenen Vermögenswerte wurden weiterhin vollständig in der Bilanz angesetzt. Daraus kann ggf. ein Kontrahenten-, Ausfall- und/oder Marktpreisrisiko entstehen.

Sachverhalte, bei denen trotz der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement besteht, existierten zum Abschlussstichtag nicht.

Mio. EUR	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
31.12.2016		
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	1 028	539
Wertpapiere	780	291
Forderungen	248	248
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	19	19
Forderungen	19	19
Finanzanlagen AfS	2 147	1 206
Wertpapiere	2 147	1 206
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	18 275	18 274
Kommunaldarlehen	18 261	18 260
Sonstige Forderungen	14	14
Forderungen an Kunden	6 853	6 853
Kommunaldarlehen	731	731
Hypothekendarlehen	1 990	1 990
Sonstige Forderungen	4 131	4 131

31.12.2015	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
Mio. EUR		
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	6 854	5 242
Wertpapiere	6 248	4 636
Forderungen	606	606
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	35	35
Forderungen	35	35
Finanzanlagen AfS	2 858	2 389
Wertpapiere	2 858	2 389
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	17 541	17 539
Kommunaldarlehen	17 522	17 520
Sonstige Forderungen	19	19
Forderungen an Kunden	7 056	7 054
Kommunaldarlehen	770	770
Hypothekendarlehen	1 974	1 973
Sonstige Forderungen	4 312	4 311

66. Sicherheiten.

Sicherungsgeber.

Der LBBW-Konzern stellt Sicherheiten insbesondere im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensionsgeschäften. Die Besicherung erfolgt in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen festgelegten Bedingungen. Bei Wertpapierpensionsgeschäften hat der Sicherungsnehmer das Recht, die Sicherheit zwischenzeitlich zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Insgesamt wurden Vermögenswerte i. H. v. 42 397 Mio. EUR (Vorjahr: 45 978 Mio. EUR) als Sicherheiten für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten übertragen.

Sicherungsnehmer.

Aufgrund von Wertpapierpensionsgeschäften erhält der LBBW-Konzern Wertpapiere als Sicherheit mit dem Recht, diese zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung des Geschäfts gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Der Fair Value der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte, welche der LBBW-Konzern auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten veräußern oder erneut besichern darf, belief sich auf 23 285 Mio. EUR (Vorjahr: 17 318 Mio. EUR). Von den erhaltenen Sicherheiten war der LBBW-Konzern bei Sicherheiten mit einem Fair Value von insgesamt 23 285 Mio. EUR (Vorjahr: 17 318 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet. Der Fair Value der zum Berichtsstichtag veräußerten oder weitergereichten Sicherheiten mit Rückgabeverpflichtung an den Eigentümer betrug 5 851 Mio. EUR (Vorjahr: 1 973 Mio. EUR).

67. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen.

Der Konzern ist verpflichtet, finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, welche die bilanziellen Saldierungskriterien erfüllen, zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen. Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Effekten der Saldierung auf die Konzernbilanz sowie zu möglichen Effekten aus Saldierungs-Rahmenvereinbarungen.

Die dargestellten Geschäfte werden in der Regel auf Basis von Rahmenvereinbarungen geschlossen, die bedingte oder unbedingte Rechte zur Saldierung von Forderungen, Verbindlichkeiten sowie von erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten vorsehen. Ein bedingtes Recht zur Saldierung ist bspw. gegeben, wenn der Rechtsanspruch nur im Fall der Insolvenz oder bei Vertragsverletzungen besteht. In Übereinstimmung mit IAS 32.42 wurde keine Saldierung bei Geschäften vorgenommen, bei denen entweder zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Rechtsanspruch auf Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten besteht und/oder kein Ausgleich auf Nettobasis bzw. keine Simultanabwicklung vorgesehen ist.

Die aufgeführten Sicherheiten sind überwiegend auf Grundlage von Rückkaufvereinbarungen und Pfandrechten gestellt worden, wobei die Aufrechnung der Sicherheiten nur in den vertraglich vorgesehenen Fällen (z. B. bei Insolvenz) möglich ist. Bei Rückkaufvereinbarungen ist der Empfänger am Ende der Laufzeit zur Rückgabe des übertragenen Finanzinstruments verpflichtet. Zuvor hat er allerdings regelmäßig das Recht, die Sicherheit an Dritte zu verkaufen oder weiterzuverpfänden.

Der in der Bilanz ausgewiesene Nettobetrag der einzelnen Finanzinstrumente wird nach den im Abschnitt »Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden« dargestellten Maßgaben ermittelt. Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert angegeben.

Aktiva.

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Saldierungs-betrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Erhaltene Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanz-instrumente	Barsicherheiten	
31.12.2016							
Kontokorrent-forderungen	33	- 30	3	0	0	0	3
Forderungen aus Wertpapierpensions-geschäften/-leihegeschäften	23 002	- 2 296	20 707	- 4 978	- 15 718	- 7	2
Derivate	39 316	- 14 747	24 569	- 15 371	- 12	- 3 422	5 763
Insgesamt	62 351	- 17 073	45 278	- 20 350	- 15 730	- 3 429	5 769

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Saldierungs-betrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Erhaltene Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanz-instrumente	Barsicherheiten	
31.12.2015							
Kontokorrent-forderungen	55	- 54	1	0	0	0	1
Forderungen aus Wertpapierpensions-geschäften/-leihegeschäften	19 256	- 3 952	15 303	- 2 209	- 12 989	- 5	101
Derivate	37 232	- 13 116	24 117	- 15 982	- 133	- 3 017	4 984
Insgesamt	56 543	- 17 122	39 421	- 18 192	- 13 122	- 3 022	5 086

Zum 31. Dezember 2016 wurde der oben dargestellte Nettobetrag bilanzierter Kontokorrentforderungen i. H. v. 3 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) im Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und i. H. v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) im Bilanzposten Forderungen an Kunden gezeigt.

Die Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte wurden mit ihrem jeweiligen Nettobetrag in folgenden Bilanzposten ausgewiesen: 7 716 Mio. EUR Forderungen an Kreditinstitute (Vorjahr: 2 772 Mio. EUR), 12 318 Mio. EUR (Vorjahr: 11 319 Mio. EUR) Forderungen an Kunden sowie 673 Mio. EUR (Vorjahr: 1 212 Mio. EUR) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte.

Die Nettoforderungen aus Derivategeschäften wurden wie auch im Vorjahr in vollständiger Höhe im Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Passiva.

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungs-betrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Gestellte Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanz-instrumente	Barsicherheiten	
31.12.2016							
Kontokorrent-verbindlichkeiten	176	- 30	146	0	0	0	146
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions-geschäften/-leihegeschäften	10 539	- 2 296	8 244	- 4 978	- 3 265	0	0
Derivate	37 525	- 14 747	22 778	- 15 371	0	- 5 799	1 607
Insgesamt	48 241	- 17 073	31 167	- 20 350	- 3 265	- 5 799	1 754

31.12.2015	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen						
	Gestellte Sicherheiten						
	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	Nettobetrag
in Mio. EUR							
Kontokorrentverbindlichkeiten	287	- 54	232	0	0	0	232
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	15 357	- 3 952	11 405	- 2 209	- 9 195	0	0
Derivate	37 273	- 13 116	24 157	- 15 982	- 45	- 6 780	1 349
Insgesamt	52 916	- 17 122	35 794	- 18 192	- 9 241	- 6 780	1 582

Zum 31. Dezember 2016 wurde der Nettobetrag bilanzierter Kontokorrentverbindlichkeiten i. H. v. 12 Mio. EUR (Vorjahr: 12 Mio. EUR) in den Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und i. H. v. 135 Mio. EUR (Vorjahr: 220 Mio. EUR) in den Verbindlichkeiten an Kunden gezeigt.

Die Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte wurden mit ihrem jeweiligen Nettobetrag in folgendem Bilanzposten ausgewiesen: 3 298 Mio. EUR (Vorjahr: 8 677 Mio. EUR) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und 4 946 Mio. EUR (Vorjahr: 2 728 Mio. EUR) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die Nettoverbindlichkeiten aus Derivategeschäften wurden wie auch im Vorjahr in voller Höhe in den Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

Sonstige Angaben.

68. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen.

Maßgebliche Beschränkungen des Konzerns, Zugang zu Vermögenswerten der Gruppe zu erlangen oder diese zu nutzen.

Innerhalb des Konzerns bestehen Vermögenswerte, die vertraglichen, gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Verfügungsbeschränkungen unterliegen, die den LBBW-Konzern in seiner Möglichkeit einschränken, zu diesen Vermögenswerten Zugang zu erhalten und sie für die Erfüllung von Verbindlichkeiten der Gruppe zu verwenden. Die Beschränkungen resultieren aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts, Vermögenswerten zur Besicherung von Verpflichtungen aus Repogeschäften und aus der Stellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften sowie für von konsolidierten strukturierten Einheiten begebene Verbindlichkeiten. Auch regulatorische Anforderungen, Anforderungen von Zentralbanken und lokale gesellschaftsrechtliche Vorschriften können die Nutzbarkeit von Vermögenswerten einschränken.

Es bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen aus Schutzrechten nicht beherrschender Anteile, die die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte zu transferieren oder Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Die Buchwerte der Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen betragen:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Vermögenswerte mit Verfügungsbeschränkung		
Forderungen an Kreditinstitute	20 364	20 186
Forderungen an Kunden	41 300	38 243
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	8 192	15 961
Finanzanlagen AfS	3 584	3 298
Sonstige	926	879
Insgesamt	74 366	78 567

Die Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen setzen sich im Wesentlichen aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts i.H.v. 36 Mrd. EUR (Vorjahr: 33 Mrd. EUR), übertragenen, aber nicht vollständig ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten im Rahmen von Wertpapierpensions- oder Leihegeschäften und Förderkreditgeschäften (siehe Note 65) i.H.v. 28 Mrd. EUR (Vorjahr: 34 Mrd. EUR) sowie Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften i.H.v. 7 Mrd. EUR (Vorjahr: 8 Mrd. EUR) zusammen.

Anteile an konsolidierten strukturierten Einheiten.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt 10 (Vorjahr: 13) strukturierte Einheiten einbezogen, deren relevante Aktivitäten nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW steht in Geschäftsbeziehungen mit diesen Unternehmen und erwirbt im Rahmen von Anlageentscheidungen auch Commercial Papers von den konsolidierten strukturierten Einheiten.

Gegenüber den konsolidierten strukturierten Einheiten bestehen zum 31. Dezember 2016 Liquiditätslinien in Höhe von 2 664 Mio. EUR (im Vorjahr: 2 148 Mio. EUR).

Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen.

Ein Gemeinschaftsunternehmen und zwei assoziierte Unternehmen sind für den LBBW-Konzern aufgrund des Beteiligungsbuchwerts bzw. der Bilanzsumme und des anteiligen Ergebnisses von wesentlicher Bedeutung und werden unter Verwendung der Equity-Methode bewertet.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes Gemeinschaftsunternehmen, das für den LBBW-Konzern wesentlich ist, dargestellt:

Mio. EUR	GIZS GmbH & Co. KG, Stuttgart ^{1), 2)}	
	31.12.2016	31.12.2015
Erlöse	39	0
Planmäßige Abschreibungen	- 2	0
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	- 3	- 7
Gesamtergebnis	- 3	- 7
Kurzfristige Vermögenswerte	15	27
Zahlungsmittel und -äquivalente	12	25
Andere kurzfristige Vermögenswerte	3	2
Langfristige Vermögenswerte	12	6
Kurzfristige Schulden	12	15
Kurzfristige finanzielle Schulden	12	15
Reinvermögen des Gemeinschaftsunternehmens	15	18
Anteil am Kapital (in %)	33	33
Anteil am Reinvermögen	5	6
Sonstige Anpassungen	- 5	0
Beteiligungsbuchwert	0	6

1) Hauptgeschäftssitz.

2) Strategische Beteiligung.

In dem Posten Sonstige Anpassungen sind Wertminderungen des Beteiligungsansatzes enthalten.

Die GIZS GmbH & Co. KG, an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil in Höhe von 33% beteiligt ist, hält und verwaltet die Beteiligung an einem Gemeinschaftsunternehmen von Instituten der deutschen Kreditwirtschaft, das den Aufbau, Betrieb und die Weiterentwicklung eines Verfahrens für mobile Zahlungen und Zahlungen im Internet zum Gegenstand hat.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes assoziierte Unternehmen, das für den LBBW-Konzern wesentlich ist, dargestellt:

Mio. EUR	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart ^{1), 2)}		Vorarlberger Landes- und Hypothesenbank AG, Bregenz ^{1), 2)}	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Erlöse	29	79	384	333
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	18	59	83	87
Erfolgsneutrales Ergebnis	8	6	1	- 7
Gesamtergebnis	26	64	85	80
Kurzfristige Vermögenswerte	133	163	3 245	3 281
Langfristige Vermögenswerte	238	262	10 002	10 536
Kurzfristige Schulden	5	27	6 638	5 592
Langfristige Schulden	8	9	5 597	7 296
Eventualverbindlichkeiten	1	1	375	386
Reinvermögen des assoziierten Unternehmens	359	388	1 012	930
Anteil am Kapital (in %)	40	40	24	24
Anteil am Reinvermögen	144	155	243	223
Sonstige Anpassungen	- 42	- 52	- 126	- 106
Beteiligungsbuchwert	101	104	116	116

1) Hauptgeschäftssitz.

2) Strategische Beteiligung.

Die Finanzinformationen in zusammengefasster Form stellen an konzerneinheitliche Bilanzierungsvorgaben angepasste Beträge des IFRS-Abschlusses der assoziierten Einheit dar.

In dem Posten Sonstige Anpassungen sind im Wesentlichen Wertminderungen der Beteiligungsansätze enthalten.

Die BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft (UBG), an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil in Höhe von 40% beteiligt ist, bietet als langfristig orientierter Investor Eigenkapitallösungen für den Mittelstand an.

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, an der die LBBW mit einem Stimmrechtsanteil in Höhe von 24% beteiligt ist, bietet Bankdienstleistungen für Privat- und Unternehmenskunden an.

Im Berichtsjahr erhielt die LBBW Dividenden i.H.v. 22 Mio. EUR (Vorjahr: 92 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft und i.H.v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG.

In der folgenden Tabelle sind die Anteile am Erfolg sowie die Buchwerte der Anteile für jedes Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen, die einzeln für sich genommen unwesentlich sind und nach der Equity-Methode bilanziert werden, dargestellt:

Mio. EUR	Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Anteil am Gewinn oder Verlust aus fortgeführten Geschäftsbereichen	0	2	- 1	2
Anteil am erfolgsneutralen Ergebnis	0	2	0	0
Anteil am Gesamtergebnis	1	4	- 1	2
Summe der Buchwerte der Konzernanteile	8	7	7	6

Im Zusammenhang mit den Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bestehen sonstige nicht angesetzte Verpflichtungen i.H.v. von 5 Mio. EUR (Vorjahr: 9 Mio. EUR), die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 4 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR) sowie unwiderruflichen Kreditzusagen i.H.v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) zusammensetzen.

Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten.

Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die in einer Weise konzipiert wurden, dass bei der Bestimmung, welche Partei beherrschenden Einfluss auf die Einheiten ausübt, Stimmrechte und vergleichbare Rechte nicht den dominierenden Faktor darstellen. Dies ist bspw. der Fall, wenn sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten, die die Rückflüsse der Einheiten erheblich beeinflussen, durch Vertragsvereinbarungen oder faktische Machtpositionen gelenkt werden.

Eine strukturierte Einheit zeichnet sich oftmals durch einige oder sämtliche der folgenden Merkmale aus:

- Beschränkte Tätigkeiten
- Enger und genau definierter Zweck
- Unzureichendes Eigenkapital, um ohne nachgeordnete finanzielle Unterstützung ihre relevanten Aktivitäten ausführen zu können
- Finanzierung durch die Bündelung von Kredit- und anderen Risiken (Tranchen) in Form vielfacher vertraglicher Instrumente, die an die Anleger gebunden sind

Strukturierte Einheiten werden entsprechend den in Note 3 dargestellten Grundsätzen konsolidiert, wenn der LBBW-Konzern aufgrund seiner Beziehungen zu der strukturierten Einheit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beziehen sich auf strukturierte Einheiten, die nicht konsolidiert werden, da der LBBW-Konzern keinen beherrschenden Einfluss auf diese ausüben kann. Über diese ist zu berichten, wenn der LBBW-Konzern aus seinen vertraglichen und nichtvertraglichen Beziehungen (»Anteilen«) variablen Rückflüssen aus den Tätigkeiten der strukturierten Einheiten ausgesetzt ist. Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen u. a. Darlehen und Kredite, Eigenkapitalinstrumente, verschiedene Formen von Derivaten, Garantien und Liquiditätsfazilitäten.

Der LBBW-Konzern steht mit den folgenden Arten von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in Geschäftsbeziehungen:

- **Fonds:** Der LBBW-Konzern bietet Kunden Investitionsmöglichkeiten in selbst gegründete und gesponserte Fonds und tätig Investitionen in von Dritten gegründete und gesponserte Fonds. Fonds ermöglichen Investoren gemäß einer festgelegten Anlagestrategie gezielt in Vermögenswerte zu investieren. Die Finanzierung erfolgt grundsätzlich durch die Ausgabe von Fonds-Anteilen und ist in der Regel durch die von der strukturierten Einheit gehaltenen Vermögenswerte besichert. Der LBBW-Konzern kann hierbei als Manager der strukturierten Einheit, Investor, Treuhänder für andere Investoren oder in einer anderen Funktion auftreten.
- **Verbriefungsvehikel:** Verbriefungsvehikel bieten Investoren Investitionsmöglichkeiten in diversifizierte Portfolios unterschiedlicher Vermögenswerte wie z. B. Leasing-, Handelsforderungen etc. Die Finanzierung der Verbriefungsvehikel erfolgt durch die Ausgabe von tranchierten Schuldverschreibungen, deren Auszahlungen abhängig von der Entwicklung der Vermögenswerte des Verbriefungsvehikels sowie von der Stellung der jeweiligen Tranche innerhalb der Zahlungsfolge sind. Der LBBW-Konzern nimmt an der Finanzierung oder Strukturierung solcher Vehikel teil.
- **Finanzierungsgesellschaften:** Finanzierungsgesellschaften (inklusive Leasingobjektgesellschaften) werden für die Finanzierung diverser Vermögenswerte oder Transaktionen gegründet. Sie verfolgen einen beschränkten Unternehmenszweck, wodurch die relevanten Aktivitäten vorherbestimmt sind oder nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW stellt als Fremdkapitalgeber Finanzierungsmittel für diese strukturierten Einheiten zur Verfügung, die durch die von der Gesellschaft gehaltenen Vermögenswerte besichert sind.
- **Sonstige:** Sonstige strukturierte Einheiten sind Einheiten, die keiner der anderen genannten Arten von strukturierten Einheiten zuordenbar sind.

Der Umfang einer strukturierten Einheit ist abhängig von deren Art:

- **Fonds:** Höhe des verwalteten Vermögens
- **Verbriefungen:** Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere
- **Finanzierungsgesellschaften:** Bilanzsumme
- **Sonstige strukturierte Einheiten:** Bilanzsumme

Der Umfang von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten ohne öffentlich verfügbare Daten wird mit dem Nennwert des Engagements der LBBW angegeben.

Der Umfang der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten stellt sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Verbriefungsvehikel		Fonds		Finanzierungs-gesellschaften		Sonstige		Insgesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Umfang der strukturierten Einheiten	20 264	15 386	260 809	299 217	46 127	18 622	774	6 171	327 974	339 396

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheiten die Buchwerte der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen, die Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten betreffen, und die Posten in der Konzernbilanz, unter denen diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten angesetzt werden:

Mio. EUR	Verbriefungsvehikel		Fonds		Finanzierungs- gesellschaften		Sonstige		Insgesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktiva										
Forderungen	6 428	7 361	2 289	2 196	1 697	2 224	0	0	10 414	11 782
Forderungen an Kreditinstitute	30	26	0	0	0	0	0	0	30	26
Forderungen an Kunden	6 398	7 335	2 289	2 196	1 697	2 224	0	0	10 384	11 756
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	4	396	597	699	19	- 42	636	963	1 257	2 017
Handelsaktiva	4	384	396	526	19	14	636	850	1 055	1 774
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1	1	0	0	0	1	0	0	1	2
Fair-Value-Option	0	12	201	172	0	- 57	0	114	201	241
Finanzanlagen	297	323	0	0	47	50	0	0	344	373
Sonstige Aktiva	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Summe Aktiva	6 729	8 080	2 887	2 895	1 763	2 233	636	963	12 016	14 171
Passiva										
Verbindlichkeiten	1 551	1 434	3 367	1 969	219	194	0	0	5 138	3 597
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 551	1 434	3 367	1 969	219	194	0	0	5 138	3 597
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	1	2 018	2 896	0	1	0	0	2 018	2 897
Handelspassiva	0	1	2 018	2 846	0	1	0	0	2 018	2 848
Fair-Value-Option	0	0	0	50	0	0	0	0	0	50
Nachrangkapital	0	0	0	5	0	0	0	0	0	5
Summe Passiva	1 552	1 435	5 385	4 870	219	195	0	0	7 156	6 499
Außerbilanzielle Verpflichtungen	0	6	22	27	206	180	0	0	228	213

Die maximal möglichen Verluste aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten sind abhängig von der Art der Anteile. Das maximale Verlustrisiko von den in der Tabelle dargestellten Aktiva entspricht den Bilanzwerten (ggf. nach Risikovorsorge). Von den in den Handelsaktiva bzw. Handelspassiva enthaltenen Derivaten mit einem Buchwert von 220 Mio. EUR (Vorjahr: 65 Mio. EUR) bzw. 23 Mio. EUR (Vorjahr: 86 Mio. EUR) und von den außerbilanziellen Verpflichtungen, u. a. Kreditzusagen, Garantien und Liquiditätsfazilitäten, stellen die Nominalwerte die maximal möglichen Verluste dar. Der Nennwert für Derivate mit positivem Wiederbeschaffungswert beträgt 25 727 Mio. EUR (Vorjahr: 11 145 Mio. EUR) und für Derivate mit negativem Wiederbeschaffungswert 2 697 Mio. EUR (Vorjahr: 8 538 Mio. EUR). Das maximale Verlustrisiko entspricht nicht dem erwarteten Verlust und berücksichtigt nicht bestehende Sicherheiten sowie Sicherungsbeziehungen, die das wirtschaftliche Risiko beschränken. Im Rahmen einer Kreditrestrukturierung bestehen darüber hinaus außerbilanzielle Verpflichtungen gegenüber einer strukturierten Einheit (siehe Note 71).

Aus seinen Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten erzielt der LBBW-Konzern Zinserträge und Provisionserträge aus der Finanzierung dieser Einheiten. Weitere Einnahmen resultieren aus Management-Vergütungen und ggf. Erfolgsbeteiligungen im Rahmen des Fonds-Managements durch die LBBW. Des Weiteren werden Erträge aus der Bewertung bzw. dem Verkauf von durch nicht konsolidierte strukturierte Einheiten begebenen Wertpapieren realisiert.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen der LBBW-Konzern zum Berichtsstichtag keine Anteile hält.

Die LBBW war als Sponsor beim Aufsetzen bzw. Vermarkten von diversen strukturierten Einheiten beteiligt, an denen sie zum Berichtsstichtag keine Anteile hält. Eine strukturierte Einheit gilt als gesponsert, wenn sie begründeterweise mit der LBBW in Verbindung gebracht wird und durch die LBBW unterstützt wurde. Unterstützungen können in diesem Zusammenhang folgende Leistungen umfassen:

- Die Verwendung des Namens »LBBW« für die strukturierte Einheit;
- Vermögenswerte des LBBW-Konzerns wurden auf die strukturierte Einheit übertragen oder an diese verkauft;
- Die strukturierte Einheit wurde durch den LBBW-Konzern gegründet und/oder es wurde Gründungskapital durch die LBBW bereitgestellt.

Aus Geschäftsvorfällen mit gesponserten, nicht konsolidierten Fonds und Verbriefungen, an denen der LBBW-Konzern zum Berichtsstichtag keine Anteile hält, erzielte die LBBW Bruttoerträge aus Provisionen i. H. v. 6 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR). Im Rahmen von Initialverkäufen und Replenishment-Vereinbarungen wurden in 2016 insgesamt Vermögenswerte i.H.v. 3 957 Mio. EUR (Vorjahr: 724 Mio. EUR) von Dritten auf gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragen.

69. Leasingverhältnisse.

Finance Lease – LBBW als Leasinggeber.

Für die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Finance-Lease-Geschäfte ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Bruttoinvestitionswert	5 410	5 060
Bis zu 1 Jahr	1 806	1 730
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	3 208	2 953
Über 5 Jahre	396	377
./. unrealisierter Finanzertrag	- 469	- 444
= Nettoinvestitionswert	4 941	4 616
./. Barwert der nicht garantierten Restwerte	- 210	- 173
= Barwert der Forderungen aus Mindestleasingzahlungen	4 731	4 442
Bis zu 1 Jahr	1 578	1 524
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 847	2 638
Über 5 Jahre	306	281

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Mindestleasingzahlungen eines Finance-Lease-Verhältnisses und jeglichen dem Leasinggeber zustehenden, nicht garantierten Restwerten. Die Mindestleasingzahlungen sind dabei diejenigen Zahlungen, welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu zahlen hat oder zu denen er herangezogen werden kann, außer bedingte Mietzahlungen, Aufwand für Dienstleistungen und Steuern, die der Leasinggeber zu zahlen hat und die ihm erstattet werden, sowie jegliche garantierte Restwerte. Anfängliche direkte Vertragsanlaufkosten werden in die Forderungen aus Finance-Lease-Verträgen miteinbezogen. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswerts; die Abzinsung erfolgt dabei auf Basis des dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatzes aus Sicht des Leasinggebers.

Die kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen betragen zum Abschlussstichtag - 65 Mio. EUR (Vorjahr: - 91 Mio. EUR).

Finance Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Leasingobjekte aus Finance Lease setzen sich aus folgenden Objektarten zusammen:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Gebäude	1	1
Grundstücke	1	1
Finance-Lease-Gegenstände insgesamt	2	3

Der Buchwert der Vermögenswerte aus Finance Lease in den Sachanlagen i. H. v. 2 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) bezieht sich im Wesentlichen auf ein Gebäude mit Grundstück. Es besteht ein Leasingvertrag über ein Verwaltungsgebäude in Mainz zwischen der LBBW als Leasingnehmer und einer Grundstücksverwaltungsgesellschaft als Leasinggeber. Die Mietzeit beträgt 20 Jahre mit einem Konversionszeitpunkt zum 31. August 2020. Es besteht eine Kaufoption zum Ende der Mietzeit mit der Möglichkeit des Erwerbs zu dem im Vertrag festgelegten Verkehrswert des Leasingobjekts.

Für die u. a. in den Sonstigen Passiva enthaltenen Verbindlichkeiten aus Finance Lease ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Künftige Mindestleasingzahlungen	4	5
Bis zu 1 Jahr	1	1
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	3	4
./. Abzinsungsbetrag	0	- 1
= Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen	3	4
Bis zu 1 Jahr	1	1
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2	3

Operate Lease – LBBW als Leasinggeber.

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate Lease angesetzten Vermögenswerte unter den Sachanlagen, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, teilen sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Gebäude	64	72
Grundstücke	33	33
Operate Lease insgesamt	96	105

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate-Lease-Vereinbarungen vermieteten, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien betragen 560 Mio. EUR (Vorjahr: 649 Mio. EUR).

Aus den genannten Leasingverhältnissen werden folgende Zahlungen erwartet:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Bis zu 1 Jahr	49	61
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	143	143
Über 5 Jahre	202	220
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen	394	423

Operate Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Aus den Leasingverhältnissen, bei welchen die LBBW Leasingnehmer ist, bestehen Zahlungsverpflichtungen i. H. v.:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Bis zu 1 Jahr	56	72
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	114	144
Über 5 Jahre	74	114
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen	244	329

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Mindestleasingzahlungen i. H. v. – 38 Mio. EUR (Vorjahr: – 28 Mio. EUR) als Aufwendungen erfasst. Dieser Posten setzt sich hauptsächlich zusammen aus Aufwendungen für Mieten für Geschäftsräume und Software.

70. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unterhält der LBBW-Konzern Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Hierzu gehören die Anteilseigner der LBBW (siehe Note 21), beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen, strukturierte Einheiten, at Equity bewertete assoziierte Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesem Personenkreis beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats einschließlich Angehöriger der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen. Sonstige nahestehende Personen/Unternehmen enthalten zudem Beteiligungen der Anteilseigner und Unternehmen, auf welche die Personen in Schlüsselpositionen und deren Familienangehörige einen beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss ausüben können.

Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit Personen des Key Managements können der Note 78 entnommen werden.

Die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Dabei handelte es sich u. a. um Kredite, Tages- und Termingelder, Derivate und Wertpapiergeschäfte.

Der Umfang der Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahestehende Personen/ Unternehmen
31.12.2016						
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	91	0	343
Forderungen an Kunden	1 471	1	137	55	67	704
Risikovorsorge	0	0	- 38	0	- 9	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1 855	0	437	76	1	707
Finanzanlagen	0	0	244	77	6	4 339
Sonstige Aktiva	0	0	1	0	0	0
Aktiva Insgesamt	3 326	1	779	299	64	6 093
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	2	1	0	8 280
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	703	9	144	193	17	6 292
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1	0	4	78	0	642
Nachrangkapital	92	0	0	8	0	0
Passiva Insgesamt	796	9	150	280	17	15 214
Eventualverbindlichkeiten	8	0	3	31	6	160

Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahestehende Personen/ Unternehmen
31.12.2015						
Forderungen an Kreditinstitute	1 88	0	0	109	0	146
Forderungen an Kunden	1 440	1	86	143	57	537
Risikovorsorge	0	0	- 37	0	- 8	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	2 357	0	48	77	0	143
Finanzanlagen	0	0	243	47	39	5 501
Aktiva Insgesamt	3 986	1	341	375	88	6 328
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7 550	0	0	0	0	17
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40	4	98	95	36	6 183
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1 156	0	3	76	1	897
Nachrangkapital	92	0	0	7	0	68
Passiva Insgesamt	8 838	4	102	178	37	7 164
Eventualverbindlichkeiten	100	0	6	13	21	123

Die im Vergleich zum Vorjahr ersichtlichen Verschiebungen zwischen Anteilseigner und Sonstige nahestehende Personen/Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus dem Ausscheiden der Landeskreditbank Baden-Württemberg als Anteilseigner der LBBW. Demnach wird die Landeskreditbank Baden-Württemberg zum Stichtag 31. Dezember 2016 als Sonstige nahestehende Person/Unternehmen ausgewiesen.

Aus Geschäften mit nahestehenden Personen und Unternehmen ergaben sich wesentliche Erträge und Aufwendungen im Zinsergebnis i. H. v. 129 Mio. EUR (Vorjahr: 119 Mio. EUR) und in der Risikovorsorge i. H. v. - 1 Mio. EUR (Vorjahr: - 6 Mio. EUR).

Die LBBW hat die Ausnahmeregelung gemäß IAS 24.25 nicht in Anspruch genommen.

71. Außerbilanzielle Geschäfte.**Eventualverbindlichkeiten.**

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	5 971	5 410
Eventualverbindlichkeiten aus Joint Ventures	4	6
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	55	73
Insgesamt	6 031	5 489

Die Eventualverbindlichkeiten werden von Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen dominiert:

- Eine Bürgschaft ist gemäß § 765 Abs. 1 BGB die vertragliche Verpflichtung des Bürgen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen.
- Gewährleistungsverträge sind alle nicht als Bürgschaft zu qualifizierenden vertraglichen Verpflichtungen, die das Entstehen für einen bestimmten Erfolg oder eine Leistung oder für den Nichteintritt eines bestimmten Nachteils oder Schadens zum Gegenstand haben.
- Das Dokumenten-Akkreditiv ist das Versprechen einer Bank, bei Vorlage bestimmter Dokumente Zahlung zu leisten.

Finanzgarantien (IAS 39.9) sind hierin nicht enthalten.

Im Falle der Inanspruchnahme besteht für die LBBW das Risiko, dass ihre (Rückgriffs-)Forderung gegenüber dem Garantiennehmer abzüglich der Sicherheiten nicht werthaltig ist. Liegen stichhaltige Gründe für eine voraussichtliche Inanspruchnahme vor, bildet die LBBW spezifische Rückstellungen auf Einzelgeschäftsebene, sofern von einem drohenden Verlust ausgegangen wird. Für latente Risiken wird eine pauschalierte Vorsorge gebildet.

Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten umfassen neben Rechtsrisiken auch Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Restrukturierungsfonds (»Bankenabgabe«), die bei Abwicklungsmaßnahmen auf erstes Anfordern ganz oder teilweise zu leisten sind und für die eine Barsicherheit gestellt worden ist.

Das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) regelt die zukünftige finanzielle Ausstattung der gesetzlichen und institutsbezogenen Sicherungssysteme, darunter auch das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die LBBW hat sich gegenüber dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger des institutsbezogenen Sicherungssystems unwiderruflich verpflichtet, neben dem Jahresbeitrag weitere Zahlungen z. B. im Entschädigungsfall gemäß § 10 EinSiG auf erstes Anfordern zu leisten. Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten beinhalten die in diesem Zusammenhang geleisteten Sicherungsleistungen.

Zusätzlich zu den in obiger Tabelle dargestellten Eventualverbindlichkeiten bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

- Die LBBW hat sich nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds dazu verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.
- Bei einer erforderlichen Kreditrestrukturierung wurde im Konsortialverbund eine Zweckgesellschaft ICON Brickell LLC (»ICON«) gegründet. Die LBBW ist indirekt über die Yankee Properties LLC (»Yankee«) an ICON beteiligt. Der Geschäftszweck der ICON, die finanzierten Wohnungen zu verkaufen, ist inzwischen erfüllt. Die LBBW und die anderen Gesellschafter der ICON haben eine »Guaranty« (Recht des Bundesstaates Florida) für die Verpflichtungen der ICON abgegeben. Diese bezieht sich auf Zahlungspflichten sowie auf alle sonstigen Verhaltenspflichten der Yankee gegenüber ICON. Hieraus können weiterhin, d. h. bis spätestens zur Rückgabe der Guaranty, (Gewährleistungs-)Ansprüche in unbegrenzter Höhe an die LBBW herangetragen werden.
- Abgegebene Patronatserklärungen können der Anteilsbesitzliste (siehe Note 76) entnommen werden.
- Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung: Die LBBW (Bank) haftet für die bis zum 18. Juli 2001 entstandenen Verbindlichkeiten der DeKaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der ehemaligen LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, zeitlich unbegrenzt. Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Andere Verpflichtungen.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Unwiderrufliche Kreditzusagen	22 784	21 796
Insgesamt	22 784	21 796

Der Posten besteht aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Betrag der gewährten Zusage, den die Bank nicht widerrufen kann. Im Falle der Inanspruchnahme besteht für die LBBW das Risiko, dass ihre Forderung gegenüber dem Kreditnehmer abzüglich der Sicherheiten nicht werthaltig ist. Liegen stichhaltige Gründe für eine voraussichtliche Inanspruchnahme vor, bildet die LBBW spezifische Rückstellungen auf Einzelgeschäftsebene, sofern von einem drohenden Verlust ausgegangen wird. Für latente Risiken wird eine pauschalierte Vorsorge gebildet.

Weitere nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	535	415
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	60	100
Übrige	28	64
Insgesamt	623	579

Die Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen beinhalten Nachschusspflichten gegenüber zentralen Kontrahenten i. H. v. 421 Mio. EUR (Vorjahr: 302 Mio. EUR). Zuzüglich zu den in der Tabelle dargestellten Posten fallen jährlich 270 Mio. EUR (Vorjahr: 284 Mio. EUR) für Verpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen an.

Eventualforderungen.

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Rechtsstreitigkeiten	6	10
Insgesamt	6	10

Treuhandgeschäfte.

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten sowie Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	394	450
Forderungen an Kunden	206	238
Finanzanlagen	2	3
Sonstige Aktiva	34	35
Treuhandvermögen insgesamt¹⁾	636	727
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	634	723
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	3
Treuhandverbindlichkeiten insgesamt¹⁾	636	727

¹⁾ Inklusive Forderungen und Verbindlichkeiten in fremdem Namen auf fremde Rechnung (Verwaltungskredite).

72. PIIS Exposure.

In Ergänzung zu der im Risiko- und Chancenbericht dargestellten Regionengliederung erfolgen nachstehend die Angaben zum Exposure in den PIIS-Staaten (Portugal, Italien, Irland und Spanien) auf Basis der IFRS-Bilanzwerte pro Sitzland und je Schuldner- bzw. Bilanzkategorie sowie über die gebildeten Einzelwertberichtigungen.

Wie im Vorjahr werden in der Zeile »Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Vermögenswerte« ausschließlich Geschäfte dargestellt, die der Handelsaktiva oder der Fair-Value-Option-Aktiva zugeordnet wurden und keine Derivate sind. Derivate werden in einer separaten Zeile gezeigt.

Das Exposure des LBBW-Konzerns gegenüber Finanzinstituten, Unternehmen und Öffentlichen Haushalten aus den vier Ländern reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 2,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,8 Mrd. EUR). Insbesondere der Rückgang der Finanzanlagen gegenüber öffentlichen Haushalten in Italien (- 651 Mio. EUR), Spanien (- 585 Mio. EUR) und Portugal (- 282 Mio. EUR) trug zu dieser Entwicklung bei. Der gegenläufige Anstieg des Exposures gegenüber italienischen Finanzinstituten um 78 Mio. EUR war kein aktiver Risikoaufbau, sondern war im Wesentlichen durch das Auslaufen von Zins- und Devisenswaps bedingt, welche zum Vorjahresstichtag noch mit negativem Marktwert in die Netto-Position der Derivate eingeflossen waren.

Gegenüber Finanzinstituten.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen	0,2	0,2	16,9	3,4	1,1	4,8	1,9	2,2
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Vermögenswerte (ohne Derivate)	8,5	8,7	30,5	41,2	0,0	1,0	169,5	106,9
Derivate (netto)	4,8	- 51,8	88,3	12,5	0,0	- 1,0	171,9	- 76,2
Finanzanlagen AfS	0,0	0,0	37,2	38,2	0,0	0,0	48,6	70,8
Neubewertungsrücklage	0,0	0,0	0,4	1,5	0,0	0,0	2,3	3,8
Summe	13,5	- 42,9	173,0	95,3	1,1	4,8	391,9	103,7
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	0,4	0,5
CDS Passiv-Positionen	0,0	0,0	0,0	- 0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
CDS Aktiv-Nominale	0,0	0,0	35,0	61,0	0,0	0,0	10,0	23,5
CDS Passiv-Nominale	0,0	0,0	- 13,0	- 58,0	0,0	0,0	0,0	- 20,0

Gegenüber Unternehmen.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen	191,1	330,4	43,1	162,5	14,2	18,2	120,7	559,0
Risikoversorge (Einzelwertberichtigungen)	0,0	0,0	- 0,3	0,0	0,0	0,0	- 27,8	- 44,7
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Vermögenswerte (ohne Derivate)	10,6	361,7	7,1	0,7	0,0	0,0	4,4	0,3
Derivate (netto)	0,0	0,0	10,5	9,6	0,0	0,0	63,2	59,4
Finanzanlagen AfS	10,1	9,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Neubewertungsrücklage	2,6	2,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen LaR	19,9	19,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	231,6	721,1	60,3	172,8	14,2	18,2	160,6	574,0
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,6	- 0,6
CDS Passiv-Positionen	0,0	0,0	0,0	- 0,1	0,0	0,0	0,2	0,0
CDS Aktiv-Nominale	0,0	0,0	18,6	57,6	0,0	0,0	64,0	57,0
CDS Passiv-Nominale	0,0	0,0	0,0	- 12,6	0,0	0,0	- 5,0	- 21,0

Gegenüber öffentlichen Haushalten.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Derivate (netto)	0,4	0,0	1,5	- 0,2	0,9	- 0,3	0,9	0,0
Finanzanlagen AfS	0,0	0,0	1 405,9	2 056,4	0,0	282,0	167,4	752,3
Neubewertungsrücklage	0,0	0,0	- 182,2	- 91,5	0,0	- 1,5	- 42,2	- 41,0
Summe	0,4	0,0	1 407,4	2 056,2	0,9	281,7	168,3	752,3
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	0,4	0,1	0,1	1,0	0,0	- 0,7	0,7	0,0
CDS Passiv-Positionen	0,0	- 0,1	1,4	- 1,2	0,9	0,4	0,2	0,0
CDS Aktiv-Nominale	66,4	55,0	97,8	298,2	0,0	73,1	118,8	130,0
CDS Passiv-Nominale	0,0	- 55,0	- 50,7	- 299,0	- 66,4	- 72,4	- 14,2	- 125,2

Die obigen Zahlenangaben enthalten keine ABS, deren Emittenten den Sitz in einem dieser vier Länder haben.

73. Adressenausfallrisiko.

Mit den folgenden Tabellen wird den Ausweispflichten gemäß IFRS 7.36 und 7.37 nachgekommen. Die quantitativen Angaben zum Kreditrisiko erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Dieser ist nicht nur auf Finanzinstrumente beschränkt.

Maximales Adressenausfallrisiko sowie Wirkung risikoreduzierender Maßnahmen.

Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/Collateral	Kredit-derivate (Protection Buy)	Kreditsicherheiten	Netto-Exposure
Barreserve	4 451	0	0	0	4 451
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte					
Handelsaktiva	79 699	47 543	11 111	642	20 402
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	626	200	0	24	402
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5 265	5 082	0	20	163
Finanzanlagen AfS	20 816	0	0	0	20 816
zinstragende Vermögenswerte	18 509	0	0	0	18 509
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 307	0	0	0	2 307
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	48 497	16 430	0	996	31 071
Forderungen an Kunden	110 637	17 553	0	38 956	54 128
davon Finanzierungsleasing	3 603	0	0	78	3 525
Finanzanlagen LaR	5 438	0	0	0	5 438
zinstragende Vermögenswerte	5 417	0	0	0	5 417
nicht zinstragende Vermögenswerte	20	0	0	0	20
Insgesamt	275 428	86 808	11 111	40 638	136 871
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	49 239	0	0	3 614	45 625
Gesamt Exposure	324 667	86 808	11 111	44 252	182 496

31.12.2015					
Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/Collateral	Kredit-derivate (Protection Buy)	Kreditsicherheiten	Netto-Exposure
Barreserve	1 125	0	0	0	1 125
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte					
Handelsaktiva	101 608	53 702	13 601	670	33 635
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	786	172	0	23	591
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 881	3 713	0	11	156
Finanzanlagen AfS	18 363	0	0	0	18 363
zinstragende Vermögenswerte	15 683	0	0	0	15 683
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 680	0	0	0	2 680
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	31 732	5 139	0	1 437	25 156
Forderungen an Kunden	108 421	15 156	0	38 067	55 199
davon Finanzierungsleasing	4 260	0	0	307	3 953
Finanzanlagen LaR	6 073	0	0	0	6 073
zinstragende Vermögenswerte	6 052	0	0	0	6 052
nicht zinstragende Vermögenswerte	21	0	0	0	21
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	73	0	0	0	73
Insgesamt	272 062	77 883	13 601	40 208	140 371
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	47 117	0	0	3 823	43 294
Gesamt Exposure	319 179	77 883	13 601	44 031	183 665

Vom Gesamtportfolio i. H. v. 325 Mrd. EUR zum Stichtag 31. Dezember 2016 sind 99,5% der Vermögenswerte (Vorjahr: 99,3%) weder wertgemindert noch überfällig.

Weitere Aussagen zur Werthaltigkeit des Portfolios können dem Risiko- und Chancenbericht entnommen werden.

Portfolioqualität – überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte.

Als überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte ist das Brutto-Exposure der Geschäfte mit mehr als fünf Tagen Zahlungsverzug definiert, für welche kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 entfiel hierauf ein Brutto-Exposure i. H. v. 349 Mio. EUR (Vorjahr: 158 Mio. EUR). Mehr als die Hälfte dieser Geschäfte sind weniger als drei Monate überfällig.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Laufzeitengliederung dieses Teilportfolios dargestellt:

31.12.2016	<=1	> 1 bis 3	> 3 bis 6	> 6 bis 9	> 9 bis 12	> 12	Gesamt
Mio. EUR	Monat	Monate	Monate	Monate	Monate	Monate	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte							
Forderungen an Kreditinstitute	1	0	0	0	0	0	1
Forderungen an Kunden	42	142	81	24	1	56	347
davon Finanzierungsleasing	1	2	2	0	0	0	6
Insgesamt	43	143	82	24	1	56	348
Gesamt Exposure	43	143	82	24	1	56	349

31.12.2015	<=1	> 1 bis 3	> 3 bis 6	> 6 bis 9	> 9 bis 12	> 12	Gesamt
Mio. EUR	Monat	Monate	Monate	Monate	Monate	Monate	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte							
Forderungen an Kreditinstitute	0	2	0	0	0	3	5
Forderungen an Kunden	21	60	9	19	3	42	153
davon Finanzierungsleasing	3	1	0	0	0	0	3
Insgesamt	21	61	9	19	3	44	157
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	0	0	0	0	0	1	1
Gesamt Exposure	21	62	10	19	3	45	158

Portfolioqualität – wertgeminderte Vermögensgegenstände.

Nachfolgend wird das Brutto-Exposure gegenüber Kunden, für die eine Wertberichtigung gebildet wurde, ausgewiesen:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	3	4
Forderungen an Kunden	1 214	1 914
davon Finance Lease	73	92
Insgesamt	1 218	1 919
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	93	182
Gesamt Exposure	1 310	2 101

Die wertgeminderten Vermögenswerte haben sich im Vergleich zum 31. Dezember 2015 um 791 Mio. EUR reduziert. Die Veränderung fand größtenteils bei Forderungen an Kunden statt.

In der nachfolgenden Tabelle wird das wertgeminderte Portfolio je Ausfallgrund zum Stichtag dargestellt:

	31.12.2016		31.12.2015	
	Gesamt in Mio. EUR	Gesamt in %	Gesamt in Mio. EUR	Gesamt in %
1) Kündigung/Fälligkeit/Insolvenz	195	14,9	303	14,5
2) Zahlungsverzug/Überziehung > 90 Tage ¹⁾	133	10,1	179	8,5
3) Unwahrscheinliche Rückzahlung ²⁾	982	75,0	1 619	77,0
Gesamt	1 310	100,0	2 101	100,0

¹⁾ Ohne Kriterien der Nr. 1).

²⁾ Ohne Erfüllung der Kriterien der Nr. 1) oder 2) (Auffangtatbestand).

Forbearance.

Zum 31. Dezember 2016 bestehen im LBBW-Konzern Vermögenswerte mit einem Nettobuchwert i. H. v. 1,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 1,5 Mrd. EUR), bei welchen Forbearance-Maßnahmen eingeräumt wurden. Dabei wurden im Wesentlichen Modifikationen hinsichtlich der Bedingungen und Konditionen gewährt. Bei einem Teilbestand der Vermögenswerte mit Forbearance-Maßnahmen i. H. v. 0,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,6 Mrd. EUR) handelt es sich um wertgeminderte Vermögenswerte.

Für Vermögenswerte mit Forbearance-Maßnahmen hat die LBBW Finanzgarantien i. H. v. 0,3 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,2 Mrd. EUR) erhalten.

74. Kapitalmanagement.

Ziel der Kapitalsteuerung der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus einem regulatorischen als auch einem ökonomischen Blickwinkel betrachtet. Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungsprozess, die Strategien, die Regelwerke, die Überwachungsprozesse sowie die Organisationsstrukturen des LBBW-Konzerns.

Die integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Asset Liability Committee (ALCo) unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, der Kapitalsteuerung, der Liquiditätssteuerung und der Refinanzierung sowie bei der Marktpreisrisikosteuerung. Das ALCo agiert hierbei entscheidungsvorbereitend, die Beschlussfassung erfolgt anschließend durch den Gesamtvorstand.

Beim Risikomanagement und einem Kapitalmanagement unter ökonomischen Gesichtspunkten unterstützt das Risk Committee (RiskCom) entscheidungsvorbereitend den Vorstand bei der Risikoüberwachung, der Risikomethodik und der Risikostrategie für den Gesamtkonzern sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht ein koordinierendes Regulatorik-/Bilanzierungskomitee.

Die Kapitalallokation und die längerfristige strategische Kapitalsteuerung erfolgt im Rahmen des jährlichen integrierten Planungsprozesses (mit einem fünfjährigen Planungshorizont) mit dem unterjährigen Forecast und werden vom Gesamtvorstand beschlossen sowie laufend überwacht. Über den Wirtschaftsplan entscheidet der Aufsichtsrat abschließend.

Ökonomisches Kapital.

Neben dem regulatorisch notwendigen Eigenkapital wird bei der LBBW in einem weiteren Steuerungskreis das ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird, überwacht.

Details hierzu befinden sich im Risiko- und Chancenbericht.

Regulatorisches Kapital.

Die Kapitalquoten der LBBW-Gruppe werden nach den Vorgaben von Art. 92 CRR i. V. m. Art. 11 CRR ermittelt. Danach betragen die jederzeit einzuhaltenden Quoten:

- Harte Kernkapitalquote (Basis: hartes Kernkapital) von 4,5%, zzgl. relevanter Kapitalpuffer,
- Kernkapitalquote (Basis: hartes sowie zusätzliches Kernkapital) von 6,0%,
- Gesamtkapitalquote (Basis: hartes und zusätzliches Kernkapital sowie Ergänzungskapital) von 8%.

Durch die EZB wurde der aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) durchgeführt. Auf Grundlage dieses Prozesses wurde von der EZB festgelegt, dass die LBBW über die Mindestanforderungen nach Art. 92 CRR hinaus im Jahr 2016 jederzeit eine harte Kernkapitalquote in Höhe von 9,75% auf konsolidierter Basis einzuhalten hatte. In dieser Quote sind die o. g. harte Kernkapitalquote sowie der Kapitalerhaltungspuffer enthalten.

Des Weiteren ist ein institutsspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer vorzuhalten. Dieser Kapitalpuffer kann von Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und von Drittstaaten für die in ihren Staaten belegenen maßgeblichen Risikopositionen verhängt werden.

Die Quoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweiligen Kapitalbestandteile zum Gesamtforderungsbetrag, ausgedrückt als Prozentsatz. Der Gesamtforderungsbetrag ergibt sich aus den risikogewichteten Forderungsbeträgen für das Kredit- und Verwässerungsrisiko, die Handelsbuchstätigkeit, die Marktpreisrisiken, die Risiken einer Anpassung der Kreditbewertung bei OTC-Derivaten, dem operationellen Risiko sowie dem Gegenparteausfallrisiko aus Handelsbuchstätigkeit. Diese aufsichtsrechtlich geforderten Quoten wurden im Geschäftsjahr 2016 jederzeit eingehalten.

Die Eigenmittel ergeben sich aus der Summe von Kernkapital und Ergänzungskapital.

Das Kernkapital setzt sich zusammen aus dem harten sowie dem zusätzlichen Kernkapital. Dabei umfasst das harte Kernkapital das eingezahlte Kapital, die damit verbundenen Agien (Kapitalrücklagen), die Gewinnrücklagen, das kumulierte Sonstige Ergebnis sowie die Sonstigen Rücklagen.

Das zusätzliche Kernkapital enthält die Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Diese können aufgrund der Übergangsbestimmungen bis Ende 2021 innerhalb der gemäß Art. 486 CRR i. V. m. § 31 SolV geltenden Bandbreiten weiterhin in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden. Nicht mehr in diese Bandbreiten fallende Beträge können, sofern die Bedingungen für die Anrechnung als Ergänzungskapital erfüllt sind, in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden.

Das Ergänzungskapital besteht aus verbrieften langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten sowie langfristigen nachrangigen Darlehen und Genussrechten, welche die Bedingungen des Art. 63 CRR erfüllen, sowie den damit verbundenen Agien. Die Instrumente des Ergänzungskapitals unterliegen in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit einer taggenauen Abschmelzung.

Vom harten Kernkapital sind die Verluste des laufenden Geschäftsjahres, die immateriellen Vermögenswerte, der Goodwill, von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche sowie der Wertberichtigungsfehlbetrag für Forderungen, die gemäß dem IRB-Ansatz berechnet wurden, abzuziehen. Des Weiteren müssen bei der Ermittlung der Eigenmittel eine negative Neubewertungsrücklage, die durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingten Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten, Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren, sowie Wertanpassungen aufgrund der Anforderungen für eine vorsichtige Bewertung abgezogen werden.

Hierbei dürfen für diese Abzugs- bzw. Ausschlusspositionen vom harten Kernkapital die Übergangsbestimmungen gemäß Art. 467 ff. i. V. m. Art. 481 CRR angewandt werden. Somit müssen für latente Steuern aus nicht temporären Differenzen zum Jahresende 2016 Abzugspositionen in Höhe von 40% vom harten Kernkapital berücksichtigt werden, die restlichen 60% sind als risikogewichtete Aktiva mit einem Risikogewicht von 0% anzusetzen. Als Abzugspositionen in Höhe von 60% vom harten Kernkapital müssen berücksichtigt werden: der laufende Verlust, eine negative Neubewertungsrücklage für Beteiligungen, die immateriellen Vermögensgegenstände sowie der Goodwill, der Wertberichtigungsfehlbetrag, eine negative Neubewertungsrücklage aus sonstigen Wertpapieren sowie die Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren. Die restlichen 40% der o. g. Abzugspositionen für den laufenden Verlust, die immateriellen Vermögensgegenstände und den Goodwill werden vom zusätzlichen Kernkapital abgezogen. Der nicht beim harten Kernkapital berücksichtigte Wertberichtigungsfehlbetrag in Höhe von 40% wird hälftig vom zusätzlichen Kernkapital und dem Ergänzungskapital abgezogen.

Im Rahmen der Marktpflege können in Wertpapieren verbrieftes Ergänzungskapitalbestandteile innerhalb der geltenden Grenzen zurückgekauft werden. Eigene zurückgekauft direkt sowie indirekt gehaltene Ergänzungskapitalinstrumente sind vom Ergänzungskapital abzuziehen. Die beantragte Obergrenze wurde im Jahr 2016 jederzeit eingehalten.

Die LBBW wendet den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigten, auf internen Ratings basierenden Ansatz (Basis-IRB-Ansatz) für die Ermittlung der Eigenmittelunterlegung von Adressrisiken aus wesentlichen Forderungsklassen an. Die Eigenmittelanforderungen für Forderungen, für die noch keine Zulassung eines Ratingverfahrens vorliegt, werden nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) berechnet.

Die Eigenmittel gemäß CRR berechnen sich auf Basis des IFRS-Abschlusses der aufsichtsrechtlich einzubeziehenden Unternehmen.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel des LBBW-Konzerns ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Eigenmittel	16 814	16 287
Kernkapital (Tier I)	12 822	12 931
davon hartes Kernkapital (CET I)	12 033	12 181
davon zusätzliches Kernkapital (AT I)	789	749
Ergänzungskapital (Tier II)	3 992	3 356
Gesamtrisikobetrag (ehemals: Anrechnungspflichtige Positionen)	77 406	74 460
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	62 387	60 483
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	8 425	7 198
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Operationelle Risiken	4 715	4 787
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	1 879	1 993
Gesamtkapitalquote in %	21,7	21,9
Kernkapitalquote in %	16,6	17,4
Harte Kernkapitalquote in %	15,5	16,4

Mio. EUR	31.12.2016	31.12.2015
Kernkapital (Tier I)	12 822	12 931
Eingezahlte Kapitalinstrumente	3 484	3 484
Agio	8 240	8 240
Zusätzliches Kernkapital	789	749
Einbehaltene Gewinne, kumuliertes Ergebnis sowie Sonstige Rücklagen	1 482	1 528
Abzugspositionen vom harten Kernkapital gemäß CRR	- 1 173	- 1 071

Erläuterung der Veränderungen 2015 zu 2016.

Das harte Kernkapital (CET 1) der LBBW-Gruppe verringerte sich hauptsächlich aufgrund von versicherungsmathematischen Verlusten sowie den für 2016 angepassten Übergangsbestimmungen gemäß CRR. Aufgrund dieser Übergangsbestimmungen muss ein höherer Betrag zu Lasten des CET 1 angesetzt werden. Im Gegenzug erfolgt bei einigen Positionen ein geringerer Abzug vom zusätzlichen Kernkapital (AT 1) sowie vom Ergänzungskapital (T 2). Das zusätzliche Kernkapital (AT 1) erhöhte sich trotz Fälligkeiten von Stillen Einlagen sowie der von der EZB genehmigten Rückzahlung der Trust Preferred Securities aufgrund der Übergangsbestimmungen gemäß CRR. Das Ergänzungskapital (T 2) wurde im September 2016 durch die Neuemission einer Nachranganleihe im Rahmen des MTN-Programms in Höhe von 500 Mio. EUR sowie der Platzierung von weiteren Nachranganleihen und nachrangigen Schuldscheinen in Höhe von 289 Mio. EUR im vierten Quartal gestärkt. Ein weiterer positiver Effekt für das Nachrangkapital ergibt sich durch die geänderten Übergangsbestimmungen. Gegenläufig dazu wirkte sich die taggenaue Amortisierung von Ergänzungskapitalbestandteilen aus.

Die das harte Kernkapital beeinflussende Veränderungen wirken sich auf alle Kapitalquoten aus. Eine Erhöhung des zusätzlichen Kernkapitals beeinflusst die Kern- sowie die Gesamtkapitalquote, die Emission von Ergänzungskapital hat lediglich auf die Gesamtkapitalquote einen positiven Effekt.

Die Erhöhung des Gesamtrisikobetrags ergibt sich im Wesentlichen aus zwei Faktoren. Zum einen erhöhte sich der risikogewichtete Forderungsbetrag für das Kreditrisiko aufgrund allgemeiner Geschäftsentwicklung. Zum anderen ist ein Anstieg des Gesamtforderungsbetrags für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken zu verzeichnen, der u. a. aus einem Anstieg des allgemeinen Aktienrisikos resultiert.

75. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Seit dem 1. Januar 2017 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen die LBBW einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.

Zusatzangaben nach § 315a HGB.

76. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.

Der Anteil der assoziierten Unternehmen und der Joint Ventures an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie Erlösen und Periodenergebnissen wird in Note 68 dargestellt.

Die LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, die LBBW Leasing GmbH, Mannheim, die LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH, Stuttgart, und die LBBW Service GmbH, Stuttgart, haben von der Befreiung des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Die folgende Übersicht zeigt die vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes des LBBW-Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss sowie § 285 Nr. 11 HGB zum Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB zum Abschlussstichtag. In der Auflistung des Anteilsbesitzes sind die Gesellschaften, für die eine Patronatserklärung abgegeben wurde, gekennzeichnet.

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen							
1. Tochterunternehmen							
a. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)							
1	ALVG Anlagenvermietung GmbH ^{1) 4a) 21) 30)}	Stuttgart	100,00		EUR	19 000,00	0,00
2	Austria Beteiligungsgesellschaft mbH ²¹⁾	Stuttgart	66,67		EUR	35 823,47	182,13
3	Bahnhofplatz Objektverwaltungs-GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	13,53	0,07
4	Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart AG ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	98,46		EUR	4 452,44	0,00
5	Bauwerk-Stuttgart GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	75,00		EUR	- 580,89	- 13,23
6	BW-Immobilien GmbH ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	1 920,04	0,00
7	Centro Alemán de Industria y Comercio de México S. de R. L. de C. V. ^{2) 21)}	México, Mexiko	100,00		MXN	- 12 806,21	- 2 719,88
8	CFH Beteiligungsgesellschaft mbH ^{1) 21)}	Leipzig	100,00		EUR	52 320,76	279,17
9	Dritte Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	701,91	0,00
10	Dritte LBBW US Real Estate GmbH ²¹⁾	Leipzig	100,00		EUR	20 868,27	3 241,35
11	Employrion Komplementär GmbH ^{1) 21) 33)}	Weil	100,00		EUR	30,38	1,07
12	Entwicklungsgesellschaft Grunewaldstraße 61 – 62 mbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	94,84	94,90	EUR	- 3 399,58	- 2,17
13	Entwicklungsgesellschaft Umlandstraße 187 GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	94,90		EUR	- 2 202,47	- 5,38
14	Erste IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH ^{1) 21) 33)}	Weil	100,00		EUR	26,41	0,04
15	Erste Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	474,96	0,00
16	EuroCityCenterWest GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 19 485,97	295,34
17	EuroCityCenterWest Verwaltungs-GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	94,80		EUR	35,88	0,04
18	FLANTIR PROPERTIES LIMITED ^{1) 21)}	Nicosia, Zypern	100,00		RUB	- 22 097,55	- 24 264,84
19	FOM/LEG Verwaltungs GmbH ^{1) 21)}	Heidelberg	50,00		EUR	- 17,07	0,21
20	Fünfte Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	575,02	0,00
21	Ganghofer Straße München GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	1,00	266,78
22	Ganghofer Straße München Komplementär GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	23,46	- 0,01
23	German Centre for Industry and Trade GmbH, Beteiligungsgesellschaft ^{4) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	63 138,03	0,00
24	German Centre for Industry and Trade Pte. Ltd. Singapore ^{1) 21)}	Singapore, Singapur	100,00		SGD	15 584,61	2 724,62
25	Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Haerder-Center Lübeck mbH & Co. KG ^{1) 3a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 24 283,86	199,04
26	Grunewaldstraße 61 – 62 GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,40	0,19
27	IMBW Capital & Consulting GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	250,00	0,00
28	Immobilienvermittlung BW GmbH ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	2 656,28	156,28
29	Industriefabrik-Aktiengesellschaft ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	93,63		EUR	23 281,64	0,00
30	IRP Immobilien-Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH ^{1) 21)}	Mainz	100,00		EUR	400,00	45,35
31	Kiesel Finance Management GmbH ^{1) 21)}	Baienfurt	90,00		EUR	35,82	2,11
32	Kommunalbau Rheinland-Pfalz GmbH ^{1) 21)}	Mainz	100,00		EUR	1 630,74	1 095,90
33	Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc ^{3) 21)}	London, Großbritannien	100,00		EUR	5 499,00	- 1,00
34	LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ^{3) 21) 30)}	Stuttgart	100,00		EUR	31 000,67	11 254,36
35	LBBW Immobilien Asset Management GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	1 305,03	0,00
36	LBBW Immobilien Capital Fischerthor GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	München	93,98	94,00	EUR	- 5 310,10	- 3,22
37	LBBW Immobilien Capital GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 2 198,40	- 4,14
38	LBBW Immobilien Development GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	94,90		EUR	15 783,69	0,00
39	LBBW Immobilien GmbH & Co. Beteiligung KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	30 760,88	486,39
40	LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH ^{1) 3a) 4a) 21) 30)}	Stuttgart	81,62		EUR	2 016,51	0,00
41	LBBW Immobilien Luxembourg S. A. ^{1) 21)}	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	- 76 209,77	- 188,52
42	LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	94,90		EUR	3 303,97	0,00
43	LBBW Immobilien Management GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	375 694,37	0,00
44	LBBW Immobilien M_Eins Berlin GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 255,52	- 242,05
45	LBBW Immobilien Romania S. R. L. ^{1) 21)}	Bukarest, Rumänien	100,00		RON	- 34 510,61	- 415,79
46	LBBW Immobilien Süd GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 42 412,72	111,22
47	LBBW Immobilien Versicherungsvermittlung GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
48	LBBW Immobilien Westend Carree II GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 578,42	- 579,42
49	LBBW Immobilien Westend Carree II Komplementär GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	24,32	- 0,68
50	LBBW Immobilien-Holding GmbH ^{1) 4) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	402 050,54	0,00

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
51	LBBW Leasing GmbH ^{4) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	201 088,54	0,00
52	LBBW México ^{2) 21)}	México, Mexiko	100,00		MXN	3 465,34	965,51
53	LBBW Service GmbH ^{4) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	224,67	0,00
54	LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH ^{4) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	101 871,73	0,00
55	LBBW US Real Estate Investment LLC ^{2) a)}	Wilmington, USA	100,00		USD	71 015,07	- 808,38
56	LBBW Venture Capital Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	18 849,07	295,12
57	LEG Projektgesellschaft 2 GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	5 340,24	- 120,74
58	LEG Verwaltungsgesellschaft 2 mbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,24	0,36
59	LOOP GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 35,68	0,95
60	LRP Capital GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	3 418,94	14,56
61	Mannheim O 4 Projektgesellschaft mbH & Co. KG ^{1) 3a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	1,00	5 852,75
62	MANUKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	56,75	0,09
63	MKB Mittelrheinische Bank Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{21) 30)}	Koblenz	100,00		EUR	49 927,75	9 148,13
64	MKB Versicherungsdienst GmbH ^{1) 4a) 21)}	Koblenz	100,00		EUR	27,04	0,00
65	MMV Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1) 4a) 21) 30)}	Koblenz	100,00		EUR	21 000,00	0,00
66	MMV-Mobilien Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH ^{1) 4a) 21) 30)}	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
67	Nagatino Property S. à. r. l. ^{1) 21)}	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	- 27 670,65	- 14,19
68	Nymphenburger Straße München GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 136,12	- 109,15
69	Nymphenburger Straße München Komplementär GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	23,46	- 0,01
70	Projekt 20 Verwaltungs GmbH ^{1) 21)}	München	100,00		EUR	37,65	1,97
71	Radon Verwaltungs-GmbH ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	22 493,14	2 093,02
72	Rebstockpark 7.1 Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG ^{1) 3a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 1 574,17	- 416,12
73	Rheinallee V GmbH & Co. KG ¹⁾	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
74	Rheinallee V Komplementär GmbH ¹⁾	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
75	Rheinpromenade Mainz GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 220,07	- 191,28
76	Schlossgartenbau Objekt-GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	18 560,61	0,00
77	Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	92,68		EUR	6 592,42	0,00
78	Schockenried GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 4 510,20	424,96
79	Schockenriedverwaltungs GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	27,17	0,40
80	SG Management GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	9 936,75	313,88
81	SGB - Hotel GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 1 593,94	- 80,76
82	SLN Maschinen-Leasing Verwaltungs-GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	1 472,44	150,59
83	SLP Mobilien-Leasing Verwaltungs GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	5 782,95	183,73
84	Süd Beteiligungen GmbH ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	199 902,97	3 557,27
85	Süd KB Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	52 168,60	2 805,78
86	SüdFactoring GmbH ^{3) 4) 21) 30)}	Stuttgart	100,00		EUR	70 000,00	0,00
87	Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	79 981,87	0,00
88	SüdLeasing Agrar GmbH ^{1) 21) 30)}	Mannheim	100,00		EUR	1 058,83	446,14
89	SüdLeasing GmbH ^{4) 21) 30)}	Stuttgart	100,00		EUR	35 896,15	0,00
90	Turtle Portfolio GmbH & Co. KG ^{1) 21) 33)}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 44 786,01	1 068,77
91	Turtle 1. Verwaltungs-GmbH ^{1) 21) 33)}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	68,60	30,64
92	Uhlandstraße 187 GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,63	0,65
93	Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße GmbH & CO. KG ^{1) 3a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 64,09	0,00
94	Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße mbH ^{1) 3a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	17,94	- 0,87
95	Vierte Industriehof Objekt-GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	1 176,78	0,00
96	VVS III GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 218,62	- 186,64
97	VVS III Verwaltungs-GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 22,97	- 35,98
98	Zweite IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	21,80	- 0,89
99	Zweite Industriehof Objekt-GmbH ^{1) 4a) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	19 825,72	0,00
100	Zweite LBBW US Real Estate GmbH ²¹⁾	Leipzig	100,00		EUR	45 965,79	- 1 989,95

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
b. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)							
101	aiP Gärtnerplatz GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Oberhaching	45,00	66,67	EUR	10,00	1 078,65
102	Employrion Immobilien GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Weil	35,00	50,00	EUR	54,85	0,00
103	Erste IMBW Capital & Consulting Objektgesellschaft mbH & Co. KG ^{1) 21)}	Weil	40,00	50,00	EUR	- 34,01	- 422,94
104	FOM/LEG Generalübernehmer GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Heidelberg	50,00		EUR	- 8 904,98	- 25,95
105	Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Kröpeliner-Tor-Center Rostock mbH & Co. KG ^{1) 21)}	Berlin	39,94	50,00	EUR	- 9 036,14	- 114,63
106	Humboldt Multi Invest B SICAV-FIS Sachsen LB Depot A ¹²⁾	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	5 897,89	- 248,71
107	LBBW Unternehmensanleihen Euro Offensiv ^{23) 33)}	Stuttgart			EUR	20 392,83	- 821,87
108	Turtle Vermögensverwaltungs-GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Frankfurt am Main	49,00	50,00	EUR	- 40 637,32	925,85
109	Weinberg Capital Designated Activity Company ^{1) 1) 33)}	Dublin 2, Irland			EUR	32,29	- 92,00
110	Weinberg Funding Ltd. ^{15) 33)}	St. Helier, Großbritannien			EUR	3,71	- 0,28
2. Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden							
111	Alida Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG ^{1) 21) 31)}	Pullach	99,04	50,00	EUR	5 254,76	2 357,47
112	ARGE ParkQuartier Berg ^{1) 21)}	Stuttgart	50,00		EUR	229,34	163,38
113	Bad Kreuznacher Entwicklungsgesellschaft mbH (BKEG) ^{1) 21)}	Bad Kreuznach	50,00		EUR	1 801,86	1 257,66
114	GIZS GmbH & Co. KG ^{2) 1) 29)}	Frankfurt am Main	33,33		EUR	18 316,02	- 6 683,98
115	OVG MK6 GmbH ^{1) 3a) 21)}	Berlin	50,00		EUR	- 1 552,89	- 1 460,27
116	Parcul Banatului SRL ^{1) 21)}	Bukarest, Rumänien	50,00		EUR	- 26 100,93	- 3 166,23
117	SGB - Hotel - Verwaltung GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	50,00		EUR	27,20	4,42
3. Assoziierte Unternehmen, die at Equity bewertet werden							
118	Altstadt-Palais Immobilien GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Weil	40,00	50,00	EUR	- 149,25	- 185,97
119	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ^{1) 21)}	Stuttgart	40,00		EUR	298 085,69	52 290,19
120	BWK Holding GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ^{1) 21)}	Stuttgart	40,00		EUR	8 122,85	322,85
121	EGH Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Heidelberg	33,33		EUR	4 611,88	3 017,17
122	Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG ^{1) 21) 30)}	Bregenz, Österreich	23,97		EUR	889 921,38	78 368,58

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
II. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen wegen untergeordneter Bedeutung							
I. Tochterunternehmen							
a. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)							
123	aiP Gärtnerplatz Verwaltungs GmbH ^{1) 21)}	Oberhaching	100,00		EUR	22,50	1,54
124	Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	437,69	- 430,20
125	BW Bank Capital Funding LLC ^{1) 3) 16) 28)}	Wilmington, USA	100,00		EUR	0,00	0,00
126	BW Bank Capital Funding Trust I ¹⁾	Wilmington, USA	0,00	100,00		k. A.	k. A.
127	BW Capital Markets Inc. ^{3) 21)}	Dover, USA	100,00		USD	3 100,37	- 102,20
128	BW Leasing GmbH & Co. KG i.L. ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	98,61	0,00
129	CARGO SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG ^{1) 21) 33)}	Mannheim	0,00	75,00	EUR	475,56	- 60,03
130	DBW Advanced Fiber Technologies GmbH ^{1) 21)}	Bovenden	100,00		EUR	38 804,79	6 340,00
131	DBW Automotive Components Shanghai Co., Ltd. ^{1) 21)}	Shanghai, China	80,00		CNY	2 554,15	835,43
132	DBW Fiber Corporation ^{1) 21)}	Summerville, USA	100,00		USD	2 243,35	383,62
133	DBW Fiber Technologies S. de R.L.de C.V. ^{1) 21)}	Puebla, Mexiko	100,00		MXN	0,44	- 0,02
134	DBW Holding GmbH ^{1) 21)}	Bovenden	100,00		EUR	21 986,78	- 49,40
135	DBW Hungary KFT ^{1) 21)}	Tapolca, Ungarn	100,00		EUR	2 861,55	1 459,09
136	DBW Ibérica Industria Automoción, S.A. ^{1) 21)}	Vall d'Uxo Castellón, Spanien	100,00		EUR	1 017,15	332,59
137	DBW Metallverarbeitung GmbH ^{1) 4a) 21)}	Ueckermünde	100,00		EUR	1 233,88	0,00
138	DBW Polska Sp.z. o.o. ^{1) 21)}	Cigacice, Polen	100,00		PLN	3 161,26	1 374,57
139	DBW-Fiber-Neuhaus GmbH ^{1) 4a) 21)}	Neuhaus am Rennweg	100,00		EUR	3 000,00	0,00
140	Finclusive Alfmeier Leasing Services GmbH & Co. KG i. L. ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	66,08	0,00
141	German Centre for Industry and Trade Beijing Co., Ltd. ²¹⁾	Beijing, China	100,00		CNY	3 922,52	415,50
142	Gmeinder Lokomotivenfabrik GmbH i. L. ^{1) 9)}	Mosbach	90,00		EUR	306,00	- 641,00
143	Haerder-Center Lübeck Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	32,74	1,52
144	Heurika Mobilien-Leasing GmbH ^{1) 3a) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	1 057,09	2 756,83
145	Ina Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	6,54	0,00
146	Iris Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	6,59	0,00
147	Karin Mobilien-Leasing GmbH i. L. ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	884,31	0,00
148	KB Projekt GmbH ^{1) 21)}	Mainz	100,00		EUR	54,53	57,07
149	Kröpeliner-Tor-Center Rostock Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 21) 33)}	Berlin	100,00		EUR	23,42	1,80
150	KURIMA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG ^{1) 21)}	Stuttgart	1,00	84,00	EUR	- 11,32	- 4,33
151	LA electronic Holding GmbH i. L. ^{1) 21)}	Espelkamp	100,00		EUR	- 1 7074,86	- 1 717,92
152	Laurus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	1 036,44	- 16,82
153	LBBW Dublin Management GmbH ^{4) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	20 845,91	0,00
154	LBBW Gastro Event GmbH ^{4) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	130,00	0,00
155	LBBW Pensionsmanagement GmbH ^{4) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
156	LBBW REPRESENTAÇÃO LTDA. ^{2) 21)}	Itaim-Bibi/Sao Paulo, Brasilien	100,00		BRL	174,98	12,40
157	LBBW (Schweiz) AG ²¹⁾	Zürich, Schweiz	100,00		CHF	9 866,55	- 1 711,70
158	LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. Parking KG ²¹⁾	Leipzig	100,00		EUR	- 738,37	125,72
159	LEG Osiris 4 GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	31,91	- 0,89
160	LEG Verwaltungsgesellschaft 4 mbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,88	0,00
161	LGZ-Anlagen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{4) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	110,00	0,00
162	LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Landesfunkhaus Erfurt KG ²¹⁾	Erfurt	99,77	24,00	EUR	- 10 444,57	1 482,47
163	LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Polizei Nordhausen KG ²¹⁾	Erfurt	100,00	15,00	EUR	- 5 824,57	146,48
164	LLC German Centre for Industry and Trade ²¹⁾	Moscow, Russland	100,00		RUB	2 345,15	296,46
165	LUTEA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Flöha KG ²¹⁾	Berlin	100,00	15,00	EUR	- 4 088,43	482,68
166	Mannheim O4 Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,51	0,51
167	MDL Mitteldeutsche Leasing GmbH i. L. ^{1) 11)}	Leipzig	100,00		EUR	- 21 344,04	- 268,81
168	MLP Leasing GmbH & Co. KG i. L. ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	- 14,84	0,00
169	MLP Verwaltungs GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	108,54	48,94
170	MLS GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	41,72	41,90

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
171	MMV-Mittelrheinische Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1) 4a) 21)}	Koblenz	100,00		EUR	26,43	0,00
172	Pollux Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	4 532,60	18,87
173	Rebstockpark 7.1 Komplementär GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	24,16	0,08
174	Rheinpromenade Mainz Komplementär GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	24,18	- 0,28
175	Rhin-Neckar S. A. ²¹⁾	Grevenmacher, Luxemburg	100,00		EUR	65,16	- 52,08
176	Sachsen V.C. GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Leipzig	75,19		EUR	1 628,47	337,04
177	Sachsen V.C. Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 21)}	Leipzig	100,00		EUR	9,38	- 2,68
178	SachsenFonds International Equity Holding I GmbH ^{1) 21)}	Aschheim-Dornach	100,00		EUR	2 329,10	- 326,39
179	SachsenFonds International Equity I GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Leipzig	96,15		EUR	3 328,85	- 896,97
180	SBF Sächsische Beteiligungsfonds GmbH ^{1) 21)}	Leipzig	100,00		EUR	59,01	5,39
181	SDD Holding GmbH i. L. ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 3 339,94	- 57,79
182	SDT- Stanz und Dämmtechnik GmbH ^{1) 4a) 21)}	Berga	100,00		EUR	138,40	0,00
183	SKH Beteiligungs Holding GmbH ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	2 762,35	- 49,65
184	SL Bayern Verwaltungen GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	1 012,22	- 15,06
185	SL Bremen Verwaltungen GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	1 412,98	336,04
186	SL BW Verwaltungen GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	603,89	- 5,28
187	SL Düsseldorf Verwaltungen GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	594,44	9,67
188	SL FINANCIAL MEXICO, S.A. DE C.V., SOFOM, E. N. R. ^{1) 21)}	Col. Lomas de Santa Fe, Mexiko	100,00		MXN	423,82	175,96
189	SL Financial Services Corporation ^{1) 21)}	Norwalk, USA	100,00		USD	3 379,37	334,62
190	SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. Hafis KG ^{1) 21) 33)}	Mannheim	0,00	51,00	EUR	2 011,30	- 6,45
191	SL Nordlease GmbH & Co KG ^{1) 21) 33)}	Mannheim	0,00	60,00	EUR	- 2 091,95	- 1,35
192	SL Operating Services GmbH i. L. ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	80,41	0,00
193	SL RheinMainSaar Verwaltungen GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	511,07	- 1,12
194	SL Schleswig-Holstein Verwaltungen GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	92,10	- 30,51
195	SL Ventus GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	521,21	51,14
196	SLKS GmbH & Co. KG i. L. ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	853,66	- 130,11
197	Städtische Pfandleihanstalt Stuttgart Aktiengesellschaft ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	3 851,68	272,89
198	Steelcase Leasing GmbH & Co KG ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	148,57	- 1,79
199	Süd Mobilien-Leasing GmbH ^{1) 4a) 21) 30)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,28	0,00
200	SüdLeasing Finance-Holding GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	100,00		EUR	178,92	- 5,19
201	SüdLeasing Suisse AG ^{1) 21)}	Unterengstringen, Schweiz	100,00		CHF	8 303,49	- 404,93
202	SÜDRENTING ESPANA, S. A. ^{1) 21)}	Barcelona, Spanien	100,00		EUR	12 063,56	380,65
203	targens GmbH ²¹⁾	Stuttgart	100,00		EUR	4 183,41	724,54
204	Technologiegründerfonds Sachsen Verwaltung GmbH ^{1) 21)}	Leipzig	100,00		EUR	28,35	1,02
205	Viola Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Verpachtungs KG ²¹⁾	Pullach	99,41	50,00	EUR	1 961,67	588,61
206	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Verwaltung GmbH ^{1) 21)}	Leipzig	100,00		EUR	37,51	4,06
207	Yankee Properties II LLC ³³⁾	Wilmington, USA	0,00	100,00		k. A.	k. A.
208	Yankee Properties LLC ²¹⁾	New York, USA	100,00		USD	616,34	- 25,02
209	Zenon Mobilien-Leasing GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	482,58	13,98
210	Zorilla Mobilien-Leasing GmbH ^{1) 21)}	Mannheim	100,00		EUR	36,02	- 10,30
211	Zweite Karl-Scharnagl-Ring Immobilien Verwaltung GmbH ^{1) 21)}	München	100,00		EUR	37,87	1,52

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
b. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)							
212	ColEssen S. a. r. l. ^{1) 33)}	Luxembourg, Luxemburg			EUR	- 7 210,00	3 060,00
213	Georges Quay Funding I Limited ^{25) 33)}	Dublin 1, Irland			EUR	9,63	0,00
214	LBBW RS Flex ³³⁾	Stuttgart				k. A.	k. A.
215	Medico Fonds Nr. 41 Objekt Gera KG ^{1) 33)}	Düsseldorf			EUR	- 15 524,91	- 801,33
216	Medico Fonds Nr. 45 Objekt Dortmund KG ^{15) 33)}	Düsseldorf			EUR	- 3 777,76	- 527,85
217	M-Korb Funding No.1 Ltd. ^{1) 33)}	Dublin 2, Irland			EUR	- 7 911,22	859,39
218	Platino S. A. ^{21) 33)}	Luxembourg, Luxemburg			EUR	60,00	77,24
219	Spencerview Asset Management Ltd. ^{25) 33)}	Dublin 2, Irland			EUR	1,95	0,00
220	Weinberg Capital LLC ³³⁾	Wilmington, USA				k. A.	k. A.

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
2. Gemeinschaftsunternehmen, die nicht at Equity bewertet werden							
221	Aaron Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. ¹⁾¹³⁾	Oberursel	50,00		EUR	- 2 254,37	1,77
222	addfinity testa GmbH ¹⁾²¹⁾	Hartha	19,08		EUR	3 047,30	487,19
223	EPSa Holding GmbH ¹⁾²¹⁾	Saalfeld	45,00		EUR	1 791,97	- 99,10
224	German Centre for Industry and Trade India Holding-GmbH ¹⁾²¹⁾	München	50,00		EUR	987,24	- 290,08
225	GIZS Verwaltungs-GmbH ²¹⁾	Frankfurt am Main	33,33		EUR	19,70	- 10,30
226	LBBW Immobilien Verwaltung GmbH ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	50,00		EUR	53,50	4,39
227	SHS Gesellschaft für Beteiligungen mbH & Co. Mittelstand KG ¹⁾²¹⁾	Tübingen	75,02		EUR	4 010,72	- 0,41

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
3. Assoziiertes Unternehmen, die nicht at Equity bewertet werden							
228	aiP Hirschgarten 1 Verwaltungs GmbH i. L. ¹⁾²¹⁾	Oberhaching	45,00		EUR	39,78	9,14
229	aiP Isarauen Verwaltungs GmbH ¹⁾²¹⁾	Oberhaching	45,00		EUR	22,31	- 1,38
230	Cäcilienpark am Neckar GbR ¹⁾²¹⁾	Heilbronn	33,33		EUR	308,97	8,97
231	Cortex Biophysik GmbH ¹⁾¹⁷⁾	Leipzig	47,70		EUR	- 295,70	235,28
232	Doughty Hanson & Co. Funds III Partnership No.15 ¹⁾²¹⁾	London, Großbritannien	21,74		USD	15 100,87	- 8,13
233	DUO PLAST Holding GmbH ¹⁾²¹⁾	Lauterbach	48,00		EUR	14 473,81	1 613,99
234	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 34, Wolfstor 2, Esslingen ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	29,50		EUR	9 348,49	405,61
235	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 36, Stuttgart/Leinfelden-Echterdingen ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	27,44		EUR	30 769,81	- 51,71
236	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 38, Stuttgart-Filderstadt ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	23,36		EUR	26 150,15	- 425,03
237	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 39, Stuttgart-Fellbach ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	41,54		EUR	25 472,67	- 604,44
238	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 40, Ludwigsburg »Am Schloßpark« ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	44,22		EUR	24 564,47	160,25
239	HAP Holding GmbH ¹⁾²¹⁾	Dresden	50,00		EUR	4 388,01	1 570,36
240	Helmut Hoffmann Grundstücks-Gesellschaft mbH ¹⁾²¹⁾	Varel	37,50		EUR	1 840,01	26,78
241	INULA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG ²¹⁾	Grünwald	80,00	18,25	EUR	23 565,99	3 959,47
242	Kiesel Finance GmbH & Co. KG ^{1)21) 33)}	Baierfurt	0,00	75,00	EUR	2 424,73	1 552,85
243	Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²¹⁾	Stuttgart	20,00		EUR	1 022,58	0,00
244	M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	49,75		EUR	21 157,27	99,26
245	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH ²¹⁾	Dresden	25,27		EUR	42 264,51	2 949,14
246	MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG ²¹⁾	Düsseldorf	94,00	49,00	EUR	- 1 381,18	443,93
247	Piller Entgrattechnik GmbH ¹⁾²¹⁾	Ditzingen	40,00		EUR	8 750,93	1 478,12
248	RESprotect GmbH ¹⁾²¹⁾	Dresden	32,80		EUR	- 1 531,37	- 64,93
249	Ritterwand Metall-Systembau Beteiligungs GmbH ¹⁾²¹⁾	Nufringen	49,97		EUR	9 520,85	853,33
250	SachsenFonds Immobilien GmbH ¹⁾²¹⁾	Aschheim-Dornach	49,00		EUR	51,86	- 2,14
251	Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau ^{2) 30)}	Stuttgart	25,00		EUR	217 669,80	9 782,29
252	SL Mobilen-Leasing GmbH & Co. ENERCON KG ^{1)21) 33)}	Mannheim	0,00	80,00	EUR	35 878,29	613,56
253	SLB Leasing-Fonds GmbH & Co. Portos KG i. L. ¹⁾²¹⁾	Pöcking	35,12		EUR	284,36	- 30,28
254	SLN Maschinen Leasing GmbH & Co. OHG ^{1)21) 33)}	Stuttgart	0,00	75,00	EUR	- 898,92	- 183,21
255	SLP Mobilen-Leasing GmbH & Co. OHG ^{1)21) 33)}	Mannheim	0,00	75,00	EUR	414,66	60,56
256	Stollmann Entwicklungs- und Vertriebs GmbH i. L. ¹⁾²¹⁾	Schenefeld	34,00		EUR	1 368,58	228,23
257	TC Objekt Bonn Beteiligungs-GmbH ¹⁾²¹⁾	Soest	25,00		EUR	22,00	k. A.
258	TC Objekt Darmstadt Beteiligungs-GmbH ¹⁾²¹⁾	Soest	25,00		EUR	22,33	k. A.
259	TC Objekt Münster Nord Beteiligungs-GmbH ¹⁾²¹⁾	Soest	25,00		EUR	21,76	k. A.
260	TC Objekt Münster Süd Beteiligungs-GmbH ¹⁾²¹⁾	Soest	25,00		EUR	22,03	k. A.
261	Technologiegründerfonds Sachsen Basic GmbH & Co. KG ²⁴⁾	Dresden			EUR	1 000,00	- 0,56
262	Technologiegründerfonds Sachsen Holding GmbH & Co. KG ^{1)21) 31) 33)}	Leipzig	0,00	100,00	EUR	0,00	0,00
263	Technologiegründerfonds Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	25,00		EUR	1,48	- 0,35
264	Technologiegründerfonds Sachsen Management GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	25,00		EUR	4,00	962,30
265	Technologiegründerfonds Sachsen Plus GmbH & Co. KG ¹⁾²²⁾	Leipzig	8,48		EUR	569,55	k. A.
266	Technologiegründerfonds Sachsen Seed GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	3,34		EUR	4 290,97	- 349,28
267	Technologiegründerfonds Sachsen Start up GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	10,83		EUR	16 251,55	- 984,93
268	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	27,55		EUR	25 086,55	2 376,84
269	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	25,00		EUR	0,36	- 0,26
270	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Management GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	25,00		EUR	4,00	1 260,40
271	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Plus GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Leipzig	12,72	13,72	EUR	5 630,26	- 215,33
272	1. yourTime Solutions AbwicklungsGmbH ¹⁾¹¹⁾	Potsdam	20,11		EUR	0,00	- 1 317,00

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
III. Beteiligungen im Sinne des § 271 (1) HGB ²⁷⁾							
273	ABE Clearing S.A.S., à capital variable ²¹⁾	Paris, Frankreich	1,89		EUR	15 604,00	4 791,00
274	Abingworth Bioventures III L. P. ¹⁾²¹⁾	London, Großbritannien	0,44		USD	20 317,06	- 2 061,22
275	Accession Mezzanine Capital II L. P. ¹⁾²¹⁾	Hamilton, Bermuda	1,91		EUR	51 826,00	- 5 979,00
276	ADLATUS Robotics GmbH ¹⁾	Ulm	0,75			k. A.	k. A.
277	African Export-Import Bank ²¹⁾	Kairo, Ägypten	0,07		USD	1 200 899,70	118 806,41
278	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²¹⁾	Frankfurt am Main	3,29		EUR	212 967,10	16 035,00
279	ALPHA CEE II L. P. ¹⁾²¹⁾	Grand Cayman, Kaimaninseln	2,41		EUR	189 784,00	17 807,00
280	amcure GmbH ¹⁾²¹⁾	Eggenstein- Leopoldshafen	18,26		EUR	1 195,00	- 1 037,00
281	Bain Capital VIII L. P. ¹⁾²¹⁾	Grand Cayman, Kaimaninseln	0,32		USD	847 723,44	470 318,82
282	Biometrics GmbH ¹⁾²¹⁾	Tübingen	13,31		EUR	931,48	- 851,76
283	BioM Venture Capital GmbH & Co. Fonds KG ¹⁾²¹⁾	Martinsried	4,46		EUR	450,03	- 2,57
284	Bubbles and Beyond GmbH ¹⁾²¹⁾	Leipzig	7,90		EUR	1 963,41	- 129,77
285	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH ²¹⁾³⁰⁾	Dresden	27,96	18,44	EUR	38 150,45	2 300,13
286	Candover 2001 GmbH & Co. KG i. L. ¹⁾¹⁸⁾	Frankfurt am Main	25,64		EUR	31,96	610,77
287	Capital Point Ltd. ¹⁾²¹⁾	Or-Yehuda, Israel	0,37		ILS	42 317,97	5 620,81
288	CCP Systems AG i. L. ¹⁾¹⁵⁾	Stuttgart	0,96		EUR	9 182,77	- 10 654,37
289	CFB NEPTUNO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH & Co. MS »MARILYN STAR« KG ¹⁾¹⁵⁾	Hamburg	0,22		EUR	35 183,35	3 539,31
290	Chargepartner GmbH i. L. ¹⁾	Walldorf	0,75			k. A.	k. A.
291	Chicago Mercantile Exchange Holdings Inc.	Wilmington, USA	0,10			k. A.	k. A.
292	Compositence GmbH ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	0,61		EUR	127,18	- 1 004,91
293	Computomics GmbH ¹⁾²¹⁾	Tübingen	0,75		EUR	104,96	- 105,94
294	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²¹⁾	Frankfurt am Main	4,23		EUR	74 914,47	24 201,80
295	Conceptboard GmbH ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	1,10		EUR	0,00	- 282,92
296	CorTec GmbH ¹⁾²¹⁾	Freiburg	0,59		EUR	627,77	893,05
297	crealytics GmbH ¹⁾²¹⁾	Passau	11,66		EUR	3 484,42	- 565,75
298	CVC European Equity Partners IV (A). L. P. ¹⁾²¹⁾	Grand Cayman, Kaimaninseln	0,29		EUR	315 488,65	38 048,28
299	Depository Trust & Clearing Corporation	New York, USA	0,01			k. A.	k. A.
300	Designwelt GmbH i. L. ¹⁾¹⁰⁾	München	6,41		EUR	- 17,00	- 4 417,00
301	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²¹⁾³⁰⁾	Stuttgart	8,11		EUR	140 953,37	13 719,32
302	Doughty Hanson & Co. IV Partnership 2 ¹⁾²¹⁾	London, Großbritannien	4,04		EUR	100 977,00	- 44 161,11
303	Dr. Gubelt Immobilien Vermietungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Stuttgart Gutenbergstraße KG ²¹⁾	Düsseldorf	2,62	2,55	EUR	- 43,84	387,47
304	Dritte SHS Technologiefonds GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁵⁾	Tübingen	4,94		EUR	22 594,18	- 160,47
305	enOware GmbH ¹⁾²¹⁾	Karlsruhe	0,75		EUR	0,00	- 128,52
306	Erste IFD geschlossener Immobilienfonds für Deutschland GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁵⁾	Hamburg	0,20		EUR	25 386,78	4 990,02
307	FL FINANZ-LEASING GmbH ²¹⁾	Wiesbaden	17,00		EUR	- 272,23	- 139,88
308	Fludicon GmbH i. L. ¹⁾¹⁵⁾	Darmstadt	7,88		EUR	516,90	- 2 184,41
309	Gbr VÖB-ImmobilienAnalyse	Bonn	25,00	20,00		k. A.	k. A.
310	GLB GmbH & Co. OHG ²¹⁾³²⁾	Frankfurt am Main	30,05		EUR	5 423,81	729,10
311	GLB-Verwaltungs-GmbH ²¹⁾³²⁾	Lennestadt	30,00		EUR	49,75	2,26
312	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 31, Esslingen/Stuttgart ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	13,18		EUR	503,46	28,96
313	Grundstücks-Vermögens- und Verwaltungs-GbR Nr. 27, Stuttgart-Mitte II ¹⁾²¹⁾	Stuttgart	0,13		EUR	8 467,53	45,06
314	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Sonnenberg mbH & Co. Betriebs-KG i. L. ¹⁾	Wiesbaden	5,52			k. A.	k. A.
315	HANSA TREUHAND Dritter Beteiligungsfonds GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Hamburg	0,03		EUR	22 430,41	- 21 597,20
316	HANSA TREUHAND Zweiter Beteiligungsfonds GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁵⁾	Hamburg	0,16		EUR	32 066,52	- 6 076,52
317	Heidelberg Innovation BioScience Venture II GmbH & Co. KG i. L. ¹⁾²¹⁾	Leimen	3,83		EUR	4 912,34	139,81
318	HGA Mitteleuropa V GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁵⁾	Hamburg	0,05		EUR	2 471,09	- 528,18
319	HPK Hirschgarten 1 GmbH & Co. KG ¹⁾²¹⁾	Köln	5,10		EUR	8 431,22	190,73
320	HSBC Trinkaus & Burkhardt AG ²¹⁾³⁰⁾	Düsseldorf	18,66		EUR	1 788 715,35	107 220,13
321	Humboldt Multi Invest B S.C.A., SICAV-FIS i. L. ²⁾¹²⁾	Luxembourg, Luxemburg	99,99	99,98	EUR	6 928,35	- 165,43
322	Icon Brickell LLC ¹⁾	Miami, USA	13,35			k. A.	k. A.
323	ImmerSight GmbH ¹⁾²¹⁾	Ulm	0,85		EUR	0,00	- 216,37
324	InnoCyte GmbH i. L. ¹⁾¹⁵⁾	Stuttgart	0,75		EUR	0,00	- 719,10

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
325	KanAm USA XXII Limited Partnership ¹⁾	Atlanta, USA	0,04			k. A.	k. A.
326	Kreditgarantiegemeinschaft der Freien Berufe Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²¹⁾	Stuttgart	4,76		EUR	153,39	0,00
327	Kreditgarantiegemeinschaft der Industrie, des Verkehrsgewerbes und des Gastgewerbes Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²¹⁾	Stuttgart	15,28		EUR	1 299,87	0,00
328	Kreditgarantiegemeinschaft des Gartenbaus Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²¹⁾	Stuttgart	4,50		EUR	138,31	0,00
329	Kreditgarantiegemeinschaft des Handels Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²¹⁾	Stuttgart	9,14		EUR	1 021,91	0,00
330	Kreditgarantiegemeinschaft des Handwerks Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²¹⁾	Stuttgart	9,76		EUR	1 001,05	0,00
331	Kunststiftung Baden-Württemberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²¹⁾	Stuttgart	2,00	0,61	EUR	2 915,97	3,64
332	Maehler & Kaegi AG i. L. ^{1) 5)}	Ingelheim	7,50	9,26	EUR	- 2 041,59	67,06
333	Mainzer Aufbaugesellschaft mit beschränkter Haftung ²¹⁾	Mainz	2,70		EUR	20 552,46	584,65
334	MAT Movies & Television Productions GmbH & Co. Project IV i. L. ^{1) 21)}	Grünwald	0,22		EUR	553,64	k. A.
335	MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²¹⁾	Stuttgart	9,94		EUR	60 880,72	4 451,69
336	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG i. L. ²¹⁾	Grünwald	7,97	7,93	EUR	109,05	- 50,04
337	Monolith Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neubau Sparkassen-Versicherung Sachsen OHG ^{15) 21)}	Mainz	10,50	2,66	EUR	- 17 048,76	2 059,87
338	NAVALIA 11 MS »PORT MENIER« GmbH & Co. KG ¹⁾	Bramstedt	0,15			k. A.	k. A.
339	NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Villingen-Schwenningen KG ^{2) 31)}	Düsseldorf	5,00		EUR	- 2 991,51	351,59
340	Neumayer Tekfor Verwaltungs GmbH i. L. ^{1) 14)}	Offenburg	8,97	0,00	EUR	26,91	- 9,38
341	Notion Systems GmbH ^{1) 21)}	Schwetzingen	0,75		EUR	0,00	- 883,63
342	Novoplant Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L. ^{1) 6)}	Gatersleben	18,77		EUR	- 5 574,00	- 1 853,00
343	OXID eSales AG ^{1) 21)}	Freiburg	19,62		EUR	0,00	94,69
344	teTRAGENEX PHARMACEUTICALS, INC. ^{1) 7)}	Baltimore, USA	0,55		USD	5 034 651,12	- 4 189,42
345	Paramount Group Operating Partnership LP ¹⁾	Wilmington, USA	2,47	0,00		k. A.	k. A.
346	Paramount Group Real Estate Fund II, L. P. ^{1) 21)}	Wilmington, USA	29,13	28,29	USD	64 630,33	- 10 359,63
347	PARAMOUNT GROUP REAL ESTATE FUND III, L. P. ^{1) 21)}	Wilmington, USA	12,19	11,08	USD	35 829,86	7 735,09
348	Phenex Pharmaceuticals AG ^{1) 21)}	Ludwigshafen	8,90		EUR	5 584,13	3 161,57
349	Polish Enterprise Fund V, L. P. ^{1) 21)}	New York, USA	1,67		EUR	59 464,16	- 4 345,62
350	PolyAn Gesellschaft zur Herstellung von Polymeren für spezielle Anwendungen und Analytik mbH ^{1) 21)}	Berlin	9,93		EUR	7 221,37	- 161,10
351	PressMatrix GmbH ^{1) 21)}	Berlin	14,08		EUR	0,00	- 150,97
352	Probiodrug AG ^{1) 21)}	Halle/Saale	2,86		EUR	16 474,62	- 13 586,40
353	Rau Metall GmbH & Co. KG i. L. ^{1) 10)}	Geislingen/Steige	5,00	0,00	EUR	- 12 457,02	510,67
354	REAL Immobilien GmbH i. L. ^{1) 15)}	Hanau	9,00		EUR	- 30 602,47	- 9 117,47
355	Reha-Klinik Aukammthal GmbH & Co. Betriebs-KG i. L. ¹⁾	Wiesbaden	5,54			k. A.	k. A.
356	Rohwedder AG i. L. ^{1) 8)}	Bermatingen	10,01		EUR	11 092,00	- 28 853,00
357	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG ²¹⁾	München	18,80		EUR	14 279,53	1 158,67
358	RW Holding AG ¹⁹⁾	Düsseldorf	1,36		EUR	884 619,98	28 140,40
359	RWSO Grundstücksgesellschaft TBS der Württembergischen Sparkassenorganisation GbR ²¹⁾	Stuttgart	10,00	8,87	EUR	6 371,45	73,33
360	S CountryDesk GmbH ²¹⁾	Köln	2,50		EUR	369,77	47,45
361	Schiffahrts-Gesellschaft »HS ALCINA«/»HS ONORE«/ »HS OCEANO« mbH & Co. KG ^{1) 21)}	Hamburg	0,04		EUR	50 551,47	- 3 743,33
362	Schiffahrts-Gesellschaft »HS MEDEA« mbH & Co. KG ^{1) 21)}	Hamburg	0,16		EUR	15 753,73	3 850,95
363	SE.M.LABS GmbH ¹⁾	Stuttgart	0,75			k. A.	k. A.
364	SI-BW Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG ²¹⁾	Stuttgart	4,00	3,96	EUR	43 769,85	1 223,15
365	SimuForm GmbH i. L. ^{1) 11)}	Herten	6,84		EUR	235,00	- 300,00
366	Synapticon GmbH ^{1) 15)}	Gruibingen	0,95		EUR	398,00	- 733,61
367	TETRAGENEX PHARMACEUTICALS, INC. ^{1) 7)}	Park Ridge, USA	0,71		EUR	2 201,00	4 580,00
368	tocario GmbH ^{1) 21)}	Stuttgart	0,75		EUR	0,00	- 1 888,14
369	TuP 8 GmbH & Co. KG ¹⁾	Berlin	0,35			k. A.	k. A.
370	TVM IV GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	München	1,67		EUR	18 399,84	3 287,39
371	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Köln	3,89		EUR	12 849,63	6 319,20
372	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²⁶⁾	Essen	0,40		EUR	348,61	- 214,02
373	Visa Inc. ²⁰⁾	San Francisco, USA	0,00		USD	28 291 619,26	5 999 241,56
374	VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG i. L. ^{1) 21)}	Mainz	16,65		EUR	2 872,26	4 164,45
375	VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz Nr. 2 GmbH & Co. KG ^{1) 21)}	Mainz	16,65		EUR	3 554,65	2 381,59
376	Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH ^{2) 21)}	Stuttgart	16,06		EUR	617,71	- 2 409,99

- 1) Mittelbar gehalten.
 2) Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.
 3) Es besteht eine Patronatserklärung.
 3a) Seitens einer Konzerntochter besteht eine Patronatserklärung.
 4) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
 4a) Es besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.
 5) Es liegen Daten nur zum 31.12.2004 vor.
 6) Es liegen Daten nur zum 31.12.2006 vor.
 7) Es liegen Daten nur zum 31.12.2007 vor.
 8) Es liegen Daten nur zum 31.12.2008 vor.
 9) Es liegen Daten nur zum 31.12.2011 vor.
 10) Es liegen Daten nur zum 31.12.2012 vor.
 11) Es liegen Daten nur zum 31.12.2013 vor.
 12) Es liegen Daten nur zum 31.07.2014 vor.
 13) Es liegen Daten nur zum 02.09.2014 vor.
 14) Es liegen Daten nur zum 13.10.2014 vor.
 15) Es liegen Daten nur zum 31.12.2014 vor.
 16) Es liegen Daten nur zum 25.11.2016 vor.
 17) Es liegen Daten nur zum 31.03.2015 vor.
 18) Es liegen Daten nur zum 13.06.2015 vor.
 19) Es liegen Daten nur zum 31.08.2015 vor.
 20) Es liegen Daten nur zum 30.09.2015 vor.
 21) Es liegen Daten nur zum 31.12.2015 vor.
 21a) Es liegen Daten nur zum 31.12.2015 nach IFRS vor.
 22) Es liegen Daten nur zum 22.02.2016 vor.
 23) Es liegen Daten nur zum 29.02.2016 vor.
 24) Es liegen Daten nur zum 31.03.2016 vor.
 25) Es liegen Daten nur zum 30.04.2016 vor.
 26) Es liegen Daten nur zum 30.06.2016 vor.
 27) Finanzinstrumente nach IFRS.
 28) Liquidationsschlussbilanz.
 29) Rumpfgeschäftsjahr.
 30) Beteiligung an großer Kapitalgesellschaft mit einem Stimmrechtsanteil von min. 5 % (§ 340a (4) Nr. 2 HGB)
 31) Ist gleichzeitig eine Strukturierte Einheit nach IFRS 12.
 32) Liquidation wird erwartet.
 33) Kein Anteilsbesitz im Sinne von § 285 Nr. 11 HGB.

77. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen (Köpfe) setzten sich wie folgt zusammen:

	2016			2015		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeit	4 957	3 128	8 085	5 055	3 296	8 352
Teilzeit	251	2 612	2 864	214	2 544	2 757
Auszubildende ¹⁾	240	178	417	261	196	457
Insgesamt	5 448	5 918	11 366	5 529	6 036	11 565

1) Inklusive DH-Studierende.

78. Organe und deren Mandate.

Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

Vorstand.

Vorsitzender.

RAINER NESKE
ab 1. November 2016
Mitglied ab 1. Juli 2016

HANS-JÖRG VETTER
bis 31. Oktober 2016

Stv. Vorsitzender.

MICHAEL HORN

Aufsichtsrat.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Stv. Vorsitzende.

EDITH SITZMANN MDL
seit 4. August 2016
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

DR. NILS SCHMID MDL
bis 30. Mai 2016
Minister a. D.

Mitglieder.

CARSTEN CLAUS
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

UTA-MICHAELA DÜRIG
Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung GmbH

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Mitglied des Aufsichtsrats der
Württembergischen Gemeinde-
Versicherung a. G.

CHRISTIAN HIRSCH
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Mitglieder.

KARL MANFRED LOCHNER

INGO MANDT
bis 31. Dezember 2016

DR. CHRISTIAN RICKEN
ab 1. Januar 2017

**ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-
GLEICHEN**

VOLKER WIRTH

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

SABINE LEHMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatsminister
Chef der Staatskanzlei
Staatsministerium Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt

MARTIN PETERS
CFO/Geschäftsführender Gesellschafter
der Eberspächer Gruppe GmbH + Co. KG

CHRISTIAN ROGG
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

CLAUS SCHMIEDEL
Mitglied im Kreistag des Landkreises
Ludwigsburg

B. JUTTA SCHNEIDER
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP
Deutschland SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Geschäftsführende Gesellschafterin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

DR. BRIGITTE THAMM
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Gremien setzten sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	Vorstand		Aufsichtsrat	
	2016	2015	2016	2015
Bezüge				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen ¹⁾	7,8	7,4	1,0	1,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	25,5	22,6	0,0	0,0
Bezüge früherer Mitglieder und deren Hinterbliebener				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	11,2	11,2	0,0	0,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	153,8	153,8	0,0	0,0

1) Inklusiv Sitzungsgeld.

Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 3 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR). Davon entfallen 2 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) auf Mitglieder des Vorstands und 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) auf Mitglieder des Aufsichtsrats.

Vorschüsse oder andere Haftungsverhältnisse wurden im Geschäftsjahr 2016 nicht gewährt.

Die Kredite wurden mit einem Zinssatz zwischen 1,92% und 5,16% ausgereicht und haben eine vertragliche Restlaufzeit von wenigen Monaten bis hin zu 35 Jahren. Alle mit dem aufgeführten Personenkreis getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

Mandate.

Im Folgenden werden die von gesetzlichen Vertretern der LBBW und AidA¹⁾-Vorständen wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten sowie die von Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten aufgeführt.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Helmut Dohmen
Boerse Stuttgart GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Ingo Mandt (bis 31.12.2016)
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat stv. Verwaltungsratsmitglied	Oliver Fern Peter Kröger
cellent AG, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Eike Wahl (bis 05.01.2016) Frank Hammann (bis 05.01.2016)
Düker GmbH & Co. KGaA, Karlstadt	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Georg Hengstberger
Euwax AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Ingo Mandt (bis 31.12.2016)
Grieshaber Logistik GmbH, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
HERRENKNECHT Aktiengesellschaft, Schwanau	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Jörg Vetter (bis 31.10.2016)
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter (bis 31.10.2016)
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Ingo Mandt (bis 31.12.2016) Hans-Jörg Vetter (bis 31.10.2016) Rainer Neske (ab 12.12.2016) Helmut Dohmen (bis 30.09.2016) Norwin Graf Leutrum von Ertingen (bis 12.10.2016) Michael Nagel (ab 01.10.2016) Rainer Neske (ab 01.11.2016 bis 11.12.2016)
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Michael Horn
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Peter Hähner
MMV Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats stv. Vorsitzender des Beirats Beirat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Peter Hähner
Progress-Werke Oberkirch AG, Oberkirch	Aufsichtsrat	Dr. Georg Hengstberger
Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn Thorsten Schönenberger Thomas Christian Schulz
Stadtwerke Mainz Aktiengesellschaft, Mainz	Aufsichtsrat	Hannsgeorg Schöning
SüdFactoring GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Norwin Graf Leutrum von Ertingen
SüdLeasing GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Norwin Graf Leutrum von Ertingen
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Stuttgart	Aufsichtsrat	Claudia Diem

1) Anstalt in der Anstalt.

Weitere Informationen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 7. März 2017

Der Vorstand



RAINER NESKE
Vorsitzender



MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender



KARL MANFRED LOCHNER



DR. CHRISTIAN RICKEN



ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-GLEICHEN



VOLKER WIRTH

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den von der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns (»zusammengefasster Lagebericht«) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 14. März 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



KOCHOLL
Wirtschaftsprüfer



EISELE
Wirtschaftsprüfer

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese zukunftsgerichteten Aussagen sind erkennbar durch Formulierungen wie »erwarten«, »wollen«, »antizipieren«, »beabsichtigen«, »planen«, »glauben«, »anstreben«, »einschätzen«, »werden«, »vorhersagen« oder ähnliche Begriffe. Diese Aussagen basieren auf den gegenwärtigen Einschätzungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen, sondern unterliegen einer Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Sollten einer dieser Unsicherheitsfaktoren oder andere Unwägbarkeiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig erweisen, könnten die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den in diesen Aussagen genannten oder implizit zum Ausdruck gebrachten Ergebnissen abweichen.

Der LBBW-Konzern übernimmt keine Verpflichtung, vorausschauende Aussagen laufend zu aktualisieren, da diese ausschließlich von den Umständen am Tag ihrer Veröffentlichung ausgehen.

Beirat der LBBW/BW-Bank.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Mitglieder.

WILLEM G. VAN AGTMAEL

Honorarkonsul des Königreichs der Niederlande, Geschäftsführender Gesellschafter der catalpa GmbH, Stuttgart

THOMAS ARTMANN

Karlsruhe

PROF. H. C.

DR. STEFAN ASENKERSCHBAUMER

Stv. Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, Gerlingen

HELMUT AURENZ

Honorarkonsul der Republik Estland, Senator h. c., Isny im Allgäu

BARBARA BAUER

Oberkirchenrätin, Evangelische Landeskirche in Baden, Karlsruhe

HUBERTUS VON BAUMBACH

Vorsitzender der Unternehmensleitung der Boehringer Ingelheim GmbH, Ingelheim am Rhein

ALBERT BERNER

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berner SE, Künzelsau

DIETMAR BICHLER

Vorsitzender des Vorstands der Bertrand AG, Ehningen

DR. DR. SASKIA BISKUP

Geschäftsführerin der CeGaT GmbH, Tübingen

ULRICH BÖGER

ab 1. Oktober 2016
Stv. Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Versorgungskammer, München

GERHARD BORHO

ab 1. Oktober 2016
Mitglied des Vorstands der Festo AG & Co. KG, Esslingen

DR. CHRISTOF BOSCH

Königsdorf

DR. WOLFGANG BRUDER

Senator E. h., Vorstandsvorsitzender i. R., Offenburg

CATHARINA CLAY

Landesbezirksleiterin der IG BCE
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Landesbezirk Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. ANTJE VON DEWITZ

Geschäftsführerin der VAUDE Sport GmbH & Co. KG, Tettngang

PEER-MICHAEL DICK

Rechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer SÜDWESTMETALL Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

WOLF-GERD DIEFFENBACHER

Geschäftsführender Gesellschafter der DIEFFENBACHER GMBH Maschinen- und Anlagenbau, Eppingen

RALF W. DIETER

Vorsitzender des Vorstands der Dürr AG, Bietigheim-Bissingen

PROF. DR. ANDREAS DULGER

Honorarkonsul der Republik Paraguay, Vorsitzender der Geschäftsführung der ProMinent Dosiertechnik GmbH, Heidelberg

DR. HANS-ULRICH ENGEL

Mitglied des Vorstands der BASF SE, Ludwigshafen

KLAUS ENSINGER

Geschäftsführer der Ensinger GmbH, Nufringen

DR. ALEXANDER ERDLAND

Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Stuttgart

DR. MARKUS FAULHABER

Vorsitzender des Vorstands der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart

PROF. E. H. KLAUS FISCHER

Senator E. h. mult.,
Inhaber und Vorsitzender der fischer holding GmbH & Co. KG, Waldachtal

DR. WOLFGANG FISCHER

Stv. Vorsitzender des Vorstands der Stuttgarter Versicherungsgruppe, Stuttgart

DR. WOLFRAM FREUDENBERG

Stuttgart

HANS-GEORG FREY

Vorsitzender des Vorstands der Jungheinrich AG, Hamburg

PROF. DR. DR. H. C. CLEMENS FUEST

Präsident des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., München

THOMAS HANDTMANN

Geschäftsführer der Albert Handtmann Holding GmbH & Co. KG, Biberach

HANS-JOACHIM HAUG

Vorsitzender des Vorstands der Württembergischen Gemeinde-Versicherung a. G., Stuttgart

DR. JOHANNES HAUPT

Vorsitzender der Geschäftsführung/CEO der E.G.O. Blanc und Fischer & Co. GmbH, Oberderdingen

DR. CHRISTOPHER HERMANN

Vorsitzender des Vorstands der AOK Baden-Württemberg, Stuttgart

TILMANN HESSELBARTH

Vorsitzender des Vorstands der LBS Landesbausparkasse Südwest, Stuttgart

MICHAEL HIMMELSBACH

Erzbischöflicher Oberrechtsdirektor, Erzbischöfliches Ordinariat, Erzdiözese Freiburg, Freiburg i. Br.

S. D. KRAFT ERBPRINZ ZU HOHENLOHE-OEHRINGEN

Fürst zu Hohenlohe-Oehringen'sche Verwaltung, Öhringen

S. H. KARL FRIEDRICH FÜRST VON HOHENZOLLERN

Unternehmensgruppe
Fürst von Hohenzollern, Sigmaringen

FRANK B. JEHLE

Präsident/Geschäftsführender
Gesellschafter der FBJ Board Consulting
GmbH, Marbach am Neckar

HARTMUT JENNER

Vorsitzender der Geschäftsführung der
Alfred Kärcher GmbH & Co. KG
Reinigungssysteme, Winnenden

PROF. DR. HEINZ K. JUNKER

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der MAHLE GmbH, Stuttgart

DANIEL F. JUST

bis 30. September 2016
Vorsitzender des Vorstands der
Bayerischen Versorgungskammer,
München

DIRK KALIEBE

Mitglied des Vorstands der Heidelberger
Druckmaschinen AG, Heidelberg

JOACHIM KALTMAYER

Mitglied der Konzernführung
der Würth-Gruppe, Künzelsau

DR. BERTRAM KANDZIORA

Vorsitzender des Vorstands der STIHL AG,
Waiblingen

DR. MARTIN KASTRUP

Oberkirchenrat, Dezernent für
Finanzen und Informationstechnologie
der Evangelischen Landeskirche
in Württemberg, Stuttgart

DR. ERWIN KERN

Vorsitzender des Vorstands der Kies
und Beton AG Baden-Baden, Iffezheim

DR. HANS-EBERHARD KOCH

Vorsitzender der Geschäftsführung der
Witzenmann GmbH, Pforzheim

PROF. DR. RENATE KÖCHER

Geschäftsführerin des Instituts für
Demoskopie Allensbach Gesellschaft zum
Studium der öffentlichen Meinung mbH,
Allensbach am Bodensee

STEFAN KÖLBL

Vorsitzender des Vorstands
der DEKRA e. V. und DEKRA SE, Stuttgart

THOMAS KÖLBL

Mitglied des Vorstands der Südzucker AG,
Mannheim

ANDREAS KOHM

Gesellschafter der
K-Mail Order GmbH & Co. KG, Pforzheim

ALEXANDER KOTZ

Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart, Stuttgart

DIETMAR KRAUSS

Leitender Direktor i. K.,
Bischöfliches Ordinariat der Diözese
Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg

DR. DIETER KRESS

bis 31. März 2016
Geschäftsführender Gesellschafter
der MAPAL Präzisionswerkzeuge
Dr. Kress KG, Aalen

DR. JOCHEN KRESS

ab 1. Juli 2016
Geschäftsführer der
MAPAL Präzisionswerkzeuge
Dr. Kress KG, Aalen

HARALD KROENER

Vorsitzender des Vorstands
der Wieland-Werke AG, Ulm

DR. PETER KULITZ

Präsident der Industrie- und Handels-
kammer Ulm, Geschäftsführender Gesell-
schafter der ESTA Apparatebau GmbH &
Co. KG, Ulm

ANDREAS LAPP

Honorkonsul der Republik Indien,
Vorsitzender des Vorstands
der Lapp Holding AG, Stuttgart

VITTORIO LAZARIDIS

Stadtrat, Stuttgart

DIETER LEBZELTER

Geschäftsführer der IMS Gear GmbH,
Donaueschingen

DR. NICOLA LEIBINGER-KAMMÜLLER

Vorsitzende der Geschäftsführung,
Geschäftsführende Gesellschafterin
der TRUMPF GmbH + Co. KG, Ditzingen

DR. HUBERT LIENHARD

Vorsitzender der Geschäftsführung
der Voith GmbH, Heidenheim

REINHARD LOHMANN

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Rethmann SE & Co. KG, Selm

DR. UTE MAIER

Vorsitzende des Vorstands
der Kassenzahnärztlichen Vereinigung
Baden-Württemberg, Tübingen

DR. HARALD MARQUARDT

Geschäftsführer der Marquardt GmbH,
Rietheim-Weilheim

DR. FRANK MASTIAUX

Vorsitzender des Vorstands der EnBW
Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

MICHAEL MÖLLEKEN

bis 30. September 2016
Stuttgart

DR. MICHAEL MÜNZING

Geschäftsführender Gesellschafter
der MÜNZING CHEMIE GMBH, Heilbronn

KLAUS MUTSCHLER

Mutschler Holding AG, Zürich

HEINZ OHNMACHT

Vorsitzender des Vorstands
Badischer Gemeinde-Versicherungs-
Verband, BGV Versicherung AG, Karlsruhe

CHRISTOPH OZASEK

Stadtrat, Stuttgart

MARTIN PETERS

CFO/Geschäftsführender Gesellschafter
der Eberspächer Gruppe GmbH + Co. KG,
Esslingen

HANS H. PFEIFER

Stadtrat, Stv. Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Gemeinderat der
Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart

HANS DIETER PÖTSCH

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
VOLKSWAGEN Aktiengesellschaft,
Wolfsburg

MARTIN PUTSCH

Geschäftsführender Gesellschafter der
RECARO Holding GmbH, Stuttgart

DR. RICHARD REBMANN

Vorsitzender der Geschäftsführung der
Südwestdeutsche Medien Holding GmbH,
Stuttgart

FRANK REIMOLD

Direktor, Kommunaler Versorgungs-
verband Baden-Württemberg, Karlsruhe

DR. KONSTANTIN SAUER

ab 1. Januar 2017
Mitglied des Vorstands der
ZF Friedrichshafen AG, Friedrichshafen

WOLF-HENNING SCHEIDER

Vorsitzender der Geschäftsführung
der MAHLE GmbH, Stuttgart

PROF. H. C. KARL SCHLECHT

Senator h. c., Vorsitzender des Vorstands
der Karl Schlecht-Gemeinnützige Stiftung
(K.S.G.), Aichtal

EDUARD SCHLEICHER

Persönlich haftender Gesellschafter
der SCHWENK Zement KG, Ulm

DR. STEFAN SCHMALE

Gräfelfing

MARTIN SCHOMAKER

Vorsitzender des Vorstands
der R. Stahl AG, Waldenburg

DR. ROBERT SCHULER-VOITH

Geschäftsführender Gesellschafter der
Mercura Capital GmbH, München

DIETER SCHWARZ

Generalbevollmächtigter
der Unternehmensgruppe Schwarz,
Neckarsulm

HEINZ SEIFFERT

bis 30. Juni 2016
Ehingen (Donau)

DR. STEFAN SOMMER

bis 31. Dezember 2016
Vorsitzender des Vorstands der
ZF Friedrichshafen AG, Friedrichshafen

THOMAS SPITZENPFEIL

Mitglied des Vorstands der Carl Zeiss AG,
Oberkochen

DR. HANS-JOCHEM STEIM

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG,
Schramberg

DAGMAR STEINERT

Mitglied des Vorstands der
FUCHS PETROLUB SE, Mannheim

HANS PETER STIHL

bis 11. Juli 2016
Honorargeneralkonsul der Republik
Singapur, Persönlich haftender
Gesellschafter der STIHL Holding
AG & Co. KG, Waiblingen

PROF. H. C. DR. H. C. ERWIN TEUFEL

Ministerpräsident a. D., Spaichingen

MARIO TRUNZER

Geschäftsführer der Liebherr-Werk
Ehingen GmbH, Ehingen

BODO UEBBER

Mitglied des Vorstands der Daimler AG,
Stuttgart

DR. H. WERNER UTZ

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
UZIN UTZ AG, Ulm

UDO J. VETTER

Gesellschafter der Vetter Pharma
Fertigung GmbH & Co. KG, Ravensburg

OLIVER VOERSTER

Geschäftsführender Gesellschafter der
Koch, Neff & Volckmar GmbH, Stuttgart

**S. D. JOHANNES FÜRST ZU WALDBURG-
WOLFEGG UND WALDSEE**

Wolfegg

**S. D. ERICH FÜRST
VON WALDBURG-ZEIL**

Leutkirch

LOTHAR WÖLFLE

ab 1. Juli 2016
Landrat des Bodenseekreises,
Vorsitzender des Zweckverbands
Oberschwäbische Elektrizitätswerke,
Friedrichshafen

RUDOLF F. WOHLFARTH

Vorsitzender der Geschäftsleitung der
Emil Frey Gruppe Deutschland, Stuttgart

DR. STEFAN WOLF

Vorsitzender des Vorstands der
ElringKlinger AG, Dettingen/Erms

ULRICH-BERND WOLFF VON DER SAHL

Vorsitzender des Vorstands der
SV Sparkassenversicherung Holding AG,
Stuttgart

**S. K. H. FRIEDRICH HERZOG
VON WÜRTTEMBERG**

Friedrichshafen

ARTHUR J. ZIMMERMANN

Mitglied des Aufsichtsrats der Ernst Klett
Aktiengesellschaft, Stuttgart

PROF. DR. DR. H. C. WALTHER ZÜGEL

Stuttgart

Kundenbeirat der LBBW Rheinland-Pfalz Bank.

Vorsitzender.

KARL MANFRED LOCHNER

Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Mitglieder.

AXEL E. BARTEN

Geschäftsführender Gesellschafter der Achenbach Buschhütten GmbH & Co. KG, Kreuztal

BERNHARD BECK

bis 30. Juni 2016
Biebergemünd

MARTIN BLACH

ab 1. Januar 2017
Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Kloster Eberbach, Eltville im Rheingau

DR. GERHARD F. BRAUN

Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, Mainz

KEVIN BROCK

CFO der JF Hillebrand Group, Mainz

DR. ALBERT CHRISTMANN

Persönlich haftender Gesellschafter der Dr. August Oetker KG, Bielefeld

DIETMAR CLAUSEN

Geschäftsführer der Zschimmer & Schwarz GmbH & Co. KG, Lahnstein

KAI-UWE HEUER

bis 31. Dezember 2016
Neuhäusel

DR. WERNER HITSCHLER

Mitglied des Vorstands der Pfalzwerke AG, Ludwigshafen

ALBRECHT HORNBACH

Vorsitzender des Vorstands der HORNBACH Holding AG & Co. KGaA, Neustadt an der Weinstraße

DETLEF W. HÜBNER

Senator E. h.,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der Deufol SE, Hofheim (Wallau)

GÜNTER JERTZ

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, Mainz

FRED JUNG

Mitglied des Aufsichtsrats der juwi AG, Wörrstadt

DR. JOHANN CHRISTIAN MEIER

Geschäftsführer der Schütz GmbH & Co. KGaA, Selters

WOLFGANG MOYSES

Vorsitzender des Vorstands der Simona AG, Kirn

ALFRED MÜLLER

Geschäftsführer
Finanzen & Verwaltung der Bitburger Braugruppe GmbH, Bitburg

DR. RALF MURJAHN

Geschäftsführender Direktor/CEO der DAW SE, Ober-Ramstadt

GEORG NOLTE

Gesellschafter der Nolte-Group, Germersheim

KLAUS RÜBENTHALER

bis 31. März 2016
Trippstadt

PROF. DR. HELMUT J. SCHMIDT

Präsident der Technischen Universität Kaiserslautern, Kaiserslautern

PROF. DR. W. EDELFRIED SCHNEIDER

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Dienst & Partner GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Koblenz

DR. MICHAEL SCHNEIDER

ab 1. Januar 2017
CFO der Norma Group SE, Maintal

CARSTEN SCHRUCK

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Westfleisch SCE mbH, Münster

DR. JENS SCHULTE

ab 1. Januar 2017
CFO der Schott AG, Mainz

DR. MICHAEL SCHUPPLI

Geschäftsführer der Helvetic Investment GmbH, Wiesbaden

INGO STEINEL

Geschäftsführender Gesellschafter der STEINEL Vertrieb GmbH, Herzebrock-Clarholz

PETER STEINER

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Wiesbaden

MARKUS STÜTTGEN

CFO der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln

MORITZ J. WEIG

Geschäftsführer der Moritz J. Weig GmbH & Co. KG, Mayen

ANTON WERHAHN

Sprecher des Vorstands der Wilh. Werhahn KG, Neuss

Kundenbeirat der LBBW Sachsen Bank.

Vorsitzender.

KARL MANFRED LOCHNER
Mitglied des Vorstands der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Mitglieder.

DR. JAN CORD BECKER
Geschäftsführer der
Hermes Schleifkörper GmbH, Dresden

PROF. DR. DR. H. C. ULRICH BLUM
Inhaber des Lehrstuhls für
Wirtschaftspolitik und -forschung der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
Halle

PROF. DR. FRANK BRINKEN
Mitglied des Verwaltungsrats der
Starrag Group Holding AG,
Rorschacherberg/Schweiz

CARSTEN DIETMANN
Geschäftsführer der DDV Mediengruppe
GmbH & Co. KG, Dresden

PROF. DR. LUCAS F. FLÖTHER
Gesellschafter
Flöther & Wissing Rechtsanwälte/
Insolvenzverwaltung, Halle

RÜDIGER GESERICK
bis 25. Oktober 2016
Vorsitzender der Geschäftsführung der
SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH,
Lutherstadt Wittenberg

RÜDIGER ANDREAS GÜNTHER
ab 1. Januar 2017
Vorsitzender des Vorstands der
Francotyp-Postalia Holding AG, Berlin

STEFFEN IRMSCHER
Steuerberater,
Steuerkanzlei Irmischer & Freyboth,
Dresden

MICHAEL KEITZ
Geschäftsführer der
QSIL GmbH Quarzschmelze Ilmenau,
Langewiesen

MARTIN KRENGEL
Vorsitzender des Vorstands der
WEPA Industrieholding SE, Arnsberg

HENRY KULNICK
Geschäftsführer der
Lorenz Nuss GmbH, Kreba-Neudorf

DR. FRANK LÖSCHMANN
Geschäftsführer (CEO) der
SisTeam GmbH, Dresden

PROF. DR. E. H. HANS J. NAUMANN
Geschäftsführender Gesellschafter der
NILES-SIMMONS Industrieanlagen GmbH,
Chemnitz

FRANK ORSCHLER
Geschäftsführer der
Königsee Implantate GmbH, Allendorf

DR. LUTZ PETERMANN
Geschäftsführer der
FAM Magdeburger Förderanlagen und
Baumaschinen GmbH, Magdeburg

HOLGER RAITHEL
Geschäftsführender Gesellschafter der
KAHLA/Thüringen Porzellan GmbH, Kahla

JÜRGEN RIESTER
Geschäftsführer der
AUMA Drives GmbH, Coswig

MARTIN RÖDER
Geschäftsführender Gesellschafter der
Gelenkwellenwerk Stadtilm GmbH,
Stadtilm

BERNHARD ROTHENBERGER
Geschäftsführender Gesellschafter der
Auerbachs Keller Rothenberger Betriebs
GmbH, Leipzig

GÖRGE SCHEID
Scheid & Kollegen
Rechtsanwälte/Insolvenzverwalter,
Leipzig

ROBIN SCHILD
bis 30. Juni 2016
Dresden

CHRISTOPH SCHMELTER
Geschäftsführer der
DMI GmbH & Co. KG, Münster

DR. ANDREAS SPERL
Geschäftsführer der
Elbe Flugzeugwerke GmbH, Dresden

WOLFGANG TOPF
Geschäftsführender Gesellschafter der
IMO Leipzig GmbH, Leipzig

JÜRGEN TSCHIRNER
Geschäftsführer der
LSL GmbH, Ein Unternehmen der Haufe
Gruppe, Leipzig

THOMAS WEIDINGER
WEIDINGER RICHTSCHEID
Rechtsanwälte, Leipzig

DR. FLORIAN WENDT
Geschäftsführer der AM Metals GmbH,
Freiberg,

Glossar.

Backtesting.

Evaluationsprozess zur Untersuchung der Qualität von Risikomodellen. Dabei wird geprüft, ob die tatsächlich in einem Zeitraum eingetretenen Verluste in dem Rahmen lagen, der durch das Modell prognostiziert wurde.

CRR/CRD IV.

Mit dem 2014 in Kraft getretenen EU-Regulierungspaket zur Umsetzung von Basel III wurden europaweit einheitliche Regeln für Banken geschaffen (Single Rulebook). Die Verordnung Capital Requirements Regulation (CRR) ist unmittelbar rechtswirksam und regelt u. a. Mindesteigenmittel- und Liquiditätsanforderungen für Banken. Die EU-Richtlinie Capital Requirements Directive (CRD IV) wurde in nationales Recht überführt. Sie enthält Regelungen, die sowohl die Banken als auch die zuständigen Aufsichtsbehörden betreffen. Bis zur vollständigen Umsetzung der CRR/CRD IV in 2021 gelten Übergangsvorschriften

EMIR.

Die Vorgaben gemäß der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) sollen systemische Risiken im europäischen Derivatemarkt eindämmen. Aus EMIR ergeben sich Pflichten für bestimmte Parteien von Derivatetransaktionen. Nicht zuletzt soll der außerbörsliche Derivatehandel (over the counter, OTC) transparenter und sicherer gemacht werden. Die G20 beschlossen insbesondere, dass künftig standardisierte OTC-Derivate über zentrale Gegenparteien abgewickelt und OTC-Derivate an Transaktionsregister gemeldet werden müssen.

EBA(European Banking Authority)-Stresstest.

In 2015 wurde statt eines Stresstests lediglich eine EBA Transparency Exercise durchgeführt, die keine Stress- bzw. Simulationsschwankungen enthielt. In 2016 fand sowohl eine EBA Transparency Exercise, als auch ein von der EBA definierter Stresstest statt.

Fair Value.

Bewertungskonzept in der IFRS-Rechnungslegung (deutsch: beizulegender Zeitwert). Gibt an, zu welchem Wert ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann.

Gesamtkapitalquote.

Kapitalquote, bei der die Eigenmittel eines Instituts ins Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva gesetzt werden. Damit fließen im Vergleich zur harten Kernkapitalquote das zusätzliche Kernkapital und das Ergänzungskapital als weitere Kapitalbestandteile in die Berechnung ein.

Harte Kernkapitalquote.

Kapitalquote, bei der das harte Kernkapital einer Bank (es besteht maßgeblich aus dem eingezahlten Stammkapital sowie den offenen Rücklagen, vermindert um regulatorische Anpassungen und Abzugspositionen) ins Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva gesetzt wird.

Hybridkapital.

Kapital, das sowohl Eigenkapitaleigenschaften als auch Merkmale von Fremdkapital aufweist. Dazu zählen z. B. Genussscheine und Stille Einlagen.

Internes Kontrollsystem (IKS).

Das Interne Kontrollsystem (IKS) stellt die Wirksamkeit der Geschäftstätigkeit, die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften sowie den Schutz des Institutvermögens sicher.

Leverage Ratio.

Nicht risikoadjustierte Verschuldungsquote einer Bank. Mit ihr bildet der Baseler Ausschuss ein Gegengewicht zu den risikobasierten Kapitalquoten. Bei der Leverage Ratio wird das Kernkapital zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Werten ins Verhältnis gesetzt.

MaRisk.

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) enthalten Regeln zur Ausgestaltung des Risikomanagements in deutschen Kreditinstituten. Dazu zählen Maßgaben zur Aufbauorganisation ebenso wie Vorgaben für Prozesse.

MaSan.

Auf Basis der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) sollen Banken Vorbereitungen für die Bewältigung von Krisensituationen treffen. Ein Sanierungsplan soll Handlungsoptionen für einen möglichen Krisenfall enthalten, um die Widerstandsfähigkeit des Kreditinstituts zu erhöhen.

MiFID II.

Überarbeitung der europäischen Finanzmarktrichtlinie Markets in Financial Instruments Directive (MiFID). Die MiFID wird ergänzt durch die Markets in Financial Instruments Regulation (MiFIR). MiFID und MiFIR beinhalten umfassende Regelungen zu kundenbezogenen Wertpapierdienstleistungen und zur stärkeren Regulierung des Handels insbesondere mit komplexen Finanzinstrumenten.

Risk Taker.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Tätigkeit mit wesentlichem Einfluss auf das Risikoprofil eines Instituts ausüben. Jedes Institut muss jährlich auf Basis des rechtlich vorgegebenen Rahmens die Gruppe der Risk Taker bestimmen.

Risikogewichtete Aktiva.

Bei der Ermittlung der risikogewichteten Aktiva werden die Risiken (Kredit-, Marktpreis-, Abwicklungs- und operationelle Risiken) sowie der Gesamtrisikobetrag aufgrund der Anpassung der Kreditbewertung (CVA) auf Basis aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewichtet.

Single Supervisory Mechanism (SSM).

Im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) hat die EZB am 4. November 2014 die Aufsicht über die LBBW übernommen. Dabei ist die LBBW innerhalb der Bankenaufsicht der EZB der Generaldirektion I zugeordnet, welche sich um die 30 bedeutendsten Banken kümmert. Dabei ist eine Kernaufgabe der EZB, eine eigenständige Bewertung und Überprüfung der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken vorzunehmen. Diese Maßnahmen basieren auf dem sog. aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP).

Supervisory Review and Evaluation Process (SREP).

Prüfungs- und Überwachungsprozess der zuständigen Aufsichtsbehörde, dessen Ergebnis in einer Beurteilungsnote mündet. Der jährliche Prozess umfasst die Beurteilung der Geschäftsstrategie, der Methoden und Prozesse sowie der Kapital- und Liquiditätsausstattung. Aus der Beurteilung kann die zuständige Aufsichtsbehörde institutsindividuelle Kapital- und Liquiditätsanforderungen sowie operationelle Anforderungen ableiten.

Trennbankenregulierung.

Durch die Trennung von bestimmten Handels- und Kreditaktivitäten vom Einlagengeschäft soll die Verwendung von Spareinlagen von Kunden zur Finanzierung und Verlustabdeckung dieser Handels- und Kreditgeschäfte verhindert werden. Während das bereits verabschiedete deutsche Trennbankengesetz ab Juli 2016 bzw. die US-amerikanische Regelung (sog. Volcker Rule) bereits seit Juli 2015 einzuhalten ist, dauert der Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene weiterhin an.

Value-at-Risk.

Der Value-at-Risk (VaR) gibt an, welcher Verlust in einem bestimmten Zeitraum mit hoher Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

LBBW

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Konzeption & Realisation:
Landesbank Baden-Württemberg

Erstellt mit *firesys*

Druck:
W. Kohlhammer Druckerei GmbH +
Co. KG, Stuttgart

Der Geschäftsbericht erscheint
auch in englischer Sprache.

ZERTIFIZIERUNGEN

Dieser Geschäfts-
bericht wurde auf
umweltfreundlichem
Papier gedruckt.



Der LBBW-Konzern im Überblick.

Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Die LBBW gehört zu den großen Banken in Deutschland. Gemeinsam mit ihren drei regionalen Kundenbanken BW-Bank, LBBW Rheinland-Pfalz Bank und LBBW Sachsen Bank betreut die LBBW alle wesentlichen Kundengruppen einer modernen Universalbank im Heimatmarkt und an ausgewählten Auslandsstandorten.

Die LBBW selbst fokussiert sich dabei auf große bzw. stark international orientierte Unternehmen (Large Corporates), gewerbliche Immobilienunternehmen, institutionelle Kunden und Sparkassen.

Den Vertrieb im regional geprägten Geschäft – vor allem mit Mittelstandsunternehmen und Privatkunden – übernehmen bei der LBBW die Kundenbanken vor Ort. Damit verbinden sie besondere Nähe mit dem Leistungsangebot und der Effizienz größerer Institute.

Baden-Württembergische Bank (BW-Bank).

Die BW-Bank ist in Baden-Württemberg eine erste Adresse für Unternehmenskunden. Daneben ist sie auch in Bayern für Unternehmen da. Der besondere Fokus liegt jeweils auf Kunden im Mittelstand. In der Landeshauptstadt Stuttgart übernimmt sie zusätzlich die Sparkassenfunktion. Ferner betreibt die BW-Bank Privatkundengeschäft in Baden-Württemberg. Dabei stehen gehobene Adressen mit erhöhtem Beratungs- und anspruchsvollem Produktbedarf im Vordergrund.

Eine weitere Kernkompetenz der BW-Bank ist das Wealth Management. In Baden-Württemberg – und auch an verschiedenen Standorten bundesweit – berät sie hochvermögende Kunden rund um komplexe Finanzthemen.

LBBW Rheinland-Pfalz Bank.

Der besondere Fokus der Rheinland-Pfalz Bank liegt auf dem Mittelstandsgeschäft in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg.

LBBW Sachsen Bank.

In der Sachsen Bank bündelt der LBBW-Konzern sein mittelständisches Unternehmenskunden- und das gehobene Privatkundengeschäft in Sachsen und den angrenzenden Wirtschaftsräumen.

Weitere Konzernunternehmen.

Auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierte Tochterunternehmen runden das Leistungsportfolio der Bank innerhalb des Konzerns ab.

Landesbank Baden-Württemberg

Hauptsitze

Stuttgart

70144 Stuttgart
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
Telefon 0711 127-0
Telefax 0711 127-43544
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Karlsruhe

76245 Karlsruhe
Ludwig-Erhard-Allee 4
76131 Karlsruhe
Telefon 0721 142-0
Telefax 0721 142-23012
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mannheim

Postfach 10 03 52
68003 Mannheim
Augustaanlage 33
68165 Mannheim
Telefon 0621 428-0
Telefax 0621 428-72591
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mainz

55098 Mainz
Große Bleiche 54 – 56
55116 Mainz
Telefon 06131 64-37800
Telefax 06131 64-35701
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de